

Günter Einbeck  
Norikerstr. 19  
90402 Nürnberg  
015119139259  
aionik@web.de  
www.aionik.de

9.1.2020

## **Linksgrünes journalistisch-politisches Kartell als politischer Arm der RAF ? Version V 1.0**

### **Inhaltsverzeichnis**

- 1 Tadel an der Einladungspolitik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel 2015
- 2 BAMF und Kosten für Unterbringung und Integrationsversuche für Flüchtlinge
- 3 Historie: Die Einladungspolitik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel ab August 2015
- 4 Gefahren der Kritischen Theorie: Schweden im Flüchtlingschaos
- 5 Gleichschaltung der Medien ? Rechtfertigungsversuche der Kanzlerin ?
- 6 Anis Amri-Attentat 2016 Weihnachten
- 7 Falsche Erziehung muslimischer Jugendlicher
- 8 Araberclans – Hawala-Banken
- 9 Organisierte Kriminalität - Clankriminalität
- 10 Gewalt gegen Frauen importiert
- 11 Parallelen in der gesellschaftlichen Entwicklung bei Schweden und Berlin – beide unter rot-rot-grüner Regierung
- 12 Wer lügt am besten ?
- 13 Wer verursacht die Rußlandphobie ? Wieder Kalter Krieg ?
- 14 Selbstbedienungsladen Institution ? AWO-Unregelmäßigkeiten ?
- 15 Probleme um die EC-Präsidenten
  - Jacques Santer stürzte über Édith Cresson
  - Romano Prodi
  - Jean-Claude Juncker
  - Ursula von der Leyen
- 16 USA: Mittelstand in Not

## 1 Tadel an der Einladungspolitik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel 2015

In- und ausländische Politiker warfen der deutschen Kanzlerin Dr. Angela Merkel schon im Herbst 2015 schwerwiegende rechtsstaatliche Defizite wegen ihrer Einladungspolitik mit Öffnung der Grenzen für alle Flüchtlinge ab August 2015 vor.

Jede Kritik an der Kanzlerin sollte vor allem internationalen Charakter haben:

Bis Ende 2015 wurde die deutsche Kanzlerin Merkel von den meisten westlichen Politikern und besonders der EU-Staaten wegen ihrer Einladungspolitik gegenüber Flüchtlingen scharf kritisiert u.a. von

- Victor Orbán (Ungarn),
- Donald Trump (USA),
- Manuel Valls (Frankreich),
- Donald Tusk (Polen) ...

und getadelt durch die meisten Politiker in Staaten Europas, besonders in England, Österreich, Tschechien, Slowenien, Makedonien ...

Schon zu Ende 2015 als Präsidentschaftsbewerber in den USA hat Donald Trump die Kanzlerin wegen ihrer Flüchtlingspolitik sehr getadelt. Noch vor seinem Wahlsieg im Januar 2016 sagte Trump, daß die Kanzlerin Dr. Angela Merkel Deutschland durch ihre Einladungspolitik ruiniert und erklärte ihr Handeln als verrückt.

Auch der Regierungschef Rußlands, Wladimir Putin, bezeichnete später 2019 die Einladungspolitik der Kanzlerin als deren größten Fehler.

Besonders aber hat die Kanzlerin ihren politischen Ziehvater Dr. Helmut Kohl mit ihrer Politik der offenen Grenzen extrem verärgert, so sehr, daß er zur Zeichensetzung Victor Orbán (Ungarn) einlud, um deutlich zu machen, was er von Willkommenskultur, Migrantenflut und „Wir schaffen das“ hält. Nachdem der Altkanzler Dr. Helmut Kohl – der Kanzler der Einheit Deutschlands – gestorben war, verbot die Ehefrau von Dr. Helmut Kohl der Kanzlerin, am Begräbnis von Dr. Kohl teilzunehmen.

Wie sehr dieses „Wir schaffen das“ ideologischer Unsinn gewesen ist, erfuhr die Öffentlichkeit ab Mitte 2018 mit der Offenlegung des Versagens des Flüchtlingsmanagements ab September 2015 nicht nur beim BAMF.

Die Politik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel hat nach Meinung vieler ausländischer Beobachter Deutschland gespalten, innerhalb der EU-Staaten isoliert und nun kommt noch die Schuld am Brexit dazu.

Ist die Kanzlerin die Spalterin Europas ?

Nach den Wahlen in Italien 2017 konnte sich im Mai 2018 endlich eine Regierung bilden mit den tragenden Parteien Lega-Nord und Die 5 Sterne, und hier gibt es ebenfalls große Sehnsüchte zum Verlassen der EU und viele Italiener wollen ihre Lira wiederhaben.

Altkanzler Gerhard Schröder hat zu Anfang 2016 die genaueste Analyse gegeben, indem er sinngemäß meinte, daß die Kanzlerin Dr. Angela Merkel mit ihrer Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge zu Anfang September 2015 keinen Plan verfolgt hatte. Sie hatte weder das deutsche Parlament noch die anderen EU-Regierungschefs konsultiert, und als sie dann von den anderen Staaten forderte, daß die sich bei der Flüchtlingsaufnahme beteiligen sollten, zeigten die ihr die kalte Schulter.

Der Kanzlerin wurde vorgeworfen, über die Köpfe der Regierungschefs der anderen EU-Staaten hinweg entschieden zu haben. Das mußte natürlich bei den anderen Staaten den Eindruck machen, daß sich die Kanzlerin als Regierungschefin der EU gebärden würde, und das mußte Erinnerungen wecken an Kaiser Wilhelm II und Adolf Hitler. Die Kanzlerin stieß darum auf heftige internationale Kritik.

So deutlich die internationale Kritik am Flüchtlingsmanagement der Kanzlerin im Mai 2018 ist, so zurückhaltend waren die Medien in Deutschland Ende 2015, die zu einem großen Teil wie gleichgeschaltet auf eine positive Bewertung der Einladungspolitik der Kanzlerin wirkten, und dieser hatten sich Martin Schulz (EP-Präsident) und Jean-Claude Juncker (EC-Präsident) angeschlossen. Diese beiden Politiker haben auch die zuerst zögernde Kanzlerin 2014 zu den Sanktionen gegen Rußland gedrängt.

Der deutschen Obrigkeit muß man eine katastrophale Politik ab 1900 vorwerfen, die zu den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert geführt hat.

Die politischen Ambitionen und Entscheidungen von Kaiser Wilhelm II und Adolf Hitler haben sich weder für Deutschland noch die anderen Staaten als vernünftig oder auch nur als normal erwiesen.

Wie schön wäre es da gewesen, wenn die Kanzlerin Dr. Angela Merkel die maßvolle Politik der deutschen Nachkriegskanzler weiter geführt hätte, und statt dessen hat sie mit

- rechtswidrigem verfrühtem Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomkernenergie,
- ungerechtfertigten Sanktionen gegen Rußland ab 2014 und
- ihrer Willkommenskultur für Flüchtlinge

die Regierungen der meisten EU-Staaten gegen sich aufgebracht.

Die Einladungs politik der Kanzlerin hat zu Ende 2015 in England die Furcht entstehen lassen, von einer Migrantenwelle überschwemmt zu werden und das bewirkte sehr wahrscheinlich in UK **die Entscheidung zum Brexit im Juni 2016**, und dadurch ist eine neue Eiszeit zwischen Deutschland und England entstanden, was Erinnerungen an die Regierungszeiten von Kaiser Wilhelm II und Adolf Hitler aufkommen läßt.

Die Art und Weise der Kanzlerin, wie sie ihre politischen Vorstellungen in Deutschland in die Tat umsetzen will, erinnert an das Klischee der Sonderschullehrerin, die mit Fleißkärtchen und Rohrstock ihre geistig zurückgebliebenen Schüler zu lenken sucht.

**Adolf Hitler soll gesagt haben: Wenn das deutsche Volk unfähig dazu ist, die Welt zu beherrschen, dann hat es kein Recht zum Leben.**

**Ist die Kanzlerin folgender Meinung ? Wenn das deutsche Volk nicht die Migranten aus aller Welt aufnehmen kann, dann hat es kein Recht zum Leben.**

Angela Merkel in einer Pressekonferenz am 31. August 2015 zur Rechtfertigung ihrer Flüchtlingspolitik: „Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das.“

Der gesamte Kontext im Jahr 2016 in der „Frankfurter Rundschau“: „Wir werden gleich auch über Erstaufnahmeeinrichtungen, Bearbeitungsdauer, Rückführungen, faire Verteilung in Europa, sichere Herkunftsländer, Bekämpfung von Fluchtursachen sprechen. Aber wir werden vorher darüber sprechen müssen, was uns leiten sollte und was auch mich bewegt, wenn wir darüber sprechen, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Menschen zu uns kommen werden.“

„Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden.“

Gleichschaltung der Medien bedeutet: Politik und Medien stecken unter einer Decke, um das Volk in die Irre zu leiten. Hat z.B. Regierungssprecher Steffen Seibert morgens die Redaktionen von SZ bis FAZ angerufen, um die Richtlinien für die Pressemitteilungen für diesen Tag durchzugeben ?

WamS-Interview vom 11.6.2017 mit ehemaligen SPD-Funktionsträgern:

- Ex-Innenminister Otto Schily: Man hätte die Grenze schützen können. Auch sprach er sich für zivile Nutzung der Atomenergie aus und tadelte die Verschandelung der Landschaft durch Windräder.
- Ehemalige Kieler Bürgermeisterin Susanne Gaschke: Warum sollen sich Frauen im Islam bedeckt halten, aber Männer nicht ? Akzeptiert man irgendeine Form der Minderwertigkeit der Frau ? In weiten Multikulti-Kreisen gilt die Akzeptanz für Burka und Kopftuch als Ausweis für Toleranz.

Die Kanzlerin Dr. Angela Merkel repräsentiert eine große Macht und sie versucht natürlich, ihre vom Ausland so sehr getadelte Einladungs politik zu rechtfertigen. Es werden im Auftrag der Kanzlerin von der BRD seit 2016 Milliardenbeträge für die sogenannte Integration von Flüchtlingen ausgegeben und dafür, daß sie aus ihren Heimatländern gar nicht erst fliehen – und diese Milliardenbeträge fehlen natürlich bei der Förderung von Forschung, Innovation, Wirtschaft, Mittelstand, Wohnungsbau, Ausbau von Straßen, Schulen, Kindergärten ... in Deutschland. Auf diese Weise wirkt sich der einmal gemachte Fehler der Öffnung der Grenzen immer weiter negativ in der Zukunft Deutschlands aus.

Für alle diese Rechtfertigungsversuche der Kanzlerin steht viel Geld zur Verfügung, und das lockt natürliche alle Arten von Leuten an, die durch Herausposaunen der „richtigen Meinung“ auf sehr leichte Weise zu guten Posten und Geld kommen wollen ... – und die Kanzlerin benötigt natürlich viele Statisten zur Stimmenverstärkung ihrer Rechtfertigungsversuche.

Man fragt sich natürlich, warum die Kanzlerin, dem Beispiel der rotgrünen Regierung in Schweden folgend, seit August 2015 die Grenzen Deutschlands für die Flüchtlinge geöffnet hat: Nun, welche Erklärungsmöglichkeiten bieten sich an ?

Hier wird ein Beispiel angeführt.

Es ist auf die Fähigkeit schon der ersten RAFler hinzuweisen, während ihrer eigenen Haft im Gefängnis ihre Rechtsanwälte umzuprogrammieren. Es ist zu bemängeln, daß dieser Umstand so wenig Beachtung gefunden hat. Es ist zu prüfen, ob diese Umprogrammierung auch bei Journalisten, Politikern, höheren Beamten ... stattgefunden hat.

Die Umprogrammierung eines regierenden Politikers würde in den meisten Fällen zu Landesverrat führen. Es sind Studien in dieser Richtung dringend durchzuführen.

Klaus Croissant (1931-2002), Rechtsanwalt, Wahlverteidiger von Andreas Baader und Ulrike Meinhof im Stammheim-Prozeß gegen die Anführer der RAF wurde ebenso wie die Rechtsanwälte Hans-Christian Ströbele und Kurt Groenewold wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt: Für die Organisation des so genannten Info-Systems erhielt Klaus Croissant am 16. Februar 1979 eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren, Kurt Groenewold eine Strafe von 2 Jahren, zur Bewährung ausgesetzt, und Hans-Christian Ströbele eine Bewährungsstrafe von 10 Monaten.

Danach saß Hans-Christian Ströbele nach Gründung der Partei der Grünen und ihrer Zusammenführung mit der Alternativen Liste für viele Jahre für sie im Bundestag.

Ein rechtskräftig verurteilter Anwalt der RAFler als MdB !

Zeitweise gab es mehr als ein Dutzend RAF-Anwälte, die zu politischen Unterstützern oder sogar zu Mittätern und RAF-Terroristen wurden – ein äußerst interessantes Phänomen bei der RAF, das zum größten Teil auf den Lehren des Freudomarxismus basiert.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß wegen der mit vielen Psychotricks und Psychoappellen operierenden Kritischen Theorie auch intelligente Menschen wie Rechtsanwälte, Journalisten und Politiker nachhaltig in ihren Einstellungen völlig umprogrammiert bis psychisch deformiert werden können. Das würde viele Entwicklungen ab 1968 in Deutschland zum Schaden der Deutschen erklären, für die es keine Entsprechungen in anderen EU-Staaten, USA oder Rußland zum Schaden von deren Bürgern gibt.

Davon abweichend kann man feststellen, daß Herbert Marcuse, zur Frankfurter Schule gehörig, mit seinem Buch „Der Eindimensionale Mensch“ von 1964 und seinen Vorträgen über die Große Verweigerung

- Unfrieden und Zwietracht in Zehntausende von US-amerikanischen Familien gebracht und
- sehr viele junge Menschen zu Rauschgiftkonsum, Hippie-Leben und Große Verweigerung verführt

hat, und hier kann man durchaus eine Entsprechung beim negativen gesellschaftlichen Einfluß der Kritischen Theorie zu Deutschland sehen.

Es ist folgendes nachzuprüfen:

- Haben sich nicht nur in Deutschland RAF und deren Ideologie zu einem linksgrünen journalistisch-politischen Kartell sublimiert, aufbauend auf der Fähigkeit der RAFler zur Umprogrammierung von Rechtsanwälten, und diese Fähigkeit dazu ausgebaut, Journalisten und Politiker umzuprogrammieren ?
- Ist die Einladungspolitik durch eine Neigung der Kanzlerin zur linksgrünen Ideologie (mit der Kritischen Theorie als Basis) bewirkt worden ?
- Ist die Gleichschaltung der Medien in Bezug auf Berichterstattung über die Einladungspolitik der Kanzlerin durch ein Überwiegen linksgrüner Journalisten in den Medien begünstigt worden ?

*Es ist schon längst an der Zeit, spezielle, für Deutschland und die Deutschen negative Entwicklungen, die bei den ehemaligen Alliierten aus der Zeit des 2. Weltkriegs und den meisten anderen europäischen Staaten kaum eine Entsprechung haben, daraufhin zu überprüfen, ob sie auf Bestrebungen zurückzuführen sind, die den Tatbestand des Landesverrats erfüllen.*

## 2 BAMF und Kosten für Unterbringung und Integrationsversuche für Flüchtlinge

*Ab Ende August 2015 gab die Kanzlerin ohne Informierung des Parlaments die Grenzen frei und bis Ende Dezember strömten völlig unkontrolliert um 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland, zum größten Ärger der meisten EU-Politiker.*

*Angela Merkels Satz "Wir schaffen das" stand fortan für ihre Asyl- und Migrationspolitik.*

Ein Blick auf die offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zeigt: 2015 wurden 476.649 Asylanträge gestellt, 2016 stieg die Zahl auf 745.545 Anträge. Seitdem gehen die Asylgesuche wieder zurück, Hauptgründe sind die Schließung der Balkanroute gegen den schärfsten Protest von Kanzlerin und Außenminister Steinmeier und ein Abkommen mit der Türkei.

Von 222.683 (2017) auf 185.853 (2018) sind die Anträge um 16,5 Prozent gesunken. Im aktuellen Berichtsjahr setzt sich der Trend fort: Zwischen Januar und Juli gab es 100.233 Asylanträge. Deutlich höher als das Niveau in den Jahren vor 2015 ist die Antragslage damit dennoch.

Eine damalige Umfrage von "infratest dimap" zeigte, dass 69 Prozent der Bevölkerung "weniger" oder "gar nicht" zufrieden mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung waren.

Wie viele Flüchtlinge stellten einen Asylantrag?

Wichtig: Die Zahl der Asylanträge ist nicht deckungsgleich mit den Personen, die die Grenze überschritten haben. Zwar wurden zunächst im "Easy-Registrierungssystem" jene Flüchtlinge erfasst, die die Grenze überschritten, aber hier kam es zu Fehl- und Doppelerfassungen, und weiter kam es zu vielen Grenzübertritten nach Deutschland und in die anderen EU-Staaten, wo sich die Flüchtlinge gar nicht zu erkennen gaben oder sich nicht bei Behörden meldeten. 2015 wurden dabei 1.091.894 Zugänge von Asylsuchenden registriert. Die Zahl der im Anschluss gestellten Asylanträge entspricht nur etwa 40 Prozent davon. Das liegt aber auch daran, dass Personen untertauchten oder in andere Länder weiterreisten.

Aus Syrien kamen seit 2011 die meisten Flüchtlinge, und seit 2015 kamen immer mehr aus noch Albanien und Kosovo auf Platz zwei und drei folgten.

Mittlerweile gehören Irak, Iran, Afghanistan und Nigeria zu den Haupt-Herkunftsstaaten.

Auch wenn die Asylanträge zurückgingen: Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten verzeichnet Deutschland noch immer mit Abstand die meisten Asylbewerberzugänge.

Dazu der März 2019 als Beispiel-Monat: Während von insgesamt 58.845 Asylanträgen nur fünf auf Estland, 55 auf Ungarn und 985 auf Österreich entfielen, wurden 13.835 Anträge in Deutschland gestellt. Es folgen mit einigem Abstand Spanien (10.645), Frankreich (10.460) und Griechenland (5.495).

Ebenso müssen wir für eine reflektierte Antwort auf die Frage "Wie viele sind wieder gegangen?" ausholen: Die Gesamtschutzquote gibt an, wie viele Personen nach der Genfer Flüchtlingskonvention subsidiären Schutz erhielten beziehungsweise für wie viele ein Abschiebungsverbot gilt.

Hier sind die Zahlen rückläufig: Vor vier Jahren erhielten 49,8 Prozent aller Antragssteller Schutz, 2016 waren es sogar 62,4 Prozent. Im Jahr 2017 betrug die Quote noch 43,4 Prozent, 2018 nur noch 35 Prozent.

Wer von 49,8 Prozent positiven Bescheiden auf 50,2 Prozent Ablehnungen schließt, muss noch etwas genauer hinschauen. Denn die unterteilen sich in "formelle Ablehnung" (2015: 17,8 Prozent) und einer "Ablehnung aus Sachgründen" (2015: 32,4 Prozent).

"Formell" bedeutet, dass die Bundesrepublik nicht zuständig ist. Gut möglich, dass jenen Personen in einem anderen EU-Land Schutz gewährt wurde.

Der Anstieg von Ablehnungen erklärt sich beispielsweise damit, dass die sicheren Herkunftsländer auf Albanien, Kosovo und Montenegro ausgeweitet wurden.

Laut dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung lebten somit Ende des Jahres 2018 knapp 1,7 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, 1,2 Millionen davon mit anerkanntem Schutzstatus. 300.000 Menschen haben einen offenen Schutzstatus, etwa 180.000 werden geduldet.

Wessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt wird – die Verfahrensdauer liegt aktuell bei sechs Monaten –, der hat damit das Land noch lange nicht verlassen. Es gilt eine Ausreisefrist von 30 Tagen.

Reist die betroffene Person nicht aus, muss die Ausländerbehörde die Ausweisung zwangsweise vollziehen. Jene hat allerdings die Möglichkeit, eine Rückführung vorübergehend auszusetzen und eine Duldung oder befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Wer musste also tatsächlich das Land verlassen? Im ersten Halbjahr 2019 wurden 11.496 Abschiebungen durchgeführt, Zielländer waren vor allem Italien, Albanien, Serbien, Georgien und Frankreich. Die abgeschobenen Personen kamen dabei zum Großteil aus Albanien, Serbien, der Russischen Föderation und Georgien.

Die bisherigen Abschiebungen in diesem Jahr liegen damit ungefähr auf dem Niveau der Vorjahre. 2016 wurden knapp 25.000 Personen abgeschoben, 2017 und 2018 rund 24.000.

Es gibt viele gescheiterte Abschiebungen. Im ersten Halbjahr 2019 wurden 13.509 geplante Abschiebungen auf dem Luftweg bereits vor Übergabe an die Bundespolizei nicht durchgeführt. Gründe sind Stornierungen des Ersuchens oder eine nicht erfolgte Zuführung.

Außerdem haben die Widerstandshandlungen der Abgelehnten enorm zugenommen. Der Einsatz von sogenannten "Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt" hat sich zwischen 2015 und 2018 von 135 auf 1.231 Fälle fast verzehnfacht.

Die Sicherheitsbegleitung bei Rückführungen kommt den Steuerzahler teuer zu stehen. Allein im ersten Halbjahr 2019 entstanden Kosten in Höhe von 2.471.000 Euro.

Die freiwillige Ausreise wird durch das Bund-Länder-Programm "REAG/GARP" finanziell gefördert. 2017 nahmen 29.587 Menschen die Möglichkeit wahr, 2018 waren es 15.962 und im Jahr 2019 bislang 6.786. Dazu kommen die von den Bundesländern geförderten Ausreisen und solche ohne finanzielle Unterstützung, die statistisch aber nicht erfasst werden.

Im Jahr 2018 wurden 4,4 Prozent des Bundeshaushalts (gesamt: 341 Milliarden Euro) für Flüchtlinge ausgegeben.

Zwischen 2015 und 2018 hat der Bund die Länder und Kommunen mit 25,4 Milliarden Euro unterstützt, für 2019 sind weitere 6,2 Milliarden veranschlagt. Außerdem entfielen im Zeitraum von 2016 bis 2018 etwa 20 Milliarden Euro auf Integrationsmaßnahmen und Geldleistungen.

Ende 2018 erhielten 603.000 Schutzberechtigte Grundsicherung, obwohl sie erwerbsfähig waren, Kinder- und Nicht-Erwerbsfähige (386.000) sind dabei noch nicht eingerechnet.

Insgesamt bekommen in Deutschland 4,06 Millionen Menschen Grundsicherung, damit sind 15 Prozent aller Leistungsbeziehenden in Deutschland Flüchtlinge.

Besonders jene, die die Zuwanderung als Bereicherung erachten und eine Rechtfertigung der Einladungs politik der Kanzlerin anstreben, verweisen auf die Gewinne, die Flüchtlinge dem deutschen Arbeitsmarkt bringen. Die Hoffnung ist groß, dass sie den Mangel an Arbeitskräften in Zeiten des demographischen Wandels ausgleichen.

Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit auf einem historischen Tiefstand (4,9 Prozent).

Wie die "Zeit" in Bezug auf die Bundesagentur für Arbeit berichtet, liegt die Beschäftigungsquote der Geflüchteten aktuell bei rund 35 Prozent, für 2025 werden 50 Prozent angepeilt. Die Beschäftigungsquote der Deutschen liegt bei 69,4 Prozent, mit eingerechnet sind jeweils auch etwa Minderjährige und Rentner.

Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB); Etwa 380.000 bis 400.000 Flüchtlinge seien beschäftigt, viele davon als Leiharbeiter zu relativ geringen Löhnen.

Die meisten Flüchtlinge fanden im Dienstleistungs- und Gastgewerbe, in der Kfz-Branche oder im verarbeitenden Gewerbe eine Anstellung. Oftmals handelt es sich um unattraktive Tätigkeiten, für die Arbeitgeber nur schwer Personal finden.

Brücker sagte aber auch, mit etwa 50 Prozent seien überraschend viele Flüchtlinge als Fachkräfte oder Spezialisten tätig, gerade hinsichtlich der Tatsache, dass nur jeder fünfte Flüchtling vor der Flucht einen Berufsabschluss gemacht oder ein Hochschulstudium abgeschlossen hat.

Doch die Integration in den Arbeitsmarkt dauert. Wie die "Zeit" berichtet, finden nur acht Prozent im Zuzugsjahr einen Job, 50 Prozent nach fünf Jahren und 70 Prozent nach 15 Jahren. Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit waren im Dezember 2018 knapp 175.000 Geflüchtete arbeitslos – etwas mehr als im Vorjahr. 77.000 wurden in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert, weitere 138.000 befanden sich in einer Fremdförderung, etwa einem Integrationskurs.

Erfreulich: Immer mehr Geflüchtete machen eine Ausbildung, derzeit etwa 38.000. Das sind deutlich mehr als in den Jahren zuvor, denn 2017 waren es 27.000 und 2016 sogar nur 3.900. In Deutschland gibt es fast 590.000 angebotene Ausbildungsplätze.

Die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Kriminalitätsslage, sowohl bei der Allgemeinkriminalität als auch bei der politisch motivierten Kriminalität, wurde schon Ende 2015 deutlich.

Die absolute Zahl der durch Zuwanderer begangenen Straftaten stieg im Jahr 2015 um 79 Prozent (+ 91.190 Straftaten) gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig nahmen die Straftaten gegen Asylunterkünfte zu. Während 2014 knapp 200 Taten verzeichnet wurden, waren es 2015 und 2016 jeweils etwa 1.000 Taten.

Zahlen aus dem Jahr 2018 zeigen erneut, dass die absolute Zahl der Straftaten, bei denen mindestens ein Tatverdächtiger Zuwanderer war, im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist.

Deutliche Zunahmen habe es vor allem bei Rauschgiftdelikten und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gegeben, so der Jahresbericht des Bundeskriminalamtes.

Bei jeder zehnten aufgeklärten Straftat sei mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger registriert worden. In den Bereichen der Straftaten gegen das Leben, der Diebstahlsdelikte und der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung lag der Anteil der Straftaten mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer sogar über diesem Wert.

Das BKA macht dafür Unkenntnis der Rechtslage, Unterbringungssituation, kulturelle Konflikte und die mangelnde Einbindung in ein soziales Gefüge verantwortlich.

### **Kostenaufstellung für Flüchtlinge**

Angelika Ivanov, 23.10.2019

Düsseldorf „Wir schaffen das“ ist der Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aus dem Sommer 2015 und markiert den Beginn der Flüchtlingskrise, als Millionen von Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Europa und insbesondere nach Deutschland fliehen. Bilder von überfüllten Flüchtlingsunterkünften und Chaos bei Asylämtern vermittelten zeitweise den Eindruck, dass die Lage außer Kontrolle geraten sei.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamts sind seit 2012 jährlich etwa 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Das ist die normale Wanderung in einem so großen Industriestaat wie Deutschland.

Zu Zeiten der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 ist ein deutlicher Anstieg zu erkennen. In diesem Jahr reisten 2,1 Millionen Menschen nach Deutschland ein. Danach hat sich die Anzahl der Einwanderer wieder normalisiert. 2018 zählt die Bundesrepublik mit 1,5 Millionen Einwanderern wieder die Anzahl der Menschen vor der Flüchtlingskrise.

Zieht man die Zahlen der Abwanderung davon ab, wird deutlich, wie hoch die Zuwanderung eigentlich ist. Das ist das sogenannte Wanderungssaldo. Innerhalb der vergangenen vier Jahre sind 2.455.106 Millionen Menschen mehr nach Deutschland gekommen als ausgewandert. Davon sind laut Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) 1,5 Millionen Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten.

Demnach hat der Bund 2018 die Kommunen mit 7,5 Milliarden Euro für die Kosten der Flüchtlings- und Integrationsarbeit unterstützt. Darüber hinaus kamen Ausgaben in Höhe von 15,5 Milliarden Euro hinzu, an denen sich die Länder nicht beteiligten. Dazu zählen Ausgaben für Grenzkontrollen und Justiz. Davon entfielen laut dem Bericht 7,9 Milliarden Euro auf die Bekämpfung der Fluchtursachen.

**Kosten für die Flüchtlingsaufnahme 2018: 23 Milliarden Euro**

**Kosten für die Flüchtlingsaufnahme 2017: 20,8 Milliarden Euro.**

2017 hatte der Bund Länder und Kommunen mit 6,6 Milliarden Euro unterstützt. Darüber hinaus hat der Bund im Jahr 2017 weitere Ausgaben in Höhe von 14,2 Milliarden Euro finanziert. Davon waren 6,8 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Einen weiteren Ansatz bietet eine Studie des BAMF. Demzufolge war ab 2015 der „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ in Höhe von sieben Milliarden Euro ein zentraler Schritt. Aus diesem Topf konnten sich seit 2015 finanzschwache Länder und Kommunen bedienen, die in ihre Infrastruktur oder Schulen investieren wollten und wenig eigene Mittel hatten.

Die meisten Flüchtlinge reisten zwischen Juni 2015 bis März 2016 ein, die Regierung musste schnell reagieren. Speziell für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Asylsu-

chenden, stellte der Bund für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro bereit. 2017 wurde die Hilfe auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt.

Hinzu kamen erhöhte Personalkosten in den Verwaltungen, Ausgaben für Mieten und Pachten, Zuschüsse zu Programmen für Sprachschulen und Investitionen, wie eine Steuerbegünstigung für Spenden im Rahmen der Flüchtlingshilfe.

Das spiegelt sich in den Haushaltsmitteln des BAMF von 2014 bis 2017 wieder. Lag der Haushalt 2014 noch bei 1,6 Millionen, stiegen die Gesamtausgaben 2015 um knapp eine Million auf 2,5 Millionen. 2016 waren es bereits 6,5 Millionen und 2017 7,8 Millionen Euro.

Im Dezember 2018 waren laut UNHCR 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Es ist die höchste Zahl, die die UN-Organisation jemals verzeichnet hat.

Jeder 10. Flüchtling hält sich in Deutschland auf.

Viele Straßen, Brücken, Schulen, Schwimmbäder ... sind schadhaft, weil die Kanzlerin lieber sehr große Finanzmittel für Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ausgeben wollte.

In Deutschland herrscht eine große Wohnungsnot, u.a. weil das Geld für den Bau von Sozialwohnungen fehlt. Es soll in Deutschland zu Anfang 2020 um 1 Million Wohnungs- und Obdachlose geben – der Politik fehlt das Geld für Wohnungsbau.

Die flüchtlingsbezogenen Ausgaben im Bundeshaushalt waren 2018 so hoch wie noch nie. Die Kosten stiegen um 2 Milliarden auf 23 Milliarden Euro. Der größte Treiber waren dabei allerdings nicht die Zahlungen im Inland.

Die flüchtlingsbezogenen Ausgaben im Bundeshaushalt sind im vergangenen Jahr so hoch gewesen wie nie zuvor. Insgesamt hat die Bundesregierung im Jahr 2018 rund 23 Milliarden Euro ausgegeben, die mit den Folgen der jüngsten Flucht- und Migrationsbewegungen begründet sind. Das geht aus einem Bericht des Bundesfinanzministeriums hervor, den das Bundeskabinett an diesem Mittwoch beschließen will.

Der größte Ausgabentreiber ist dabei allerdings nicht im Inland zu finden, sondern jenseits der Grenzen, wie die Vorlage aus dem Ministerium von Olaf Scholz (SPD) zeigt: Allein die Ausgaben für Projekte zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern summierten sich demnach im vergangenen Jahr auf 7,9 Milliarden Euro. Das war rund eine Milliarde Euro mehr als in den Jahren zuvor und als für 2018 geplant gewesen war. 2017 hatte der Bund insgesamt knapp 21 Milliarden Euro für flüchtlingsbezogene Kosten ausgegeben.

Neben den Ausgaben für Projekte im Ausland hat der Bund die Länder und Kommunen vergangenes Jahr mit zusammen 7,5 Milliarden Euro im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten unterstützt. Damit beteiligt er sich beispielsweise an den Ausgaben für Asylbewerberleistungen, für die im Grundsatz die Länder zuständig sind – und zwar in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro. Der Betrag enthält jedoch auch Mittel von 2 Milliarden Euro zur Finanzierung von Integrationsleistungen in den Ländern sowie 870 Millionen Euro, mit denen der Bund den Ausbau der Kinderbetreuung unterstützt.

Streit um zukünftige Finanzierung

Auf etwa vier Milliarden Euro beliefen sich daneben die Ausgaben, die der Bund unmittelbar für die Versorgung und Förderung anerkannter Flüchtlinge im Hartz-IV-System aufbringt. Dies sind rund 400.000 Haushalte, in denen rund eine Million Erwachsene und Kinder leben. Diese Ausgabenposition bewegt sich damit im Rahmen der Finanzplanung. Mit weiteren rund 3 Milliarden Euro werden unmittelbare Integrationsleistungen des Bundes veranschlagt. Für die Zukunft ist politisch noch umstritten, in welchem Umfang sich der Bund an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligen wird. Für das laufende Jahr sind hier noch 4,7 Milliarden Euro vorgesehen. Für die Zeit von 2020 an hatte Scholz im Frühjahr ein Konzept vorgelegt, mit dem dieser Betrag auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr sinken würde. Es sah vor, den Ländern für jeden Flüchtling eine über 5 Jahre gestreckte Kostenpauschale von insgesamt 16.000 Euro zu überweisen. Den Ländern ist das allerdings zu wenig, sie hatten damals die Position vertreten, dass die Bundeshilfen auch künftig 4,7 Milliarden Euro im Jahr betragen sollten.

**Die Kanzlerin hat sehr viel für die Flüchtlinge getan und dabei möglicherweise den Blick für das Wohl Deutschlands verloren und die deutsche Wirtschaft vernachlässigt – darauf deuten aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen und auch Kommentare von Wirtschaftsfachleuten (Ökonomen) hin:**

- DB im Rückstand gegenüber EU,



- Probleme beim Mittelstand durch falsche Wirtschaftspolitik,
- mangelnde Investitionsbereitschaft in Deutschland,
- Unregelmäßigkeiten beim Wohnungsbau bei Kommunen, Ländern ...
- Handelsabkommen der EU mit Südamerika-Staaten ...

**Der Unwillen in der Bevölkerung gegenüber der Kanzlerin äußert sich besonders darin, daß als Kanzlerkandidat 2020 ihr Gegenspieler Friedrich Merz gewünscht wird.**

### **Frankreich hängt Deutschland deutlich ab**

Anja Ettl, 29.12.2019

Laut der Prognosen von OECD und IWF dürfte Frankreichs Wirtschaft im Jahr 2019 etwa doppelt so schnell gewachsen sein wie die Deutsche. Dieser Trend könnte sich in Zukunft sogar noch ausweiten.

Die Wirtschaft des Nachbarn wächst 2019 doppelt so stark wie die deutsche. Dies liege vor allem an Präsident Macrons Reformen, sagen führende Ökonomen. Sie deuten auch an, warum es in hierzulande nicht voran geht.

Frankreich hat Deutschland beim Wirtschaftswachstum 2019 deutlich hinter sich gelassen. Führende Ökonomen rechnen zudem damit, dass der Nachbar seinen Vorsprung in den kommenden Jahren noch ausbauen wird. „Frankreich befindet sich dank Macrons Reformpolitik in Aufbruchstimmung. Deutschland hingegen wirkt zunehmend wie eine gestrandete Volkswirtschaft“, sagte der neue französische Chefökonom der Allianz, Ludovic Subran, gegenüber WELT AM SONNTAG.

Aus der deutschen Politik kommt nicht viel

Das Ende der Diesel-Ära verlange dringend danach, dass die Auto-Nation Deutschland sich neu positioniert und in die eigene Zukunft investiert. „Aber aus der Politik kommt dazu nicht viel – und wenn, dann sind es Vorschläge aus der Opposition“, so Subran weiter. „Das lässt die Unternehmen zögern, Geld in die Hand zu nehmen, obwohl genug Mittel da wären.“

Mehr Vertrauen in Macron als in Merkel

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Kantar EMNID vertrauen die Deutschen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron mehr als Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das berichten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Quelle: WELT/ Sebastian Struwe

Auch Holger Schmieding, Chefökonom der Berenberg Bank, sieht Frankreich weiterhin vorn. „In Deutschland haben wir lange geglaubt, dass Frankreich nicht reformierbar sei. Und jetzt können wir nur darüber staunen, dass unser Nachbar dank seiner weniger zyklisch aufgestellten Industrie nicht nur konjunkturell besser aussieht, sondern dank der entschiedenen Arbeitsmarktreformen auch strukturell viel besser dasteht“, sagte er WELT AM SONNTAG.

Frankreichs Stärke ist nicht schuldenfinanziert

Nach den Prognosen von OECD und IWF dürfte Frankreichs Wirtschaft 2019 mit einer Rate von rund 1,3 Prozent etwa doppelt so stark gewachsen sein wie Deutschland. 2017 lag Deutschland noch vorn, 2018 waren beide Länder fast gleichauf, allerdings schon damals mit leichtem Vorsprung für Frankreich. Im kommenden Jahr könnte sich dieser Trend den Prognosen zufolge fortsetzen und womöglich sogar noch ausweiten.

Frankreichs berühmteste Adresse ist ein Sanierungsfall

Den Vorwurf, dass Frankreich vor allem deshalb wächst, weil das Land mehr Schulden aufgenommen hat, weist Schmieding zurück. „Die neue relative Stärke Frankreichs ist keineswegs schuldenfinanziert, auch wenn das viele meinen“, sagte er. „Wir haben es in Deutschland dank der Agenda 2010 auch erlebt, dass, wenn die Beschäftigungsquote steigt, man auch den Haushalt in den Griff bekommt, weil einfach die Zahl der Beitragszahler wächst.“

Subran, der im Oktober als Nachfolger von Michael Heise den prominenten Chefökomen-Posten bei der Allianz angetreten hatte, sieht Deutschland in akuter Gefahr, zu lange untätig zu bleiben: „Deutschland setzt nicht genug Reformen um, obwohl es den Spielraum dafür hätte. Aber weil es allen so gut geht, fehlt der Druck, etwas zu tun. Und in der nächsten Krise ist es dann zu spät.“

## **Deutschland liegt bei Digitalisierung hinten**

Von Jan Dams, Tobias Kaiser, 23.07.2017, Quelle: dpa

Viele Menschen warten seit Jahren auf Glasfaserkabel zur Übertragung von Hochgeschwindigkeitsinternet

Die Wirtschaft schlägt Alarm: Frankreich ist laut einer Studie besser auf die Zukunft vorbereitet als Deutschland. Wirtschaftsministerin Zypries gelobt Besserung beim Dauerthema Breitbandausbau.

Deutschland läuft Gefahr, einen der wichtigsten Wirtschaftstrends zu verschlafen. In der Digitalisierung, die Wirtschaft und Gesellschaft nach allgemeiner Einschätzung so stark prägen wird wie kaum ein anderer Trend, liegt die Bundesrepublik einer Studie zufolge auf Rang 17 – weit abgeschlagen hinter Industrienationen wie Finnland, Großbritannien oder den USA.

Das berichtet die WELT AM SONNTAG unter Berufung auf eine groß angelegte Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung.

Die Studie untersucht das Innovationspotenzial wichtiger Volkswirtschaften. Demnach ist selbst Frankreich, in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit so etwas wie der kranke Mann Europas, in Sachen Digitalisierung auf Rang 16 knapp vor Deutschland.

Achillesferse für die Wettbewerbsfähigkeit

BDI-Präsident Dieter Kempf benannte eines der großen Probleme: „Ein Muss für Digitalisierung und Industrie 4.0 ist, den Breitbandausbau voranzutreiben und den digitalen europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen.“

Die Bundesregierung weiß um einige der Probleme. Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) sagte zwar der WELT AM SONNTAG: „Deutschland holt beim Breitbandausbau auf, bei digitalen Anwendungen für Industrie 4.0 sind wir schon sehr weit vorne.“

Sie gab allerdings Versäumnisse zu: „Der Breitbandausbau geht zu langsam, dabei ist das eine Achillesferse für unsere künftige Wettbewerbsfähigkeit.“ Das Wirtschaftsministerium fordere deshalb seit Langem, die deutsche Breitbandpolitik in Richtung Gigabitnetze fortzuentwickeln. Entsprechende Konzepte habe man bereits vorgelegt

## **Deutsche Wirtschaft strauchelt**

Die industrielle Auslastung soll laut IfW stark nachgeben.

Handelskonflikte und der Brexit sorgen für weltweite wirtschaftspolitische Unsicherheit. Das dürfte sich auch bei der deutschen Wirtschaft bemerkbar machen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet daher deutlich negativere Entwicklungen. Ein anderes Institut ist etwas optimistischer.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat Deutschland eine deutlich ungünstigere Entwicklung vorhergesagt als zuvor andere Forscher und seine Prognosen stark gesenkt. "Die deutsche Konjunktur kühlt sich deutlich ab, und die globale politische Unsicherheit setzt der deutschen Wirtschaft zu", erklärte das IfW. Dazu beigetragen haben dürfte nicht zuletzt die weltweit hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit, bedingt etwa durch Handelskonflikte und den Brexit. Die Ökonomen senkten ihre Prognose für 2019 daher auf 0,6 Prozent und für 2020 auf 1,6 Prozent. Bisher hatten sie ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,0 Prozent im laufenden und 1,8 Prozent im kommenden Jahr erwartet.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hatte hingegen am Morgen seine Wachstumsprognosen für dieses und nächstes Jahr nur leicht nach unten korrigiert. Das IfW erwartet nun ein Wachstum von 0,9 Prozent für dieses und 1,7 Prozent für kommendes Jahr und bescheinigte der deutschen Wirtschaft, weiter "gut aufgestellt" zu sein.

"Die Grundtendenz der Konjunktur hat sich deutlich abgeschwächt", erklärte hingegen das Kieler IfW. Der Anstieg des BIP im ersten Quartal um 0,4 Prozent sei vor allem Sonderfaktoren geschuldet wie Aufholeffekten in der Autoindustrie nach Problemen mit dem Prüfverfahren WLTP. Für das zweite Quartal zeichne sich sogar ein leichter BIP-Rückgang ab. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte danach zwar wieder zulegen, aber nur in moderatem Tempo. "Insgesamt nimmt die gesamtwirtschaftliche Auslastung ab", erklärten die Ökonomen. Die vergleichsweise starke Zuwachsrate für das kommende Jahr gehe zu 0,4 Prozentpunkten auf eine hohe Anzahl an Werktagen zurück.

Industrie schwächelt, privater Konsum könnte zulegen

Insgesamt sei das Konjunkturbild uneinheitlich. Während die industrielle Auslastung deutlich nachgebe und der Dienstleistungssektor nur moderat zulege, dauere der Bauboom an. Der private Konsum dürfte dank weiter kräftig steigender Einkommen mit Raten von 1,7 Prozent in diesem und 1,4 Prozent im nächsten Jahr wieder spürbar anziehen. Die Exporte werden zwar allmählich wieder Tritt fassen, aber mit Raten von 1,2 Prozent 2019 und 3,5 Prozent 2020 nur moderat steigen. Die Arbeitslosigkeit dürfte nach den Kieler Berechnungen kaum noch weiter sinken. Die Arbeitslosenquote soll nach der Prognose dieses Jahr bei 4,9 Prozent und nächstes Jahr bei 4,8 Prozent liegen.

IfW-Präsident Gabriel Felbermayr forderte eine Unternehmenssteuerreform und eine Abschaffung des Solidaritätszuschlages. "An der globalen politischen Unsicherheit, die die Unternehmen hierzulande belastet, kann die deutsche Politik wenig ändern", hob er hervor. "An der Standortqualität hingegen schon." IfW-Konjunkturchef Stefan Kooths betonte, die deutsche Wirtschaft befinde sich im Abschwung, "nicht im Absturz". Ähnlich wie der langgezogene Aufschwung könnte nun auch die Entspannung nach dem Boom milder ausfallen als in früheren Zyklen. Eine steuerliche Entlastung der Unternehmen würde jetzt "besser in die konjunkturelle Landschaft passen".

Auch Prognosen der Bundesregierung gedämpft

Auch die Bundesregierung rechnet mit anhaltendem Gegenwind für die deutsche Wirtschaft. "Die Binnenkonjunktur ist weiter intakt, aber die exportorientierte Industrie durchlebt eine Durststrecke", heißt es in dem aktuellen Monatsbericht des Wirtschaftsministeriums. Nach dem deutlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 0,4 Prozent blieben die Aussichten für das zweite erst einmal gedämpft.

"Der spürbare Rückgang der Auftragseingänge in der Industrie seit Jahresbeginn sowie das sich bis Mai weiter eintrübende Geschäftsklima signalisieren ein Andauern der industriellen Schwächephase", betonte das Ministerium. Beschäftigung und Einkommen dürften aber nach wie vor spürbar zulegen, ebenso die Bauinvestitionen. "Am Arbeitsmarkt zeigen sich erste Bremsspuren", schreiben die Experten des Ministeriums. "Beim Zuwachs der Erwerbstätigkeit verfestigt sich die niedrigere Dynamik."

Die Arbeitslosigkeit habe im Mai nicht nur aufgrund von Sondereffekten zugenommen. Die Bundesagentur für Arbeit bereitet sich angesichts der abkühlenden Konjunktur bereits auf einen Anstieg der Kurzarbeit in Industriebranchen vor, wie Arbeitsagenturchef Detlef Scheele jüngst mitteilte. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr wegen der Handelskonflikte und Risiken wie dem Brexit nur mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent. 2018 hatte es noch zu 1,4 Prozent gereicht.

## **DB im Rückstand gegenüber EU**

Mangelhafte Infrastruktur: Verkehr: „Deutschland hat den Anschluss verloren“

Ein Interview von Oliver Schlunz mit Stefan Wallmann, Verkehrsexperte und Deutschlandchef von Ramboll, einem dänischen Ingenieurs- und Planungsberatungunternehmen

Veraltete Technik und eine schwerfällige Bürokratie kicken Deutschland verkehrstechnisch ins Abseits. Ramboll-Deutschlandchef Stefan Wallmann spricht über die Versäumnisse der Politik und was man von den anderen Ländern lernen kann. Ramboll ist eine der großen Ingenieur- und Planungsberatungen in Europa, die weltweit aktiv sind. Wallmanns Kolleginnen und Kollegen planen unter anderem den 18 Kilometer langen Fehmarnbelttunnel unter der Ostsee, beraten Regierungen und haben in den vergangenen vier Jahrzehnten jeden zweiten Radweg in Kopenhagen geplant.

Busy Streets: Herr Wallmann, Deutschland galt im Ausland lange als fortschrittliche Industrienation. Gilt das noch für die Verkehrsinfrastruktur?

Stefan Wallmann: Nein, Deutschland hat massiv den Anschluss an andere Länder verloren. Viele Brücken sind marode, der Schienenverkehr ist am Limit und in den Ballungsgebieten droht der Verkehrskollaps. Wenn man die vergangenen 30 Jahre betrachtet, habe ich das Gefühl, uns ist nach dem Aufschwung Ost die Luft ausgegangen.

Welche Länder sind fortschrittlicher, wenn wir nur den Aspekt nachhaltige Mobilität betrachten?

Die skandinavischen Länder sind deutlich weiter als wir. Sie wollen den Menschen den Umstieg leicht machen. Die Regierungen fördern den Umweltverbund, die E-Mobilität mit Fahrrad und Auto, bauen massiv ihr Radwegenetz aus und sind mit der Digitalisierung viel weiter als wir.

In Finnlands Hauptstadt Helsinki wurde mit „Whim“ die zurzeit modernste Mobilitäts-App der Welt entwickelt. Whim heißt so viel wie „nach Lust und Laune“ und vereint das gesamte Mobilitätsangebot der Stadt - Busse und Bahnen, Fähren, Mietwagen alles bis hin zu Taxis und Leihräder. Über die App lassen sich verschiedene Abos buchen, man kann aber auch einzelne Fahrten darüber abrechnen.

Die Politik unterstützt diese Entwicklung. Mit dem neuen Transportgesetz haben sie dieses umfassende Angebot überhaupt erst möglich gemacht. Seit es 2018 eingeführt wurde, sind alle Verkehrsunternehmen dazu verpflichtet, ihre Daten offenzulegen. Sie stellen ihre Fahrpläne, die Echtzeitdaten und ihre API-Schnittstellen zur Verfügung, damit tatsächlich alle Angebote in einer App gebündelt werden können.

In Städten wie München oder Hamburg geht zur Hauptverkehrszeit oft nichts mehr. Busse und Bahnen sind überfüllt und ebenso die Straßen. Wie konnte es soweit kommen?

Die Politik hat das Zeitfenster verstreichen lassen, um das Angebot dem Bedarf anzupassen. Die Urbanisierung wie wir sie gerade in den Innenstädten erleben, ist im Wesentlichen so eingetroffen wie man sie bereits Ende der 90er Jahre prognostiziert hat. Der heutige Bedarf war absehbar.

Also hat die Politik ihre Aufgabe der Grundversorgung nicht erfüllt?

Richtig und sie hat zu sehr auf den Privatwagen gesetzt. Die Menschen organisieren ihre Mobilität fast nur noch mit dem eigenen Wagen, weil der öffentliche Verkehr mit Bus, Bahn und S-Bahn zunehmend ausgedünnt oder den Bedürfnissen nicht mehr angepasst wurde.

"Schneller werden" ist das Mantra von Stefan Wallmann für Deutschlands Verkehrspolitik. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen seiner Ansicht nach drastisch verkürzt werden, damit Deutschland die Verkehrswende schafft Ramboll

Im Rahmen des Klimapakets hat die Bundesregierung nun beschlossen, das Bahnfahren günstiger wird. Ist das ein gutes Signal?

Ich habe geschluckt als ich das gehört habe. Nur weil die Preise sinken, fahren nicht automatisch mehr Züge. Das System ist bereits am Anschlag. Hier wird mit einer guten Idee ein akutes Problem noch verschärft.

Das Schienennetz wurde von 44.600 km im Jahr 1994 auf 38.500 km, in 2017 reduziert. Sollte jetzt ein Teil der Strecken reaktiviert werden, um den Ausbau des Netzes zu beschleunigen?

Das funktioniert nicht. Die Bahn hat einige Streckenabschnitte verkauft. Wo früher Züge fuhr, stehen heute Häuser. Natürlich brauchen wir einen Ausbau des Netzes. Aber der kostet Zeit, die wir nicht haben. Wir müssen schnell mehr Kapazität ins Netz bekommen. Das geht mit mehr und längeren Zügen auf den Strecken.

Wie kann das funktionieren, wenn das System bereits am Anschlag ist?

Im ersten Schritt sollte bundesweit ein einheitlicher moderner digitaler Signalstandard etabliert werden. Momentan haben wir einen bunten Flickenteppich aus alter Technik. Ein Großteil der Stellwerke arbeitet noch mit Relais-technik aus der Kaiserzeit. Andere Regionen verwenden mechanische Stellwerke, elektromechanische, elektronische oder digitale. Wer regelmäßig Bahn fährt weiß, dass Stellwerksprobleme häufig zu Verspätungen führen. Diese Störungen breiten sich dann im gesamten Netz aus.

Ein digitaler Signalstandard erhöht die Pünktlichkeit. Aber wie bringt die Digitalisierung mehr Züge auf die Schiene?

Mit der Einführung der digitalen Schiene wird das Sicherungssystem von der Strecke in den Zug verlegt. Momentan ist das gesamte Schienennetz in Abschnitte aufgeteilt. Aus Sicherheitsgründen darf sich immer nur ein Zug in diesem Bereich aufhalten. Signalbarken geben dem Zug per Funk die Erlaubnis zur Einfahrt. Mit dem europäischen Zugsicherungssystem „European Train Control System“ (ETCS) wird diese Technik in den Zug verlagert. Zug und Stellwerk kommunizieren direkt miteinander und verhindern, dass Züge miteinander kollidieren. Wenn man die entsprechend ausgestatteten Züge dafür hat, kann man sie in kürzeren

Abständen zum vorausfahrenden Zug takten und ihre Zahl um rund 20 Prozent in einem Streckenabschnitt erhöhen.

Wie schnell kann das umgesetzt werden?

Prinzipiell können die Züge umgerüstet werden, das ist aber teuer. Der Bund gibt keine Zuschüsse, daher muss die Deutsche Bahn das allein finanzieren. Das gesamte deutsche Eisenbahnnetz umzurüsten wird wahrscheinlich bis 2040 oder 2050 dauern. Darum ist es wichtig, den Umbau voranzutreiben.

Verkehrsminister Andreas Scheuer will massiv in den Verkehr investieren. Holt Deutschland gerade auf?

Es ist gut, dass Mittel bereitgestellt werden. Aber Geld allein reicht nicht aus. Neben der Infrastruktur fehlt die Kapazität in vielen anderen Bereichen. Wir brauchen mehr Personal in den Verwaltungen, bei den Bauherren und selbst bei den Gerichten. Außerdem müssen die Prozesse stärker vereinheitlicht werden. Das Planungs- und Baurecht ist in Deutschland nicht nur wahnsinnig komplex, es ist auch noch divers. In jedem Bundesland gelten andere Regeln. Wir brauchen einen einheitlichen Standard, der bundesweit gilt. Das hilft uns dabei schneller zu werden.

Eine schnellere Umsetzung von Bauvorhaben wünschen sich viele Menschen. Gleichzeitig fürchten Verbände und Initiativen, dass eine Zeitersparnis zu Lasten ihrer Mitbestimmung geht.

Das muss nicht sein. In Deutschland wird immer noch viel mit Papier gearbeitet. Eine digitale Prozesskette von der Planung über die Bürgerbeteiligung bis hin zur Freigabe des Bauvorhabens spart Zeit und erleichtert vielen Menschen die Teilhabe.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

Ich habe mir kürzlich den Bebauungsplan für ein neues Vorhaben in meinem Stadtteil in Berlin angesehen. Das ging nur zwischen 10 und 15 Uhr an einem bestimmten Wochentag. Ich musste meinen Ausweis vorlegen und konnte die Unterlagen nur mit dem Smartphone fotografieren. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Die skandinavischen Staaten stellen ihren Bürgern und Bürgerinnen sämtliche Unterlagen online bereit. So kann sich die gesamte Bevölkerung jederzeit barrierefrei informieren. Das ist zeitgemäß.

Busy Streets Newsletter bestellen

Sie arbeiten für ein dänisches Unternehmen. Setzt Dänemark Bauvorhaben schneller um?

Auf jeden Fall. Dort sind an den Planungsprozessen vom ersten Tag an alle beteiligt, die in irgendeiner Form an und von dem Vorhaben betroffen sind - auch Vertreter von Verbänden und Initiativen. In diesen Runden wird jeder gehört und ernst genommen. Das gehört zur Kultur. In skandinavischen Unternehmen herrschen flache Hierarchien. Es ist normal, dass Mitarbeiter mit ihren Vorgesetzten auf Augenhöhe kommunizieren, sie hinterfragen und ihnen widersprechen. In den Runden zu den Bauvorhaben wird das Thema so lange diskutiert, bis möglichst alle mit der Lösung zufrieden sind. Das dauert in der ersten Phase länger, zahlt sich aber über den gesamten Prozess aus.

Inwiefern?

Das Ergebnis wird von einer breiten Bevölkerung getragen. In Dänemark herrscht eine große Konsenskultur. Es kommt deutlich seltener zu Klagen als in Deutschland.

Wer müsste so einen Wandel anstoßen?

Die Politik. Zugegeben, das ist kein leichtes Vorhaben, aber es steigert die Effizienz unheimlich. Und das sollte unser Ziel sein. Wir müssen schneller werden. Schauen Sie nach China. Dort wurde in der Hafenstadt Xiamen innerhalb von nur sechs Monaten der sieben Kilometer lange Skycycle-Highway geplant und gebaut, der auf Stelzen über der Autostraße und unter der Buslinie verläuft.

In China wird über den Bau von Radwegen oder Autobahnen nicht diskutiert, sie werden einfach angeordnet ...

Das stimmt. So etwas funktioniert nicht in unseren Demokratien und ist für uns sicherlich nicht erstrebenswert. Trotzdem lohnt sich der Blick nach Xiamen. Denn es weist uns darauf hin, was möglich ist. Dafür haben wir den Blick verloren. Wir sind unglaublich langsam geworden. Um schneller zu werden, müssen wir die Planungs- und Genehmigungsprozesse drastisch verkürzen. Diese Phase bremst uns aus. Das zeigt das Beispiel der Dresdner Bahn in Berlin. Die Planungen wurden nach der Wende begonnen. Aber erst 2015 gab es - nach

20 Jahren Auseinandersetzung einen Planfeststellungsbeschluss. Gegen den wurde dann von einer Bürgerinitiative geklagt, wie nahezu alle vergleichbaren Beschlüsse zuvor ebenfalls. Seit September wird nun endlich gebaut.

Von welchem Zeitraum sprechen Sie, wenn Sie fordern, den Planungs- und Genehmigungsprozess drastisch zu verkürzen?

Wir sollten versuchen von zehn Jahre auf zwei Jahre zurückzukommen. Das Beispiel Dänemark zeigt, dass beides geht: Die Menschen am Prozess beteiligen und schneller werden. Die Politik ist gefordert, einen klar strukturierten Prozess vorzugeben, in dem alle zu Wort kommen, der aber die Dauer des Planungs- und Genehmigungsprozesses reduziert.

In Berlin dauert der Bau eines Radwegs von der Planung bis zur Fertigstellung zurzeit vier Jahre. Wie schnell geht das in Dänemark.

Der Prozess ist dort sehr effizient. Nach Einschätzung unserer dänischen Kollegen braucht man, wenn der Prozess von Anfang an gut läuft, sechs Monate vom Anfang der Planung bis zu dem Moment, wo der tatsächliche Bau anfängt. Da wir selbst nicht bauen, ist es schwierig, eine belastbare Aussage für die Bauphase zu treffen. Hinzu kommen manchmal Zeiten für die Bürgerbeteiligung oder politische Entscheidungsfindungen. Alles in allem dauert die Planungsphase aber selten länger als 6-9 Monate. In Deutschland kann das durchaus rund 24 Monate dauern, obwohl wir hier gerade, z.B. konkret in Berlin, durchaus positive Signale der Entscheidungsträger sehen, dies deutlich zu beschleunigen.

Herr Wallmann, vielen Dank für das Gespräch.

### **Probleme beim Mittelstand durch falsche Wirtschaftspolitik**

Web.de, Makronom 22.11.2019

*KMU Kleine und mittlere Unternehmen*

*Die stagnierende Produktivität von KMU gefährdet Deutschlands Wohlstand*

*Kleine und mittlere Unternehmen hinken mit Blick auf ihre Arbeitsproduktivität immer stärker den großen Unternehmen hinterher – das „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft droht den Anschluss zu verlieren. Die politische Reaktion auf dieses Problem muss an den Stellen ansetzen, die jenseits der Einflussosphäre der Unternehmen liegen.*

MARCUS WORTMANN, CHRISTIAN DIENES & LUKAS NÜSE, 20. November 2019

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in Deutschland traditionell eine besondere Rolle. 99,4 Prozent aller deutschen Unternehmen sind KMU, beschäftigen also weniger als 250 MitarbeiterInnen. Damit sind sie hierzulande Arbeitgeber für 52 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Doch dieses „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft droht den Anschluss zu verlieren: Eine gerade veröffentlichte Studie des IfM Bonn und der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die KMU hinsichtlich der Arbeitsproduktivität immer stärker den großen Unternehmen (GU) hinterherhinken. Wie die folgende Abbildung illustriert, ist die Arbeitsproduktivität großer Firmen zwischen 2012 und 2016 um zwölf Prozent stärker gewachsen als die von kleineren Arbeitgebern. Dies ist insbesondere auf die Entwicklung der jeweils hochproduktiven Unternehmen in beiden Unternehmensgruppen zurückzuführen. Hier ist die Schere zwischen KMU und GU schon seit Beginn der Finanzkrise deutlich auseinandergegangen.

Produktivitätsdivergenz zwischen KMU und Großunternehmen entsteht im Produzierenden Gewerbe

Auch auf regionaler und sektoraler Ebene lassen sich teils erhebliche Unterschiede feststellen. So sind nicht nur KMU im Westen Deutschlands produktiver als KMU im Osten. Es existiert außerdem ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Grundsätzlich treten Unterschiede bezüglich der Arbeitsproduktivität von KMU im Vergleich zu GU auch bei Berücksichtigung regionaler und siedlungsstruktureller Differenzen auf. Die Differenz ist also nicht darauf zurückzuführen, dass KMU relativ zu GU häufiger in schwächer besiedelten Gegenden oder in wirtschaftlich nicht so erfolgreichen Regionen angesiedelt sind.

Sehr wohl können allerdings branchenspezifische Unterschiede ausgemacht werden. Größenspezifische Produktivitätsunterschiede zeigen sich vor allem im Produzierenden Gewerbe. Seit 2012 ist die Produktivität von GU in diesem Sektor um 8 Prozent stärker gewachsen als die von KMU. Im Dienstleistungssektor ist die Arbeitsproduktivität von KMU und GU im Durchschnitt und über den Zeitverlauf hingegen gleich hoch.

Diese Entwicklungen geben Anlass zur Sorge. Ein Auseinanderdriften der Produktivität von KMU und GU, aber auch sektorale und regionale Unterschiede, können zu einer Divergenz der Löhne und damit zu einer ungleicheren Wohlfahrtsverteilung in Deutschland führen. Und nicht nur das: Sollten die KMU angesichts einer zunehmend globalisierten und digitalisierten Welt den Anschluss verlieren, dürfte auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und letztlich viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

Probleme bei Investitionen und Innovationen

Die entscheidenden Faktoren für die Entwicklung der betrieblichen Arbeitsproduktivität sind die Kapitalausstattung je Arbeitnehmer (Kapitalintensität) sowie erfolgreich durchgeführte Innovationen. Die Kapitalintensität wird primär von den getätigten Investitionen beeinflusst. Hier sind die GU den KMU weit voraus. Sie investieren – umgerechnet auf Vollzeitäquivalente – in etwa die fünffache Summe.

Die Investitionen dürfen jedoch nicht pauschal betrachtet werden. So können sich verschiedene Investitionsarten sehr unterschiedlich auf die Arbeitsproduktivität auswirken. Hier sind vor allem die Investitionen in Wissenskapital sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) herauszuheben. Auch hier agieren die KMU deutlich zurückhaltender als GU: Zuletzt investierten etwa doppelt so viele GU wie KMU in IKT. Die totale Faktorproduktivität kann in erster Linie durch erfolgreiche Prozess- und Produktinnovationen erhöht werden. Auch hier ist der Anteil der innovierenden GU annähernd doppelt so hoch wie bei den KMU. Zudem beschränken sich KMU oft auf inkrementelle Innovationen. Entsprechend ist der Abstand bei den besonders bedeutsamen Prozess- und grundlegenden Produktinnovationen noch größer (annähernd Faktor 3).

Als wesentliche Ursachen für eine stagnierende Produktivität bei KMU lassen sich zwei Faktoren identifizieren: hohe Kosten und ein zunehmender Mangel an Fachkräften. Am häufigsten nennen Betriebe im Rahmen der jährlichen Befragung durch das IAB-Betriebspanel zu hohe Investitionskosten als Grund für ausbleibende Innovationen. Außerdem macht sich der Fachkräftemangel bemerkbar: Zwischen 2006 und 2016 ist der Anteil der Betriebe, die den Fachkräftemangel als Innovationshemmnis angeben, signifikant gestiegen. Von rund 21 Prozent bei den KMU und 13 Prozent bei den GU (jeweils 2006) hat er sich bei allen Unternehmenstypen auf über ein Drittel erhöht (2016).

Politische Stellschrauben und mehr Offenheit

Einflussnahmen auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen durch staatliche Fördermaßnahmen sind im Allgemeinen kritisch zu sehen, da sie häufig mit erheblichen Mitnahmeeffekten verbunden sind. Dies gilt auch für die gerade beschlossene steuerliche Forschungsförderung, die explizit auch große Unternehmen nicht von der Förderung ausschließt. Insbesondere hier ist fraglich, ob die Förderung zu einer Zunahme von Innovationsausgaben führen wird, da diese aufgrund von Größenvorteilen geringeren Finanzierungsbeschränkungen ausgesetzt sind als KMU. Im Sinne der Effizienz sollte eine steuerliche Forschungsförderung, wenn sie eingesetzt wird, deshalb so weit wie möglich auf KMU fokussiert sein. Ob dies mit dem neuen Gesetz gelungen ist, bleibt abzuwarten. Immerhin wurde auch die Möglichkeit der Auftragsförderung eingeräumt, sollten kleinere Unternehmen keine eigenen Abteilungen unterhalten.

Die Politik sollte darüber hinaus an den Stellen ansetzen, die jenseits der Einflussosphäre der Unternehmen liegen, insbesondere an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie kann beispielsweise für eine bessere Ausstattung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sorgen, um den technischen Fortschritt voranzubringen. Dies würde auch kleineren Unternehmen zu Gute kommen, die mit Hochschulen Forschungsk Kooperationen eingehen. Doch auch in den Ausbau des allgemeinen Bildungssystems sollte der Staat deutlich mehr investieren. Das dient einerseits der Vermittlung der in der modernen Arbeitswelt erforderlichen Basisfertigkeiten, die eine Voraussetzung für die Realisierung einer hohen Arbeitsproduktivität darstellen. Andererseits ist aber auch wichtig, alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft – zu unterstützen. Gerade vor dem Hintergrund eines immer stärkeren Fachkräftemangels ist die deutsche Volkswirtschaft darauf angewiesen, auch Kinder aus sogenannten „bildungsferneren Schichten“ mitzunehmen und fit für die moderne Gesellschaft zu machen.

Des Weiteren könnte sie die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften erleichtern oder Markteintrittsregulierungen abbauen, wie es jüngst auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Gutachten gefordert hat. Politische Maßnahmen könnten auch die indirekte Unterstützung von IKT-Investitionen fördern, etwa durch den konsequenten Ausbau der digitalen Infrastruktur gerade im ländlichen Raum. Letztlich sind auch die Unternehmen (insbesondere KMU) bzw. ihre Führung selbst gefragt, offen für die Möglichkeiten der Digitalisierung zu sein und dementsprechend in ihre Betriebe, die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter sowie das gesamte Wissenskapitel zu investieren.

Zu den Autoren:

- Marcus Wortmann ist Project Manager im Programm Nachhaltig Wirtschaften bei der Bertelsmann Stiftung.
- Christian Dienes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM).
- Lukas Nüse ist Referent im Bundesfinanzministerium. Zum Zeitpunkt der Entstehung der Studie war er für die Bertelsmann Stiftung tätig. Auf Twitter: @LukNse

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Inclusive Productivity-Blog.

### **Investitionsbereitschaft in Deutschland**

Mit seiner Bereitschaft, Geld in Deutschland zu investieren, schwimmt Tesla-Chef Elon Musk gegen den Strom. Laut einer Befragung von 100 US-Unternehmen durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG verliert unser Land an Attraktivität:

- Gaben 2017 noch 47 Prozent der US-Firmen an, in den kommenden drei Jahren mindestens zehn Millionen Euro in Deutschland investieren zu wollen, bestätigten diese Absicht jetzt nur noch 24 Prozent.
- Für jedes zweite US-Unternehmen bewegt sich Deutschland mit seinen Steuern und Abgaben im EU-Vergleich im Mittelfeld, 21 Prozent sehen Deutschland auf den hinteren fünf oder sogar auf dem letzten Platz.
- Hinsichtlich der Infrastruktur äußern sich 60 Prozent der befragten Unternehmen zufrieden – vor zwei Jahren waren es noch 72 Prozent.

Fazit: Die befragten Manager sind nicht links und nicht rechts, nur realistisch. Der Parteienstaat, der für die Investitionsbedingungen hierzulande zuständig ist, sollte diese Abstimmung ernstnehmen. Zumal es sich auch um eine Abstimmung mit den Füßen handelt.

### **Deutsche Unternehmen verlieren den Anschluss: Nur zwei Konzerne unter den Top 100 weltweit**

Von Ulf Sommer, Januar 2020

Die Top-100-Konzerne der Welt sind so viel wert wie nie. US-Konzerne dominieren dabei mit 56 Vertretern das Ranking. Doch der genauere Blick alarmiert die Analysten.

Der Öl-Konzern Saudi Aramco verdrängt die Tech-Riesen Apple und Microsoft.

Düsseldorf Welches Unternehmen ist das wertvollste der Welt? Um diesen Titel rangelten dieses Jahr zunächst drei IT-Giganten: Apple, Amazon und Microsoft. Kurz vor Jahreschluss liegt der iPhone-Riese Apple mit einer Marktkapitalisierung von 1,12 Billionen Euro knapp vor Microsoft. Der Konzern aus Seattle kommt auf 1,07 Billionen. Doch der Börsengang von Saudi Aramco hat im Dezember auch die Champions League der Weltbörsen neu gemischt.

Der saudische Staat brachte zwar nur 1,5 Prozent der Aktien des weltweit größten Ölförderers an die Finanzmärkte. Aber damit ist der Gesamtkonzern nunmehr 1,7 Billionen Euro wert – und schoss quasi von null auf Platz eins. So kostbar war noch nie zuvor ein einzelnes Unternehmen. Der Ölriese ist nach Handelsblatt-Berechnungen fast so viel wert wie alle 759 börsennotierten deutschen Konzerne zusammen, die auf insgesamt 1,9 Billionen Euro kommen.

In der Breite dominieren aber weiter US-Unternehmen das Ranking: 56 von 100 Unternehmen kommen von dort. „Mit digitalen Geschäftsmodellen haben vor allem US-Unternehmen den Nerv der Zeit getroffen“, urteilt Hubert Barth, Deutschlandchef der Wirtschaftsprüfungs-



gesellschaft EY: „Mit ihren Dienstleistungen und Produkten revolutionieren sie ganze Branchen und erzielen enorme Gewinne.“

Deutschlands Unternehmen verlieren generell an Gewicht in der Welt: Nur noch SAP auf Rang 49 und Siemens auf 98 schafften es im Jahr 2019 in die Top 100. Vor einem Jahr waren es immerhin noch drei, weil auch der Versicherer Allianz dazugehörte. Ganz anders sah die Welt vor rund zwei Jahrzehnten aus, als Konzerne wie Daimler nach der Fusion mit Chrysler („Hochzeit im Himmel“) und die Deutsche Bank, Bayer, BASF und sogar die Deutsche Telekom zur Weltspitze zählten.

Doch viele Spitzenkonzerne bewiesen in den vergangenen Jahren ein falsches Gespür für die richtigen Investitionen. Daimler kaufte einen maroden amerikanischen Autobauer und verwässerte so seine Premiummarke mit dem Stern. Bayer handelte sich mit Monsanto einen Saatguthersteller ein, bei dem sich schon vor dem 50-Milliarden-Euro-Kauf Schadensersatzklagen abgezeichnet hatten. Die Deutsche Bank griff mit Bankers Trust in den USA komplett daneben und hätte in den vergangenen zehn Jahren besser mehr Geld dafür ausgeben sollen, ihre veralteten IT-Strukturen zu modernisieren.

Dass es auch besser geht, zumindest aus Sicht der Aktionäre, zeigen die Amerikaner eindrucksvoll. Linde-Praxair schafft als ehemals deutsches Unternehmen den Sprung in die Top 100. Seit dem Vollzug der Fusion mit dem amerikanischen Wettbewerber vor etwas mehr als einem Jahr ist der Kurs um 35 Prozent gestiegen – nachdem er bereits in den Monaten nach Ankündigung des Zusammenschlusses kräftig in die Höhe geschossen war. Ohne das hohe Börsengewicht der Amerikaner hätte es Linde nie auf die Liste der 100 wertvollsten Unternehmen geschafft.

Zwei Besonderheiten treiben den Linde-Praxair-Kurs nach oben: Der Hersteller von Industriegasen hat seit der Fusion nur noch drei große Wettbewerber: neben Air Liquide in Frankreich Air Gas und Air Products in den USA. Solch komfortable oligarchische Strukturen ermöglichen es, hohe Preise im Weltmarkt durchzusetzen. Das beschert verlässliche, stetig steigende Gewinne und Renditen – was Anleger mit steigenden Kursen honorieren.

Darüber hinaus verknappt Linde drastisch das Aktienangebot, seitdem die Amerikaner das Sagen haben. Das Unternehmen kauft innerhalb von nur zwei Jahren für umgerechnet über fünf Milliarden Euro eigene Aktien, das sind 15 Prozent – und vernichtet sie. Noch nie hat ein deutscher Konzern dafür so viel Geld ausgegeben.

Große Konzerne treiben die Kurse

In Deutschland wäre das unzulässig, hier liegt die Höchstgrenze bei zehn Prozent innerhalb von fünf Jahren. Möglich ist ein so großes Anlegerprogramm nur durch die Verlegung des Konzernsitzes ins irische Dublin. Vom deutschen Traditionskonzern Linde, dessen Emblem und Schriftzug mit dem markanten L immer noch in fast jeder Stadt leuchten, ist wenig geblieben – doch den Aktionären dürfte es egal sein.

So wie der Linde-Praxair-Kurs immer weiter steigt, seitdem die Amerikaner Einfluss ausüben, so ergeht es auch den meisten Unternehmen an der Wall Street. Hier erklimmen der Dow Jones, der weltweit wichtigste Börsenindex S&P 500 und die Technologiebörse Nasdaq einen Rekord nach dem nächsten.

Vor allem die Aktien großer Konzerne treiben die Kurse. Der Telekommunikationsriese AT&T und der Windelhersteller Procter & Gamble legten in nur einem Jahr mehr als 30 Prozent zu, Microsoft schaffte über 50 Prozent.

Insgesamt steigerten die Top 100 ihren Börsenwert binnen eines Jahres um fast 25 Prozent auf den Rekordwert von 22,7 Billionen Euro. Dazu tragen die 56 US-Konzerne zwei Drittel bei. Mit dem aktuellen Börsenwert der 100 wertvollsten Unternehmen ließen sich die Schulden aller europäischen Staaten gleich zweimal bezahlen.

So starke Kurssteigerungen wie 2019 gab es weltweit zuletzt vor knapp einem Jahrzehnt, als sich die Realwirtschaft und Aktienkurse nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zu erholen begannen.

Doch anders als damals hält das Wachstum der Unternehmensgewinne, also der Realwirtschaft, mit dem der Aktienkurse, also dem Unternehmenswert an der Börse, diesmal nicht Schritt: 2019 steigern die 100 größten Unternehmen ihre Nettogewinne im Schnitt voraussichtlich nur um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr – also fast dreimal weniger als ihre Aktienkurse im selben Zeitraum.

Die Firmengewinne der US-Konzerne stagnierten im Schnitt sogar nur. So hat Apple in seinem bereits Ende September zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 49 Milliarden Euro Reingewinn bilanziert. Das sind zwei Prozent weniger als im Jahr davor. Doch der Kurs ist 2019 um 63 Prozent gestiegen. Die Firma steigerte damit ihren Börsenwert um rund 400 Milliarden Euro auf 1,1 Billionen Euro – ohne den realen Gewinn zu erhöhen.

Doch nicht nur bei Apple sind die Aktienkurse den Unternehmensgewinnen weit davongeeilt. Anleger, die mit einem Fonds oder Zertifikat auf die 100 wertvollsten Unternehmen setzen, bezahlen diese, und heruntergerechnet ihre Aktien, im Schnitt mit dem knapp 25-fachen Jahresnettogewinn. Solch eine hohe Bewertung gab es zuletzt auf dem Börsenhöhepunkt 2007, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, und davor Ende der 90er-Jahre auf dem Höhepunkt der Technologieblase. IT-Größen wie Apple und Microsoft sind – gemessen am Aktienkurs und Unternehmensgewinn – heute doppelt so teuer wie noch vor zwei Jahren.

Analysten sind deshalb alarmiert. „Die Bewertungen an den Aktienmärkten sind bereits sehr hoch und beruhen noch dazu auf optimistischen Annahmen der Investoren“, mahnt Seema Shah, Chefstrategin des amerikanischen Vermögensverwalters Principal Global Investors. Der bekannte Anleihe-Investor Bill Gross mahnte Anleger bereits, sie sollten sich auf ein Ende der hohen Kursgewinne einstellen.

Zentraler Treiber der weltweiten Börsenrally sind die niedrigen Zinsen und das viele billige Geld. Es fließt vor allem in den amerikanischen Technologiesektor. Allein die vier Giganten Apple, Microsoft, Alphabet (Google) und Facebook trugen 2019 gut 20 Prozent zum Kursanstieg des S&P bei, in dem die Aktien der 500 größten amerikanischen Unternehmen enthalten sind. „Die Investoren trauen ihnen offenbar zu, weitere Innovationen hervorzubringen und auch Strukturen in noch mehr Branchen aufzubrechen“, urteilt Hubert Barth, Deutschlandchef des Wirtschaftsprüfers EY.

Jeff Bezos: Der Informatiker gründete Amazon im Jahr 1994 und bestimmt den Takt in der Branche.

Die IT-Größten mutieren zu Trendsettern für Unternehmen in allen Branchen. So verspricht der ursprünglich in der IT beheimatete Handelsriese Amazon seinen Kunden, seine Waren am selben Tag nach Hause zu liefern. Damit bestimmt das 1994 vom Informatiker Jeff Bezos gegründete und bis heute geführte Unternehmen den Takt in der Branche. Ob die großen Wettbewerber wie Alibaba in China oder kleinere wie Thalia im Buchhandel und Galeria Kaufhof im Konsummarkt – alle orientieren sich an Amazon und seinem Kundenservice.

Über Microsoft hieß es lange Zeit, das von Bill Gates vor 44 Jahren gegründete Unternehmen habe gegenüber Google, Facebook und Co. den Anschluss verloren, weil sich der Konzern zu sehr an seine Erfolgsprodukte Windows und Office klammere – und so neue Trends und Wachstumsmärkte verpasse. Ähnlich wie der einstige Handyriese Nokia in Europa galt Microsoft als Auslaufmodell. Doch unter Vorstandschef Satya Nadella hat sich Microsoft in Zukunftsbranchen wie der Cloud und der Künstlichen Intelligenz wieder weit nach vorn gearbeitet.

Hingegen suchen viele europäische Konzerne noch nach einem überzeugenden Zukunftsmodell. Klassische Industriekonzerne, wie etwa die deutschen Autobauer, stecken mitten im Umbruch und sehen sich ganz neuen Konkurrenten gegenüber. Dass sie sich neu erfinden müssen kostet viel Geld – und das Vertrauen vieler Anleger. In der Folge findet sich abgesehen von Toyota kein Autohersteller mehr unter den Top 100.

Dem japanischen Hersteller trauen Investoren noch am ehesten zu, auch im benzin- und diesellosten Zeitalter zur Weltspitze zu gehören. Auch deshalb ist Toyota mit 210 Milliarden Euro heute fast dreimal so viel wert wie VW – obwohl die Japaner weniger Autos verkaufen. Doch an der Börse zählt nicht Masse, sondern die Spekulation auf eine gute Zukunft. Volkswagen zählte lange Zeit zu den Top 100, ehe der Abgasskandal die Wolfsburger aus dem Ranking herauskatapultierte.

Profiteure des Börsenbooms sind aber nicht nur amerikanische Digitalfirmen. Die Kurse stiegen 2019 auf breiter Front – und auch nicht nur die der Top 100. Setzt man den Börsenwert von Ferrari – die Aktie stieg in diesem Jahr um über 60 Prozent und in den vergangenen drei Jahren um mehr als 180 Prozent – in Relation zu den weltweit verkauften Fahrzeugen, dann bewerten die Finanzmärkte inzwischen jedes Auto der Luxusmarke mit über drei Millionen

Euro. Für den Fondsmanager Igor de Maack vom französischen Vermögensverwalter DNCA zeigt dieser Vergleich, dass die Börsen inzwischen jedes Maß verloren haben.

### **Kritik an der Forschungspolitik und Wirtschaftsstruktur in Deutschland**

Im Oktober 2018 hat die Firma Themis (Sitz in AU) eine exklusive weltweite Lizenzvereinbarung von nichtveröffentlichtem Wert mit der Max-Planck-Innovation GmbH abgeschlossen, die den Technologietransfer für die Max Planck-Gesellschaft verwaltet in Bezug auf Entwicklung, Herstellung und Kommerzialisierung von Therapien auf der Basis einer onkolytischen Masernvirus-Plattform (oncolytic measles virus platform), die in Zusammenarbeit von

- der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen und
- dem Max Planck-Institut für Biochemie

entwickelt worden ist.

Auch am Fraunhofer Institute for Interfacial Engineering and Biotechnology in Stuttgart wird auf dem Gebiet von Bio- und Gentechnologie geforscht, wie auch in den Instituten von EMBL (European Molecular Biology Laboratory).

Die österreichische Firma Themis arbeitet eng mit der deutschen Firma Merck KGaA, Darmstadt, zusammen. MilliporeSigma ist der Firmename, unter dem das Life Science-Business von Merck KGaA, Darmstadt, in USA und Canada tätig ist. Die Firma Sigma-Aldrich wurde als US-amerikanische Firma von Merck erworben und gehört nun zu Merck.

Wenn man Innovationsfähigkeit und schöpferische Genialität der Universitäten Harvard in Boston und Berkeley in Kalifornien mit den Entsprechungen bei EMBL und deutschen Forschungsinstituten und Universitäten vergleicht (das ebenso mit Forschungsinstitutionen in China), fällt sofort auf, daß Deutschland gewaltig hinterher hinkt, und zwar nicht deshalb, weil seine Forscher dümmer sind, sondern seine Politiker.

Die Politiker legen die gesetzlichen Richtlinien für Forschung und Wirtschaft fest und sind darum auch dafür verantwortlich. Die Politiker in Deutschland behindern durch ihre Forschungs- und Wirtschaftspolitik den Fortschritt in Forschung und Wirtschaft, und das besonders in dem Bereich Bio- und Gentechnologie (Genetic Engineering und Biotechnology) – siehe die Kritik von

- Prof. George Church, PhD, der an Harvard University und MIT u.a. in Gentechnik Studienänge leitet, und
- John Craig Venter, PhD, Leiter vom JCVI und etlicher Firmen.

Es ist ein deutliches Zeichen der extrem linksgrün-ideologisch bewirkten Rückständigkeit deutscher Politiker, daß sie die Kritik von so genialen Köpfen wie George Church und John Craig Venter nicht beachten.

Außer den rückständigen gesetzlichen Restriktionen in Bio- und Gentechnologie muß noch in Deutschland die Wirtschaftsstruktur geändert werden, so daß die Gründung guter Start-ups durch Venter-Kapital und private Sponsoren gefördert wird.

Ferner muß der Fiskus durch Gesetze davon abgehalten werden, den Start-ups durch legale bis illegale Tricks ihr Startkapital zu nehmen.

### **In den letzten Jahren sind in den USA Dutzende von Start-ups entstanden, die auf den Gebieten Biotechnologie (Biotech) und Synthetische Biologie (Synbio) arbeiten.**

Nur mal einige Namen von Start-ups der letzten Jahre mit „Therapeutics“ im Firmennamen:

*United Therapeutics*

*Intellia Therapeutics*

*CRISPR Therapeutics*

*Sangamo Therapeutics*

*Juno Therapeutics*

*Beam Therapeutics*

*Genome Therapeutics Corp.*

*AgeX Therapeutics*

*United Therapeutics*

*Molecular Therapeutics*

*Spark Therapeutics*

*Dyno Therapeutics*

Wieviele Start-ups gibt es in Deutschland, die mit klinischen F&E-Arbeiten beschäftigt sind ?

Deutschland geht nach Ansicht US-amerikanischer Spitzenforscher wie

- Prof. George Church von Harvard University und MIT und

- John Craig Venter, PhD, Leiter des JCVI,

einen ganz falschen Weg, wenn es Genome Engineering außerhalb bestimmter Labors streng unter Strafe stellt, z.B. mit 3 Jahren Gefängnis. Man benötigt ein Regelwerk, aber es muß beim Genome Engineering unterschieden werden zwischen potentiell gefährlichen Experimenten und sicheren Experimenten. Man darf nicht potentiell interessierte Forscher außerhalb der Mainstream-Labors abschrecken, und man darf nicht Innovationen verhindern oder die Öffentlichkeit vor Synthetischer Biologie ängstigen, etwa indem man sie als obskure und gefährliche Forschungsrichtung hinstellt. Das ist die Meinung von George Church, einem der führenden Synbio-Forscher, und John Craig Venter halt auch nicht viel von der Forschung in Deutschland.

**John Craig Venter: In Deutschland hätte er sich nie zu dem entwickeln können, was er in den USA geworden ist.**

Die restriktive und rückwärts gewandte Forschungspolitik in Deutschland ab 1945 im Rahmen von Reeducation und Entnazifizierung wurde durch die 1968er-Bewegung extrem verstärkt und im Laufe der Jahrzehnte zur herrschenden Doktrin in den deutschen Bundesregierungen.

Interessant und aufschlußreich ist, daß sich Universitäten und Forschungsinstitute diesem Diktat der Regierung der BRD nicht entgegenstellen – der alte Untertanengeist von Kaiserreich und Hitlerdiktatur ?

Deutschland hat nur geringe Bodenschätze und muß durch hochmoderne Technologien HighTech-Produkte schaffen, die sich auf dem internationalen Markt durchsetzen können.

Es ist abzusehen, daß der Markt der alten Technologien allmählich zusammenbricht.

Die Politik in der BRD hat bewirkt, daß sich Genies wie Fred Hoyle, Francis Crick, Dennis Sciama, Roger Penrose, Stephen W. Hawking, Martin Rees (also diese allein in UK !) in Deutschland ab 1965 nicht heranbilden konnten. Geniale angelsächsische Forscher auch in USA gibt es seit 1965 in den USA zuhauf.

### **Unregelmäßigkeiten beim Wohnungsbau bei Kommunen, Ländern ...**

In Deutschland erhalten die Länder vom Bund Geld für Wohnungsbau, aber diese Finanzmittel wurden von den Landesregierungen nicht für den Bau von Sozialwohnungen verwendet.

Die EU hat die BayernLB gezwungen, sich von 33000 Wohnungen zu trennen – diese wurden von einer privaten Gesellschaft aufgekauft, die sie soft die Mieten erhöhte.

In den letzten Jahren haben viele Kommunen ihren Bestand an Wohnungen privatisiert, also auf dem freien Markt verkauft.

Auch heute noch geht die Anzahl der Sozialwohnungen laufend zurück. U.a. deshalb, weil sie aus der Sozialbindung herausfallen.

### **Handelsabkommen der EU mit Südamerika-Staaten**

Nach dem Amtsantritt von Präsident Bolsonaro in Brasilien am 1. Januar 2019 wird verstärkt der Regenwald gerodet. Die EU hat schon seit Jahren Handelsverträge mit Brasilien, wobei die EU besonders Palmöl und Sojabohnen importiert, und in Brasilien brennt und holzt man den Regenwald ab, um Anbauflächen dafür zu bekommen.

Auch Evo Morales indigener Präsident von Bolivien und dort seit 13 Jahren an der Macht, hat seinen Landwirten frei gestellt, Regenwald abzubrennen, um Anbauflächen zu bekommen.

Nun denken Sie an die Proteste in vielen Ländern der EU, auch in Deutschland, gegen die Vernichtung des Regenwaldes: Genau für die Erhöhung des Exports von Palmöl, Soja und Rindfleisch in die EU wird ja der Regenwald vernichtet.

Die EU müßte nur alle Handelsverträge mit diesen Ländern stornieren, denn dann fiel ein großer Teil für die Motivation der Regenwaldvernichtung weg.

## **Gewünscht als Kanzlerkandidat 2020: Friedrich Merz**

Gabor Steingart, 3.12.2019

Friedrich Merz ist der Herz-Bube im Spiel, zumindest für die Traditionsbataillone der Union. Ob er zum Einsatz kommt – etwa als Finanzminister einer CDU-geführten Minderheitsregierung – entscheiden andere. Solange bleibt seine Karte in der Hinterhand.

Armin Laschet ist König oder zumindest Königsmacher. Der einflussreiche NRW-Ministerpräsident und CDU-Landeschef stellt auf jedem Parteitag fast ein Drittel der Delegierten und wird diesen Trumpf früher oder später auch ausspielen. Allerdings sei vor Übermut gewarnt: Aus eigener Kraft kann er das Spiel beeinflussen, aber nicht gewinnen.

Für Jens Spahn kommt diese Partie zu früh. Sein Doppelspiel – tagsüber Merkels Minister, abends AKKs Rivale – ist riskant und braucht dringend mächtige Mitspieler. Er hat zwar die Junge Union und die Mittelstandsunion auf seiner Seite, was aber im besten Falle für den Fraktionsvorsitz reicht. In der Kanzlerfrage darf er nicht überreizen. Sonst ist er raus.

Der Joker im Spiel heißt Markus Söder. Die neu gewonnene Popularität des Ministerpräsidenten ist groß, aber ist sie wirklich groß genug? Erst wenn es zum Patt kommt, beispielsweise weil die anderen sich gegenseitig blockieren, gewinnt die bayerische Karte an Bedeutung. Womöglich wird sie erst in der nächsten Runde ausgespielt.

Fazit: Der Machtpoker in der Union hat begonnen, wenn auch nach höchst eigenwilligen Regeln. Das Publikum denkt: Die Kontrahenten belauern sich. Doch die Wahrheit ist: Sie tauschen unterm Tisch die Karten.

Passus im Koalitionsvertrag

Alle sprechen über den Koalitionsvertrag, der nicht nachverhandelt werden dürfe. Kevin Kühnert hat ihn gelesen. Er sagt:

"Im Koalitionsvertrag steht eine spannende, dreizeilige Passage, in der steht: Wir werden eine Halbzeitbilanz ziehen, und wenn sich die Rahmenbedingungen verändern, muss es die Möglichkeit geben, neue Verabredungen zu treffen."

Und tatsächlich! Auf Seite 18 heißt es:

"Zur Mitte der Wahlperiode Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages und Entscheidung, welche neuen Vorhaben vereinbart werden müssen."

Die Mitte der Wahlperiode ist genau jetzt erreicht. Und die neuen Vorhaben der SPD stehen auch schon fest: ein wuchtiges Investitionsprogramm, neue Schulden und ein Mindestlohn in Höhe von zwölf Euro.

Doch nirgendwo steht, dass die Union diese Forderungen erfüllen muss. Alles kann, nichts muss. Die Union ist, auch wenn einige das anders sehen, die Partnerin der SPD, nicht ihre Gespielin.

28.12.2019 Web.de

Die Frage, wen CDU und CSU für die Zeit nach Angela Merkel ins Rennen schicken, soll erst in einem knappen Jahr entschieden werden. Die Debatte über die K-Frage wird bis dahin aber nicht verstummen. Ginge es nach der Bevölkerung, hätte Friedrich Merz die besten Chancen.

**Unter den möglichen Kanzlerkandidaten der Union hat Friedrich Merz momentan in der Bevölkerung den größten Rückhalt für eine Kandidatur.** Wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur zeigt, wünschen sich 13 Prozent, dass der 64-Jährige CDU-Politiker bei der nächsten Bundestagswahl für die Nachfolge von Kanzlerin Angela Merkel antritt.

Die Kandidaten hinter Merz

Hinter Merz liegt CSU-Chef Markus Söder (8 Prozent) vor CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer (5,2) und dem nordrhein-westfälischen Regierungschef Armin Laschet (CDU) mit 5,0 Prozent. Auf Platz fünf landet Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU, 4,7 Prozent). Der größte Teil der Befragten (59 Prozent) befürwortet keinen der fünf potenziellen Kanzlerkandidaten oder machte keine Angaben.

Auch bei den Unions-Wählern gibt es eine deutliche Präferenz für Merz. 23 Prozent sprechen sich für den ehemaligen Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag aus, 14 Prozent für Söder und nur 10 Prozent für Kramp-Karrenbauer. Dahinter liegen Laschet (7 Prozent) und

Spahn (6 Prozent). Merz war Kramp-Karrenbauer bei der Parteivorsitzendenwahl vor einem Jahr knapp unterlegen.

Die CDU-Chefin hat als Parteivorsitzende zwar traditionell den ersten Zugriff auf die Kanzlerkandidatur. Beim nächsten Parteitag im Dezember 2020 soll eigentlich über die K-Frage entschieden werden. Wegen schlechter Wahlergebnisse und schwacher persönlicher Umfragerwerte hatte es parteiintern aber immer wieder Kritik an Kramp-Karrenbauer gegeben. Möglicherweise wird die CDU auch auf Regionalkonferenzen setzen, sollte es mehrere Bewerber für die Kanzlerkandidatur geben, so wie das auch 2018 im Kandidatenrennen um den Parteivorsitz gehandhabt wurde. Zudem hat auch die Schwesterpartei CSU bei der Entscheidung ein Mitspracherecht.

Söder meldet keine Ambitionen aufs Kanzleramt an

CSU-Chef Söder, der in der aktuellen Umfrage hinter Merz auf Platz zwei landet, hatte kurz vor Weihnachten abermals eigene Ambitionen auf das Kanzleramt zurückgewiesen. Eine Kanzlerkandidatur sei für ihn "weder erstrebenswert, noch kommt sie in Frage", sagte der bayerische Ministerpräsident dem "Main-Echo".

Mit Blick auf die angeschlagene SPD meint nur jeder Dritte (32 Prozent), dass die Partei bei der nächsten Bundestagswahl noch einen Kanzlerkandidaten aufstellen sollte. 39 Prozent sagen dagegen, die in den Umfragen weit unter 20 Prozent abgestürzten Sozialdemokraten sollten darauf verzichten. Die Wähler der SPD wollen allerdings mehrheitlich weiterhin einen Kanzlerkandidaten. 56 Prozent sind dafür, 28 Prozent dagegen.

Auch bei den Anhängern der Grünen (52 Prozent) und der Linken (48 Prozent) ist der Wunsch nach einem SPD-Kanzlerkandidaten verhältnismäßig groß. In einer Koalition dieser beiden Parteien mit der SPD ist ein sozialdemokratischer Kanzler derzeit noch am ehesten vorstellbar. Allerdings liegen im Moment die Grünen in den Umfragen klar vor der SPD.

Juso-Chef und SPD-Vize Kevin Kühnert plädiert dafür, dass seine Partei bei der nächsten Bundestagswahl einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellt. Auf die Frage, ob seine Partei einen solchen brauche, sagte Kühnert dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Samstag): "Ja, die politische Landschaft ist volatil, Sprünge nach oben und unten sind jederzeit möglich." Er betonte zugleich: "Aber bevor man einen Kanzlerkandidaten aufstellt, muss man eine politische Stärke haben, die das rechtfertigt." Diese Schwelle sei mit 13 oder 14 Prozent nicht erreicht. "Es sollte schon in Richtung 20 Prozent gehen, wenn man erst genommen werden will." (mgb/dpa)

### **3 Historie: Die Einladungspolitik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel ab August 2019**

Mitte 2015 überraschte die Kanzlerin die Weltöffentlichkeit, als sie dem Beispiel Schwedens folgte und allen Syrern unter Aussetzung aller sonst üblichen Prüfungen Asyl gewährte.

Damit setzte sie sich über etliche EU-Verträge hinweg.

Die Folge war jedenfalls ein anschwellender Flüchtlingsstrom nach Deutschland, der sich bei 7000 Asylanten pro Tag einpendelte. Im Oktober kamen knapp 180000 Flüchtlinge nach Deutschland.

Also, wie war das in Schweden ?

Die rot-grüne Regierung in Schweden hatte 2012 beschlossen, dass sämtliche Flüchtlinge aus Syrien ohne Prüfverfahren Asyl in Schweden erhalten.

Damit war Schweden das erste EU-Land, das diese Regelung einführte. Gemessen an der Bevölkerungsanzahl nahm in der Folgezeit nur Malta mehr Flüchtlinge auf als Schweden.

Der Großteil der Menschen, die nach Schweden kamen, stammte nach 2011 aus Syrien.

Vor Ausbruch des Krieges in Syrien 2011 kamen die meisten Flüchtlinge aber aus dem Irak.

Södertälje, südlich von Stockholm, ist die Stadt, in der weltweit die meisten Iraker außerhalb des eigenen Landes leben.

Schon kurz nach dem 2. Weltkrieg wollte Schweden vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland für die Produktion. Die Migranten kamen auch in großer Zahl.

Wegen der Umstellung über die Jahrzehnte auch in Schweden auf immer komplexere Technologien in Ressourcengewinnung, Produktion, Verwaltung ... konnte man **Asylbewerber mit geringer Bildung** aber immer weniger gebrauchen.

Die Folge war ein laufendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund, was 2013 zu politischen Unruhen und Protestbewegungen besonders junger Migranten in den Vorstädten führte.

Jahrelang galt Schweden bezüglich der Einwanderungspolitik als Musterbeispiel und wurde oft als Referenz auf großzügige Asylpolitik zitiert.

Jedoch: **2012 kamen nur 44.000** Asylbewerber nach Schweden.

Gemäß der UN war Schweden unter den Industrieländern das Land mit der **zweitgrößten Menge an Asylbewerbern** im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung.

**Offene Einwanderungspolitik und großzügige soziale Leistungen** - damit warb Schweden, auch mit kostenlosen Schwedisch-Kursen zur besseren Integration für alle Asylanten.

Wer als Flüchtling nach Schweden kommt, wird zunächst in eine Aufnahmeeinrichtung gebracht. Während der Zeit, in der der Asylantrag geprüft wird, darf der Flüchtling nicht arbeiten. Statt dessen wird den Flüchtlingen ein kostenloser Sprachkurs angeboten.

Es hat sich nämlich gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn sie nicht die Sprache beherrschen.

**Man beachte die Diskrepanz zu Deutschland: Dort haben Spitzenfunktionäre der Partei Die Grünen die Verpflichtung der Immigranten zum Lernen der deutschen Sprache als Zwangsgermanisierung abgetan und verteufelt.**

**Es ist zu prüfen, inwieweit hier die Bildung von Parallelgesellschaften in Deutschland gefördert worden ist und ob das als Straftatbestand zu werten ist.**

Für Schweden gilt: Erst, wer einen erfolgreichen Abschluss des Sprachkurses nachweisen kann, darf sich um einen Arbeitsplatz bemühen.

Viele Flüchtlinge wollen nach Schweden, weil hier bereits Verwandte oder Freunde leben.

In den Vororten der großen Städte sind 80 Prozent der Anwohner nicht aus Schweden.

Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter den jugendlichen Migranten in den Vororten ist groß. Insgesamt liegt die **Jugendarbeitslosigkeit** in Schweden bei 25,1 **Prozent** und ist damit dreimal so hoch wie die Arbeitslosigkeit insgesamt.

OECD-Bericht zu Schweden:

Die Arbeitslosenquote bei Menschen, die in Schweden geboren sind, ist deutlich geringer (~6%) als bei den Menschen, die im Ausland geboren sind (~16%).

Die soziale Ausgrenzung der Einwanderer aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit hat in Schweden dramatisch zugenommen. Der Unmut unter den jungen Migranten ist ein Pulverfass. In den Vororten der drei größten Städte Stockholm, Malmö und Göteborg kam es ab 2013 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Polizei. Perspektivlosigkeit und Ghettobildung sind die Probleme, die auch Schweden nicht in den Griff bekommen hat.

Der große Einwanderer-Zustrom und die ab 2013 auftretenden schweren Unruhen unter Migranten in den Vorstädten führten zu einer zunehmenden Ablehnung der schwedischen Bürger gegenüber der Asylpolitik ihrer Regierung und nach Wahlen zu einer Änderung im politischen Parteien-Bild: Bei den Parlamentswahlen 2013 verdoppelten die ausländerfeindlichen Schwedendemokraten ihr Ergebnis und wurden mit 13 Prozent der Stimmen zur drittgrößten politischen Kraft im Land, als Beweis für die Kritik der Schweden an der bisherigen Flüchtlingspolitik.

„Das ist ein Weckruf für die Entscheidungsträger und die schwedische Gesellschaft als Ganzes“, zitiert die FT Awad Hersi, ein Stadtrat von Stockholm.

Tatsächlich haben übervolle Unterkünfte und fehlende Integration in Schweden zu Spannungen geführt, von denen die Schwedendemokraten profitierten. Sie treten für eine drastische Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme ein.

Die Kritik an der generösen Flüchtlingspolitik gilt aber in erster Linie dem Fehlen eines Konzepts für die Eingliederung der Flüchtlinge in die schwedische Gesellschaft.

Die Verschärfung der Asylpolitik findet also in Schweden Zustimmung bei der Bevölkerung.

Nach dem Schulattentat im westschwedischen Trollhättan 2015 registriert laut Berichten des Schwedischen Rundfunks die Polizei vermehrt Drohungen, deren Absender sich von der Tat offenkundig inspiriert fühlen. Der 21-jährige Anton Lundin Pettersson hatte seine Opfer gezielt nach deren dunkler Hautfarbe ausgewählt.

Erlebt das Land eine neue Welle der Gewalt, vergleichbar der in den 1990er Jahren?  
Auch damals, als viele Flüchtlinge aus dem Balkan kamen, machten schwedische Rechtsextreme Jagd auf Migranten. Und auch damals brannten Asylunterkünfte.

Es sind mehrere geplante Unterkünfte in Flammen aufgegangen; aus einem bewohnten Heim konnten sich die Menschen rechtzeitig retten. Inzwischen hält man geplante Standorte vielerorts geheim. Über die Täter ist noch nichts bekannt.

Die Rechtsextremismus-Expertin Helene Lööw warnte im Schwedischen Fernsehen aber vor übereilten Schlüssen: Beim Gros der in den 1990er Jahren verurteilten Brandstifter habe es sich um politisch nicht organisierte, familiär wie beruflich gut verankerte Menschen gehandelt. Rechtfertigung für ihre Taten bezogen sie offenbar aus einem zunehmend polarisierten Gesellschaftsklima mit wachsender Fremdenfeindlichkeit.

Im heutigen Schweden zeigen sich beunruhigende Parallelen: Mehr Anzeigen gegen Hass  
So wurden 2014 laut dem Rat für Kriminalitätsbekämpfung knapp 6300 sogenannte Hassverbrechen angezeigt – so viele wie noch nie. Den stärksten Anstieg, auf jetzt acht Prozent der Anzeigen, verzeichnen christenfeindliche Delikte, aber für die große Mehrzahl steht mit 69 Prozent nach wie vor Fremdenhass der Einheimischen.

Mit dem Zustrom von Asylbewerbern in jüngster Zeit hat sich vielerorts zumal im Internet die Hass-Rhetorik verstärkt. Eine Änderung dieses Kurses forderten im Parlament bis vor kurzem nur die rechten Schwedendemokraten.

**Unter den etablierten Parteien galt ein Umschwung trotz wachsender Integrationsprobleme als tabu.** Doch jetzt stößt Schweden an seine Grenzen. "Wir müssen die Kosten für die Migration senken. Die Lage ist auf Dauer unhaltbar", hatte der sozialdemokratische Regierungschef Stefan Löfven kürzlich die neue asylpolitische Linie kommentiert, die das rot-grüne Kabinett mit der bürgerlichen Opposition (unter Ausschluss der Schwedendemokraten) vereinbart hat.

Kurz zuvor hatte die Einwanderungsbehörde die Prognosen für die Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr 2015 auf bis zu 190.000 erhöht. Die Behörde verlangt jetzt umgerechnet drei Milliarden Euro extra. Laut Finanzministerin Magdalena Andersson wird Schweden daraufhin zwar keine Steuern erhöhen, aber Kredite aufnehmen und in verschiedenen Haushaltsressorts sparen müssen.

Die Asylübereinkunft 2015 sieht unter anderem vor, künftig vor allem zeitbegrenzte anstatt permanenter Aufenthaltserlaubnisse zu vergeben; zudem soll die EU auch Flüchtlinge aus Schweden, so wie bereits aus Griechenland und Italien, auf andere Mitgliedsstaaten verteilen. Laut Löfven sind die neuen Vorgaben ein "wichtiges politisches Signal", das aber "nicht reichen wird".

Viele Schweden sehen das offenbar ähnlich: Nach einer Umfrage findet die Mehrheit der Befragten die neuen Regeln gut, aber noch nicht streng genug:

Zunehmende Angst vor weiteren Krawallen von Migranten in den Vorstädten Schwedens führte zu Protesten in der breiten Bevölkerung gegen die schwedische Asylpolitik mit der Forderung zur Einschränkung der freizügigen Asylpolitik der rot-grünen Regierung in Schweden

Zur Diskussion der Sicherheit der Asylheime berief der parlamentarische Justizausschuss die Chefs von Polizei und Staatsschutz ein.

Die Schwedendemokraten haben unterdessen "mehr außerparlamentarischen Aktivismus" angekündigt. So machen sie für ein Referendum zur Asylpolitik mobil.

Ein Ortsverband der Partei in Lund veröffentlichte jetzt Karten über geplante Asylunterkünfte: Schließlich wolle man Anwohnern den Einspruch ermöglichen.

Schweden hat knapp 9,6 Millionen Einwohner. In diesem Jahr 2015 erwartet die schwedische Regierung nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur circa 190.000 Asylbewerber. Das heißt, auf 50 Schweden käme ein Zuwanderer.

In Dänemark wurde die Einwanderungspolitik in den vergangenen Jahren immer restriktiver gehandhabt, selbst Familienzusammenführungen sind nur noch unter gewissen Umständen möglich.

In Norwegen hat sich das Klima seit dem Regierungswechsel 2012 deutlich verschlechtert. Ein Flüchtling muss beispielsweise zwischen vier und sechs Monaten auf ein erstes Interview mit der Einwanderungsbehörde warten. In dieser Zeit darf der Betroffene nicht arbei-



ten. Das hat sich schnell herumgesprochen. Deshalb beantragen viermal mehr Flüchtlinge Asyl in Schweden als in Norwegen.

Diese Ausführungen sind bei den häufig anzutreffenden schwärmerischen Referenzen auf die schwedische Asylpolitik zu beachten – und auch die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Schweden um den 11. November 2015.

Schweden kommt mit der großen Zahl von Flüchtlingen nicht mehr klar. Damit die wirklich Schutzbedürftigen rausgefiltert werden können, müssen Reisende an der schwedischen Grenze wieder ihren Pass vorzeigen.

Innenminister Anders Ygeman kündigte an, dass von Schweden vorübergehend wieder Grenzkontrollen eingeführt werden. Die Maßnahme sei vorerst auf zehn Tage begrenzt. Betroffen seien die Zug- und Autotrassen auf der Øresundbrücke sowie die Fährverbindungen in Südschweden.

Der Stopp an der Grenze soll vor allem der Migrationsbehörde etwas Luft verschaffen. Seit September sind 80 000 Asylbewerber ins Land gereist. An den Grenzstationen herrschen zum Teil chaotische Zustände. Die Kontrollen sollen einen mehr geordneten Empfang ermöglichen. Zuvor hatten bereits andere EU-Staaten wieder Grenzkontrollen eingeführt, darunter auch Deutschland.

Mikael Hvinlund von der Migrationsbehörde:

- "Wir haben Grenze des Machbaren erreicht"
- "Wir haben eine Situation, wo die Menschen gezwungen sind, vor unseren Büros in Zelten zu schlafen".
- "Auf den Bahnhöfen und Fährterminals verschwinden jeden Tag Alleinreisende."

Seine Behörde wolle sich jetzt darauf konzentrieren, Kinder ohne Begleitung und Familien herauszufiltern, damit diese möglichst schnell Schutz erhalten.

Schweden könne Flüchtlingen keine Unterkunft mehr garantieren.

Neuankömmlinge müssten nach Dänemark oder Deutschland zurückkehren oder sich selbst eine Unterkunft suchen.

"Wir haben die Grenze des Machbaren erreicht", sagte der Minister.

Wie auch Italien und Griechenland hat Schweden bei der EU-Kommission beantragt, dass andere EU-Länder Flüchtlinge von dort aufnehmen.

Die Bundeskanzlerin folgte also ab August 2015 dem Beispiel Schwedens, kam dann aber bis zu November 2015 wegen ihrer Asylpolitik zunehmend in die Kritik. Kritiker warfen ihr sogar vor, die Kontrolle über die Flüchtlingskrise verloren zu haben.

In der ZDF-Sendung "Was nun, Frau Merkel?" zu Ende November 2015 verteidigte sie ihren Kurs. Die Kanzlerin widersprach dem Eindruck, sie selbst und die Bundesregierung hätten die Kontrolle über die Flüchtlingskrise verloren. "Die Bundeskanzlerin hat die Lage im Griff, auch die ganze Bundesregierung". Sie war nicht bereit, eine konkrete Obergrenze für die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu nennen. "Obergrenzen kann ich nicht einseitig definieren". "Was wir in Deutschland nicht können, ist, einseitig fest(zu)legen: wer kommt noch, wer kommt nicht."

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) hatten zuvor Forderungen nach Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen wiederholt.

Auf die Frage, ob ihr mittlerweile vielkritisiertes Satz "Wir schaffen das" noch gelte, sagte die Kanzlerin: "Ich glaube, wir müssen trotzdem daran arbeiten, dass wir das schaffen, und ich habe keinen Zweifel, dass wir es schaffen."

Deutschland werde die Flüchtlingskrise aber nicht alleine bewältigen. Ihre größte Enttäuschung in der Krise sei, dass es in der EU so schwierig sei, eine faire Lastenverteilung zu erreichen.

Die Kanzlerin wies angesichts der kritischeren Äußerungen von Innenminister Thomas de Maizière und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) auch den Eindruck zurück, sie habe die Zügel aus der Hand gegeben und die Richtlinienkompetenz verloren.

"Schäuble ist eine Klasse für sich", sagte sie über ihren Finanzminister. Merkel räumte aber Unstimmigkeiten mit ihm etwa bei dessen Beschreibung der Flüchtlingskrise als Lawine ein. Sie denke nicht in solchen Bildern.

Das sagte die Kanzlerin:

- „Die Bundeskanzlerin hat die Lage im Griff.“
- „Obergrenzen kann ich nicht einseitig definieren.“
- „Was wir in Deutschland nicht können, ist einseitig fest(zu)legen, wer kommt noch, wer kommt nicht.“
- „Ich glaube, wir müssen trotzdem daran arbeiten, das wir das schaffen. Und ich habe keinen Zweifel, daß wir es schaffen.“
- „Ich bin dafür, daß wir in freundliches Gesicht von Deutschland zeigen. Das ist meine Art von Willkommenskultur.“

Die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin Merkel wuchs in Deutschland, auch in der CDU, aber wirklich interessant ist:

### **Was sagte das Ausland ?**

In Deutschland berichtete die Presse im vorausseilenden Gehorsam vor der Kanzlerin: Das erinnert an eine Gleichschaltung der Medien.

Die Bundesregierung behauptete, gestützt auf eine oftmals gleich geschaltete Presse in Deutschland, daß in der Asyldebatte die CSU allein sei. Aber ein Blick in die internationale Presse, vor allem UK und USA, zeigte, daß die Kanzlerin allein war, und auch in den EU-Staaten, denn von 28 EU-Staaten nahmen nur 6 EU-Staaten Flüchtlinge auf, und darunter nur Schweden und Deutschland im nennenswerten Umfang.

Die CSU war mit ihrer Kritik an der Kanzlerin also nur in Deutschland allein – die ausländische Presse zeigte deutlich, daß die Kanzlerin mit ihrer Flüchtlingspolitik weitgehend isoliert ist von den Regierungen der anderen EU-Staaten.

Donald Trump hielt ihre Flüchtlingspolitik schon 2015 für verrückt und 2019 erklärte Wladimir Putin, daß die Einladungs politik ihr größter Fehler gewesen sei.

Wie auch das UNHCR bestätigt hat, sind die 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlingsströme Folge der Einladungs politik der Kanzlerin.

Am 16. Oktober 2015 gab es eine Flüchtlingsdebatte im Bundesrat, auf der der Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer, Klartext in Bezug auf das industrielle Management der Beherrschung von Hunderttausenden von Flüchtlingen pro Monat nach Deutschland redete, also über die politisch-handwerkliche Meisterung des Flüchtlingszuzugs:

"Es gilt keine Ordnung, es gilt kein Vertrag, es gilt kein Gesetz".

Die EU-Verträge von Lissabon, Dublin und Schengen werden von der Kanzlerin nach Belieben ausgesetzt.

CSU-Chef und Ministerpräsident von Bayern Horst Seehofer kritisierte bereits mehrmals die Politik der offenen Grenzen der Kanzlerin Dr. Angela Merkel:

**„Wir können uns das nicht wochenlang leisten.“**

Ein CSU-Vorstandsmitglied sagte der "BILD":

"Wir können es nicht zulassen, dass die CDU uns weiter in den Abgrund zieht."

Seehofer drohte mit Notwehrmaßnahmen, sollte Merkel im Konflikt um die Eindämmung der Zuwanderung nicht einlenken. Danach hielt Seehofer den Druck auf Merkel in der Flüchtlingskrise aufrecht, um innerhalb weniger Wochen eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen zu erreichen. Er forderte ein Einlenken Merkels. Am 28. Oktober 2015 meldete „BILD“, daß CSU-Chef Horst Seehofer den Abzug der CSU-Minister Alexander Dobrindt, Gerd Müller und Christian Schmidt aus dem Kabinett Merkel erwogen hat. In CSU-Parteikreisen gelte dieser Schritt als höchste Eskalationsstufe und letzte Möglichkeit sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Flüchtlingspolitik nicht einlenken.

"Da geht es darum, ob der Staat versagt oder funktioniert", sagte Seehofer in München. "Einfach durch große Zahlen" - gemeint sind die Flüchtlinge - "den Rechtsstaat zu überlaufen, sozusagen zu überrumpeln, das wird auf Dauer nicht gehen", warnte der CSU-Chef.

Aber auch in der CDU gab es immer schärfere Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin Merkel, so auf dem CDU-Kongress in Sachsen. Im nordsächsischen Schkeuditz fiel die Kritik der CDU-Basis an der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel am Mittwochabend besonders lautstark aus. Manche wünschten sich schon öffentlich eine neue Vorsitzende.

In den eigenen Reihen, angeführt von der CSU, wurde also immer mehr Merkels Nimbus infrage gestellt, eine Herausforderung stets vom Ende her zu denken. Hatte die Kanzlerin die Tragweite ihrer Entscheidung zu Ende August 2015 nicht überrissen?

Der Druck auf Merkel nahm denn auch in den Medien vereinzelt erheblich zu. Kanzlerin Angela Merkel in der TV-Sendung "Anne Will": In Bezug auf die Flüchtlingszahlen ist es wichtig, diese im Verhältnis zu der Einwohnerzahl eines Landes zu betrachten. Daraus folgt: Die Belastungsgrenze in absoluten Zuzugszahlen liegt also für jedes Land anders, und die EU-Länder Schweden und Österreich nehmen prozentual mehr Flüchtlinge auf. Der Hinweis der Kanzlerin, daß sie nur europäischen Normen folgt (zuerst von der Partei Die Grünen so formuliert), ist falsch, weil 22 EU-Staaten eben keine Flüchtlinge aufnehmen – und die Mehrheit der Staaten ist nun mal Europa.

Die Kanzlerin Merkel steht nicht für Europa, und man darf sich bei Protesten gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin in Deutschland nicht in die Ecke drängen lassen durch

- eigene nationale Sicht und Beschränkung auf die deutschen Medien oder
- Vorwürfe von anderen, in die Nazi-Ecke zu gehören,

was aber nur durch den Bezug auf die ausländische Presse gut gelingt.

Darum ist es notwendig, die Meinung der Mehrheit der EU-Staaten herauszufinden, vor allem von Regierungschef Cameron und Innenministerin May von UK.

Wenn immer die oftmals gleichgeschaltete deutsche Presse zitiert wird, die für die Kanzlerin spricht, ist die ausländische Presse anzuführen, die die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin für verrückt hält (wie bei Trump).

Es ist auf den Spott aus England und USA wegen der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin hinzuweisen. Viele Politiker und Diplomaten der anderen EU-Staaten machen sich aber über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin lustig, allerdings sind die meisten anderen Staatschefs Männer – das kann wesentlich sein.

Die Bevölkerung in Deutschland weiß erst von Viktor Orbán im September 2015:

„Die Flüchtlingsströme sind ein deutsches Problem“.

Das wurde vom UNHCR bestätigt: Es ist eine Folge der Einladungs politik der Kanzlerin.

**Es ist die Gefahr des Zusammenbruchs der EU durch die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin gegeben, weil 22 EU-Staaten eben keine Flüchtlinge aufnehmen.**

Jochen Buchsteiner, © dpa

David Cameron und Angela Merkel Mitte Oktober auf dem Landsitz Chequers des britischen Premierministers.

Während David Cameron die Bundeskanzlerin auf seinem Landsitz in Chequers traf, begann in der „Locarno-Suite“ des Londoner Außenministeriums eine Konferenz, die eine Menge über die Dissonanz im deutsch-britischen Verhältnis erzählte.

Erstaunlicherweise waren es nicht nur die Briten, die ihren Kopf über die gegenwärtige Flüchtlingspolitik in Berlin schüttelten, sondern auch die Franzosen.

Eingeladen hatte der „Club of Three“, eine von dem deutsch-britischen Verleger Lord Weidenfeld ins Leben gerufene Konferenz, die seit fast zwanzig Jahren „Männer und Frauen mit Einfluss“ aus den drei größten Ländern Europas versammelt, darunter Abgeordnete, ehemalige Minister und Behördenchefs.

Die „Chatham House Rules“, nach denen Zitate nach außen getragen, nicht aber persönlich zugeordnet werden dürfen, ermöglichen naturgemäß eine freiere Rede – aber dass sie so frei ausfallen würde, verblüffte selbst erfahrene Konferenzteilnehmer.

Die Deutschen, die die Linie von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik verteidigten, wurden verspottet.

Auf besonderes Staunen bei Briten wie Franzosen traf das neue Berliner Verständnis staatlicher Souveränität. „Es gibt keine Grenzen mehr“, hieß es kurz und bündig von deutscher Seite. Wenn dies wirklich Ernst gemeint sei, sagte ein Teilnehmer aus Frankreich, „dann gehe ich jetzt zurück nach Paris, sage, dass die deutsche Regierung eine Meise hat, und fordere die Wiedererrichtung der Grenze zwischen unseren beiden Ländern“.

Die Verwirrung über den Berliner Kurs nahm noch zu, als von deutscher Seite erklärt wurde: „Schengen ist Vergangenheit.“

Bis in die Wortwahl hinein hallte es aus dem Kanzleramt wider: „Es gab keine Alternative dazu, die Grenzen zu öffnen.“

So wie der globalisierte Kapitalverkehr keine Grenzen mehr kenne, seien sie nun auch für die Migrationsströme gefallen: „Um es klar zu sagen: Es gibt keine Lösung des Problems.“

Eine derartige Preisgabe politischer Gestaltungsfähigkeit musste auf das britische Höchstmaß an Verachtung stoßen: „Wenn Politiker sagen, es gebe keine Lösungen, müssen sich alle Sorgen machen, die an eine gute Regierungsarbeit glauben“, hieß es kühl.

Pragmatisch, wie die Briten nun mal seien, gehe man davon aus, dass sich grundsätzlich Lösungen für Probleme finden lassen.

„Riesige Mengen von Menschen aufnehmen, löst das Problem ganz sicher nicht.“

Die konservative Regierung Cameron lässt aus Prinzip keine Flüchtlinge und Migranten ins Land, die sich bis Europa durchgeschlagen haben, weil sie befürchtet, dass dies weitere Menschen zum Aufbruch ermuntert.

Kritik, die ihr dafür vom europäischen Kontinent entgegenschlägt, speziell von der „neuen moralischen Macht“ Deutschland, wird mit einer Prise Ungehaltenheit zurückgewiesen:

„Wir wollen nicht belehrt werden.“ Es möge ja sein, dass es sich „moralisch besser anfühlt“, wenn man viele Migranten aufnimmt – „aber wo liegt die Moral einer Politik, die Millionen von Menschen nach Europa lockt, um sie dann zu enttäuschen, weil sie nicht absorbiert werden können?“

Jenseits der offiziellen Reden und Wortgefechte, in den Gesprächen am Rande, schlug das Unverständnis über die Bundesregierung bisweilen in Sarkasmus um. Natürlich freue man sich in Frankreich, dass nun alle Flüchtlinge nach Deutschland weiter zögen, sagte ein Teilnehmer, „aber ein bisschen trifft es uns schon, dass wir als Land jetzt so viel unattraktiverer zu sein scheinen als Deutschland“.

Verwundert und zum Teil bestürzt äußerten sich auch deutsche Konferenzteilnehmer über den Kurs der Kanzlerin und ihrer (wenigen) Vertreter und Sympathisanten auf der Konferenz. „Verantwortungslos“ und „naiv“ gehörte zu den freundlicheren Charakterisierungen der Berliner Flüchtlingspolitik.

Dass sich die Kritik der britischen Regierung bislang auf Konferenzen beschränkt und nicht auf offener Bühne geübt wird, liegt an der britischen Innenpolitik. In dieser Woche beginnen im Vereinigten Königreich die Kampagnen für und gegen einen Verbleib in der EU.

Cameron möchte schon beim Europäischen Rat im Dezember seine Reformforderungen gegenüber Brüssel durchsetzen. Nach den Plänen des Londoner Außenministeriums würde das Referendumsgesetz noch vor Weihnachten durch das Unterhaus gebracht und die Volksabstimmung bis spätestens Herbst angesetzt werden.

Dafür braucht London Berlin.

Cameron sieht seine Aufgabe darin, die britischen Forderungen so zurechtzuschneiden, dass sie im Königreich kühn und weitreichend erscheinen, zugleich aber in Brüssel durchsetzbar sind.

Für derartige taktische Fragen galt Merkel immer als hilfreiche Ratgeberin; aus Downing Street hieß es am Sonntag, das Gespräch in Chequers sei „gut gelaufen“.

Viel mehr drang allerdings nicht nach draußen. Indes ist auch Cameron nicht verborgen geblieben, dass die Kritik an Merkel in Deutschland vernehmbarer wird.

**Diskussion bei Günther Jauch: Das deutsche Verwirrspiel in der Flüchtlingskrise scheint im Ausland kaum noch jemand zu verstehen.**

Sonntag, Mitte Oktober 2015, in einem Interview des US-Senders CBS.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA finden am 8. November 2016 statt.

Der republikanische US-Präsidentschaftsbewerber Donald Trump hält die Flüchtlingspolitik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel für «verrückt». Die Aufnahme hunderttausender Menschen aus anderen Ländern werde zu Aufständen in Deutschland führen.

**"Ich habe immer gedacht, dass Merkel diese grosse Führungsperson ist", erklärte Trump. Was sie nun in Deutschland getan habe, "ist verrückt.", sagte der Multimilliardär Trump, der im Vorwahlkampf das Feld der republikanischen Präsidentschaftsbewerber anführt.**

Der Nachfolger oder die Nachfolgerin tritt das Amt im Januar 2017 an. Die Zeit im Weissen Haus ist jeweils auf acht Jahre begrenzt. Im momentanen Vorwahlkampf ist Hillary Clinton Umfragen zufolge die klare Anwärterin auf die demokratische Spitzenkandidatur.

15. September 2015: Als Merkel in der Pressekonferenz mit Faymann, nachdem beide in höchster Not einen EU-Sondergipfel beantragt haben, von einem Journalisten ihre eigenen Worte "... dann ist das nicht mein Land" unter die Nase gerieben bekommt, sagt sie: "Ich

muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land." Was ist aber, wenn wir einen harten Winter haben und Flüchtlinge erfrieren? Könnte die Stimmung bei den Flüchtlingen in Deutschland zu Terrorismus umkippen?

Anita Klingler, 13. September 2015

Das Schengen-Abkommen wird vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Deutschland setzt als Reaktion auf die Flüchtlingskrise das Schengen-Abkommen außer Kraft und führt vorübergehend wieder Grenzkontrollen ein. Nach Informationen des "Spiegel" sind alle Bundespolizisten in Alarmbereitschaft versetzt worden. Alle verfügbaren Polizisten würden nach Bayern geschickt, um die Grenzen zu schließen.

Werner Faymann, Österreichs Kanzler (Sozialdemokrat): „An den Grenzen wird wieder kontrolliert. Europa ist zerrissen.“

Nach Angaben der "Kleinen Zeitung" steht seit 17:00 Uhr der Zugverkehr zwischen Österreich und Deutschland still. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte für Sonntagabend eine Erklärung an.

Die "Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht", sagte Verkehrsminister Alexander Dobrindt. Das Land sei am Limit, was die Aufnahme von Flüchtlingen angehe, betonte er am Sonntag in Berlin. "Wir werden lange brauchen, um die bereits bestehende schwierige Lage zu ordnen. Jetzt sind wirksame Maßnahmen nötig, um den Zustrom zu stoppen."

Besonders Bayern ist durch die anhaltende Flüchtlingskrise gebeutelt. Allein die Stadt München hat seit Ende August 63.000 Flüchtlinge empfangen und versorgt. In Ungarn registrierte die Polizei am Samstag mit 4.330 Neuankömmlingen einen Tagesrekord. An der österreichisch-ungarischen Grenze in Nickelsdorf trafen am Samstag 6.600 Flüchtlinge ein. Die Deutsche Bahn räumte erstmals einen regulären ICE für Flüchtlinge. Die Passagiere des Zugs von München nach Berlin mussten auf andere Züge umsteigen.

Cornelia Meyer, 9. September 2015

Hunderttausende Flüchtlinge drängen derzeit nach Europa, die Krise führt innerhalb der Europäischen Union zu großen Spannungen. Zerbricht daran sogar die EU?

Im ARD-Talk "Menschen bei Maischberger": Die Flüchtlingskrise stellt die Europäische Union vor eine der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte. Während Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien eine gerechte Verteilung der Asylbewerber fordern, sperren sich viele osteuropäische Staaten wie Ungarn oder Polen gegen ihre Aufnahme.

In der Sendung zeigte sich Claudia Roth (Grüne) zumindest von der zuletzt demonstrierten Hilfsbereitschaft in Deutschland begeistert. "Die Menschen haben gezeigt, was Aufnahmebereitschaft und eine Willkommenskultur sein kann", schwärmt die Bundestags-Vizepräsidentin.

"In Brüssel gab es viel Staunen über uns", berichtet Rolf-Dieter Krause, EU-Korrespondent der ARD. Aber es herrsche auch Skepsis angesichts der noch zu bewältigenden Aufgaben wie der Integration der Asylbewerber. "Ich warne davor, dass wir Deutschen uns jetzt daran besaufen", bremst Krause die Euphorie.

Osteuropäer sind "fremde Kulturen nicht gewöhnt"

In Osteuropa ist die Angst vor Masseneinwanderung und insbesondere dem Islam besonders groß und wird von der Politik instrumentalisiert. Der deutsch-tschechische Vermittler Peter Robejsek, der bei der Sendung zugeschaltet wird, begründet dies mit der Abschottung vieler tschechischer Wähler. "Sie machen keinen Urlaub in Hurghada oder Marokko, sie sind fremde Kulturen nicht gewöhnt", meint er.

Michel Friedman prangert Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán wegen der Behandlung der Flüchtlinge an.

Köppel: Wer Menschen wie ihn als Rassist bezeichne, mache es sich zu einfach.

Das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen gebe es schon seit zehn Jahren – auch ohne Flüchtlingskrise, bemerkt Friedman mit Blick auf Frankreich und Skandinavien. "Die Medizin kann nicht sein, dass demokratische Parteien dem hinterherlaufen."

Stattdessen solle man sich dem Asylproblem stellen. "All diese Länder sind auch mitverantwortlich dafür, warum diese Menschen fliehen", führt er an und hebt die europäischen Werte

und das europäische Recht hervor: "Wenn das Asylrecht gilt, können wir es nicht durch Zahlen relativieren."

Nun vergleiche man diese Äußerung von Michel Friedman mit der Praxis in Israel, Asylanten als Eindringlinge zu behandeln und in der Negev-Wüste bei Holot zu internieren.

#### **4 Gefahren der Kritischen Theorie: Schweden im Flüchtlingschaos**

**Schweden: Krieg der Gangs:** Kai Strittmatter, Kopenhagen, 2.11.2019

In Malmö wurden zwei 15-Jährige niedergeschossen, einer starb.

- In Schweden häufen sich Gewaltdelikte, hinter denen kriminelle Banden stecken.
- Die Polizei hat deshalb nun eine Art Ausnahmezustand für sich selbst erklärt.
- Besonders häufig sind Vorfälle mit Bomben und Sprengsätzen. In Malmö wurde ein 15-Jähriger in einem Restaurant niedergeschossen.
- Die Aufklärungsrate der Verbrechen, sagen Experten, sei "skandalös" gering.

Bei der schwedischen Polizei herrscht seit Sonntag der Ausnahmezustand, die jahrelang offene Grenze nach Dänemark wird seit Dienstag wieder von dänischen Grenzbeamten kontrolliert: Es war keine gute Woche für Schweden, und schon gar nicht für die Polizei. Denn im Land eskaliert die Bandengewalt.

Als sich der Chef der nationalen Polizei, Anders Thornberg, am Freitag der Presse stellte, da waren gerade wieder eine Bombe in einem Treppenhaus in Malmö hochgegangen und eine weitere in einem Apartmentblock im südschwedischen Hässleholm. Das Werk rivalisierender Banden. Keine Woche vergeht mehr, ohne dass in Schwedens Städten Bomben explodieren. Mehr als 100 Mal schon waren die nationalen Bombenentschärfungskommandos in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nach Explosionen ausgerückt - mehr als doppelt so oft wie im vergangenen Jahr. "Wir sehen international nichts Vergleichbares", sagte Polizeichef Thornberg am Freitag. Er verstehe die zunehmende Beunruhigung im Volk: "Es scheint, als ob die Rachefeldzüge der Kriminellen der Öffentlichkeit näher und näher rücken."

Als sie starb, hielt sie ihr Baby im Arm

Schweden wird seit Jahren von Banden heimgesucht, nun erschüttert ein besonders grausames Verbrechen das Land. Eine Mutter wird auf offener Straße erschossen.

Einen Tag nur nach der Pressekonferenz explodierte der nächste Sprengsatz in Malmö, in einem Auto. Und nur sechs Minuten später wurden in einem Restaurant in der Stadt zwei 15-Jährige gezielt niedergeschossen. Einer der beiden starb im Krankenhaus. Seine Ermordung, wird ein anderer leitender Polizeibeamter hernach sagen, "war der Strohalm, der dem Kamel den Rücken brach".

Am Sonntagabend entschied die schwedische Polizei, die seit zwei Jahren stets anschwellende Welle der Bandenkriminalität zu einem "landesweiten besonderen Ereignis" zu erklären: Damit erklärt die Polizei für sich selbst eine Art Ausnahmezustand. Sie richtet für vorerst sechs Monate eine Sondereinheit ein, deren Kommandeur besondere Befugnisse hat und zusätzliche Beamte und Ressourcen anfordern kann. Zuletzt waren zum Beispiel der Terroranschlag in Stockholm im April 2017 von der Polizei zum "besonderen Ereignis" erklärt worden oder die Flüchtlingskrise im Jahr 2015. "Diese besonderen Methoden setzen wir nur selten ein", erklärte der Chef der operativen Einheit der Polizei, Mats Löfving. "Aber wir haben ein Wochenende in Malmö hinter uns, das inakzeptabel ist, mit der Ermordung eines 15-Jährigen, die einer Hinrichtung glich."

Eine ähnliche Menge an Explosionen findet man sonst nur in Afghanistan

Im internationalen Vergleich ist die Verbrechensrate in Schweden noch immer gering: Zahlen der UN zufolge wurden 2017 im weltweiten Durchschnitt 6,1 von 100 000 Menschen gewalttätig getötet. In Europa waren es 3,0 Gewaltopfer pro 100 000 Menschen, in Schweden lediglich 1,1. Schweden als Ganzes als Heimstatt der Gewalt darzustellen, wäre also nicht fair. Das Land hat aber tatsächlich ein einzigartiges Problem mit Bandenkriminalität. Und die Gewalttaten der organisierten Kriminalität mit Verbindungen zum Drogenhandel werden immer spektakulärer, zudem rücken sie aus den vernachlässigten ärmeren Vierteln der Städte näher an bislang verschonte bürgerliche Nachbarschaften. Und während diese Banden traditionell Schusswaffen benützen, um Rivalen auszuschalten, legen sie wohl vor allem zum Zwecke der Einschüchterung und Erpressung in den letzten zwei Jahren zunehmend

Sprengsätze, und zwar in einem Ausmaß, das bislang in Europa unbekannt war. Henrik Häggström, ein Experte der schwedischen Verteidigungs-Universität, sagte in einem Interview mit dem Sender TV4, eine ähnliche Menge an Explosionen im Verhältnis zur Bevölkerung finde man außerhalb von Kriegsgebieten sonst nur in Afghanistan.

Das Opfer war eine junge Ärztin, sie hielt ihr Baby im Arm

Zum Einsatz kommen dabei bislang vor allem Handgranaten und selbstgebastelte Sprengsätze. Bislang wurden bei den Explosionen zwar kaum Menschen verletzt, aber ein Trost ist das kaum, wenn in den sozialen Medien das Bild von einem Kinderzimmer die Runde macht, das vom Druck der Explosionswellen verwüstet wurde. Und auch das bisweilen zur Beruhigung vorgebrachte Argument, hier bräuchten sich ja nur Gangster gegenseitig um, zieht spätestens seit vergangenem August nicht mehr: Da töteten die Mörder zum Entsetzen der Nation die Freundin eines ehemaligen Gangsters, und zwar am helllichten Tag vor aller Augen in einer belebten Straße in Malmö. Das Opfer war eine junge Ärztin, sie hielt ihr Baby im Arm, als die Killer ihr mehrfach in den Kopf schossen.

Die Aufklärungsrate solcher Verbrechen, sagt ein Experte, sei „skandalös“ niedrig.

Während außerhalb des Bandenmilieus neun von zehn Morden aufgeklärt werden, sind die Aufklärungsraten bei den Verbrechen der Gangs "skandalös" niedrig, wie Gunnar Appelgren, Bandenexperte bei der Polizei, der Zeitung Aftenposten sagte. In Malmö etwa wurden in den letzten acht Jahren 38 mutmaßliche Gangmitglieder erschossen - nur sechs der Morde wurden bislang aufgeklärt. Das liegt auch daran, dass die Polizei kaum Zugang hat zum Milieu und dort ein Code des Schweigens gilt.

**Schwedische Zeitungen schreiben für gewöhnlich nicht über die ethnische Herkunft der Kriminellen, Experten zufolge stammen die meisten jedoch aus der zweiten oder dritten Generation von Immigrantenfamilien.**

Dänemark fürchtet einen Export der Gewalt

Die Gewaltakte haben längst politische Auswirkungen. "Sie unterminieren das Vertrauen der Menschen", schrieb Dagens Nyheter in einem Kommentar diese Woche. Die Entscheidung der Polizei zeuge von einer "nationalen Krise" und heize "die politische Temperatur" noch einmal an. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten klettern mit scharfer Law-and-Order-Rhetorik von Umfrage zu Umfrage auf neue Rekordhöhen, sie haben nun ein Misstrauensvotum gegen Justizminister Morgan Johansson angekündigt.

Das Nachbarland Dänemark hat derweil am Dienstag an der Grenze zu Schweden wieder Grenzkontrollen eingeführt. Dänemark fürchtet einen Export der Gewalt. Hinter mehreren Explosionen in Kopenhagen in diesem Jahr vermutet die Polizei aus Schweden eingereiste Täter: "Wir wollen auf unseren Straßen keine Banden, die Bombe und Feuer legen", begründete Dänemarks Justizminister Nils Hækkerup die neuen Kontrollen.

## 5 Gleichschaltung der Medien ? Rechtfertigungsversuche der Kanzlerin ?

Ein Schweizer Kolumnist zum deutschen Journalismus: „Herrschaftshörig“

FOCUS-Online-Gastautor Frank A. Meyer, 5.6.2019

*Frank André Meyer (Jahrgang 1944) ist ein Schweizer Journalist und Kolumnist. 1985 wurde er Mitglied der Konzernleitung des Medienhauses Ringier. Meyer hat unter anderem für die "Zürcher Woche", die "Basler Zeitung" und das Magazin "Cicero" geschrieben. Er wurde mit dem Zürcher Journalistenpreis und dem deutschen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Meyer lebt in Berlin.*

**Kritik an der mangelnden Kritik an Merkel:**

**„Im Bett mit der Regierungsmacht“: Kritik an deutschem Journalismus**

ZÜRICH. Der Schweizer Journalist Frank A. Meyer hat seinen deutschen Kollegen eine duckmäuserische Haltung vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorgeworfen. Anlaß ist die ausbleibende Kritik an Merkel nach der Europawahl. Keine Zeitung und kein Sender habe die Kanzlerin für „das katastrophale Resultat“ von Union und SPD zur Verantwortung gezogen, schrieb der Medienexperte in seiner *Blick*-Kolumne.

Nach den desaströsen Ergebnissen der Regierungsparteien bei der Europawahl 2019 stehen in den deutschen Medien die SPD und auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer in der Kritik. Der Schweizer Kolumnist Frank A. Meyer jedoch wundert sich, dass ein Name

kaum auftaucht: der von Bundeskanzlerin Angela Merkel. In einem Gastbeitrag beschreibt er seinen Blick auf das aktuelle Geschehen im Nachbarland.

Die herben Verluste bei der Europawahl zeigen das Scheitern der deutschen Regierung. Doch in der medialen Wahlaufarbeitung verschonen die Medien Kanzlerin Angela Merkel auffällig.

### **Der ehemals bewunderte deutsche Journalismus verkommt zu Hofberichterstattung.**

Verglichen mit den letzten Europawahlen fiel die CDU/CSU von rund 35 Prozent auf knapp 29 Prozent zurück, ihr Koalitionspartner SPD von rund 27 Prozent auf knapp 16 Prozent. Diese Zahlen illustrieren kalt und klar das aktuelle Desaster der deutschen Regierung.

### **Und was bewegt die deutschen Medien ?**

Es wird geschwätzt über den jungen Webvideo-Produzenten Rezo, einen Social-Media-Rebell, der mit seinem Youtube-Auftritt die CDU/CSU zerstören wollte. Es wird geschwärmt von der Greta-Thunberg-Bewegung Fridays for Future, die zur Rettung des Weltklimas Panik säen möchte.

Es wird gelästert über die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich mit einer Äußerung zur Reglementierung von digitalen Wahlkampagnen verstopfte. Es wird bitterlich geklagt über den Rücktritt von Andrea Nahles.

Ja, in den deutschen Medien ist dieser Tage allerhand los. Kein Begriff, kein Name wird ausgespart, der die Leser- und User-Seelen aufzuwühlen verspricht. Oder doch?

### **Medien verknüpfen Merkel nicht mit Wahlschlappe**

Ein Begriff, ein Name fällt nicht in diesem medialen Getümmel um die Europawahlen: Angela Merkel, die Chefin der Regierung, kommt in der aufgeregten Debatte nicht vor. Die Inhaberin der politischen Richtlinienkompetenz ist kein Thema.

Zwar lächelt sie selbstzufrieden über sämtliche Medienkanäle aus dem amerikanischen Harvard herüber. Die Elite-Universität hat sie mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet.

Die geografische Distanz entspricht der medialen Ferne: Kein Blatt, kein Sender, keine Plattform zieht die Verliererin dieser Wahlen – die Verantwortliche für das katastrophale Resultat – zur Verantwortung.

Man stelle sich die Regierung einer wachen Demokratie nach einer solchen Niederlage vor: Sie würde von den Journalisten der demokratischen Medien in Haftung genommen, auf die Bühne gezerrt, ätzenden Fragen ausgesetzt, schonungsloser Kritik unterzogen – dekonstruiert!

**Die Chefin oder der Chef einer solchen Regierung hätte den Wählern – vermittelt durch Journalisten – Tag und Nacht Rede und Antwort zu stehen. Wahltag ist Zahntag. In der Demokratie.**

### **Eingebettet in die Regeln der Regierungsmacht**

Im demokratischen Deutschland mit dem modernsten freiheitlichen Grundgesetz der Welt jedoch machen die Journalisten einen ehrfürchtigen Bogen um die Bundeskanzlerin.

**In der deutschen Demokratie ist alles zulässig, nur offenbar keine mediale Kritik an der Frau, die seit 14 Jahren regiert – und nun von ihren einstigen Wählern die Quittung für offensichtliche Fehlleistungen erhält: für eine irrlichternde Umweltpolitik, für eine fahrlässig abgetakelte Bundeswehr, für den Verzicht auf eine Europastrategie, für das Verschlafen digitaler Zukunftspläne – vor allem für das angerichtete Migrationschaos.**

Letzteres sollte man sich noch einmal gesondert vor Augen führen:

Im Juli 2015, einen Monat vor der mutwilligen Grenzöffnung, standen

- CDU und CSU in der Wählergunst bei 42 Prozent,
- die Sozialdemokraten bei 25 Prozent und
- die rechtspopulistische AfD bei drei Prozent.

Der deutsche Journalismus, einst bewundert als Bollwerk gegen jedwedes Begehren des Büttels und nie der Verehrung Mächtiger verdächtig, ist heute das, was man auf Englisch "embedded journalism" nennt – eingebettet in die Riten und Regeln der Regierungsmacht.

*Dieser Text erschien zuvor im Schweizer „Blick“ und im deutschen "Cicero".*

### **Journalisten sind grün und links**

Eine Studie vergleicht die politischen Einstellungen von Journalisten in 17 Ländern. Resultat: Die Redaktionen sind kein Abbild der Bevölkerung.



Mittwoch 6. Juni 2018 11:19

Es gibt in den Redaktionen durchschnittlich drei Mal so viele Grüne und Feministen wie im Rest der Bevölkerung.

Gestern wurden erste Resultate einer dänischen Studie veröffentlicht, welche die politischen Einstellungen von Medienschaffenden in 17 entwickelten Ländern – darunter der Schweiz – untersucht hat. Ziel war es, zu prüfen, ob Journalisten tatsächlich mehrheitlich politisch links eingestellt sind, wie ihnen ab und zu vorgeworfen wird. Die Studie basiert auf einzelnen Länderelementen, die zu einer übergreifenden Studie zusammengezogen wurden, und vergleicht die politischen Einstellungen der Redaktoren mit jenen der Bevölkerung. Die Daten aus der Schweiz stammen aus einer kürzlich durchgeführten Untersuchung von Marktagent.com, in deren Rahmen 332 Journalisten befragt wurden.

Die ersten Resultate der dänischen Studie unterstreichen das verbreitete Vorurteil. Am häufigsten stehen die Journalisten grünen Ideologien nahe, gefolgt vom Feminismus. Es gibt in den Redaktionen durchschnittlich drei Mal so viele Grüne und Feministen wie im Rest der Bevölkerung. Auf Platz drei liegt der Sozialliberalismus, gefolgt von Kommunismus und einer pro-europäischen Haltung. Diese drei Einstellungen sind bei den Medien doppelt so häufig vertreten wie in der Bevölkerung. Am seltensten ist eine nationalkonservative Haltung. Sie ist in der Bevölkerung rund sechs Mal häufiger vertreten als bei den Journalisten.

Quelle: fi

Was schreiben denn so die herrschaftshörigen Journalisten, die eventuell auf Belohnung hoffen ? Die Kanzlerin Dr. Angela Merkel repräsentiert eine große Macht, und dahinter steckt viel Geld, und das lockt natürliche alle Arten von Leuten an, die durch Herausposaunen der „richtigen Meinung“ auf sehr leichte Weise zu guten Posten und Geld kommen wollen ... – und die Kanzlerin benötigt natürlich viele Statisten zur Stimmenverstärkung ihrer Rechtfertigungsversuche.

Es ist klar, daß die Kanzlerin Dr. Angela Merkel ihre Flüchtlingspolitik rechtfertigen will – auch vor der Geschichte – und in diesem Sinne sind viele Finanzleistungen für Flüchtlinge zu verstehen, die unter dem Schlagwort Integration laufen.

Es ist auch klar, daß wie gewöhnlich viele Menschen dem nachlaufen, der das meiste Geld und die meiste Macht hat.

Wie sehen diese Leute die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin mit deren Folgen ?

Der folgende Beitrag könnte darüber Aufschluß geben.

Vorher ist aber noch etwas zum Begriff der Studien zu sagen, weil diese immer wieder in den Medien bemüht werden. Der Bürger vermutet, daß gesellschaftspolitische Studien von Forschungsinstituten und Universitäten erstellt werden, aber da muß man etwas zu den „Stiftungen“ sagen: Es mag Leute geben, die sagen, daß man mit Hilfe von Stiftungen viel Geld der Steuerzahler für die Interessen derer abzweigen kann, die clever genug sind, Stiftungen einzurichten und zu betreiben. Kurz nach ihrer Gründung hat die Partei Die Grünen vergeblich versucht, gegen das Stiftungsunwesen juristisch vorzugehen, aber sie scheiterte. Daraufhin drehte sie den Spieß um und bediente sich selber der Stiftungen, denn diese erstellen viele gesellschaftspolitische Studien, die – so könnten viele Leute meinen – vor allem das wiedergeben, was

- die Gründer, Förderer und Betreiber der Stiftungen für richtig halten und
- die Auftraggeber wollen.

Nun könnte es oft sein, daß die Auftraggeber für gesellschaftspolitische Themen sich bevorzugt an solche Stiftungen halten, die auf der eigenn Linie liegen.

Aber auch Studien von Instituten für Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist zu warnen, denn auch deren Mitarbeiter und Führungskräfte möchten sich mit der Regierung nicht überwerfen. Nicht nur wird ihre aktuelle Tätigkeit vom Bundesland oder Bund bezahlt, sondern sie wollen natürlich auch Karriere machen. Und da kennt man den Spruch: „Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing.“

## **Wie Deutschlands Medien das Bild von Gewalttätern verzerren**

Von Marco Fieber, 30.12.2019

In einer Studie wurden Hunderte TV-Beiträge und Zeitungsartikel über Gewalttaten in Deutschland analysiert. Das eindeutige Ergebnis: Die Berichterstattung ist mit Blick auf die Herkunft von Tatverdächtigen stark verzerrt – mit gravierenden Folgen.

Zuletzt hat der gewaltsame Tod eines Augsburger Feuerwehrmanns bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Mehrere Jugendliche attackierten den Mann, der durch einen einzigen, heftigen Schlag starb. Obwohl die Polizei die mutmaßlichen Täter innerhalb kurzer Zeit ermittelte und festnahm, dominierte der Fall noch tagelang die Berichterstattung – wohl auch, weil die Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben.

Eine Studie der Hochschule Macromedia zur Fernseh- und Zeitungsberichterstattung zeigt nun, wie über Gewaltkriminalität in Deutschland und die Herkunft mutmaßlicher Straftäter berichtet wird. Studienautor Thomas Hestermann zufolge zeige der Blick auf die Berichte aktueller TV-Formate und überregionaler Zeitungen vor allem eines: "Der gewalttätige Ausländer ist eine zentrale Angstfigur im deutschen Journalismus."

Wie sehr dadurch das Gesamtbild verdreht wird, zeigt die Auswertung des Journalismusprofessors mit Hilfe einer (*hier nicht wiedergegebenen*) Grafik. "Die Herkunft von mutmaßlichen Gewalttätern wird meist nur dann hervorgehoben, wenn sie Ausländer sind", schreibt Hestermann im Fazit seiner Studie. Die Folgen seien eine "verzerrte" Berichterstattung und ein "einseitiger Fokus", wodurch "die Erkenntnisse der Polizei komplett um(gekehrt)" werden.

Auch generell habe sich "die Fernsehberichterstattung über Gewaltkriminalität gravierend verändert". Demnach wurde im Jahr 2014 die Herkunft der Tatverdächtigen nur in etwa fünf Prozent der untersuchten TV-Sendungen genannt, 2019 war das in jeder dritten Ausstrahlung der Fall. Noch höher war in diesem Jahr der Anteil in den untersuchten Zeitungen: 44,1 Prozent. Seit den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 "sind Medien getrieben von dem Anspruch, genauer und umfassend hinzusehen", urteilt Hestermann.

Rassistische Vorurteile

"Aus Menschenrechtssicht ist es fatal, die Herkunft von Tatverdächtigen grundsätzlich zu nennen", sagt Maria Scharlau von Amnesty International unserer Redaktion. Die Völkerrechtsexpertin arbeitet im deutschen Sekretariat der Menschenrechtsorganisation unter anderem zu den Themen Polizei und Rassismus.

Glaut man Scharlau, dann bedeutet die Erwähnung der Herkunft ein grundsätzliches Problem, da es rassistische Vorurteile verstärke. "Wenn dieses Merkmal genannt wird, suggeriert das einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft, der so nachweislich nicht existiert." Vielmehr sind sozio-ökonomische Faktoren maßgeblich. Journalisten sieht sie daher in der Pflicht: "Denn das rassistische Vorurteil, wonach Ausländer krimineller als Deutsche seien, wird von den Medien immer wieder neu befeuert."

Doch wie gehen diese im redaktionellen Alltag mit der Nennung der Herkunft von Tatverdächtigen um? Unsere Redaktion hat bei öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern sowie bei Zeitungen nachgefragt. Anders als etwa die "Sächsische Zeitung", die sich vor drei Jahren entschloss, in Berichten über Kriminalität immer die Herkunft der Tatverdächtigen zu nennen (so weit bekannt), orientieren sich alle befragten Medien – wie auch unsere Redaktion – zuallererst am Presssekodex des Presserats.

Dort heißt es in der Richtlinie zur Berichterstattung über Straftaten: Die Zugehörigkeit von Verdächtigen oder Tätern zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten "soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse".

Wir dokumentieren die Antworten der Medien auf unsere Anfrage:

- An den Leitlinien des Presserats orientiert sich auch RTL. "Wir wägen das von Fall zu Fall ab", erklärt RTL-Chefredakteur Michael Wulf. Er betont: Eine mit der Herkunft des Täters "verbundene Emotionalisierung oder gar Stimmungsmache in der Berichterstattung ist ein striktes Tabu".
- Thomas Hagedorn, Sprecher des Zweiten Deutschen Fernsehens, stellt klar: "Die ZDF-Redaktionen prüfen intensiv und entscheiden in jedem Einzelfall verantwortungsbewusst, ob für die Nennung einer Gruppenzugehörigkeit ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt." Der öffentlich-rechtliche Sender ist zudem gemäß seiner Programmrichtlinien angehalten, "die Zugehörigkeit eines Tatverdächtigen oder Straftäters zu einer Gruppe nur dann zu nennen, wenn dies für das Verständnis der Tatumstände und gesellschaftlichen Hintergründe tatsächlich von Bedeutung ist".

- Umfangreich antwortet auch der NDR, der unter anderem die "Tagesschau" produziert. Diese sei eine überregionale Nachrichtensendung, die ihren Schwerpunkt auf Politik, Gesellschaft und Wirtschaft legt. "Über Kriminalfälle berichtet die 'Tagesschau' deshalb selten und völlig unabhängig davon, ob mutmaßliche Täter und/oder Opfer deutscher oder anderer Herkunft sind. (...) Bei der Nennung der Herkunft oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen oder anderen Minderheit verpflichtet uns der Pressekodex zu besonderer Vorsicht."
- Sat.1-Sprecherin Diana Schardt erklärte uns, dass sich der private Sender ebenso am Pressekodex orientiere. "Das heißt, dass es nur dann eine Nennung zur Herkunft, Ethnie gibt, wenn es dafür ein begründetes öffentliches Interesse gibt. Das liegt im Einzelfall und dem Vorgang begründet und ist eine Redaktionsentscheidung."
- Die Madsack Mediengruppe, zu der unter anderem die "Hannoversche Allgemeine Zeitung", die "Leipziger Volkszeitung" und die "Ostsee-Zeitung" gehören, verzichtet "grundsätzlich auf die Nennung der Nationalität, wenn die Gefahr der diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens überwiegt, wie dies meist der Fall ist, wenn es um minder schwere Straftaten wie zum Beispiel Ladendiebstahl geht". In der schriftlichen Antwort heißt es weiter, dass die Herkunft bei besonders schweren oder "in ihrer Art oder Dimension außergewöhnlichen Straftaten in der Regel" aber genannt würden. Ebenso sei dies der Fall bei Straftaten, die aus einer größeren Gruppe begangen werden oder bei denen die Tatverdächtigen Clan-Strukturen angehören.

Kriminalität von Ausländern: Differenzieren und Einordnen

Unabhängig vom Pressekodex und redaktionsinternen Regelungen stehen Journalisten laut Amnesty-International-Juristin Scharlau aber vor einem komplexen Problem: "Die Medien können nur ein mehrfach verzerrtes Bild verbreiten: Denn erstens erfasst die Polizei nur, was angezeigt wird. Es gibt also eine große Dunkelziffer, gerade auch bei Taten gegen Geflüchtete, People of Colour und Menschen mit Migrationshintergrund. Zweitens werden Tatverdächtige, die als 'fremd' wahrgenommen werden, viel öfter angezeigt. Drittens sind nicht alle Verdächtigten auch Täter. Und viertens werden nicht alle angezeigten Straftaten auch zu einer Pressemeldung."

Von diesem Ausschnitt ausgehend treffen die Medien nun ihrerseits eine Auswahl. Wichtig sei daher, stellt Scharlau heraus, dass komplexe Zusammenhänge auch komplex dargestellt werden. "Es muss differenziert und eingeordnet werden."

Auf ein weiteres Problem verweist FDP-Innenpolitiker Konstantin Kuhle in einem Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". "Die Geschwindigkeit der medialen Berichterstattung über Kriminalität und die Reflexe in den sozialen Medien heizen die Wahrnehmung von Straftaten an." Ob tatsächlich Anhaltspunkte für einen Migrationshintergrund von Kriminellen bestehen, sei oft egal, führt Kuhle auch mit Blick auf die Debatte nach der Tat in Augsburg aus. Er betont: "Der Vorwurf der Vertuschung von Gewalt durch Menschen mit Migrationshintergrund gehört zum Standardrepertoire der Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretiker innerhalb und außerhalb der Parlamente."

Letztendlich beweist die Untersuchung der Hochschule Macromedia aber, wie der Geschäftsführer des Deutschen Journalisten-Verbands Thüringen, Sebastian Scholz, in einer Pressemitteilung deutlich macht, dass "der von Rechtspopulisten bis auf den heutigen Tag erhobene Vorwurf, die Medien würden die Nationalität von Straftätern systematisch verschweigen, völlig haltlos ist".

Dazu kommt: In Deutschland klafft die gefühlte und echte Sicherheitslage weit auseinander. Die Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen nämlich: Die Bundesrepublik ist so sicher wie seit Jahrzehnten nicht.

Lesen Sie bitte den nachfolgenden Artikel von Sebastian Haupt, Chefredakteur bei Katapult, so, wie er gedacht worden ist: Als Versuch zu einer objektiven Beurteilung.

Wir Bürger entnehmen unser Wissen über politische und gesellschaftliche Entwicklungen aus Berichten in den Medien und über direkte Beobachtung der gegebenen Verhältnisse. Die Medien berichten auch über die „Studien“ von Stiftungen und Forschungsinstituten, und da hat man das vielschichtige Problem

- bewußter Verwendung falscher Daten und Schlüsse bei Erstellung der Studien oder

- bewußt falscher Zitierungen aus den Studien.

Man darf nie vergessen: Auch wenn sich die Leute mit tollen Titeln und feiner Kleidung ummanteln – sie bleiben doch Menschen, Leute eben, und die haben in der Regel nicht geringe Fehler und vor allem falsche Vorlieben.

### **Deutscher Journalismus: linksgrün und abgehoben ?**

Von SEBASTIAN HAUPT, Katapult

Die Mehrheit der deutschen Journalisten ist nicht konservativ, das belegen zahlreiche Umfragen. Die Medien seien links, heißt es deshalb oft. Stimmt das? Nein. Die Behauptung ist wissenschaftlich nicht haltbar und zeigt, wie aus korrekten Daten Falschmeldungen erzeugt werden.

Zahlen vermitteln Objektivität. Auch für die These, dass die deutschen Medien links sind, dienen deshalb Zahlen als Beleg: Nur neun Prozent der Politikjournalisten neigen der CDU/CSU zu, der FDP sogar nur etwas über sieben Prozent. Etwa ein Viertel hingegen fühlt sich den Grünen verbunden.

Die Daten stammen aus einer Studie der Freien Universität Berlin (2010) unter Leitung der Kommunikationswissenschaftlerin Margreth Lünenborg. Gemeinsam mit ähnlichen Untersuchungen aus den Jahren 2005 und 2017 dient die Erhebung zahlreichen rechtskonservativen Zeitungen wie »Compact« oder »Tichys Einblick« als Beleg, um ihre Kritik an der deutschen Presselandschaft zu untermauern. Doch auch Redakteure von »Spiegel« oder »NZZ« behaupten mit Blick auf diese Daten: Die deutschen Medien sind linksgrün. Auch Politiker aus dem konservativen Spektrum beklagen eine »linke Meinungsvorherrschaft«. So stellte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt fest, Medien, Kunst und Kultur seien von linken Eliten besetzt und »zu Meinungsverkündern, selbst ernannten Volkserziehern und lautstarken Sprachrohren einer linken Minderheit« geworden. 2018 rief er deshalb zur »bürgerlich-konservativen Wende« auf.

Die Zahlen scheinen eindeutig. Das Problem: Weder die zitierte Studie noch andere ähnliche Untersuchungen belegen die Behauptungen. Im Gegenteil, die Autoren dieser Studien weisen auf Nachfrage von Katapult darauf hin, dass ihre Ergebnisse häufig falsch interpretiert und bewusst verzerrend dargestellt würden. Belege für eine von Linken dominierte Presse sehen sie in ihren Studien nicht. Vielmehr müsse man die redaktionelle Linie des jeweiligen Mediums in den Blick nehmen und mit Hilfe von Inhaltsanalysen bewerten, welche politische Orientierung tatsächlich überwiege.

Studien werden falsch zitiert

Häufig unterschlagen Redakteure die wichtigste Zahl: Die größte Gruppe der befragten Journalisten gibt an, sich keiner Partei verbunden zu fühlen. Im Fall der 743 von Lünenborg und Simon Berghofer befragten Politikjournalisten waren das 36,1 Prozent. Die Parteineigung von Journalisten lässt sich daher auch nicht problemlos mit der der Bevölkerung vergleichen, denn die Gruppe, die keine Präferenz nennt, ist auch nicht der Gruppe der Nichtwähler zuzuordnen.

Dennoch ist die Beobachtung richtig, dass sich die Mehrheit der Journalisten zumindest nicht rechts der Mitte verortet. Daraus abzuleiten, die deutsche Presse sei links und repräsentiere nicht die Bevölkerung, ist jedoch verkehrt.

Inwiefern die persönliche politische Orientierung Einfluss auf die Berichterstattung hat, hängt von zahlreichen Faktoren ab, unter anderem dem beruflichen Selbstverständnis. Auch das erfragen die verschiedenen Journalismusstudien. Lünenborg und Berghofer verdeutlichen in ihrer Befragung, dass für über 80 Prozent der Befragten der Anspruch im Vordergrund steht, ihr Publikum neutral und präzise zu informieren.

Das bestätigt auch Nina Steindl von der LMU München. In einer Erhebung aus dem Jahr 2017 stimmten 82 Prozent von 771 Journalisten aus verschiedenen Ressorts der Aussage zu, dass es ihnen »sehr oder extrem wichtig« sei, als neutrale Beobachter zu berichten. Im Gegensatz dazu gaben in der gleichen Erhebung weniger als ein Prozent der Journalisten an, dass sie die Regierung unterstützen oder ein positives Bild von ihr vermitteln möchten.

Europa: Auflagenstärkste Zeitungen sind wirtschaftsliberal und konservativ

Der vielleicht wichtigste Fehlschluss ist: Von der politischen Orientierung der befragten Journalisten lässt sich nicht unmittelbar auf deren Berichterstattung schließen. Entscheidend ist

vielmehr, welche Reichweite die Medien haben, für die sie arbeiten – und welche politische Linie diese verfolgen. Die persönliche Orientierung eines Journalisten und die redaktionelle Linie des zugehörigen Mediums unterschieden sich zum Teil sehr deutlich, meint Lünenborg. Beispiel Printmarkt: Die auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland ist »Bild«, herausgegeben vom Axel-Springer-Verlag. Dem Boulevardblatt und seinem Verlag wird immer wieder ein unsauberer Kampagnenstil vorgeworfen, politisch positioniert sich der Branchenführer klar konservativ. Die Reichweite der zweitgrößten überregionalen Tageszeitung, der »Süddeutschen Zeitung« mit linksliberaler Ausrichtung, wird auf etwa 1,2 Millionen Menschen geschätzt. Auf Platz drei folgt die »FAZ«, die etwa 0,8 Millionen Menschen erreicht und sich als liberal-konservatives Medium versteht.

Zu den drei auflagenstärksten politischen Wochenmagazinen zählt mit dem »Spiegel« lediglich ein Magazin, das sich selbst als liberales, jedoch »im Zweifelsfalle linkes Blatt« beschreibt – wie Gründer Rudolf Augstein einst formulierte. Der »Focus« verfolgt hingegen eine Berichterstattung, die explizit gegen progressive Positionen gerichtet ist. Gründer Helmut Markwort konzipierte das Magazin als Gegenstück zum »Spiegel«, der langjährige Mitherausgeber Uli Baur verortet es »im Zweifel rechts«.

Einige Blogs führen als Beleg für eine linke Dominanz auch Studien an, die die linke politische Orientierung von Medienmachern in verschiedenen Ländern Europas beweisen sollen. Diese sind jedoch nicht repräsentativ. Auch in Europa zeigt sich stattdessen: Unter den auflagenstärksten Zeitungen finden sich nur wenige linksliberale, aber viele wirtschaftsliberale und konservative Medien: Die Boulevardzeitung »The Sun« in Großbritannien, »Ouest France« in Frankreich, oder die rechtskonservative »De Telegraaf« in den Niederlanden. Chefredakteure sind konservativer als ihre Mitarbeiter

Die meisten Befragungen zur politischen Einstellung von Journalisten arbeiten nicht mit Parteinahme, sondern der Selbstverortung auf einer Links-rechts-Skala. Seit Jahrzehnten sieht sich der Großteil der befragten Journalisten dabei etwas links der Mitte positioniert. Die politische Ausrichtung ihres Mediums empfinden sie jedoch als etwas oder sogar deutlich weiter rechts ihrer Einstellung.

Das ist plausibel, wie der schweizerische Medienforscher Vinzenz Wyss von der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Winterthur 2017 herausfand. Er untersuchte die Angaben von rund 900 Schweizer Journalisten und folgert: Je höher die Befragten auf der Karriereleiter stehen, desto weiter rechts verorten sie sich. Leitende Redakteure neigen demnach viel häufiger zu konservativen Positionen als ihre Mitarbeiter. Gilt das auch für Deutschland? Die Studien der LMU München (2017) und der FU Berlin (2010) geben darüber keinen Aufschluss. Dennoch, glaubt Medienwissenschaftlerin Lünenborg, gelte für Deutschland Ähnliches, wie sie auf Nachfrage von Katapult bestätigt.

Wie stark die politische Ausrichtung eines Mediums von der Chefetage abhängt, zeigt sich bei etablierten Medien, die einen Wechsel der Führungsebene erleben. So hat sich die liberale »Neue Zürcher Zeitung« – ein Leitmedium im deutschsprachigen Raum – unter dem neuen Chefredakteur Eric Gujer seit 2015 deutlich nach rechts geöffnet.<sup>8</sup> Auch beim politischen Magazin »Cicero« beobachten Fachjournalisten einen klaren Rechtskurs, seitdem Christoph Schwennicke nicht nur Chefredakteur (seit 2012), sondern auch Herausgeber ist (seit 2016).<sup>9</sup> Ob sich Journalisten bei der Auswahl und Bewertung von Themen gegen die leitenden Redakteure durchsetzen können, hängt dabei stark von der inneren Organisation des Mediums ab, der sogenannten »inneren Pressefreiheit«.

Die öffentliche Debatte muss unterscheiden: Linksliberal ist nicht gleich links und konservativ nicht gleich rechtspopulistisch. Die Behauptung einer linken Meinungsherrschaft versucht jedoch, alle Differenzierungen verschwimmen zu lassen. Liberal und links werden gleichgesetzt, demokratische Traditionen als linke Projekte etikettiert. Das gilt nicht nur für Deutschland. So titelte 2017 auch der eigentlich sozialdemokratisch orientierte »Tages-Anzeiger«, die auflagenstärkste Schweizer Tageszeitung: »Fast drei Viertel aller SRG-Journalisten sind links«.

Zahlreiche nationale Medien übernahmen die Angaben kritiklos, auch rechtspopulistische Publizisten zitierten die Schlagzeile.

Der Autor der Studie, Vinzenz Wyss, wehrte sich über Twitter. Das Hauptproblem: Die Mitte umfasst durchaus eine leichte Streuung nach beiden Seiten. Die verschiedenen Abstufungen

in beide Richtungen als einheitlich »links« oder »rechts« zu bezeichnen, ist deshalb irreführend. In der Umfrage von Wyss definierten sich 18 Prozent als leicht links der Mitte, knapp 18 Prozent als eher links und lediglich acht Prozent als linksaußen.<sup>11</sup> Leicht rechts der Mitte beziehungsweise eher rechts verorteten sich jeweils etwa sieben Prozent der Befragten. Auf rechtsaußen entfiel weniger als ein Prozent der Angaben.

Wissenschaft urteilt: Nicht ausgewogen genug, aber auch nicht links  
In Deutschland arbeiten eine Reihe rechter Medien mit ähnlichen Zuspitzungen, etwa »Tichys Einblick« (Herausgeber Roland Tichy war Chef der »Wirtschaftswoche«), »Compact« oder die reformierte »Epoch Times«. Sie füllen eine Lücke in der deutschen Pres-  
slandschaft, in der es bislang kaum publikumsstarke, offen rechtspopulistische Angebote gab. Ihnen nutzte vor allem die starke Polarisierung um das Thema Migration und Flucht. Mit ihrer klaren Positionierung konnten sie zahlreiche Abonnenten gewinnen – durch undifferenzierte, fast ausschließlich negative Berichterstattung. Die etablierten Medien hingegen diffamierten sie als »linke Systemmedien« oder »Lügenpresse«.

Das linksliberale Meinungsmagazin »Der Freitag« beklagt deshalb, die Asyldebatte sei vor allem von rechts geführt worden. Die Berichtersteller zeigten sich schnell bereit, Positionen etwa von AfD und Pegida zu diskutieren. Linke Perspektiven seien stattdessen selten gewesen. Die Vereinbarungen mit der Türkei oder Libyen zur Schließung der Fluchtrouten, die Bekämpfung von Fluchtursachen oder die Schicksale der Abgeschobenen erfuhren kaum kritische Beleuchtung.

**Inhaltsanalysen, die sich mit der Fluchtdebatte auseinandersetzen, kommen zu differenzierten Ergebnissen. Tatsächlich stellte der Medienwissenschaftler Michael Haller anhand einer Untersuchung von überregionalen Tageszeitungen (»FAZ«, »Die Welt« und »Süddeutsche«) fest, dass sich Journalisten gerade zu Beginn der Debatte 2015/2016 nicht kritisch genug mit dem Regierungskurs auseinandergesetzt hätten. Zu selten hätten sie die Asylpolitik infrage gestellt oder kritisch zur »Willkommenskultur« Stellung bezogen.**

Die mangelnde Differenzierung wirkte sich jedoch nicht nur zugunsten der Geflüchteten aus. Das zeigt der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Marcus Maurer in einer 2019 veröffentlichten Untersuchung. Zwar seien Flüchtlinge zu Beginn überwiegend positiv, Migration als Phänomen aber fast durchweg als Bedrohung dargestellt worden. Seit den sexuellen Übergriffen in Köln zur Silvesternacht 2015/16 habe Kriminalität zudem sowohl in Zeitungen als auch in Fernsehberichten eine überproportional große Rolle gespielt.

Eurokrise: Griechen kamen nicht zu Wort

Für eine linke Dominanz beim Thema Migration fehlen Belege, eher deuten die Studien auf **eine starke Übereinstimmung zwischen Berichterstattung und Regierungspolitik hin**. Das gilt auch für ein weiteres Megathema der letzten Jahre: die Eurokrise. Im Fall Griechenland unterstützten die meisten deutschen Medien die neoliberale Austeritätspolitik der deutschen Regierung. Die Medienforscher Kim Otto und Andreas Köhler urteilen: Die deutsche Presse differenzierte nicht genug und berichtete häufig wertend statt neutral. Griechische Politiker und Betroffene seien nur selten zu Wort gekommen und wurden meist negativ dargestellt.<sup>15</sup> Debatten über Alternativen zur Sparpolitik, wie sie in angloamerikanischen Medien geführt wurden, fehlten überwiegend.

Deutsche Journalisten suchten die Schuld für die Krise vor allem bei den südeuropäischen Staaten. Makroökonomische Ungleichgewichte als Auslöser seien hingegen kaum zur Sprache gekommen, wie Heribert Dieter von der Stiftung Wissenschaft und Politik bemängelt.

Die geringe Vielfalt der Berichte ist problematisch, aber nicht links. Sie entsprach eher rechtsliberalen bis konservativen Krisendeutungen.

Obwohl also wenige Journalisten in Umfragen angeben, sich mit der Politik der Regierung gemeinmachen zu wollen, scheinen sie nicht immer kritisch genug zu berichten.

Die Presse selbst kritisch zu hinterfragen, ist deshalb wichtig. Die Behauptung einer von Linken dominierten Presse aber ist vor allem eines: Irreführung. Das zeigen die Inhaltsanalysen.

**Zudem sind statt der politischen Ausrichtung einzelner Journalisten**

- **die grundlegende Orientierung des Mediums und**
- **die Ausrichtung der Chefredaktion**

**von zentraler Bedeutung.**

## 6 Anis Amri-Attentat 2016 Weihnachten

Bericht am 14.11.2019, 3 Jahre danach.

Ein Polizist versetzt mit seiner Zeugenaussage den Bundestag in Aufruhr. Er ist bis heute wütend - weil ein Informant, der schon früh auf die Gefährlichkeit des späteren Attentäters hinwies, aus seiner Sicht damals nicht ernst genug genommen wurde.

Polizisten aus Nordrhein-Westfalen haben im Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz schwere Vorwürfe gegen das Bundesinnenministerium, das Bundeskriminalamt und die Berliner Polizei erhoben. Ein Kriminalhauptkommissar, der am Donnerstag im Bundestag als Zeuge befragt wurde, sagte, ein Beamter des Bundeskriminalamtes (BKA) habe ihm am Rande einer Besprechung beim Generalbundesanwalt am 23. Februar 2016 gesagt, der Informant des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes, der damals auf die Gefährlichkeit des späteren Attentäters Anis Amri hingewiesen habe, "mache zu viel Arbeit".

Diese Auffassung werde auch von "ganz oben" vertreten, habe ihm der BKA-Beamte in dem Vier-Augen-Gespräch gesagt. Auf seine Nachfrage, wer mit "ganz oben" gemeint sei, habe der Beamte damals entweder das Innenministerium oder den damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) selbst genannt sowie einen leitenden Kriminaldirektor des BKA im Bereich Staatsschutz. Er sei nach diesem Gespräch "konsterniert und geschockt" gewesen und habe darüber auch direkt im Anschluss mit zwei Staatsanwälten gesprochen.

Informant absolut glaubwürdig

Der LKA-Mitarbeiter aus NRW sagte, seine Behörde habe damals gegenüber dem BKA und dem LKA in Berlin, wo sich Amri inzwischen häufig aufhielt, klargemacht, dass der Informant absolut glaubwürdig sei und seit vielen Jahren für das LKA arbeite.

Amri hatte am 19. Dezember 2016 in Berlin einen Lastwagen gekapert. Er raste damit über den Weihnachtsmarkt und tötete zwölf Menschen. Nach dem Anschlag floh er nach Italien, wo ihn die Polizei erschoss.

"Das wäre ein erschütternder Skandal"

"Wenn eine V-Person, die als einzige Quelle auf die Gefahr von Anis Amri aufmerksam gemacht hat, mundtot gemacht werden sollte und das auch vom Innenminister ausgegangen sein soll, wäre das ein erschütternder Skandal", erklärte der FDP-Obmann im Untersuchungsausschuss, Benjamin Strasser. Eine Befragung von Ex-Innenminister de Maizière zu dem Vorfall sei nun unausweichlich geworden.

"Die Verhinderung von Terroranschlägen scheint dem BKA weniger wichtig gewesen zu sein als die Ausschaltung einer bis dato perfekt informierten Quelle", kritisierte Martina Renner (Linke). Die Grünen-Innenpolitikerin Irene Mihalic sagte: "Es steht im Raum, dass hier von höchster Stelle gezielt Einfluss darauf genommen wurde, die Ermittlungen gegen Anis Amri zu torpedieren."

Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen hatten nach Angaben des Zeugen in den Monaten vor dem Anschlag mehrfach Druck in Berlin gemacht, wo Amri ihrer Ansicht nach damals nur "relativ nachlässig" überwacht wurde. Eine weitere Beamtin des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes die ebenfalls als Zeugin vernommen wurde, sagte, dass sie Amri "durchaus als gefährlich eingeschätzt habe und als unberechenbar". Sie sei angesichts seiner radikalen Äußerungen und seines raschen Eintauchens in die deutsche Salafisten-Szene der Überzeugung gewesen, "man muss da ein Auge drauf haben". Als sie später erfahren habe, dass Amri in Berlin nicht mehr so engmaschig beobachtet wurde, sei bei ihr ein "ungutes Gefühl" entstanden.

Amri: Aus NRW nach Berlin gezogen

Amri hatte nach seiner Einreise 2015 zunächst in Nordrhein-Westfalen gelebt. In Hildesheim knüpfte er Kontakte zu dem Kreis um den Hassprediger Abu Walaa, der nach Einschätzung der Behörden damals als Statthalter der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Deutschland agierte und junge Salafisten ermunterte, in das IS-Gebiet auszureisen. Im März 2016 verlegte Amri seinen Lebensmittelpunkt nach Berlin.

Der Informant, der das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt auf die Gefährlichkeit Amris aufmerksam machte, trug auch zu den Ermittlungen über die Abu-Walaa-Gruppe bei, die sich inzwischen in Celle vor Gericht verantworten muss. (best/dpa)

## 7 Falsche Erziehung muslimischer Jugendlicher

Ein Interview von Denis Huber, 23.10.2019

Professor Ahmet Toprak hat das Buch "Muslimisch, männlich, desintegriert" geschrieben in dem er sich über die Erziehung muslimischer Jungen durch ihre eigenen Eltern ausläßt mit folgendem Tenor: Junge türkeistämmige oder arabische Männer sind muslimisch und in der Regel schlecht bis gar nicht integriert.

Professor Ahmet Toprak erklärt auch, warum sie häufiger die Schule abbrechen, oft gewalttätig und anfällig für religiöse oder nationalistische Radikalisierung sind und wer für diese Situation verantwortlich ist.

### **Das Interview führte Denis Huber:**

*Was war Ihre Motivation für dieses Buch?*

Professor Ahmet Toprak: Ich wollte eine Bestandsaufnahme liefern, warum die türkeistämmigen beziehungsweise muslimischen Jungen in unserer Gesellschaft weniger integriert sind und woher der neue Dreiklang "muslimisch, männlich, aus der Großstadt" kommt.

*Sind Sie sich bewusst, dass Sie mit Ihrem Buch all jenen eine Steilvorlage liefern, die sagen: "Die Türken bzw. Araber wollen sich doch gar nicht anpassen. Und wer sich nicht anpassen will, soll gehen!"?*

Der Spruch ist mir zu platt, das sage ich in meinem Buch in keiner Weise. Aber mir ist bewusst, dass bei manchen Leuten solch ein Denken durch mein Buch erzeugt wird. Aber wer das Buch liest – nicht nur den Titel –, merkt ganz genau, dass ich eigentlich die Jungen entlaste, weil sie die Leidtragenden sind und ich stattdessen an die Eltern appelliere, ihre Kinder besser vorzubereiten und endlich die traditionellen Geschlechterrollen abzulegen. Das ist die Kernaussage, dabei bleibe ich, weil ich möchte, dass sich etwas bewegt.

*Rechnen Sie mit Beschimpfungen oder sogar Bedrohungen?*

Nein, eigentlich nicht. Ich glaube, man kann sachlich und differenziert Kritik äußern, ich verallgemeinere nicht. Ich sage, dass es in bestimmten Milieus diese Problematiken gibt. Leute, die nur den Titel des Buchs lesen und mir dann Vorwürfe machen, nehme ich nicht ernst.

*Immer wieder hört man auch die These, andere Migranten, etwa aus Asien oder Osteuropa, machten weniger Probleme als die türkisch- oder arabischstämmigen Migranten. Liest man Ihr Buch, könnte man sich in dieser These bestätigt sehen, oder?*

Nein, denn es kommt darauf an, aus welchen Milieus die Zuwanderer kommen. Sehen Sie sich die muslimischen Migranten aus dem Iran an, die vergleichsweise gut integriert sind. Es handelt sich um Menschen aus der iranischen Bildungselite, während aus der Türkei meist die bildungsbenachteiligten Milieus kommen. Deren Integration ist schwieriger. Sie sind bereits im Herkunftsland benachteiligt, und wenn sie nach Deutschland kommen, macht das die Lage nicht besser für sie.

*Warum scheitert die Integration der männlichen Muslime so häufig?*

Den Söhnen wird in ihrer Entwicklung alles abgenommen, sie müssen sich nicht am Haushalt oder sonstigen Aufgaben beteiligen, sie bekommen bei Fehlverhalten auch keine oder kaum Konsequenzen zu spüren. Die Mutter erzieht den Sohn nicht nur zu einem Macho, sondern auch zu einem unselbstständigen und abhängigen Individuum.

*Zur Rolle der Mutter in der Erziehung schreiben Sie: "Der Junge ist zwar frei, trägt aber gleichzeitig Handschellen." Erläutern Sie das genauer!*

Der Junge soll später alles können: eine gute Ausbildung absolvieren, einen guten Job bekommen, ein guter Vater sein und für die Familie sorgen. Damit er das leisten kann, muss er frei sein, er muss sich bewegen können, seine Umgebung erkunden und Bedrohungen ausmachen können. Das ist die ländlich-traditionelle Erziehung. Gleichzeitig trägt er gewissermaßen Handschellen, denn diese hohen Ansprüche setzen ihn unter Druck, ohne dass er dabei viel Unterstützung bekäme. Weder in der Sozialisation noch in der Erziehung wird er darauf konkret vorbereitet, wie er die hoch gesteckten Ziele eigentlich erreichen soll.

*Warum sind die Mädchen besser integriert und nicht so benachteiligt?*

Wenn die Jungen genauso erzogen werden würden wie die Mädchen, gäbe es weniger Probleme. Die Mädchen kommen mit der Schule besser zurecht. In traditionellen Familien wird das Mädchen darauf vorbereitet, eine anständige Hausfrau und gute Mutter zu sein. Es ist



nur für Erziehung und Haushalt zuständig. Die Mutter funktioniert als Vorbild für die Tochter, Sachen werden schnell, ordentlich, zielgerichtet und ohne Widerrede erledigt. Wenn nicht, gibt es Sanktionen seitens der Mutter. Dieser Erziehungsmechanismus ist also eine ideale Vorbereitung auf die Schule, wo genau diese Sachen auch erwartet werden. Auch wenn die Intention eine ganz andere ist.

*Sie sagen, vielen Eltern ist die religiöse Erziehung in den Koranschulen wichtiger als die schulische Bildung. Warum?*

Die Eltern wollen beides: Die Kinder sollen eine gute Bildung bekommen und religiös sein. Die Ansprüche sind sehr hoch, denen kann man nicht gerecht werden. Dazu kommt, dass die Eltern nicht wissen, wie das deutsche Schulsystem funktioniert. Die Verantwortung wird an die Schule abgegeben. Die soll dafür sorgen, dass das Kind Anwalt, Arzt oder sonst etwas wird. Diese Vorstellung ist immer noch, auch in der dritten Generation, in vielen Milieus weit verbreitet. Die Eltern ziehen sich zurück, weil sie sich inkompetent fühlen. Auf der anderen Seite verstehen sie aber, wie der Koranunterricht funktioniert, das kennen sie aus ihrer eigenen Tradition. Deshalb sieht es so aus, als würden sie dem mehr Wert beimessen.

*Also gibt es keinen Zusammenhang zwischen Islam und Integration?*

Nein, zumindest keinen Automatismus. Religiös sein und integriert sein schließt sich nicht aus. Wenn die Eltern allerdings die Religion höher einordnen als die Schule, ihre Kinder zum Beispiel nicht zum Schwimmunterricht schicken oder ihnen die Teilnahme an Klassenfahrten verbieten, dann ist es integrationsschädlich.

*Sie schreiben, viele Väter würden nicht als Vorbild für ihre Söhne taugen. Wer sind dann deren Vorbilder?*

In meinem Buch nenne ich zwei Extrembeispiele: Salafismus und Nationalismus. Generell suchen die Jungen in der Entwicklung nach Orientierung, nach Sicherheit – das ist vollkommen normal. In der Theorie stellt der Vater ein Vorbild dar, er ist die Autorität. Doch häufig ist der Vater arbeitslos, gewalttätig, nicht zu Hause oder spielsüchtig. Häufig ist der Sohn ihm auch überlegen, weil er Deutsch spricht, weil er die Gesetze kennt und weiß, wie die Gesellschaft funktioniert. Der Vater fällt als Vorbild aus, die Jungen suchen nach Identität, und die bietet ihnen zum Beispiel ein religiöser Geistlicher im Moscheeverein, die bietet ein Staatspräsident Erdogan oder eben ein Salafistenprediger.

*Sie sagen, Gewalt in der Erziehung, physisch oder psychisch, sei in vielen türkeistämmigen Familien noch ganz normal. Warum?*

Eine Ohrfeige gilt noch gar nicht als Gewalt, sondern als eine Art Ermahnung. In konservativen, bildungsbenachteiligten Milieus gehört sie dazu. Denn – und das ist das Groteske – man meint, man würde dem Kind damit etwas Gutes tun und es vor Gefahren bewahren. Das ist das Hauptproblem: Es herrscht kein Unrechtsbewusstsein. Auch in deutschen Familien kommt es zu Gewaltanwendung, aber dort ist meistens das Bewusstsein vorhanden, dass das etwas Falsches ist.

*Wie lässt sich dieser Zustand abschaffen?*

Man muss an diesem Bewusstsein arbeiten, dass auch eine einfache Ohrfeige, Beschimpfungen oder Beleidigungen Kinder schädigen und sie gefährden. Dafür gibt es kein Patentrezept, das geht nur über Aufklärung.

*In Ihrem Buch geht es auch um Sexualität. Mädchen dürfen keine vorehelichen sexuellen Erfahrungen haben, während Jungen hier mehr Freiheiten besitzen. Wie lässt sich diese Doppelmoral erklären?*

Das hängt stark mit dem Begriff der "Ehre" zusammen. Von einem ehrenhaften Mädchen wird erwartet, jungfräulich in die Ehe zu gehen. Diese Jungfräulichkeit zu kontrollieren oder zu überwachen, ist Aufgabe der Väter und Söhne. Die Jungen sollen hingegen erfahren in die Ehe gehen, damit sie in der Hochzeitsnacht ihren Mann stehen können. Eine solche Doppelmoral ist aber nicht nur in muslimischen Familien vorhanden, sondern überall dort, wo eine strenge Sexualmoral herrscht, zum Beispiel auch in der katholischen Kirche.

*Sie beschreiben Erfahrungen mit jungen, türkeistämmigen oder arabischen Männern, für die "Schwulsein" eine äußerst negative Konnotation hat. Für muslimische junge Männer ist derjenige schwul, der penetriert wird. Selber einen Mann zu penetrieren gilt nicht als homosexuell. Wie kommt es zu solch einer Wahrnehmung?*

Da ging es um ein Anti-Gewalt-Training mit jungen Gewalttätern. Diese sind häufig homophob, das ist nichts typisch Muslimisches. Die Wahrnehmung ist, dass derjenige, der den aktiven Part übernimmt, als stark, potent, viril gilt und zeigt, wo es lang geht. Er ist in dieser Denkweise also nicht homosexuell, sondern übt seine Macht aus. Derjenige, der sich penetrieren lässt, ist schwul, schwach, gilt als das Opfer, als Freiwild. Es geht nicht um Gefühle oder Sexualität, sondern einzig und allein um Machtausübung.

*Der Anteil der Schüler mit türkischen Wurzeln an Realschulen und vor allem an Gymnasien ist sehr gering. Warum ist das so?*

Zur Statistik gehört die nachgewiesene Tatsache, dass Kinder mit ausländischen Wurzeln auch bei gleichen oder sogar besseren Leistungen nach der Grundschule schlechtere Empfehlungen bekommen als die deutschen Kinder. Häufig meinen die Lehrkräfte das sogar gut, weil sie eine geringe Unterstützung des Elternhauses für die Ansprüche eines Gymnasiums unterstellen. Sie denken wirklich, das Kind sei auf der Realschule besser aufgehoben.

*Ist das der einzige Grund?*

Nein. Häufig kommen die muslimischen Kinder aus bildungsbenachteiligten Milieus, wo die Frühförderung nicht so gut funktioniert wie bei deutschen Bildungsbürgern. Wenn das Kind des deutschen Arztes und das Kind des türkischen Facharbeiters in die erste Klasse kommen, ist das deutsche Kind dem türkischen meist schon anderthalb bis zwei Jahre voraus. Vier Jahre Grundschule können diese Defizite nicht kompensieren.

*Wie lautet Ihr Lösungsansatz?*

Ganztagsschulen für alle, dann werden alle gleich gefördert. Begleitet von einer individuellen Förderung, denn der deutsche Arztsohn benötigt vielleicht ebenso Unterstützung in manchen Bereichen.

*Einer Ihrer Vorschläge lautet, man müsse die Eltern von einer freien, liberalen und individuellen Erziehung überzeugen. Wie soll das gelingen?*

Man muss Eltern und Jungen klarmachen, dass freiheitliche Werte und gleichberechtigte Geschlechterrollen keine Bedrohung sind, sondern uns im Gegenteil schützen. Das Problem ist, dass viele damit aber keine Erfahrung haben. Es ist also ein langer Weg. Lehrkräfte müssen auf Augenhöhe mit den Eltern diskutieren und ihnen weitere Optionen aufzeigen. Nicht von oben herab sagen: Was ihr macht, ist falsch. Ich bin überzeugt, dass die Eltern in der Lage sind zu entscheiden, was für sie und ihre Kinder gut ist. Mit Zwang funktioniert es sicher nicht.

*Sie fordern außerdem in der Schule Mut zu mehr Konfrontation im Umgang mit den Jugendlichen. Was meinen Sie damit?*

Konfrontation heißt übersetzt "Ich interessiere mich für dich". Damit meine ich, dass man das Kind mit seinem Fehlverhalten konfrontiert: Du bist dafür selbst verantwortlich, nicht die bösen Deutschen, nicht die bösen Türken, nicht die böse Lehrerin, sondern nur du allein. Das passiert in der Schule viel zu selten. Man muss gegenüber den Jugendlichen klar und deutlich Regeln formulieren. Und gleichzeitig transparent und nicht willkürlich Konsequenzen aufzeigen, was passiert, wenn nicht auf die Regeln geachtet wird. Das kommt gut bei türkeistämmigen oder arabischen Jugendlichen an, weil das in deren Elternhäusern häufig nicht getan wird. Dort herrscht keine Transparenz, sondern Unklarheit über das, was man darf und was nicht.

*Ahmet Toprak, \*1970, kam mit zehn Jahren aus einem zentralanatolischen Dorf zu seinen Eltern nach Deutschland. Nach dem Hauptschulabschluss ging er zurück in die Türkei, machte Abitur und studierte ein Jahr lang Anglistik. 1991 setzte er sein Studium in Deutschland fort und wechselte schließlich zur Pädagogik. Nach dem Diplom 1997 arbeitete er als Anti-Gewalt-Trainer mit mehrfach straffälligen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und promovierte parallel. Seit 2007 ist er Professor für Erziehungswissenschaft an der FH Dortmund.*

*Sein neues Buch "Muslimisch, männlich, desintegriert - Was bei der Erziehung muslimischer Jungen schief läuft" ist im Econ-Verlag erschienen und ab 25.10.2019 erhältlich.*

## 8 Araberclans – Hawala-Banken

Mehr als 200 Millionen Euro sollen über das sogenannte Hawala-Banking am deutschen Fiskus vorbeigeschleust worden sein: Illegale Geldtransfers in die Türkei haben für einen Großeinsatz der Behörden in fünf Bundesländern und in den Niederlanden gesorgt. Die deutsche Hawala-Zentrale sitzt im Duisburger Stadtteil Marxloh.

Gleich in fünf Bundesländern und den Niederlanden sind Polizisten und Steuerfahnder Mitte November 2019 (Dienstag) gegen mutmaßliche Mitglieder einer kriminellen Vereinigung vorgegangen. Insgesamt 62 Objekte wurden in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg sowie in den Niederlanden durchsucht. Nach Informationen von "Süddeutscher Zeitung", NDR und WDR lag der Schwerpunkt der Durchsuchungen in NRW. Der Schwerpunkt der Razzia liege im Großraum Duisburg, wo unter anderem Metallfirmen, Juweliere und Privatwohnungen durchsucht wurden. Der Hauptverdächtige soll demnach aus Duisburg kommen und dort einen Metallhandel führen. In Deutschland konzentrierten sich die Beamten auf ein Juweliergeschäft im Duisburger Stadtteil Marxloh. Auf dessen Schaufenster steht "Altgold Ankauf".

Der Verdacht richtete sich gegen 27 Personen im Alter zwischen 23 und 61 Jahren. Ihnen wurde illegaler Geldverkehr vorgeworfen: Sie sollen am legalen Bankensystem vorbei Millionen von Euro aus Deutschland in andere Länder geschickt haben. Sie sollen ein verbotenes, sogenanntes Hawala-System für Geldtransfers installiert und betrieben haben. Gegen sechs der 27 Beschuldigten lägen Haftbefehle vor, erklärte das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA). Sie seien teilweise vollstreckt worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Düsseldorf. Dabei kamen auch Spezialkräfte zum Einsatz. Die illegalen Überweisungen sollen ohne die nötige Banklizenz vor allem in die Türkei geflossen sein. Es gehe insgesamt um mehr als 200 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft bestätigte lediglich, dass das Geld unter anderem in die Türkei transferiert worden sein soll.

Bei dem transferierten Geld handele es sich um mutmaßlich illegal erworbenes Vermögen, so das LKA. Woher es im Einzelnen stammen könnte, wurde zunächst nicht bekannt.

Das Hawala-System wird für Geldüberweisungen abseits traditioneller Bankkanäle genutzt. Das System beruhe auf einer Vertrauensbasis der Beteiligten, die oftmals der gleichen Ethnie angehörten, und habe sich in Regionen mit wenig entwickelten Banksystemen herausgebildet, heißt es in einer Analyse des Bundesfinanzministeriums.

### **Hawala: So funktioniert der illegale Geldtransfer**

Der aus dem Arabischen stammende Begriff Hawala lässt sich Wissenschaftlern zufolge mit Zahlungsanweisung oder Schuldüberweisung übersetzen. Seine Wurzeln hat das Hawala-Finanzsystem in der frühmittelalterlichen Handelsgesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients, wie aus einer Publikation der Universität Duisburg 2002 hervorgeht.

Es erlaube "Gelder nahezu ohne jede Möglichkeit der Rückverfolgung zu transferieren". Das Geld werde gegen eine Gebühr bei einem Hawala-Händler eingezahlt. Der Einzahler erhalte ein Kennwort, gegen dessen Nennung der Empfänger das Geld bei einem Händler im Ziel-land ausgezahlt bekomme. Geldtransfers über das Hawala-System müssten "nicht per se einen kriminalistisch relevanten Hintergrund haben", betont das LKA NRW in seinem jüngsten Lagebild zur Clankriminalität.

### **Aber auch Angehörige "türkisch-arabischstämmiger Familienclans" nutzten das System zur Vermögenssicherung und Geldwäsche.**

Solche Finanztransfersgeschäfte brauchen in Deutschland eine Erlaubnis der Finanzaufsicht Bafin. Bei unerlaubtem Betrieb drohen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren.

Wie viel Geld aus Deutschland über Hawala-Kanäle überwiesen wird, ist nicht bekannt. "Wir erfahren ja nur von Fällen, auf die wir einen Hinweis bekommen haben", sagte ein Behördensprecher. (hau/dpa)

### **Ralph Ghadban, der Intellektuelle, den die Clans hassen**

Jonas Hermann, Berlin 19.12.2019

Der Migrationsforscher Ralph Ghadban berät die deutschen Regierungsparteien im Kampf gegen kriminelle Clans. Er geriet selbst ins Fadenkreuz der Grossfamilien, gibt aber nicht

klein bei. Es hieß bei einer Drohkampagne gegen ihn: „Überall, wo ihr ihn findet, seid mit ihm gnadenlos.“

Ralph Ghadban hat endlich erreicht, was er immer wollte. Seine Botschaft wird gehört. Kurz nach der Jahrtausendwende erkannte der Migrationsforscher, welche Gefahr von kriminellen türkisch-arabischstämmigen Grossfamilien ausgeht.

Hören wollte das damals in Deutschland kaum jemand, doch die Zeiten haben sich geändert. Im Herbst hatte ihn die Bundestagsfraktion der Unionsparteien (CDU/CSU) als Berater eingeladen. Mit Mitgliedern des Innenausschusses sprach der Siebzigjährige über die Frage, wie der Staat kriminelle Clans in den Griff bekommen könnte. Wenig später präsentierten die Unionsparteien einen Zwölf-Punkte-Plan, um die kriminellen Grossfamilien in die Schranken zu weisen.

Für die Anerkennung zahlt Ghadban einen hohen Preis. Er lebt unter Polizeischutz und steht im Fadenkreuz der Clans. Im Frühling erhielt er Dutzende Drohungen von kriminellen Grossfamilien, die sich über die sozialen Netzwerke verbreiteten.

Auslöser dafür war ein Interview, das er im libanesischen Fernsehen gegeben hatte. Was er in Deutschland über Clans sagte, hatte deren Mitglieder nie interessiert. Vielleicht hatten sie es auch nicht mitbekommen. Dass er aber auf Arabisch im Fernsehen ihre Machenschaften anprangerte, wurde als Ehrverletzung aufgefasst.

Die Grossfamilien riefen zur Gewalt gegen ihn auf: «Überall, wo ihr ihn findet, seid mit ihm gnadenlos», hiess es in einer Sprachnachricht, die im Clan-Milieu verbreitet wurde. Ein Clan-Mitglied forderte, man müsse mit Ghadbans Gesicht „den Boden wischen“.

Der Migrationsexperte wehrte sich und erstattete mehrere Anzeigen gegen die Anführer der Kampagne. Beteiligt daran waren offenbar auch Mitglieder eines Vereins namens «Familien Union» aus Essen. Laut eigenen Angaben geht es dem Verein um «die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens» und um «Toleranz auf allen Gebieten». Eine Zeitlang kooperierte sogar die Stadt Essen mit der «Familien Union». Sie hat die Zusammenarbeit aber mittlerweile eingestellt.

Nach einer sogenannten Gefährderansprache hörten die Drohungen auf. Mit diesem Instrument versucht die deutsche Polizei, Straftaten im Vorfeld zu verhindern. Potenzielle Täter werden ermahnt, ihre Pläne lieber einzustellen.

Die Clans seien darüber erstaunt gewesen, erzählt Ghadban. «Die dachten, der Staat müsste eigentlich mich verfolgen, weil ich ihre Ehre verletzt hätte.» Ghadban lacht. Die Clans haben seine Freiheit eingeschränkt, doch den Humor konnten sie ihm nicht nehmen.

Mit seiner Frau lebt er in einer perfekt aufgeräumten Berliner Altbauwohnung, nur die verstärkte Eingangstür erinnert an die Bedrohung durch die Clans. Umziehen will er nicht, auch wenn es anderswo sicherer wäre.

Ausserhalb der Wohnung ist er seit der Drohkampagne vorsichtiger geworden. «Man darf aber keine Schwäche zeigen, nicht nachgeben», sagt er. Die Polizei empfahl ihm Zurückhaltung. Stattdessen gab er der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» kurz nach den Drohungen ein Interview, das grosse Resonanz auslöste.

Zwischen Ghadban und vielen Clan-Mitgliedern gibt es eine biografische Gemeinsamkeit: Auch er kam aus Libanon nach Deutschland – allerdings nicht als Asylbewerber, sondern mit einem Promotionsstipendium.

Mitte der siebziger Jahre engagierte er sich zunächst ehrenamtlich für Flüchtlinge aus Libanon und wurde dann Sozialarbeiter. Insgesamt arbeitete er 16 Jahre mit der Gruppe, auf die sich ein Grossteil der Clan-Kriminalität zurückführen lässt: den sogenannten Mhallamiye-Kurden.

Sie stammen ursprünglich aus der Türkei und siedelten auf libanesisches Territorium über. Als dort in den siebziger Jahren der Bürgerkrieg ausbrach, wanderten einige von ihnen nach Deutschland aus und beantragten dort erfolglos Asyl.

Der deutsche Staat konnte die Mhallamiye-Kurden aber nicht ausschaffen, denn sie waren staatenlos oder hatten ihre Papiere weggeworfen. Weil sie nur über den Duldungsstatus verfügten, durften sie nicht arbeiten.

Laut Ghadban fiel auch die Schulpflicht weg, weshalb viele Jugendliche als Analphabeten aufgewachsen sind. Die Politiker hätten damals darauf spekuliert, die Mhallamiye-Kurden

aus Deutschland hinausekeln zu können, sagt er. Doch sie blieben, und einige wurden kriminell.

Dass manche Mhallamiye-Kurden in einer finsternen Parallelwelt leben, wird an der Kampagne gegen Ghadban deutlich. Angeblich wurde an einem Treffen der «Familien Union» in Essen beschlossen, den Migrationsexperten ins Visier zu nehmen.

Wenige Stunden später ergossen sich die Drohungen über ihn. Auf seinem Mobiltelefon zeigt er Videos, die stets der gleichen Inszenierung folgen: Bärtige Männer lassen sich dabei filmen, wie sie ihn auf Arabisch beschimpfen.

Ein Teil dieser Aufnahmen stammt aus Deutschland, doch es gibt auch Videos, die in Syrien gefilmt worden sind. Dass sich dort Menschen dafür interessieren, was Ghadban über Clans in Deutschland sagt, erklärt er mit archaischem Stammesdenken und Familienstrukturen, die weit über die Landesgrenzen wirksam sind. Er stellt dem Journalisten die rhetorische Frage: «Wen können Sie von Ihren Verwandten anrufen, wenn Sie auf der Strasse Stress haben?» Ghadban wartet kurz und sagt dann: «Eben!»

Das Auftreten in der Gruppe sei der Schlüssel, um alle staatlichen Institutionen ausser Kraft zu setzen. Ghadban vertritt die These, ein Land könne nur Individuen, aber keine Gruppen integrieren. Für die unheilvolle Macht der Gruppe hat er einige Beispiele parat: Wenn Polizisten ein Clan-Mitglied kontrollieren, werden sie manchmal von Dutzenden seiner Verwandten umkreist und bedrängt. Daher kann die Polizei Mitglieder dieser Grossfamilien manchmal nur mit erheblichem Aufwand überprüfen.

„Würden Sie sich für den Rechtsstaat opfern?“

Dennoch gelingt es immer wieder, manche von ihnen vor Gericht zu bringen. Doch auch dort versuchen sie die Strafverfolgung auszuhebeln. Zeugen wird Schweigegeld angeboten. Falls das nichts funktioniert, folgen Drohungen.

Die Methode scheint unheimlich gut zu funktionieren. Die Staatsanwaltschaft ermittelte bereits mehrere Dutzend Mal gegen den Chef des berüchtigten Abou-Chaker-Clans, verurteilt wurde er aber nie. Ghadban zeigt Verständnis für Zeugen, die einknicken, und fragt: «Würden Sie sich für den Rechtsstaat opfern?»

Die Wurzel all dieser Probleme ist für ihn der Multikulturalismus. Er beschreibt ihn als «einen Nebel, der den Blick auf die Realität verdeckt». Nach seiner Interpretation steht der Begriff für das Zusammenleben verschiedener Kulturen ohne gemeinsame Grundlage.

Das unbedenkliche Pendant dazu sei der demokratische Pluralismus, der ebenfalls kulturelle Vielfalt garantiere – allerdings mit den allgemein verbindlichen Menschenrechten als Basis.

### **Deutschland als Beutegesellschaft**

Wenn er über die misslungene Integration türkisch-arabischer Migranten spricht, wird Ghadban schnell ungeduldig. Die Kriminalität, die Verachtung des Rechtsstaats: All das habe er früh kommen sehen. Schwierigkeiten hat er vor allem mit Politikern, die immer noch versuchen, die unschönen Nebenwirkungen der Migration wegzumoderieren.

**Ein Paradebeispiel dafür sei der rot-rot-grüne Berliner Senat. Der sozialdemokratische Innensenator Andreas Geisel versuche zwar, den Kampf gegen die Clans voranzutreiben, werde aber von den Grünen und der Linkspartei gebremst.**

Über Politiker, die den Multikulturalismus verteidigen, urteilt Ghadban hart. Dabei verwischen manchmal die Grenzen zwischen Migrationsforschung und politischem Aktivismus. Konservativ orientierte Medien lieben ihn dafür. Als promovierter Politologe wird er ernst genommen, und seine eigene Migrationsgeschichte schützt ihn gegen Rassismuskwürfe.

Seine Strategie beschreibt er unverblümt: Ist ihm ein Thema wichtig, versucht er, es medial so stark anzuschieben, dass Politiker unter Zugzwang geraten. Ihm selbst würden die Drohungen der Clans die Freiheit rauben – wenn man die Perspektive aber etwas weite, hätten sie auch ihr Gutes gehabt.

Die Aufmerksamkeit für das Thema habe wegen der Berichterstattung über die Drohungen nochmals zugenommen. Politiker könnten es sich kaum mehr leisten, das Thema kleinzureden. Bis dahin war es ein weiter Weg.

Ghadban sprach bereits vor 33 Jahren davon, dass Clans Deutschland als «Beutegesellschaft» sehen würden. Mittlerweile hat der christlichsoziale Innenminister Horst Seehofer diese Position übernommen und äussert sich mit den gleichen Worten. «Da sehen Sie mal, wie viel Geduld ich habe», sagt Ghadban und lächelt zufrieden.

## 9 Organisierte Kriminalität - Clankriminalität

Berlin. Spektakuläre Überfälle auf Banken und Geldtransporter, Betrug und illegale Immobiliendeals: Das Spektrum der organisierten Clan-Kriminalität in Deutschland ist groß. Die ARD-Dokumentation „Beuteland – Die Millionengeschäfte krimineller Clans“ des RBB beleuchtet die Wege des illegalen Geldes und die Jagd der Ermittler nach den mutmaßlichen Tätern.

Berlin, 19. Oktober 2014: Mehrere dunkel gekleidete Männer zerschnitten am frühen Morgen die Telekom-Kabel der Sparkassen-Filiale im Stadtteil Mariendorf, um das Alarmsystem auszuschalten, öffneten die Fluchttür im hinteren Teil der Bank und verschafften sich Zugang zum Tresorraum im Keller. Mehr als 300 Schließfächer brachen die Männer auf und packten Beute im Wert von knapp 10 Millionen Euro in ihre Taschen.

Dann legten sie Feuer in der Bank – um ihre Spuren zu verwischen. Doch es kam zu einer schweren Explosion, wobei einer der Täter von einer herausgesprengten Glasscheibe am Kopf getroffen wurde. Die Ermittler, die wenig später am Tatort eintrafen, konnten Blutspuren sichern und den Verletzten identifizieren: Toufik Remmo, Mitglied der libanesisch-stämmigen Großfamilie Remmo und Bruder des Clan-Chefs Issa.

### **Clan-Kriminalität: Millionen-Beute bisher verschwunden.**

Toufik Remmo wurde schließlich verurteilt. Doch die Millionen-Beute ist bis heute verschwunden. Eines kam den Fahndern allerdings höchst verdächtig vor: Kurz nach der Tat 2014 meldete sich der Bruder von Toufik, Karim Remmo, vom Bezug der Sozialhilfe ab und trat daraufhin als Immobilienmakler auf.

Der inhaftierte Toufik ist laut Ermittlern wiederum der Schwager eines schlicht Remmo genannten Familienmitglieds in Beirut. Dieser soll, das legen Fahndungsfotos nahe, 1992 in einer Berliner Kneipe einen Mann erschossen und in den Libanon geflohen sein.

Die laut Ermittlern mutmaßliche Ehefrau des Flüchtigen ist – zumindest auf dem Papier – Eigentümerin von mehreren Immobilien im Libanon und einer Kleingartenanlage in Berlin, die als Versteck für erbeutete Waren und Gelder gedient haben könnte, wie die Behörden vermuten.

Diese komplizierten familiären Verflechtungen und Besitzverhältnisse sind es, die den Clans die Geldwäsche möglich machen – und den Ermittlern ihre Arbeit erheblich erschweren, wie die Doku auf anschauliche Weise zeigt.

„Es gibt so eine Art übergeordnetes Familienvermögen. Jeder hilft jedem und ist an vielem beteiligt“, sagt die Berliner Oberstaatsanwältin Petra Leister. Das in Deutschland illegal erworbene Geld fließe in den Libanon, werde dort in den legalen Wirtschaftskreislauf eingebracht und von unverdächtigen Konten wieder nach Deutschland überwiesen. Mit dem „gewaschenen“ Geld kauften die Familien dann Immobilien in vielversprechenden Lagen.

Die RBB-Reporter reisten Hinweisen in den Libanon nach und befragten das Umfeld des Remmo-Clans. Die meisten Befragten hüllten sich in Schweigen, doch ein Mann, der früher als Autohändler in Essen gearbeitet und nun Räumlichkeiten von Remmo in Beirut gemietet hat, erwähnte zumindest den Namen. „Wenn er anfangs über Remmo zu reden, bekomme er hinterher Probleme“, sagte er.

Einen Tag später, berichten die Reporter, wurde der Mann vor seinem Büro zusammengeschlagen. Er erstattete bei der Polizei in Beirut Anzeige gegen Remmo – und verließ schließlich die Stadt.

### **Clan-Mitglieder erbeuten als falsche Polizisten Geld von Rentnern**

In Essen, eine weiteren Hochburg der organisierten Clan-Kriminalität in Deutschland, hat es die Polizei mit geschätzten 10.000 Clan-Mitgliedern zu tun. Die höchste Mitgliederzahl hat die ebenfalls ursprünglich aus dem Libanon stammende Familie Miri, deren Clan-Chef in Bremen, Ibrahim Miri, vor Kurzem in den Libanon abgeschoben wurde.

Millionen-Geschäfte mache der Clan laut Polizei vor allem mit krummen Immobiliendeals, manipulierten Zwangsversteigerungen, Handel mit illegalem Shisha-Tabak – und einer perfiden Betrugsmasche: Mitglieder des Clans würden sich vor allem Rentnern gegenüber am Telefon als Polizisten ausgeben und ihnen raten, ihr Gespartes von der Bank abzuheben und bei sich zuhause zu verstecken.

Der Grund: Mitarbeiter der Bank arbeiteten für eine Verbrecherbande, wie die falsche Polizei herausgefunden haben will. Polizeibeamte würden das Geld dann abholen und in Sicherheit bringen. Eine 90-Jährige aus Münster berichtete den Reportern, der Anrufer habe ihr geraten, die Jalousien herunterzulassen, das Haus zu verriegeln und das Geld vor die Tür zu legen. Ein absurder Plan.

Doch die Rentnerin fühlte sich durch Dutzende Anrufe so sehr unter Druck gesetzt, dass sie den Anweisungen folgte: „Es war mir, als wenn ich hypnotisiert war.“ Die Betrüger erbeuteten 35.000 Euro von ihr. Laut Friedo de Vries vom Landeskriminalamt Niedersachsen wurden in dem Bundesland bislang mehr als 4000 solcher Taten angezeigt. Sie alle haben nach Bremen zum Miri-Clan geführt.

Vor allem der Handel mit unversteuertem Shisha-Tabak sei das „Brot-und-Butter-Geschäft“ der Clans, sagte Heike Sennewald, Zollfahnderin in Essen. Im Sommer 2018 war im nordrhein-westfälischen Solingen eine Fabrik für gefälschten Tabak ausgehoben worden. Sie habe einem Zweig des anatolisch-stämmigen Al-Zein-Clans gehört, so Sennewald. Zwölf Tatverdächtige zwischen 15 und 57 Jahren haben dort laut Ermittlern den Tabak gemischt.

Im Zuge der Ermittlungen gegen kriminelle Clans rücken auch immer öfter Zuwanderer in den Fokus der Polizei, wie der Präsident des Landeskriminalamtes, Holger Münch, den Reportern sagte. Es gebe eine steigende Anzahl von „tatverdächtigen Zuwanderern“ in den Ermittlungsverfahren, so Münch.

Zwar gebe es noch keine verfestigten Strukturen, doch: „In etwa einem Drittel der Verfahren sind auch Zuwanderer als Tatverdächtige aufgetaucht. Und das bedeutet, wir müssen das Phänomen weiter sehr genau im Auge behalten.“ Man dürfe „solche Dinge nicht über Jahre laufen lassen. Das ist, glaube ich, die große Lehre, die wir aus den Entwicklungen der letzten 30 Jahre ziehen müssen“.

• Kommentar: Fall Miri zeigt: Asylpraxis in Deutschland ist ein Irrsinn

Nach Aussage des Essener Polizeipräsidenten Frank Richter beobachtet die Polizei, dass Zuwanderer den alteingesessenen arabisch-libanesischen Clans zunehmend Konkurrenz machen und sie unter Druck setzen.

Während Zuwanderer aus dem Irak lange nur als sogenannte Läufer im Drogenhandel für die Alt-Clans tätig gewesen seien, seien nun Gruppierungen zu beobachten, die versuchten, „die Geschäfte zu übernehmen“.

Richter befürchtet, dass es zwischen den alteingesessenen Clans und den neuen Gruppen zu Auseinandersetzungen kommen könnte. Manche neu Zugewanderten würden über „Kampferfahrung verfügen“. „Das ist natürlich noch mal eine ganz, ganz andere Qualität als das, was wir momentan haben.“

Die Doku „Beuteland – Die Millionengeschäfte krimineller Clans“ finden Sie in der ARD-Mediathek. Im Anschluss an die Ausstrahlung der Sendung am Montagabend wurde auch in der ARD-Talkshow „hart aber fair“ gefragt: Wie soll man umgehen mit kriminellen Großfamilien?

Aktualisiert am 27. November 2019, 08:46 Uhr

Wie kann es sein, dass aus armen Kriegsflüchtlingen erst kriminelle Clans und dann kriminelle Familienunternehmen werden? Die ARD sendet eine Doku mit spannenden Einblicken, harten Urteilen – aber auch einigen Leerstellen.

Mehr aktuelle News finden Sie hier

Die Behörden wussten, dass da was aus dem Ruder läuft. Allerspätestens seit 2004. Die Zerschlagung krimineller Strukturen in Clans werde "nur noch in Teilen" möglich sein, hieß es da in einem internen Bericht zu "ethnisch abgeschlossenen Subkulturen".

Heute wissen wir: Politik und Sicherheitsbehörden haben nicht die richtigen Schlüsse gezogen – wozu das geführt hat, zeigte am Montagabend die ARD-Dokumentation "Beuteland – Die Millionengeschäfte krimineller Clans".

"Hart aber fair": Ist die harte Linie gegen Clans nur Show?

Den kriminellen Clans geht es an den Kragen, behauptet NRW-Innenminister Reul bei "Hart aber fair". Alles nur PR, wettet ein Anwalt. Und mittendrin plagen Frank Plasberg Selbstzweifel.

Diebstahl der Goldmünze von Clans begangen

Im Boulevard sorgen meist arabischstämmige Clans seit Jahren für Schlagzeilen, vor allem mit aufsehenerregenden Verbrechen wie dem Diebstahl der Goldmünze "Big Maple Leaf" aus dem Berliner Bode-Museum im März 2017.

Doch wie die Autoren Olaf Sundermeyer und René Althammer in ihrem Film zeigen, basiert die Stärke der Remmos, Miris und al-Zeins vor allem auf Schwächen in der deutschen Gesetzgebung - so war es lange viel zu einfach, Geld aus illegalen Geschäften reinzuwaschen. So konnten sie sich weiterentwickeln, zu "kriminellen Wirtschaftsunternehmen", wie es Sebastian Fiedler vom Bund Deutscher Kriminalbeamter ausdrückt.

Doch seit einiger Zeit zeigt der deutsche Staat Härte, zieht Immobilien ein, setzt die Clans mit Razzien unter Druck. Wer die 60-Minuten-Doku am Montagabend verfolgt, bekommt den Eindruck: Das kommt viel zu spät - und hoffentlich noch rechtzeitig, um die neue Welle von kriminellen Großfamilien zu stoppen.

BKA-Präsident: "Wir dürfen das nicht laufen lassen"

Offenbar organisieren sich auch Migranten aus Syrien und dem Irak in Familienzusammenhängen, schon ein Drittel der Tatverdächtigen in den einschlägigen Verfahren sind Zuwanderer. Teilweise liefern sie sich schon Gebietskämpfe mit den "Alteingesessenen", die Doku zeigt Bilder einer Straßenschlacht aus Peine 2017.

"Wir dürfen das nicht einfach laufen lassen", sagt der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch: "Das ist die Lehre, die wir aus den letzten 30 Jahren ziehen müssen."

In diesen 30 Jahren haben einige Clans mächtig viel Geld gemacht mit allem, was das StGB so bietet: Schutzgelderpressung, Drogenhandel, Raub. Mit der Beute haben sie legale Geschäfte erworben, Restaurants, Shisha-Bars, oft auch Immobilien.

Die Autoren schildern, wie ganz gezielt Zwangsversteigerungen genutzt werden. Die Kriminellen drängen dabei offenbar systematisch potenzielle Mitbieter aus den Verfahren, erst mit kleineren Geldsummen, dann mit Gewaltandrohungen.

#### **Für Clans gilt das Recht des Stärkeren**

Der Remmo-Clan hat unter anderem eine ganze Kleingartenkolonie in Berlin gekauft, auf den Namen einer Frau, die im Libanon lebt. Die Autoren wollten sie in Beirut aufspüren, sie fanden nur Strohmänner – und einen Mann, der sein Büro in einem Haus der Remmos hat. Er sprach mit den deutschen Journalisten, einen Tag später wurde er verprügelt.

Die Szene beweist deutlich: Für die Clans herrscht das Gesetz der Straße, das Recht des Stärkeren. Aber es bleibt nur ein anekdotischer Beweis unter vielen, die "Beuteland" atemlos nebeneinanderstellt.

Wenn es an die Fakten geht, schwächelt die Dokumentation. Wie viele Menschen überhaupt in Deutschland als Berufskriminelle in familiären Zusammenhängen agieren, was die Clans genau von Gruppen ohne Blutsverwandtschaft, aber mit ähnlicher Struktur unterscheidet, wie viele Straftaten sie genau in welchen Bereichen begehen, welcher Schaden entsteht, all das bleibt vage – was auch daran liegt, dass Polizei und Justiz sich gerade erst ein genaueres Bild machen.

Teilweise wird man aber auch das Gefühl nicht los, dass die Autoren bewusst das große Bild im Dunkeln lassen, um sich ungestört auf arabische Großfamilien fokussieren zu können. Das BKA etwa führt arabische Gruppen im Bereich Organisierte Kriminalität erst auf Rang 9. Die meisten ausländisch geprägten Gruppen sind türkisch beherrscht, gefolgt von polnischen und albanischen.

Das große Geschäft mit Shisha-Tabak

Sundermeyer und Althammer hetzen in ihrer Dokumentation derweil von Hotspot zu Hotspot: Eben noch in Beirut, dann kurz auf ein Straßencafé in Duisburg-Marxloh geschwenkt, in dem angeblich "unter den Augen der Polizei" krumme Deals abgewickelt werden, schon geht es weiter nach Essen, wo Beamte verstärkt Shisha-Bars mit Razzien überziehen.

Oft finden sie dabei unversteuerten Tabak, eine der größten Einnahmequellen der Clans. Im Sommer 2018 entdeckte der Zoll am Stadtrand von Solingen eine illegale Tabakfabrik, insgesamt wurden im Zuge der Ermittlungen 2,3 Tonnen Wasserpfeifentabak, 550 Kilogramm Rohtabak, 22.700 Euro in bar und fünf Autos der Luxusklasse eingezogen. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt insgesamt zwölf Mitglieder einer polizeibekanntem Großfamilie der Steuerhinterziehung.



Dieser Fall lässt sich klar der Clankriminalität zuordnen, schwieriger wird es beim Callcenter-Betrug, den eine Betroffene sehr ausführlich schildert – ein Anrufer hat sich als Mitarbeiter von Interpol ausgegeben und die alte Dame um 35.000 Euro erleichtert.

Die Verbindung zum Thema des Films: Ein Angehöriger des Miri-Clans gilt als Erfinder der Masche, er soll in der Türkei untergetaucht sein. Derselbe Mann soll angeblich auch in einem Gangster-Musikvideo mitwirken, das Sundermeyer und Althammer mit einem boulevardesken Kommentar unterlegen: "Die Betrüger sind nicht nur dreist, sondern scheinen sich auch vor deutschen Ermittlern sicher zu fühlen."

Es folgen Bilder einer arabischen Hochzeit mit Protzlimousinen und ein Interview-Ausschnitt mit einem Mitglied des Miri-Clans, der darüber schwadroniert, ein Mann müsse alles tun, um Frau und Kinder zu versorgen. Informationen vermitteln diese Szenen kaum, dafür eine Menge Emotionen: Was lassen "wir" uns von "denen" bieten? Diese Frage schwingt immer mit, auch in "Beuteland".

Abschottung oder versäumte Integration?

Sundermeyer und Althammer sind allerdings zu klug, um ihren Zuschauern nicht zu erklären, welchen Beitrag der deutsche Staat selbst zum Problem geleistet hat: Als im libanesischen Bürgerkrieg Tausende in die BRD flüchten, gewährt ihnen der Staat kein Asyl, sie werden nur geduldet, dürfen nicht arbeiten, die Kinder in den ersten Jahren nicht einmal in die Schule gehen.

Die Autoren graben Archivmaterial aus den 80ern aus: Die "rbb Abendschau" ging mit Polizisten auf Streife, die libanesischen Drogenhändler an der Potsdamer Straße hochnehmen.

Noch heute begründet Familienpatriarch Jamal el-Zein mit der versäumten Integration, warum so viele sich in die Kriminalität begeben haben: "Was machst Du, wenn Du essen willst? Dann klaue ich etwas und haue ab. Das ist die Geschichte unseres Lebens."

"Sie haben sich abgeschottet, so wie sie es kannten, und haben den Rechtsstaat nicht anerkannt", hält Sebastian Fiedler vom Bund deutscher Kriminalbeamter dagegen.

Warum der Staat so lange nichts getan hat? "Es war politisch nicht opportun, sich ausgerechnet ein Kriminalitätsphänomen vorzunehmen, wo es sich um migrantische Familienstrukturen handelt." Warum das so sein sollte, lässt der Film unbeantwortet – eine Leerstelle von vielen.

Immerhin holt der Staat jetzt nach, was er so lange versäumt hat. Neben den Razzien versucht er die Clans dort zu treffen, wo es wirklich weh tut: beim Geld. Einen Präzedenzfall versucht Berlin zu schaffen, dort wurden Immobilien der Familie Remmo im Wert von fast zehn Millionen Euro vorerst eingezogen.

Das Land handelt auf Grundlage des neuen Gesetzes zur Vermögensabschöpfung. Die Remmos müssen beweisen, dass sie die Immobilien mit legalen Geldern bezahlt haben. "Beschlagnahmungen und schärfere Gesetze – zumindest ein Anfang", bilanzieren die Film Autoren am Ende von "Beuteland". Vielleicht lässt sich der interne Polizeibericht von 2004 doch noch widerlegen.

## 10 Gewalt gegen Frauen importiert

Necla Kelek: „Gewaltbereitschaft importiert“

Das Bundesfamilienministerium hat erst kürzlich die jährliche Studie zur Partnerschaftsgewalt vorgelegt. Demnach wurden allein im vergangenen Jahr 114.000 Frauen Opfer einer von ihrem Partner oder ihrem Ex-Partner ausgeübten Gewalt.

Die im engsten persönlichen Umfeld begangenen Straftaten reichen von sexueller Nötigung über Vergewaltigung bis zum Mord. **Doch so präzise die Studie die Zahl der Gewalttaten beschreibt, so unscharf wird das Zahlenwerk, wenn es um kulturelle, religiöse oder ethnische Hintergründe geht.** Das kritisiert die in Istanbul geborene Publizistin und Frauenrechtlerin Necla Kelek.

Ein Drittel der männlichen Täter besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit, was bei einem Ausländeranteil von zwölf Prozent in Deutschland ein überproportionaler Anteil ausländischer Täter wäre. Im Morning Briefing Podcast erklärt die in Hamburg promovierte Soziologin (Doktorarbeit: „Islam im Alltag“), die von sich selbst sagt, „muslimisch sozialisiert, aber nicht

religiös" zu sein, meinem Kollegen Michael Bröcker den Zusammenhang. **Mit den Flüchtlingsströmen habe man Gewaltbereitschaft „importiert“, so Kelek.**

Ihre Schlussfolgerung: "Unsere Gesellschaft muss begreifen: Der Islam ist nicht einfach eine spirituelle Religion, gleichgesetzt mit der katholischen oder evangelischen Kirche, sondern der Islam kann als ein Gesellschaftssystem gelebt werden. Das müssen wir unbedingt verhindern."

"Warum steigen die Zahlen seit 2015, seitdem wir eine sehr, sehr große Gruppe geflüchteter Menschen, beispielsweise aus dem Orient und aus Nordafrika haben. Diese Zusammenhänge werden überhaupt nicht hergestellt."

Derweil die Familienministerin bei der Vorstellung der Studie den politisch korrekten Satz sprach, Partnerschaftsgewalt komme in allen sozialen Schichten und allen ethnischen Gruppen vor, wird diese Soziologin deutlicher. Ihre Stimme verdient es, gehört zu werden. Sie ist so politisch unkorrekt wie die Wirklichkeit.

## **11 Parallelen in der gesellschaftlichen Entwicklung bei Schweden und Berlin – beide unter rot-rot-grüner Regierung**

### **Regierungen von Schweden – gesellschaftliche Entwicklungen in Schweden**

Die Sozialdemokraten waren an Regierungen in Schweden beteiligt von

- 1932 bis 1976,
- 1982 bis 1991,
- 1994 bis 2006 und
- 2014.

Dabei stellten sie auch den Regierungschef.

Die Regierung Fredrik Reinfeldt bildete vom 6. Oktober 2006 bis zum 3. Oktober 2014 unter der Leitung von Fredrik Reinfeldt die Regierung des Königreichs Schweden.

Davor war die Regierung Persson unter Göran Persson (22. März 1996 bis 6. Oktober 2006), danach kam die Regierung Löfven I unter Stefan Löfven (bis 21. Januar 2019).

Die Wahl zum Schwedischen Reichstag am 17. September 2006 erbrachte eine Mehrheit für die bürgerliche Allianz für Schweden. Daraufhin bildeten die vier beteiligten Parteien Moderata samlingspartiet (M), Centerpartiet (C), Folkpartiet liberalerna (FP) und Kristdemokraterna (KD) am 5. Oktober 2006 eine Mehrheitsregierung unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, dem Parteichef der Moderaten. Seine Stellvertreterin wurde Maud Olofsson von der Zentrumspartei.

In der Reichstagswahl am 19. September 2010 verlor die Allianz die Mehrheit im Reichstag. Jedoch besaß sie weiterhin eine relative Mehrheit (173 Sitze gegenüber 156 der Rotgrünen und 20 der rechtspopulistischen Sverigedemokraterna). Die FP stellte als zweitstärkste der Regierungsfractionen mit Jan Björklund den neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten.<sup>[1][2]</sup>

Nach der Niederlage der "Allianz für Schweden" und dem Sieg der oppositionellen "Rotgrünen" bei der Reichstagswahl am 14. September 2014 wurde die Regierung Fredrik Reinfeldt am 3. Oktober 2014 von der Regierung Löfven abgelöst.

Die Regierung Löfven I war von 3. Oktober 2014 bis 25. September 2018 die Regierung des Königreichs Schweden. Danach arbeitete sie als kommissarische Übergangsregierung bis 21. Januar 2019 weiter. Sie bestand aus Sozialdemokraten (S) und Grünen (MP). Bei der Reichstagswahl am 14. September 2014 hatten die linken Parteien mehr Sitze im Reichstag errungen als die vier bürgerlichen Parteien der Regierung Reinfeldt.

Es handelt sich um eine Minderheitsregierung, die sich um eine parlamentarische Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der bürgerlichen Opposition bemühen muß. Keines der politischen Lager verfügt über eine Mehrheit, weil die rechtspopulistischen Sverigedemokraterna nicht als bündnisfähig angesehen werden.

Die Sozialdemokraten hatten zuletzt von 1951 bis 1957 einen Koalitionspartner an der Regierung beteiligt.

Von 24 Posten wurden 12 weiblich besetzt, vier Kabinettsmitglieder wurden außerhalb der Landesgrenzen geboren; die jüngste Ministerin war bei Amtsantritt 27 Jahre alt, das älteste Mitglied 68.

Nachdem der Haushaltsentwurf der Regierung am 3. Dezember 2014 scheiterte, kündigte Löfven zunächst an, Neuwahlen für den 22. März 2015 ansetzen zu wollen. Am 27. Dezember verständigten sich Regierungs- und bürgerliches Lager jedoch darauf, bestimmte parlamentarische Abläufe abzuändern, damit auch einer Minderheitsregierung stabiles Regieren möglich ist. Auf eine Extrawahl wurde daher verzichtet. Der Burgfrieden wurde vom bürgerlichen Lager am 9. Oktober 2015 wieder aufgekündigt, ohne jedoch den unmittelbaren Sturz der Regierung betreiben zu wollen.

Sollte Ministerpräsident Löfven an der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte verhindert sein, würde er nicht von der Vize-Ministerpräsidentin Lövin vertreten. Da er keinen Stellvertreter namentlich benannt hat, sieht das vor, im Bedarfsfall das dienstälteste Regierungsmitglied das Kabinett leiten zu lassen. Zur Zeit ist Margot Wallström die dienstälteste Ministerin.

Nach der Reichstagswahl am 9. September 2018 wurde Stefan Löfven am 25. September 2018 vom Reichstag abgewählt und leitete eine Übergangsregierung. Mit Löfvens erneuter Wahl am 18. Januar 2019 konnte dieser eine neue Regierung ernennen.

Die Regierung konnte ihr Amt erst nach einer viermonatigen Verhandlungsphase nach der Parlamentswahl am 9. September 2018 antreten. Die Verhandlungen führten zu der im Januar getroffenen Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten, den Grünen, der Zentrums- partei und den Liberalen. Die Regierung mußte zunächst gemäß dem von Reichstag am 12. Dezember 2018 angenommenen Haushaltsplan von Moderaten und Christdemokraten regieren. Mit nur 116 von 349 Sitzen (33 %) im Reichstag (Schwedisches Parlament) begann die „rot-grüne“ Koalition als eine der schwächsten Minderheitsregierungen der schwedischen Geschichte und ist auf die Unterstützung anderer Parteien im Reichstag angewiesen. Das Kabinett wurde nach einem offiziellen Regierungstreffen mit König Carl XVI. Gustaf am 21. Januar 2019 installiert. Löfven hatte zuvor seine Kabinettsminister in einer Parlamentssitzung am selben Tag angekündigt.

Am 10. September 2019 wurde eine Regierungsumbildung notwendig, nachdem Ylva Johansson für die Europäische Kommission nominiert worden war und Margot Wallström ihren Rücktritt angekündigt hatte. Die bisherige Handelsministerin Ann Linde übernahm die Leitung des Außenministeriums von Wallström und wurde durch Anna Hallberg abgelöst. Eva Nordmark ersetzte die bisherige Arbeitsministerin Johansson.

Die Regierung Löfven II ist die schwedische Regierung seit Januar 2019. Es ist eine Koalition, die aus zwei Parteien besteht, den Sozialdemokraten und den Grünen, aber dennoch eine Minderheitsregierung. Das Kabinett wurde am 21. Januar 2019 nach den Parlamentswahlen 2018 und der am 18. Januar 2019 erfolgten Wiederwahl von Stefan Löfven als Ministerpräsident installiert.

Die Regierung in Schweden hatte 2012 beschlossen, dass sämtliche Flüchtlinge aus Syrien ohne Prüfverfahren Asyl in Schweden erhalten.

Damit war Schweden das erste EU-Land, das diese Regelung einführte. Gemessen an der Bevölkerungsanzahl nahm in der Folgezeit nur Malta mehr Flüchtlinge auf als Schweden.

Der Großteil der Menschen, die nach Schweden kamen, stammte nach 2011 aus Syrien. Vor Ausbruch des Krieges in Syrien 2011 waren die meisten Flüchtlinge aus dem Irak gekommen. Södertälje, südlich von Stockholm, ist die Stadt, in der weltweit die meisten Iraker außerhalb des eigenen Landes leben. **2012 kamen nur 44.000** Asylbewerber nach Schweden.

Schon kurz nach dem 2. Weltkrieg wollte Schweden vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland für die Produktion. Die Migranten kamen auch in großer Zahl. **Offene Einwanderungspolitik und großzügige soziale Leistungen** - damit warb Schweden, auch mit kostenlosen Schwedisch-Kursen zur besseren Integration für alle Asylanter. Wer als Flüchtling nach Schweden kommt, wird zunächst in eine Aufnahmeeinrichtung gebracht. Während der Zeit, in der der Asylantrag geprüft wird, darf der Flüchtling nicht arbeiten. Statt dessen wird den Flüchtlingen ein kostenloser Sprachkurs angeboten. Es hat sich nämlich gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn sie nicht die Sprache beherrschen.

Man beachte die Diskrepanz zu Deutschland: Dort haben Spitzenfunktionäre der Partei Die Grünen die Verpflichtung der Immigranten zum Lernen der deutschen Sprache als Zwangsgermanisierung abgetan und verteufelt. Das ist näher zu untersuchen.

Für Schweden gilt: Erst, wer einen erfolgreichen Abschluß des Sprachkurses nachweisen kann, darf sich um einen Arbeitsplatz bemühen.

Viele Flüchtlinge wollen nach Schweden, weil hier bereits Verwandte oder Freunde leben.

Jahrelang galt Schweden bezüglich der Einwanderungspolitik als Musterbeispiel und wurde oft als Referenz auf großzügige Asylpolitik zitiert.

Gemäß der UN war Schweden unter den Industrieländern das Land mit der **zweitgrößten Menge an Asylbewerbern** im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung. Wegen der Umstellung über die Jahrzehnte auch in Schweden auf immer komplexere Technologien in Ressourcengewinnung, Produktion, Verwaltung ... konnte man **Asylbewerber mit geringer Bildung** aber immer weniger gebrauchen.

Die Folge war ein laufendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund, was bereits 2013 zu politischen Unruhen und Protestbewegungen besonders junger Migranten in den Vorstädten führte.

In den Vororten der großen Städte sind 80 Prozent der Anwohner nicht aus Schweden.

Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter den jugendlichen Migranten in den Vororten ist groß. Insgesamt liegt die **Jugendarbeitslosigkeit** in Schweden bei 25,1 **Prozent** und ist damit dreimal so hoch wie die Arbeitslosigkeit insgesamt.

OECD-Bericht zu Schweden:

- Die Arbeitslosenquote bei Menschen, die in Schweden geboren sind, ist deutlich geringer (~6%) als bei den Menschen, die im Ausland geboren sind (~16%).
- Die soziale Ausgrenzung der Einwanderer aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit hat in Schweden dramatisch zugenommen. Der Unmut unter den jungen Migranten ist ein Pulverfaß.
- In den Vororten der drei größten Städte Stockholm, Malmö und Göteborg kam es ab 2013 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Polizei.
- Perspektivlosigkeit und Ghettobildung sind die Probleme, die auch Schweden nicht in den Griff bekommen hat.

Der große Einwanderer-Zustrom und die ab 2013 auftretenden schweren Unruhen unter Migranten in den Vorstädten führten zu einer zunehmenden Ablehnung der schwedischen Bürger gegenüber der Asylpolitik ihrer Regierung und nach Wahlen zu einer Änderung im politischen Parteien-Bild: Bei den Parlamentswahlen 2013 verdoppelten die ausländerfeindlichen Schwedendemokraten ihr Ergebnis und wurden mit 13 Prozent der Stimmen zur drittgrößten politischen Kraft im Land, als Beweis für die Kritik der Schweden an der bisherigen Flüchtlingspolitik.

„Das ist ein Weckruf für die Entscheidungsträger und die schwedische Gesellschaft als Ganzes“, zitiert die FT Awad Hersi, ein Stadtrat von Stockholm.

Tatsächlich haben übervolle Unterkünfte und fehlende Integration in Schweden zu Spannungen geführt, von denen die Schwedendemokraten profitierten. Sie treten für eine drastische Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme ein.

Die Kritik an der generösen Flüchtlingspolitik gilt aber in erster Linie dem Fehlen eines Konzepts für die Eingliederung der Flüchtlinge in die schwedische Gesellschaft.

Die Verschärfung der Asylpolitik findet also in Schweden Zustimmung bei der Bevölkerung.

Nach dem Schulattentat im westschwedischen Trollhättan 2015 registriert laut Berichten des Schwedischen Rundfunks die Polizei vermehrt Drohungen, deren Absender sich von der Tat offenkundig inspiriert fühlen. Der 21-jährige Anton Lundin Pettersson hatte seine Opfer gezielt nach deren dunkler Hautfarbe ausgewählt.

Erlebt das Land eine neue Welle der Gewalt, vergleichbar der in den 1990er Jahren?

Auch damals, als viele Flüchtlinge aus dem Balkan kamen, machten schwedische Rechtsextreme Jagd auf Migranten. Und auch damals brannten Asylunterkünfte.

Es sind mehrere geplante Unterkünfte in Flammen aufgegangen; aus einem bewohnten Heim konnten sich die Menschen rechtzeitig retten. Inzwischen hält man geplante Standorte vielerorts geheim. Über die Täter ist noch nichts bekannt.

Die Rechtsextremismus-Expertin Helene Lööw warnte im Schwedischen Fernsehen aber vor übereilten Schlüssen: Beim Gros der in den 1990er Jahren verurteilten Brandstifter habe es sich um politisch nicht organisierte, familiär wie beruflich gut verankerte Menschen gehan-

delt. Rechtfertigung für ihre Taten bezogen sie offenbar aus einem zunehmend polarisierten Gesellschaftsklima mit wachsender Fremdenfeindlichkeit.

Im heutigen Schweden zeigen sich beunruhigende Parallelen: Mehr Anzeigen gegen Haß  
So wurden 2014 laut dem Rat für Kriminalitätsbekämpfung knapp 6300 sogenannte Haßverbrechen angezeigt – so viele wie noch nie. Den stärksten Anstieg, auf jetzt acht Prozent der Anzeigen, verzeichnen christenfeindliche Delikte, aber für die große Mehrzahl steht mit 69 Prozent nach wie vor Fremdenhaß der Einheimischen.

Mit dem Zustrom von Asylbewerbern in jüngster Zeit hat sich vielerorts zumal im Internet die Haß-Rhetorik verstärkt. Eine Änderung dieses Kurses forderten im Parlament bis vor kurzem nur die rechten Schwedendemokraten.

Unter den etablierten Parteien galt ein Umschwung trotz wachsender Integrationsprobleme als tabu. Hier zeigen sich die Gefahren der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule.  
Doch jetzt stößt Schweden an seine Grenzen. "Wir müssen die Kosten für die Migration senken. Die Lage ist auf Dauer unhaltbar", hatte der sozialdemokratische Regierungschef Stefan Löfven kürzlich die neue asylpolitische Linie kommentiert, die das rot-grüne Kabinett mit der bürgerlichen Opposition (unter Ausschluß der Schwedendemokraten) vereinbart hat.

Kurz zuvor hatte die Einwanderungsbehörde die Prognosen für die Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr 2015 auf bis zu 190.000 erhöht. Die Behörde verlangt jetzt umgerechnet drei Milliarden Euro extra. Laut Finanzministerin Magdalena Andersson wird Schweden daraufhin zwar keine Steuern erhöhen, aber Kredite aufnehmen und in verschiedenen Haushaltsressorts sparen müssen.

Die Asylübereinkunft 2015 sieht unter anderem vor, künftig vor allem zeitbegrenzte anstatt permanenter Aufenthaltserlaubnisse zu vergeben; zudem soll die EU auch Flüchtlinge aus Schweden, so wie bereits aus Griechenland und Italien, auf andere Mitgliedsstaaten verteilen. Laut Löfven sind die neuen Vorgaben ein "wichtiges politisches Signal", das aber "nicht reichen wird". Viele Schweden sehen das offenbar ähnlich: Nach einer Umfrage findet die Mehrheit der Befragten die neuen Regeln gut, aber noch nicht streng genug:

Zunehmende Angst vor weiteren Krawallen von Migranten in den Vorstädten Schwedens führte zu Protesten in der breiten Bevölkerung gegen die schwedische Asylpolitik mit der Forderung zur Einschränkung der freizügigen Asylpolitik der rot-grünen Regierung in Schweden

Zur Diskussion der Sicherheit der Asylheime berief der parlamentarische Justizausschuß die Chefs von Polizei und Staatsschutz ein.

Die Schwedendemokraten haben unterdessen "mehr außerparlamentarischen Aktivismus" angekündigt. So machen sie für ein Referendum zur Asylpolitik mobil.

Ein Ortsverband der Partei in Lund veröffentlichte jetzt Karten über geplante Asylunterkünfte: Schließlich wolle man Anwohnern den Einspruch ermöglichen.

Schweden hat knapp 9,6 Millionen Einwohner. In diesem Jahr 2015 erwartet die schwedische Regierung nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur circa 190.000 Asylbewerber. Das heißt, auf 50 Schweden käme ein Zuwanderer.

In Dänemark wurde die Einwanderungspolitik in den vergangenen Jahren immer restriktiver gehandhabt, selbst Familienzusammenführungen sind nur noch unter gewissen Umständen möglich.

In Norwegen hat sich das Klima seit dem Regierungswechsel 2012 deutlich verschlechtert. Ein Flüchtling muß beispielsweise zwischen vier und sechs Monaten auf ein erstes Interview mit der Einwanderungsbehörde warten. In dieser Zeit darf der Betreffende nicht arbeiten. Das hat sich schnell herumgesprochen. Deshalb beantragen viermal mehr Flüchtlinge Asyl in Schweden als in Norwegen.

Diese Ausführungen sind bei den häufig anzutreffenden schwärmerischen Referenzen auf die schwedische Asylpolitik zu beachten – und auch die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Schweden um den 11. November 2015.

Schweden kommt mit der großen Zahl von Flüchtlingen nicht mehr klar. Damit die wirklich Schutzbedürftigen rausgefiltert werden können, müssen Reisende an der schwedischen Grenze wieder ihren Paß vorzeigen.

Innenminister Anders Ygeman kündigte an, dass von Schweden vorübergehend wieder Grenzkontrollen eingeführt werden. Die Maßnahme sei vorerst auf zehn Tage begrenzt. Be-

troffen seien die Zug- und Autotrassen auf der Øresundbrücke sowie die Fährverbindungen in Südschweden.

Der Stopp an der Grenze soll vor allem der Migrationsbehörde etwas Luft verschaffen. Seit September sind 80 000 Asylbewerber ins Land gereist. An den Grenzstationen herrschen zum Teil chaotische Zustände. Die Kontrollen sollen einen mehr geordneten Empfang ermöglichen. Zuvor hatten bereits andere EU-Staaten wieder Grenzkontrollen eingeführt, darunter auch Deutschland.

Mikael Hvinlund von der Migrationsbehörde

- "Wir haben Grenze des Machbaren erreicht"
- "Wir haben eine Situation, wo die Menschen gezwungen sind, vor unseren Büros in Zelten zu schlafen".
- "Auf den Bahnhöfen und Fährterminals verschwinden jeden Tag Alleinreisende."

Seine Behörde wolle sich jetzt darauf konzentrieren, Kinder ohne Begleitung und Familien herauszufiltern, damit diese möglichst schnell Schutz erhalten.

Schweden könne Flüchtlingen keine Unterkunft mehr garantieren. Neuankömmlinge müssten nach Dänemark oder Deutschland zurückkehren oder sich selbst eine Unterkunft suchen.

"Wir haben die Grenze des Machbaren erreicht", sagte der Minister.

Wie auch Italien und Griechenland hat Schweden bei der EU-Kommission beantragt, dass andere EU-Länder Flüchtlinge von dort aufnehmen.

### **Schwedendemokraten auf dem Vormarsch – warum?**

Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten haben in der Wählergunst stark zugelegt und liegen in mehreren aktuellen Umfragen nahezu gleichauf mit den Sozialdemokraten von Ministerpräsident Stefan Löfven. Beide Parteien kommen auf rund 25 Prozent Zustimmung. Schwedische Medien glauben zu wissen, woran die Wählerwanderung nach rechts liegt.

Regierung muß Migrationspolitik ändern

Svenska Dagbladet sieht die Migrationspolitik als entscheidende Frage im Kampf um die Wähler:

„In jüngster Zeit haben sich mehrere führende sozialdemokratische Politiker, nicht zuletzt solche mit Migrationshintergrund, für eine Neuorientierung nach dänischem Vorbild ausgesprochen. Also für eine Sozialdemokratie, die versucht, kritische Meinungen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik aufzufangen. Im Moment sieht es allerdings nicht danach aus, dass es den Sozialdemokraten gelingt, den restriktiven dänischen Weg einzuschlagen. In diesem Fall werden wir erleben, dass die Sozialdemokraten [nach Schwedendemokraten und liberal-konservativen Moderaten] nur mehr drittgrößte Partei sind.“

Dass den Wählern vielmehr soziale Fragen unter den Nägeln brennen, glaubt Aftonbladet:

„2019 kamen ständig alarmierende Berichte. Mehr als 90 Kommunen schreiben rote Zahlen, im ganzen Land wird es auf 'Effizienz' ausgerichtete 'Reformen' im Sozialbereich, in der Schule und in der Altenpflege geben. ... Laut Wählerumfragen sind die Schwedendemokraten unter den Mitgliedern der Arbeitergewerkschaft LO jetzt genauso stark wie die Sozialdemokraten. Und es sind die Frauen, von denen viele selbst im Sozialbereich arbeiten, die die Partei wechseln. Ohne diese Frauen liefe in der Gesellschaft nichts. ... Wenn die LO-Frauen die Geduld verlieren, sieht es für Stefan Löfven ganz übel aus.“

Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten haben in der Wählergunst stark zugelegt und liegen in mehreren aktuellen Umfragen nahezu gleichauf mit den Sozialdemokraten von Ministerpräsident Stefan Löfven. Beide Parteien kommen auf rund 25 Prozent Zustimmung. Schwedische Medien glauben zu wissen, woran die Wählerwanderung nach rechts liegt.

### **Organisiertes Verbrechen**

In der schwedischen Stadt Malmö lieferten sich im Juni 2018 rivalisierende Bandenmitglieder eine Schießerei. Drei Menschen starben. Die Polizei sicherte die Spuren am Tatort.

Banden breiten sich europaweit aus. Europol warnt: Die organisierte Kriminalität ist eine größere Bedrohung als der Terrorismus.

Brüssel/Den Haag. Das organisierte Verbrechen in Europa hat viele Gesichter, dieses ist besonders abstoßend: Mit Handgranaten-Anschlägen und tödlichen Schießereien auf offener Straße kämpfen **Banden in Schweden** in bislang ungekannter Brutalität um die Vorherr-

schaft in der Unterwelt. „Wir haben Krieg, die Lage ist dramatisch“, klagt Jale Poljarevius von der schwedischen Nationalpolizei.

2018 seien fast 40 Menschen bei den Schießereien zwischen Banden ums Leben gekommen, dieses Jahr zählt die Polizei schon zwölf Tote und zwölf Verletzte, 47 Explosionen. „Sie kommen schwer bewaffnet, kämpfen wie Special Forces der Armee, sie sind sehr, sehr gefährlich“, beschreibt Kriminalkommissar Poljarevius die Gewaltserie vor allem in **Stockholm, Malmö, Göteborg**. „Das sind Verbrechen, die wir nie zuvor gesehen haben.“

Die Anzahl der Banden ist stark gestiegen. Die Täter seien oft sehr jung, die Waffen stammen vorwiegend aus dem Balkan – und die Gangs mit rund 18000 Mitgliedern breiteten sich tief in die Gesellschaft aus. Ihre Verbindungen sind international.

Die Gewaltserie in Schweden ist für Polizeiexperten in Europa ungewöhnlich, der Trend nicht. „Schweden ist das Labor für Experimente der organisierten Kriminalität in Europa“, sagt Jari Liukku, der bei der EU-Polizeibehörde **Europol** in Den Haag die Einheit für diesen Verbrechensbereich leitet. „Die Gewalt der organisierten Kriminalität nimmt zu“, sagt Liukku.

Und das Ausmaß auch. 2017 gab Europol an, die Zahl der international agierenden Banden in Europa sei binnen vier Jahren um fast ein Drittel auf 5000 gestiegen. Jetzt berichtet OK-Fahnder Liukku: „Das Wachstum geht weiter.“

Offizielle neue Daten gibt es noch nicht. Aber inzwischen müsse von 7000 bis 7500 Verbrecherbanden in Europa ausgegangen werden, hieß es unter Experten bei einer Konferenz hochrangiger Polizeibeamter aus der EU im Hauptquartier von Europol. Auch wenn womöglich ein Teil des Zuwachses damit zu erklären ist, das durch bessere Ermittlungsarbeit mehr und kleinere, flexible Netzwerke enttarnt werden, sind die Sicherheitsbehörden vom Wachstum der Verbrechergruppen alarmiert: „Die organisierte Kriminalität ist das größte Risiko für die innere Sicherheit Europas – größer als der **Terrorismus**“, sagt der Europol-Beamte Liukku.

Europa habe sich in den vergangenen Jahren mehr um Migration und Terrorismus gekümmert, erklärt Europol-Vizedirektor Wil van Gemert, „aber die organisierte Kriminalität hat nie aufgehört“. Es gibt nicht nur mehr Banden, sondern auch sehr unterschiedliche Formationen, weil sich die Kriminellen mitunter in **losen, flexiblen Netzwerken** zusammentun.

„Die organisierte Kriminalität diversifiziert sich ähnlich wie die Wirtschaft“, sagen Ermittler.

60% der Täter sind Europäer

Der Drogenhandel ist mit einem Anteil von einem Drittel immer noch das wichtigste Geschäftsfeld der Verbrechernetzwerke, aber auch **Menschenschmuggel, Raub, Datendiebstahl** und andere Formen der Cyberkriminalität sowie der Waffenhandel tragen zum jährlichen Profit von mindestens 110 Milliarden Euro in Europa bei.

Die Milliardengewinne werden in legalen Unternehmen gewaschen, so infiltrierte das organisierte Verbrechen die Wirtschaft. Europol beobachtet vor allem Aktivitäten der **italienischen Mafia, Gruppen von Albanern und Osteuropäern** sowie von Rockerbanden, deren Einfluss in der kriminellen Szene Deutschlands nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) „immer wichtiger“ wird. Den Verbrechernetzwerken gehören europaweit Kriminelle aus 180 Nationen an, aber 60 Prozent der Täter sind Europäer.

Besonders gefährlich bleibt die italienische Mafia, deren Radius nach Einschätzung von Fahndern „exponentiell“ wächst. Filippo Spiezia, Vizepräsident der EU-Justizbehörde Eurojust, warnt: „Die Ausbreitung der Mafia ist keine Theorie, sie passiert.“ Man könne es nur lange übersehen: „Denn die Mafia ist leise.“ Sie vermeide sichtbare Gewalt – die Mafiamorde 2007 in Duisburg, als wegen einer Familienfehde sechs Menschen vor einem Restaurant erschossen wurden, gelten als Ausnahme.

**Die kalabrische 'Ndrangheta**, die Experten als gefährlichste der Mafiaorganisationen einstufen, investiere weiter in EU-Staaten, vor allem in Osteuropa, sagt der Direktor des italienischen Anti-Mafia-Kriminalamtes DIA, Giuseppe Governale. Er nennt als wichtige Zielländer Malta, Slowakei, Bulgarien und Rumänien – in drei dieser Länder seien in jüngster Zeit Journalisten ermordet worden, die über die Mafia recherchiert hätten. Die 'Ndrangheta sei auch in Deutschland und Belgien aktiv. „Durch Korruption und Gewalt dringen sie tief in die Gesellschaft ein und werden immer größer und einflussreicher“, berichtet der DIA-Chef.

### **„Kampf gegen die Mafia muß Priorität haben.“**

Ein wichtiges Geschäftsfeld ist der **Schmuggel illegaler Migranten** geworden: „Mit Migranten machen sie heute mehr Geld als mit Drogen“, sagt der Mafijäger. Von den Zahlungen des Staates an Migranten kassiere in Italien in vielen Fällen einen Teil die Mafia. Auch Europol warnt, der Migrantenschmuggel sei hochprofitabel, einige Verbrecherorganisationen hätten ihr Geschäftsfeld deshalb erweitert.

DIA-Chef Governale fordert: „Der Kampf gegen die Mafia muß Priorität für alle EU-Staaten haben.“ Doch es gibt auch Erfolge. Der europaweit koordinierte Schlag gegen die 'Ndrangheta im Dezember 2018, bei dem allein in Nordrhein-Westfalen und Bayern 14 mutmaßliche Mafiamitglieder festgenommen wurden, sei dank gelungener Infiltration „eine der erfolgreichsten Aktionen“ gewesen, lobt die EU-Behörde Eurojust. Einer der mutmaßlichen Haupttäter ging in Pulheim ins Netz. Der Betreiber einer Osteria soll laut Polizei am Kokainhandel beteiligt gewesen sein. Insgesamt wurden europaweit rund 90 Verdächtige festgenommen.

Der Einsatz zeigt, wie wichtig umfassende Zusammenarbeit ist. Aber nicht nur die vom Bandenkrieg geplagte schwedische Polizei drängt: „Wir brauchen mehr Kooperation.“ Europol fordert zudem neue Ansätze im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, auch einen gemeinsamen **Aktionsplan der EU-Staaten**. Es brauche veränderte Prioritäten, meint Liukku. In den Fokus müßten vor allem die Führungsleute der Banden und ihre Vermögen rücken.

Obwohl sich die Beschlagnahme der Vermögen als besonders wirksam erwiesen habe, werde in Europa bislang nur ein Prozent der in diesem Bereich erzielten Gewinne konfisziert. In Deutschland konnten Ermittler nach Angaben des Bundeskriminalamtes zuletzt immerhin rund 17 Prozent der Erträge zumindest vorläufig sichern. Aber es werde wegen „Verschleierrungsmaßnahmen der Gruppierungen“ immer schwieriger, Vermögenswerte aufzudecken, berichtet das BKA.

Auch sonst bleiben die Hindernisse groß. So nahm das österreichische Bundeskriminalamt in der „Operation Cleopatra“ eine internationale Bande hoch, die im Drogenhandel aktiv war. Über 100 Telefone waren überwacht worden. Die Bandenmitglieder unterhielten sich in 16 Sprachen, von Deutsch und Türkisch bis zu Dari oder Urdu. Allein die Übersetzungskosten während der Ermittlungen, so klagen die Kriminalisten, betrugen „mehr als 100.000 Euro“.

### **Regierungen in Deutschland – gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland**

Wohnungen, Arbeitsplätze und innere Sicherheit sollten von der Obrigkeit im hinreichenden Ausmaß zur Verfügung gestellt werden – oft bewirken aber Aktionen von Regierungschefs das genaue Gegenteil. Wo beginnt da der Landesverrat ?

Die Einladungspolitik der Kanzlerin und den um 1 Million Flüchtlingen in Deutschland allein im Jahr 2015 hatte gravierende Folgen für die Situation an Wohnungsmarkt und für die innere Sicherheit in Deutschland.

Mitte 2015 gab es in Deutschland um 400000 Wohnsitz- bis Obdachlose, Anfang 2020 gibt es in Deutschland knapp 5 Jahre nach der von der Kanzlerin bewirkten Immigration von Flüchtlingen um 1 Million Wohnsitz- und Obdachlose.

Hinweis: Aus guten Gründen führt die Regierung der BRD keine amtliche Statistik über die Anzahl der Wohnsitz- bis Obdachlosen. Diese Daten werden ab und zu in Rundfunk, Fernsehen und Zeitschriften veröffentlicht und werden somit Schätzungen sein.

Langjährige Mieter in Deutschland (vor allem sozial schwache wie Rentner und Studenten) werden ihre Wohnung verlieren, weil die Vermieter viel mehr verdienen, wenn sie an Flüchtlinge vermieten. Die Kommunen sind bei dieser Entwicklung vorneweg. Sie kündigen den Mietern Sozialwohnungen, um darin Flüchtlinge unterzubringen. Das sollte unter Strafe gestellt werden. Das sollte so schnell wie nur möglich gemacht werden durch Verabschiedung der entsprechenden Gesetze im Bundestag. Für ein solches Verhalten von Vermietern sind harte Strafen zu fordern bis zur Beschlagnahme des betreffenden Wohnraums und Zurückgabe als Wohnung an die bisherigen Mieter.

Also fragt man sich:

- Macht sich die Kanzlerin Dr. Angela Merkel strafbar, wenn in Folge ihrer Handlungen Bürger in Deutschland wegen Flüchtlingen Wohnung oder Arbeitsplatz verlieren oder von ihnen verletzt werden ?



- Macht sich die Kanzlerin strafbar, wenn sie durch ihre politischen Aktionen Proteste in der deutschen Bevölkerung provoziert, die aber nach Urteil der meisten ausländischen Politiker berechtigt sind ?

- Macht sich die Kanzlerin strafbar, wenn infolge von Protestaktionen junge Männer „straffällig“ werden und von Gerichten verurteilt werden, vielleicht zu Haftstrafen, bei denen sie der Ausbildung, Produktion ... in Deutschland entzogen sind, wenn aber ausländische Politiker in der Mehrzahl diese Protestaktionen gebilligt haben ?

Es muß ein Straftatbestand werden, einen jungen Mann als Nazi oder Neonazi zu bezeichnen oder in die Ecke dieser Leute zu stellen, der gegen eine bevölkerungsfeindliche staatliche Willkür protestiert, die aber auch von den meisten ausländischen befreundeten Politikern als solche bezeichnet und verurteilt wird.

Es ist eine Internetplattform einzurichten für Bürger in Deutschland, die wegen des Andrangs von Flüchtlingen

- Wohnung oder Arbeitsplatz verloren haben oder
- sonstwie zu Schaden gekommen sind wegen Mangel an innerer Sicherheit.
- Es sind Prozesse für diese Geschädigten zu führen mit ausführlicher Presse, so daß die Bürger die Gefahr erkennen.

Im Mai und Juni 2018 wurde das bestätigt, was die meisten EU-Regierungschefs zu Ende 2015 von der Politik der offenen Grenzen der Kanzlerin Dr. Angela Merkel und ihrem „Wir schaffen das“ gehalten haben: Die Flüchtlingspolitik und das ganze Flüchtlingsmanagement waren falsch, stümperhaft und chaotisch. Insbesondere hat vor allem die Kanzlerin durch ihre chaotische Flüchtlingspolitik die englische Regierung verärgert – genau das führte vermutlich zum Brexit-Entscheid ein halbes Jahr später. Das sehr schlechte Verhältnis zwischen der Kanzlerin und Theresa May rührt vor allem daher.

Das britische Referendum über einen Verbleib in der EU am 23.6.2016 wurde zwar schon 2011 in die Wege geleitet durch den britischen Premierminister David Cameron wegen einer nicht nur seiner Meinung nach verfehlten EU-Politik, obwohl er ein entschiedener Gegner gegen den Austritt seines Landes aus der EU war, aber damals war das nur eine Strategie: Die Drohung mit dem EU-Austritt sollte dabei helfen, britische Forderungen durchzusetzen, was die EU-Skeptiker in England besänftigen sollte. Bis April 2014 stellte Cameron Forderungen an die EU wie

- strengere Einwanderungsregelungen,
- Abbau von Handelsschranken mit Ländern wie Amerika und Asien,
- größere Zurückhaltung des Europäischen Gerichtshofs,
- strengere Zuwanderungsregelungen für EU-Bürger (Einwanderer sollen erst nach vier Jahren einen Anspruch auf Wohngeld, Kindergeld und andere soziale Leistungen bekommen) ...

Am 24. Juni 2016 ergab das Referendum, daß 52% den Brexit wollen. Cameron stellte sein Amt für Oktober 2016 zur Verfügung. Der Brexit-Gewinner war zwar der vorherige Bürgermeister von London, Boris Johnson, aber der wollte nicht als zukünftiger Regierungschef kandidieren.

Wenn eine Brücke einstürzt, gibt man nicht den Bauarbeitern die Schuld, sondern den Architekten und sonstigen Verantwortlichen. Wenn man dieses Prinzip auch in der Politik anwendet, gilt:

**Es ist das Ausmaß der Schuld am Brexit von EP-Präsident Martin Schulz, EC-Präsident Jean-Claude Juncker, EZB-Chef Mario Draghi und der Kanzlerin Dr. Angela Merkel untersuchen, bei ihr vor allem wegen ihrer international und besonders von England so heftig kritisierten Einladungspolitik ab August 2015.**

Die deutsche Presse nahm im vorseilenden Gehorsam vor der Kanzlerin meistens eindeutig Stellung gegen England, z.B. wurden unvorteilhafte Bilder der neuen Regierungschefin Englands, Theresa May, publiziert.

Wenn man die Politik Englands mit der in deutschen Landen über Jahrhunderte vergleicht, dann neigt man eher zu der Ansicht, daß die Engländer die weitaus besseren Politiker gehabt haben. Die Entstehung von Dominion bis UK mit USA, Kanada, Neuseeland und Australien unter der Führung Englands spricht wohl eine eindeutige Sprache.

**Die Entscheidung zum Brexit im Juni 2016 erfolgte vermutlich in der Furcht vor der Überschwemmung des UK mit Migranten – wegen der Einladungs politik der Kanzlerin 2015. Die Kanzlerin öffnete die Grenzen Deutschlands für Flüchtlinge ab September 2015, ohne Absprache mit den anderen EU-Staaten und am Parlament vorbei.**

Als Kanzlerin war sie über Arbeitsweise und Leistungsfähigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) informiert, ebenso über Situation des Wohnmarkts und Anzahl der Obdachlosen in Deutschland.

Anfang Mai 2018 gab es in den Medien viele Schlagzeilen der Art, daß die Kanzlerin schon seit etwa einem Jahr von dem chaotischen Flüchtlingsmanagement in Deutschland weiß. Merkel wußte offenbar seit 2017 von der völligen Überforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der beste Zeuge dafür ist der ehemalige BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise. Er will die Kanzlerin schon 2017 persönlich über die Mißstände im BAMF informiert haben, und da ist wohl kaum daran zu zweifeln. Auf Bitten der Kanzlerin hatte Frank-Jürgen Weise im Oktober 2015 das BAMF übernommen und bis Ende Dezember 2016 geleitet. Weise hat der Bundesregierung schon 2017 eine vernichtende Bilanz über das Chaos im Flüchtlingsmanagement erstellt und die Kanzlerin davon 2-mal persönlich unterrichtet. Weise: „Die Krise war vermeidbar“.

Wegen der im Grundgesetz vorgegebenen Verfügungsgewalt der Kanzlerin über die Richtlinien der Politik ist eine einseitige Schuldzuweisung an BAMF und das damalige Bundesinnenministerium (unter Leitung von Thomas de Maizière, CDU) mehr als fraglich.

Wenn die Kanzlerin binnen 4 Monaten um 1 Million Flüchtlinge ins Land läßt, dann muß das BAMF im Chaos versinken, der Wohnungsmarkt muß zusammenbrechen und die Anzahl der Obdachlosen muß stark zunehmen.

Thomas de Maizière war an die Weisungen der Kanzlerin gebunden.

Hier ist es angebracht, den Unterschied zwischen Untertan und Staatsbürger zu beachten.

In dem von Kaisern und Königen regierten Deutschland sind bis Ende 1918 die Überlegungen von Thomas Hobbes, John Locke und David Hume mit ihren Theorien über den Gesellschaftsvertrag wirkungslos geblieben. Hobbes hat den Widerstand gegen den „Leviathan“ als dann berechtigt eingestuft, wenn er die ihm durch den Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben nicht erfüllt. Bis Ende 1918 waren die Deutschen Untertanen des Kaisers und keine Staatsbürger. Nach Ende 1918 haben die Deutschen mit dem Abdanken des Kaisers keine Ausbildung in Staatsbürgerkunde erhalten, sondern schlitterten in die Fänge der Nationalsozialisten unter Adolf Hitler, der die Deutschen erst recht nicht zu Staatsbürgern gemacht hat.

Man kann die Frage stellen, warum Maizière und Weise sich damals nicht so deutlich gegen die Kanzlerin gestellt haben wie Horst Seehofer auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, aber darf man eine solche Frage stellen, wenn man gerecht sein will ?

**Jedes Kabinettsmitglied und jeder höhere politische Beamte kann von der Kanzlerin sofort aus seinem Amt entfernt werden. Wer es darauf anlegt und nicht gerade Chef der CSU ist, wird gefeuert und erreicht gar nichts mehr.**

Ende 2017 hat Weise einen Abschlussbericht über seine Tätigkeit als Beauftragter für Flüchtlingsmanagement geschrieben: Die neue Leitung hat in ihrer beruflichen Erfahrung noch nie einen so schlechten Zustand einer Behörde erlebt. Weise: „Es ist nicht erklärbar, wie angesichts dieses Zustandes davon ausgegangen werden konnte, dass das BAMF den erheblichen Zuwachs an geflüchteten Menschen auch nur ansatzweise bewerkstelligen könnte.“ Die Kanzlerin wurde im direkten Gespräch 2-mal darüber informiert.

Zu Anfang Juni haben führende Polizeigewerkschaftler die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gefordert, wie auch die beiden Parteien AFD und FDP. Der jetzige Bundesinnenminister hat aufrichtige Aufklärung über das Chaos im Flüchtlingsmanagement versprochen und sich deswegen entschuldigt, aber das war für ihn nur ein Heimspiel, denn er war es, der die Kanzlerin damals am schärfsten wegen ihrer Flüchtlingspolitik getadelt hat. Das hat sich damals kein anderer Politiker getraut. Edmund Stoiber sprach zwar auch Klartext gegen die Kanzlerin, aber der hockte am sicheren Platz in Brüssel.

Weise gab die BAMF-Leitung Ende 2016 ab und war noch bis Ende 2017 Beauftragter für Flüchtlingsmanagement beim Bundesinnenministerium. Aber klar ist, daß der Flüchtlingszustrom nur und nur auf Geheiß der Kanzlerin erfolgt ist und darum trägt auch nur sie (Grund-

gesetz § 65) die Verantwortung für Brexit und BAMF-Versagen, Zusammenbruch des Wohnungsmarkts und die Anzahl von über 400000 Obdachlosen im Jahr 2018.

In der Bremer Außenstelle des BAMF sollen z.B. zwischen 2013 und 2016 mehr als 1200 Menschen ohne rechtliche Grundlage Asyl erhalten haben.

Ein Innenausschuß des Bundestags soll versuchen, die Mißstände im Flüchtlingsmanagement zu klären, aber dafür müßten vor allem die Kanzlerin (GG §65) und der damalige Kanzleramtsminister Peter Altmaier befragt werden, denn nur bei diesen kann die Schuld gesucht werden.

Weise übte in seinem Bericht 2017 auch Kritik am Bundesinnenministerium, dem das Bamf untersteht. Er kritisierte Mängel in der EDV und bei Aufbau- und Ablauforganisation. Weise meinte sogar, daß die Krise vermeidbar gewesen sei. Ein funktionierendes Controlling hätte bereits im Jahr 2014 eine Frühwarnung geben können. Dann hätte die Behörde rechtzeitig reagieren können. So aber habe es ein Organisationsversagen in der Krise und einen faktischen Konkurs des Bamf gegeben. Eine wirksame Fachaufsicht durch das zuständige Ministerium war nicht gegeben.

Es sollen bereits 2014 7 Führungskräfte erfahren haben, dass es in der Bremer Außenstelle des Amtes massive Unregelmäßigkeiten gab.

In dem Papier kritisierte Weise insbesondere das von Thomas de Maizière geleitete Bundesinnenministerium. Dort hätten diverse Abteilungen die Fachaufsicht über das BAMF gehabt. "Die Frage, die sich dabei stellt, ist, wie es dennoch nicht aufgefallen ist, in welchem Zustand EDV, Aufbau- und Ablauforganisation waren."

Der amtierende Wirtschaftsminister und vorherige Kanzleramtschef Peter Altmaier erklärte, dass über die Arbeit des BAMF auf Bundes- und Länderebene vielfach diskutiert worden sei. Über den Fall in Bremen habe er allerdings erst aus der Presse erfahren. Altmaier war 2015 zum Flüchtlingskoordinator ernannt worden.

Amtseid der Kanzlerin beim Regierungsantritt:

*„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“*

Wie mißt man Nutzen und Schaden bei Volk und Staat objektiv ?

Wir haben folgendes Phänomen:

Über Jahrzehnte streben die 1968er und ihre Sympathisanten freien Zuzug aller Ausländer nach Deutschland und Doppelpaß an. Sie erreichen das auch vor allem zur Regierungszeit von Rot-Grün 1998-2005 mit einem extrem liberalen Asylrecht für Deutschland, das nach Zeugnis vieler Politiker im In- und Ausland eine enorme Sogwirkung auf Menschen in anderen Staaten hat. Nachdem dieses in Deutschland etabliert worden ist, betreibt die Kanzlerin ab August 2015 ihre vom Ausland scharf gerügte Einladungspolitik.

### **Fehlerhafte Enmtwicklungen durch großzügige Doppelpaßvergabe**

Der Einbürgerungseid auf die Verfassung in den USA:

Ich erkläre hiermit und beede es,

- daß ich absolut und vollständig jede Loyalität und Treuepflicht gegenüber jedem ausländischen Herrscher, Potentaten, Staat oder einer ausländischen Herrschaft aufkündige und aufgebe, deren Untertan oder Bürger ich bisher gewesen bin;
- daß ich für die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika aktiv eintreten und sie gegen alle Feinde im In und Ausland verteidigen werde;
- daß ich ihnen wahrhaftige Treue und Loyalität entgegenbringen werde ...

Die Aktionen des türkischen Präsidenten Erdogan werden von NATO und EU mit äußerstem Mißtrauen und großer Ablehnung betrachtet, aber warum ist Recep Tayyep Erdogan noch an der Macht ? Weil ihn über 60% der in Deutschland mit Doppelpaß lebenden Türken gewählt haben. Man muß sich ganz klar machen, daß alle diese von der Türkei heraufbeschworenen Rückfälle in den letzten Jahren in Denkweise von Osmanischem Reich, Hoher Pforte und Sultanen nur möglich gewesen sind, weil in Deutschland es eben nicht im Einbürgerungseid verlangt wird, fremden Potentaten ... abzuschwören.

Gibt man den Leuten mit Doppelpaß das Wahlrecht, muß das symmetrisch sein: Haben Türken das Wahlrecht für Türkei und Deutschland, müssen ganz automatisch genau so viele Deutsche das Wahlrecht für Türkei und Deutschland erhalten, und diese hätten bestimmt nicht Erdogan gewählt.

Wenn man bedenkt, daß in den USA jetzt vor dem Supreme Court die Frage der Zulässigkeit eines Doppelpasses behandelt worden ist, folgt daraus:

- Die Leichtsinnigkeit in Deutschland, den Doppelpaß für Millionen zu gewähren.
- Eine Unmenge an Rechtsstreitigkeiten in den USA im Umfeld von Einbürgerungseid und Gewährung des Doppelpasses.

### **Doppelpaß nur noch in Extremfällen vergeben**

Der Doppelpaß sollte eine sehr seltene Ausnahme sein und nur sehr verdienten Menschen zugesprochen werden.

Wenn man das vor allem für Berlin, Köln und Essen durchsetzt, verlieren die dort ansässigen Türken das Wahlrecht für die Türkei (falls sie es nicht vorziehen, den türkischen Paß beizubehalten und den deutschen abzugeben).

Weil Recep Tayyip Erdogan von 65% der Türken in Deutschland gewählt worden ist und nur durch deren Stimmen an der Macht bleiben konnte, würde man mit der Doppelpaß-Einschränkung Erdogan bei der nächsten Wahl in der Türkei hinreichend schwächen.

## **12 Wer lügt am besten ?**

Gemäß Johann Wolfgang von Goethe in seinem FAUST I: „Ein guter Komödiant kann einen Pfarrer lehren.“ Gemäß der politischen Erfahrungen der Bürger kann das geändert werden zu: „Ein guter Komödiant kann einen Politiker lehren.“, und zwar das Lügen und Betrügen.

Musterbeispiel: **Brechen von Wahlversprechen.**

Politiker P vor der Wahl: Ich werde auf keinen Fall eine Koalition mit der Partei P eingehen.

Politiker P nach der Wahl: Leider sehe ich mich dazu gezwungen, mit der Partei P eine Koalition einzugehen.

Zum nachfolgenden Report: Schon 2015 wurde den Behörden in Schweden vorgeworfen, Kriminalität von Migranten zu verschleiern. Nachdem die Kanzlerin Ende August 2015 die Grenzen Deutschlands für Migranten geöffnet hatte, kam vom damaligen Bewerber für das Amt des Präsidenten der USA Donald Trump noch vor den Präsidentschaftswahlen am 8. November 2016 folgender Kommentar:

- Donald Trump hält die Flüchtlingspolitik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel für «verrückt»: "Ich habe immer gedacht, dass Merkel diese grosse Führungsperson ist", erklärte Trump. Was sie nun in Deutschland getan habe, "ist verrückt".
- Die Aufnahme hunderttausender Menschen aus anderen Ländern werde zu Aufständen in Deutschland führen.

Trump stand und steht mit seiner scharfen Kritik an der Kanzlerin Dr. Angela Merkel nicht alleine da. In- und ausländische Politiker warfen der deutschen Kanzlerin schwerwiegende rechtsstaatliche Defizite bei ihrer Regierungsarbeit vor. Ende 2015 wurde die deutsche Kanzlerin Merkel von den meisten Politikern der EU-Staaten wegen ihrer Einladungs politik gegenüber Flüchtlingen scharf kritisiert u.a. von

- Victor Orbàn (Ungarn),
- Donald Trump (USA),
- Manuell Valls (Frankreich),
- Donald Tusk (Polen) ...

und getadelt durch die meisten Politiker in Staaten Europas, besonders in England, Österreich, Tschechien, Slowenien, Makedonien ...

Ihren politischen Ziehvater Dr. Helmut Kohl hat sie mit ihrer Politik der offenen Grenzen ebenfalls sehr verärgert, so sehr, daß er zur Zeichensetzung Victor Orbàn (Ungarn) einlud, um deutlich zu machen, was er von Willkommenskultur, Migrantenflut und „Wir schaffen das“ hält. Wie sehr dieses „Wir schaffen das“ ideologischer Unsinn gewesen ist, erfahren wir gegenwärtig Mitte 2018 mit der Offenlegung des Versagens des Flüchtlingsmanagements ab September 2015 nicht nur beim BAMF.

Jede Kritik und jeder Widerstand gegen die Kanzlerin sollte internationalen Charakter haben. Die Politik der Kanzlerin Dr. Angela Merkel hat nach Meinung vieler ausländischer Beobachter Deutschland gespalten, innerhalb der EU-Staaten isoliert und nun kommt noch die Schuld am Brexit dazu. Ist die Kanzlerin die Spalterin Europas ?

Anfang 2020 gibt es folgende Bestrebungen von Donald Trump und Dr. Angela Merkel:

- Trump will Recht behalten in seiner Kritik an der Einladungspolitik der Kanzlerin und versucht das durch Vorkommnisse in Deutschland, durch Migranten verursacht, zu belegen.
- Merkel will Recht behalten mit ihrer Einladungspolitik und arbeitet an ihrer eigenen Rechtfertigung, wobei sie dafür nach 2015 pro Jahr über 20 Milliarden Euro Steuergelder aufwendet (die dann für die Förderung von Forschung, Innovation und Wirtschaft sowie für Bau und Unterhalt von Wohnungen, Straßen, Kindergärten, Altenheimen, Schwimmbädern ... fehlen). Ein ganzes Heer von regierungstreuen Journalisten, Politikern ... hilft ihr bei diesen für den deutschen Steuerzahler sehr teuren Rechtfertigungsversuchen.

Die Frage ist also: Wem kann man glauben ?

Übrigens hat auch der Regierungschef Rußlands, Wladimir Putin, 2019 verlauten lassen, daß die Kanzlerin 2015 mit ihrer Einladungspolitik einen schweren Fehler gemacht hat. Damit liegt er auf gleicher Linie mit Dr. Helmut Kohl, Victor Orbán (Ungarn), Donald Trump (USA), Manuell Valls (damals Frankreich), Donald Tusk (Polen) ... und den meisten Regierungschefs der anderen EU-Staaten.

Die Frage ist dann: Darf man den Rechtfertigungsversuchen der Kanzlerin glauben ?

ARD Faktenfinder 7.1.2020

Von Patrick Gensing, ARD-faktenfinder

### **Trump-Vorwürfe Manipulierte Statistiken?**

Stand: 22.06.2018

*PKS Polizeiliche Kriminalstatistik*

Der US-Präsident wirft deutschen Behörden vor, Statistiken zur Kriminalität zu manipulieren. AfD-Politikerin von Storch behauptet, Straftaten würden seltener angezeigt. Stimmt das?

Erneut ist in Deutschland eine Diskussion darüber entbrannt, wie sich die Kriminalität entwickelt. Ausgelöst hatte die Diskussion der US-Präsident, der am 18. Juni 2018 via Twitter verkündete, die Kriminalität in Deutschland nehme stark zu.

Am Folgetag behauptete Donald Trump dann, die Migrationspolitik der Bundesregierung habe zu einem Anstieg der Kriminalität um zehn Prozent geführt. Die Behörden wollten diese Straftaten aber nicht melden, schrieb Trump - ohne Belege zu nennen.

Deutsche Politiker wiesen Trumps Vorwürfe zurück und bezogen sich auf die Polizeiliche Kriminalstatistik: Tatsächlich registrierte die PKS im vergangenen Jahr 9,6 Prozent weniger Straftaten. Insgesamt wurden 5,76 Millionen Delikte gezählt - der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung. Besonders stark ging die Zahl der Einbrüche zurück. Laut PKS gab es auch weniger Körperverletzungsdelikte. Allerdings wurden demnach mehr Morde verübt.

### **Kriminalstatistik 2017: Zehn Prozent weniger Straftaten als im Vorjahr**

tagesschau 20:00 Uhr, 08.05.2018, Marie von Mallinckrodt, ARD Berlin

Keine Überprüfung möglich

Trump's Aussagen, die Kriminalität in Deutschland nehme stark zu bzw. sei durch die Migrationspolitik um zehn Prozent gestiegen, lässt sich durch keine Statistik belegen. Mutmaßlich behauptete der US-Präsident daher zudem, die deutschen Behörden würden die Kriminalität von Migranten verschleiern - eine Legende, die sich durch Zahlen weder widerlegen noch bestätigen lässt.

Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch sagte in der BBC, es gebe viel mehr Fälle von Mord, Vergewaltigung und Straftaten gegen das Leben in Deutschland. Zudem behauptete sie, Menschen würden nicht mehr zur Polizei gehen, um Diebstähle anzuzeigen.

Zwar stimmt die Aussage, dass die Zahl der vollendeten Morde gestiegen ist: 2017 wurden laut PKS 405 Menschen in Deutschland ermordet, im Jahr zuvor waren es 373. Die Zahl der Straftaten gegen das Leben - wozu neben Mord auch Totschlag und Tötung auf Verlangen

zählen - ging allerdings leicht zurück. Von 3765 im Jahr 2016 auf 3713 Straftaten im Jahr 2017. Die Zahl der Opfer dieser Straftaten sank von 876 auf 731.\*

*\*In diesem Absatz hieß es zunächst, die Behauptung von Frau von Storch zu den Straftaten gegen das Leben seien zutreffend. Dies war nicht korrekt und wurde nun korrigiert. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.*

Die Behauptungen von Storchs zu Sexualstraftaten lassen sich hingegen nicht eindeutig bewerten - wegen der Reform der Zählweise in diesem Phänomenbereich. Der Paragraph §177 StGB wurde um ungewollte sexuelle Handlungen erweitert, die ohne Gewaltanwendung und/oder Drohung geschehen. Diese werden nun als "sexuelle Übergriffe" bezeichnet. Zudem wurde der Straftatbestand "sexuelle Belästigung" gemäß §184i StGB neu geschaffen. Dadurch wird die tätliche Belästigung mit sexuellem Hintergrund ("Grabschen") in die Kategorie der Sexualstraftaten aufgenommen und explizit unter Strafe gestellt.

Bei der übergeordneten Kategorie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung führte diese Reform erwartungsgemäß zu einem Anstieg der Fallzahlen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass es mehr Delikte insgesamt gab, sondern dass mehr Vorfälle in die Statistik einfließen. Daher kann nicht pauschal von einem "Anstieg der Sexualdelikte" gesprochen werden.

Ein Anstieg der Polizeistatistik bedeutet generell nicht zwingend, dass es mehr Straftaten gibt, sondern durch schärfere Gesetze oder eine erhöhte Bereitschaft zur Anzeige können Deliktfelder, die bislang im Dunkelfeld waren, aufgehellt werden. Das betrifft neben sexualisierter Gewalt beispielsweise die häusliche Gewalt: Polizei und Beratungsstellen bieten hier gezielt Unterstützung an, damit sich Betroffene schützen können und gegen Täter vorgehen. Ebenfalls nicht nachvollziehbar erscheint die Aussage von Storchs, die Menschen würden seltener Anzeigen bei Diebstählen erstatten. Vielmehr gehen Strafanzeigen zunehmend online ein. Vor allem Kfz- und Fahrraddiebstähle meldeten Bürger via Internet, berichtet beispielsweise die dpa unter Berufung auf die Polizei in Brandenburg. Die steigende Zahl bestätigte, dass die Hürde, eine Straftat bei der Polizei zur Anzeige zu bringen, durch das Online-Portal sinke, betonte ein leitender Mitarbeiter.

Generell ist die PKS aber tatsächlich nur bedingt geeignet, um die Entwicklung der Kriminalität zu erfassen. Das betonen Experten immer wieder. 2001 und 2006 hatte die damalige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei Forschern und Experten den "Periodischen Sicherheitsbericht" in Auftrag gegeben. Noch heute gelten die Berichte unter Fachleuten als Meilensteine bei der Abbildung der tatsächlichen Kriminalität - eine Wiederauflage ist bislang dennoch nicht geplant.

### **Debatte über Kriminalstatistik**

PKS - mit Erwartungen überfrachtet?

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist keine zuverlässige Abbildung der Kriminalitätsentwicklung.

Der Kriminologe Christian Pfeiffer betonte im Gespräch mit dem ARD-faktenfinder, die Sicherheitsberichte seien eine sehr vernünftige Angelegenheit gewesen. Ein wohlhabendes Land wie Deutschland müsste sich eigentlich jährlich eine repräsentative Befragung leisten, um eine Fieberkurve der Gesellschaft zu erstellen.

In Niedersachsen wurde gemeinsam mit den Polizei-Statistiken für 2017 eine Dunkelfeldstudie vorgestellt. Demnach sank das Sicherheitsgefühl leicht - trotz des objektiven Rückgangs der Kriminalitätsbelastung.

ARD Faktenfinder 25.11.2019

Von Patrick Gensing, ARD-faktenfinder

### **Kommando aus dem Kanzleramt ? Der Fall Rainer Wendt**

Der Streit um Rainer Wendt, der in Sachsen-Anhalt Staatssekretär werden sollte, hat Berlin erreicht. Wendt behauptet, das Kanzleramt habe per "Kommando" eingegriffen - der Regierungssprecher dementiert.

Warum wird Rainer Wendt nun doch nicht Staatssekretär im Innenministerium von Sachsen-Anhalt? Dazu gibt es widersprüchliche Darstellungen. Rainer Wendt schrieb auf Facebook, die "Linken werden jubeln, bis ins Kanzleramt hinein". Er habe erfahren, dass seine "Ernenung zum Staatssekretär im Innenministerium Sachsen-Anhalt nicht durchsetzbar sei".

Wendt weiter: "Lügner und Heuchler" hätten den Schritt verhindert. Wendt beklagte eine "Hetzjagd" auf seine Person.

In der "Bild"-Zeitung behauptete Wendt zudem, die CDU sei "vor Linken, Grünen und Sozialdemokraten eingeknickt und hat kapituliert". Das "Kommando" dazu sei aus dem Kanzleramt gekommen. Auch ein Redakteur des "Tagesspiegel" schrieb auf Twitter, er habe eine Information vorliegen, wonach das Kanzleramt interveniert habe.

Stahlknecht: Kein Anruf aus Berlin

Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, sagte hingegen der dpa: "Nach Erörterung der politischen Lage hat Herr Wendt mir gegenüber erklärt, dass er auf seine Berufung verzichtet." Weitere Details wollte Stahlknecht nicht nennen und verwies darauf, dass er vertraulich mit Wendt telefoniert habe.

Stahlknecht wies die Behauptung zurück, er habe ein "Kommando" aus dem Kanzleramt bekommen.

Der "Volksstimme" sagte Stahlknecht, er habe "Wendt angerufen und mit ihm die Sach- und Rechtslage erörtert. Daraufhin hat er seine Bereitschaft zurückgezogen". Der Minister wies Wendts Behauptung zurück, dass sich das Kanzleramt eingemischt habe. Es habe ihn niemand aus Berlin angerufen. Dem Blatt zufolge gab es vielmehr ein weiteres Hindernis: Gegen Wendt laufe seit 2017 ein Disziplinarverfahren durch das Land Nordrhein-Westfalen, dieses sei noch nicht völlig abgeschlossen.

Heftige Kritik

Der CDU-Politiker hatte die Berufung von Wendt verkündet, was einen heftigen Koalitionsstreit in Sachsen-Anhalt ausgelöst hatte. Denn SPD und Grüne lehnten den Plan, Wendt zum Staatssekretär zu berufen, ab. Dessen Äußerungen und Gehaltsbezüge, ohne Polizeidienste zu leisten, disqualifizierten den ehemaligen Polizei-Gewerkschafter, hieß es unter anderem.

Die SPD teilte mit, man werde den Laufbahnbeschlüssen als Voraussetzung zur Ernennung Wendts weder im Kabinett noch gegebenenfalls im Koalitionsausschuss zustimmen. Auch die Grünen kündigten eine Ablehnung an.

Mehr zum Thema

- Streit um Berufung von Wendt zum Staatssekretär – wie geht es weiter? | mdr
- Diskussion um Staatssekretärs-Posten: Deutliche Worte nach Absage der Personalie Wendt | mdr

Polizist, Gewerkschaftschef und Aufsichtsrat

Report München hatte 2017 aufgedeckt, dass Wendt einen Beamtenlohn vom Land NRW erhält, obwohl er gar nicht als Polizist tätig war. In einem Interview hatte der damalige Gewerkschaftschef zunächst explizit verneint, dass er auch als Polizist bezahlt werde. Er bekomme sein Gehalt von der Gewerkschaft, hatte Wendt versichert.

Nachdem die Report-München-Journalisten Wendts Büro verlassen hatten, rief dieser sie an und bat um ein weiteres Interview. In diesem entschuldigte er sich für seine Aussage. Er habe damit NRW-Innenminister Ralf Jäger schützen wollen. Wendt geriet zusätzlich unter Druck, da er eine Tätigkeit und Einnahmen als Aufsichtsratsmitglied nicht angegeben hatte.

Gewerkschaftschef Wendt erhielt Beamtenlohn

tagesthemen 21:45 Uhr, 03.03.2017, Oliver Bendixen/Uli Hagmann/Philipp Grüll, BR

Regierungssprecher dementiert

Wendt selbst reagierte nicht auf eine Anfrage, woher er die Information habe, das Kanzleramt habe in der Angelegenheit ein "Kommando" gegeben.

Das Bundeskanzleramt verwies in einer Stellungnahme auf die Bundespressekonferenz. Dort betonte Regierungssprecher Steffen Seibert auf mehrfache Nachfrage, "die Besetzung dieser Staatssekretärsstelle in Sachsen-Anhalt war und ist ausschließlich von der Regierung in Sachsen-Anhalt zu entscheiden"

**Fazit:**

Es werfen sich also hohe Repräsentanten nicht nur verschiedener Staaten einander vor, „verrückt“ zu sein oder schwere Regierungsfehler zu begehen, sondern auch Regierungsmitglieder desselben Staates bezichtigen einander der Lüge.

Was sollen die Regierten davon halten ?

### **13 Wer verursacht die Rußlandphobie ? Wieder Kalter Krieg ?**

Wieder droht ein kalter Krieg mit der Russischen Föderation. Es liegt die Drohung in der Luft, daß wieder mit Nuklearwaffen bestückte Mittelstreckenraketen auf westeuropäische Städte gerichtet werden. Wieder Kalter Krieg ? Aber vergessen Sie nicht:

Seit 1991 hatte sich zwischen Rußland und Deutschland eine durchaus vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt – sicher unter dem Schirm des Militärs der USA – in der Art, daß Rußland Erdöl, Erdgas und Rohstoffe lieferte, während Deutschland Nahrungsmittel und Maschinen an Rußland verkaufte und sich bis 2014 tatsächlich über 6000 deutsche Unternehmen in Rußland angesiedelt hatten.

In dieses friedvolle Zusammenleben platzten zuerst die Euro-Majdan-Revolution im Oktober 2013 und dann die Verunglimpfung Rußlands in der westlichen Presse wegen der Abneigung der Russen gegen Homosexuelle im Februar 2014 zu Zeiten der Olympischen Winterspiele in Sotschi.

Schon ab Anfang 2015 hatten wir einen Scherbenhaufen in den Beziehungen zu Rußland, der bewirkt wurde vor allem durch Politiker und Journalisten von EU und USA, die genau das taten, was sie sonst scheinheilig verurteilen:

#### **Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.**

Es ist erschreckend, mit welcher Leichtfertigkeit und Dummheit der ganze Chor der westlichen Medien aus nichtigsten Gründen über Rußland seit September 2013 hergezogen ist, ohne angemessene Wertung und Dankbarkeit über den endlich erreichten Frieden, und das nur 22 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges 1991.

Erschreckend ist auch, daß das ganze Heer der westlichen Politiker und Journalisten davon überzeugt gewesen ist, daß zuerst die Verdächtigungen und dann die Verunglimpfungen gegenüber Rußland völlig zu Recht erfolgten.

#### **Nur die allerdümmsten Kälber suchen ihre Metzger selber.**

In der EU sollte man sich darauf besinnen, daß bisher die Angriffe von Frankreich und Deutschland auf Rußland erfolgten und nicht umgekehrt, allerdings wurden die Nachbarstaaten und -völker Rußlands oftmals von den Zaren und dann von Stalin in grausamster Weise unterjocht (besonders Polen).

Die EU sollte sich um eine immer bessere Verständigung um ein Rußland bemühen, das durchaus auf seine eigene Größe und Selbständigkeit pochen mag.

Ein Anschluß Rußlands an die EU erscheint allerdings vorläufig als nicht möglich, denn Rußland ist selber ein Vielvölkerstaat und ein Gebilde wie die USA, wobei allerdings die Zentralmacht übermächtig ist gegenüber den einzelnen Teilbereichen – in Frankreich wären das die Departements.

Putins Problem ist nicht ein Zusammenschluß mit der EU, sondern der Zusammenhalt des Vielvölkerstaats Rußland.

Werden also bald wieder Mittelstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen auf West- und Mitteleuropa gerichtet werden, weil westliche Journalisten und Politiker ihre Grenzen nicht kennen ? Eduard Schewardnadse 1991: „Der Kalte Krieg ist vorbei.“

Es ist keine Frage, daß der Mensch nicht den Idioten spielen darf, und das genau ist aber in den letzten 5 Jahren geschehen, und zwar in erster Linie als Schuld westlicher Politiker und Journalisten mit ihrer Rußlandhetze.

Es wird daran erinnert, daß 1991 die UdSSR auf Beschluß in Alm-Ata aufgelöst worden ist, aber nicht im Unfrieden mit dem Westen, sondern im Frieden mit dem Westen, und zwar vor allem als Verdienst von Michail Gorbatschow, Regierungschef der UdSSR und Generalsekretär der KPdSU.

Es besteht der Verdacht, daß der Westen 2014 mit der Majdan-Revolution in Kiew das wohl nicht ganz verstanden oder nicht ernst genommen hat.

Realistisch – und hoffnungsvoll für die EU – sollte sein, daß in den nächsten Jahrzehnten USA, EU und Rußland drei getrennte Staatenverbände sind, die möglichst eng bei sich an nähernden sittlichen Vorstellungen wirtschaftlich, wissenschaftlich ... miteinander verflochten sind. Der Weg dahin könnte geebnet werden dadurch, daß man viele Russen in den Westen holt und ihnen die Möglichkeit gibt, die zweifellos verfeinerte Lebensweise in den westlichen



EU-Staaten kennen zu lernen. Anfangen könnte man mit einem weitläufigen Austausch von Schülern, Lehrern und Wissenschaftlern, der u.a. auch das Ziel hat, die Bereitschaft zu erwecken dafür, die Probleme nicht mit Gewalt zu lösen.

Man sollte die Visumpflicht für Russen abschaffen.

Angeregt von

- Carl Friedrich Gauß und Nikolai I. Lobatschewsky,
- Konstantin E. Ziolkowski und Hermann Oberth, Robert Goddard, Wernher von Braun ... und zahlreichen SFAutoren

zeichnet sich ein Weg ab, um die Menschen unter großen Zielen zu einen. Wegweisend dafür war mal wieder der US-Präsident John F. Kennedy, ein wirklich bedeutender Politiker. 1961 proklamierte er das Ziel der USA, bis zum Ende des Jahrzehnts einen Amerikaner zum Mond zu schicken und ihn auch heil und gesund wieder zur Erde zurück zu bringen, und das gelang ja auch mit 3 Mann im Juli 1969.

Am 13.1.2004 verkündete George W. Bush jun. in seiner „Weltraumrede“, daß etwa bis 2015 die USA auf dem Mond eine permanent bemannte Station einrichten und von da wieder ein Jahrzehnt später eine bemannte Mission zum Mars unternehmen wollen. In den nachfolgenden Jahren wurde das Budget der NASA wegen der Kriege von George W. Bush jun. immer mehr zusammengestrichen und der Bau der Station wurde um ein Jahrzehnt verschoben.

Mittels packender Projekte der Hochtechnologie wie der Schaffung einer Mondindustrie und dem Bau einer Raumflotte können sehr wohl die Volksmassen in allen EU-Staaten, in den USA und auch in Rußland zu hohen Zielen mitgerissen und begeistert werden, aber eher weniger durch verknöcherte Chefideologen, Traditionalisten und Funktionäre.

In einem zusammenwachsenden Europa und Asien mit abnehmender nationaler Selbstidentifikation der Mitgliedsstaaten könnten technische Großprojekte eine gute Leitfunktion übernehmen, so etwa eine beginnende Besiedlung des Mondes. Auch die Genforschung wäre ein gutes Feld der Zusammenarbeit von EU, Rußland und USA.

J.F. Kennedy hat in den 1960er Jahren gezeigt, daß grandiose Projekte der Hochtechnologie durchaus in der Lage sind, die vielen unterschiedlichen Kräfte und Interessen in einer Gesellschaft zu bündeln. Genau das sollte auch die EU machen z.B. durch Deklaration entsprechender Projekte der Großforschung wie den Bau einer großen Südpolstation auf dem Erdmond mit zahlreichen Industrie-, Forschungs- und Wohnkomplexen auf dem Mond.

EU und USA sollen auf Rußland zugehen und es einzubinden suchen – auf dem Mond !

Ein sehr gutes Feld der Zusammenarbeit von USA, Rußland und EU wäre der Aufbau einer Stadt auf dem Mond, mit großen unterirdischen

- Förderungsanlagen für Rohstoffe,
- Fertigungsanlagen für Maschinen, Raumschiffe ... und
- Wohnstätten für Tausende von Menschen.

Die Asteroidenabwehr kann am besten erfolgen, indem man auf dem Mond technische Anlagen errichtet, die die Erde vor ungebetenen Besuchern aus dem All tatsächlich wirkungsvoll schützen können. Bau und Unterhalt der ISS waren eine schöne Idee, aber leider ohne Zukunft, weil man für den Bau einer Stadt und von Raumschiffen sehr viel Material benötigt, und das kann man nicht aus Kostengründen von der Erde zur ISS bringen – zu unserer Zeit.

Man muß die Stadt und die Fertigungsanlagen auf dem Mond bauen.

Ein auf die Erde einstürzender Asteroid oder Komet kann vom Mond her sehr viel leichter abgewehrt werden als von der Erde her, weil der Mond

- keine Atmosphäre und
- nur ein Sechstel der Oberflächen-Schwerkraft der Erde hat.

Man soll die Pläne um einen bemannten Flug zum Mars erst einmal beiseite schieben und eine ordentliche Industrie auf dem Mond aufbauen, wo man die Raumschiffe baut, um damit Asteroiden abzuwehren und dann viel später zum Mars zu fliegen.

Der Mond ist ideal für den Bau einer Flotte von Raumschiffen, die man zur Abwehr von auf die Erde zufliegenden Asteroiden oder Kometen einsetzen kann.

Rußland hat eine fortgeschrittene Position in der Weltraumfahrt, und auch darum sollten USA und EU sich Rußland zuwenden, um auf dem Mond eine weitläufige und leistungsfähige Mondindustrie aufzubauen, zu deren besonderer Aufgabe gehört, Raumschiffe für die wirksame Abwehr von Kometen und Asteroiden bereitzustellen.

Man muß sich einmal vorstellen, wie Bürger von Rußland, USA und EU auf dem Mond zusammen arbeiten, eine unterirdische Stadt auf dem Mond errichten, ebenfalls große Fertigungsstätten für alle auf dem Mond benötigten technischen Produkte und natürlich auch für die Raumschiffe, die später zum Mars fliegen sollen.

Die Menschen auf dem Mond – die nun nicht wie bei der ISS alle paar Wochen oder Monate ausgetauscht werden, sondern dort für Jahre bleiben – werden bei ihrer Arbeit auf der Mondoberfläche oft die Erde sehen, ihre eigene und einzige Erde.

**Eine wirkliche Verständigung zwischen USA, EU, Rußland und China kann besonders gut durch die großtechnische Erschließung des Mondes und die gentechnische Veredelung des Menschen zum Superhuman erfolgen.**

Es hat zahlreiche geniale russische Forscher gegeben, die ein zusätzliches Problem dadurch hatten, daß sie regelmäßig ihrer staatlichen Bürokratie verdächtig waren und oft sehr unter ihr zu leiden hatten, z.Z. der Zaren und besonders unter Stalin um 1936 bis 1938.

Nikolai I. Lobatschewsky hat zur selben Zeit und unabhängig von Carl Friedrich Gauß die heute so genannte nichteuklidische Geometrie erschaffen.

Konstantin Eduardowitsch Ziolkowsky hat noch einige Jahre vor Hermann Oberth und Robert Goddard Schriften über Flüssigkeitsraketen verfaßt, die mit Wasserstoff und Sauerstoff angetrieben wurden, und sie waren nicht nur Raketen, sondern auch schon Raumschiffe.

Der arme Lehrer aus Kaluga war aber den russischen Forschungsinstitutionen und der Bürokratie völlig gleichgültig – er hatte sogar Glück, denn er kam nicht in einen Gulag wie der Raketenforscher der UdSSR Sergej Koroljow (Konstrukteur der Mondrakete N-1, Gluscho war Konstrukteur der Proton-Rakete) und der Mathematiker Lew Landau. Erst als Hermann Oberth und Wernher von Braun sowie Robert Goddard in den USA durch ihre Raketenprojekte bekannt geworden waren, entsann sich die russische Bürokratie des kleinen Lehrers aus Kaluga und die Schriften von Ziolkowsky erschienen im Staatsverlag der UdSSR.

Der russische Exportschlager, die Maschinenpistole Kalaschnikow, erhielt ihren Namen von ihrem Erfinder Kalaschnikow, der von Stalin ins Gefängnis geworfen worden war mit dem strengen Verbot, seine Entwicklungsarbeiten zur Maschinenpistole fortzuführen.

Sogar das Lieblingskind Stalins, die Interkontinentalrakete, verhinderte nicht, daß Stalin ihre Entwickler in Gulags steckte – wie z.B. Sergej Koroljow – und bei Bedarf wieder herausholte. Viele geniale Russen haben die Konsequenzen gezogen und verließen ihr Heimatland, um im westlichen Ausland zu arbeiten. Georgi Gamow und Andrei Linde sind klassische Fälle von Ausreißern. Sie taten sehr gut daran, allerdings kamen ihre Erfahrungen den Russen in Rußland kaum zu Gute. Es ist ein wichtiges Ziel, die Repressionen der Staatsmacht und Bürokratie in Rußland gegenüber der eigenen Bevölkerung abzumildern. Dafür wäre eine rege Wanderungsbewegung der Russen von Ost nach West und dann auch wieder von West nach Ost nützlich. Man sollte mit der russischen Regierung zusammen arbeiten, wobei man ehrlich zugibt, daß man einen regen kulturellen Austausch wünscht mit dem Ziel, daß die Behandlung der Bürger in Rußland sich der in den westlichen EU-Staaten annähert.

**Wegen der großen Landflächen von Rußland wäre eine Zusammenarbeit mit Rußland besonders auf dem Gebiet von Natur- und Umweltschutz, Tier- und Pflanzenschutz ideal.**

Noch zur Zeit des Eisernen Vorhangs, in den 1970er und 1980er Jahren, gab es einen regen Austausch zwischen Forschern in USA und England auf der einen Seite und Forschern in der UdSSR auf der anderen Seite, wobei man die Leistungen der anderen Seite erfahren und anerkennen konnte, was zur Lockerung der Spannungen geführt haben mochte.

**Dieses Verfahren ist auf dem Mond zu wiederholen: Serpuchow, Dubna, Genf, Stanford, Aspen, Harvard ... werden ersetzt durch Forschungsstätten auf dem Mond !**

Vorerst ist auf die politische Blindheit und Dummheit hinzuweisen, durch die wieder der Kalte Krieg sehr nahe gerückt ist - Ausmisten eines journalistisch-politischen Dreckstalls.

Seit 1991 hatte sich zwischen Rußland und Deutschland eine durchaus vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt – sicher unter dem Schirm des Militärs der USA – in der Art, daß Rußland Erdöl, Erdgas und Rohstoffe lieferte, während Deutschland Nahrungsmittel und Maschinen an Rußland verkaufte und sich bis 2014 tatsächlich über 6000 deutsche Unternehmen in Rußland angesiedelt hatten.

In dieses friedvolle Zusammenleben platzten zuerst die Euro-Majdan-Revolution im Oktober 2013 und dann die Verunglimpfung Rußlands in der westlichen Presse wegen der Abneigung der Russen gegen Homosexuelle im Februar 2014 zu Zeiten der Olympischen Winterspiele in Sotschi.

2020 haben wir einen Scherbenhaufen in den Beziehungen zu Rußland, der Westen fühlt sich von mit Nuklearwaffen bestückten russischen Mittelstreckenraketen bedroht, und das hat er sehenden Auges in Kauf genommen. Politiker und Journalisten von EU und USA taten ab 1913 genau das, was sie sonst scheinheilig verurteilten: Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Michail Gorbatschow hat in seiner Rede zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer in Berlin am 11.9.1989 dem Westen vorgeworfen, Absprachen gebrochen zu haben, die die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht haben. Diese Äußerungen von Gorbatschow sind in der westlichen Welt bestritten. Hans-Dietrich Genscher: „So etwas wurde nie gesagt.“ Nun hat aber Michail Gorbatschow (Jahrgang 1931) als

- Generalsekretär der KPdSU und
- Regierungschef der UdSSR

1989 die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die Bürger der DDR erfolgreich gegen das Regime von Erich Honnecker auflehnen konnten. Könnte man dafür nicht etwas dankbarer sein ? Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war nur durch Gorbatschow möglich gewesen. Schon inmal etwas von Dankbarkeit gehört ?

Gorbatschow hat sich explizit und in deutlichen Worten gegen die Rolle des Westens im Fall der Ukraine ab September 2013 gewandt. In Sicht auf die Verdienste der Rolle von Gorbatschow auf die neugewonnene Einheit von BRD und DDR zu einem gesamtdeutschen Staat darf es keine Vertrauens- und Rechtsbrüche der EU gegenüber Rußland mit Beteiligung oder auch nur Billigung Deutschlands geben.

Darum ist mit allem Nachdruck zu fordern, was Gorbatschow so formulierte:

- Förderung der deutschrussischen Beziehungen in jeder Weise.
- Rußland und Deutschland müssen sich als Teile eines geeinten Europas verstehen.
- Es sind alle Sanktionen der EU gegen Rußland – übrigens oft gegen den Willen Deutschlands durchgesetzt – sofort aufzuheben.
- Es ist ein Zusammengehen von Rußland und EU in Richtung eines geeinten Europas anzustreben.
- Die vom Westen ausgelöste UkraineKrise ist im Sinne der o.g. Eckpunkte zusammen mit Rußland zu lösen.

### **Wer zieht an den Strippen, so daß im Westen eine Rußlandphobie herrscht ?**

- Wie kommt es, daß die westliche Presse seit September 2013 im Chor gegen Rußland ziemlich ähnlich operiert wie die NaziZeitung „Der Stürmer“ ?
- Ist das eine Art von Gleichschaltung ?
- Aber wer hat da gleichgeschaltet ?

Man sagt doch so gerne in den Staaten mit freiheitlich-demokratischer Rechtsordnung, daß die freie Presse eine Kontrollfunktion hat.

Es gibt da aber die starke Konzentrierung der Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen ... in den Händen von wenigen Oligarchen.

Banken, Erdölindustrie ... haben sehr viel Geld, und da gibt es noch andere mächtige Interessenten wie Regierungen, die über ihre Geheimdienste Einfluß nehmen.

Wie schaltet man eine ganze Medienlandschaft gleich ?

Wie arbeiten die Medien in einer Medienkratie ?

*Zur politischen Situation  $S_i$  äußern sich viele Politiker vieler gesellschaftlicher Richtungen, aber die Medienkontrolleure führen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Informationen nur die an, deren Meinung ihnen selber paßt.*

*Das bedeutet:*

*Herr  $H_1$  hat in der Zeitung  $Z_1$  gesagt, daß er zu dem politischen Thema  $T$  folgende Meinung  $M_1$  vertritt.*

*Es wird aber nicht gesagt, daß Herr  $H_2$  in der Zeitung  $Z_2$  eine gegenteilige Meinung  $M_2$  genau zu diesem Thema  $T$  vertreten hat.*

Die Meinungsmanipulation erfolgt durch Auswählen und Senden oder Drucken der Meinungen, die den Oligarchen passen, und durch Auslassen der Meinungen, die sie nicht vertreten haben wollen, und hier arbeitet ihnen die zunehmende Konzentrierung der Medien in wenigen Händen voll zu.

Man kann das verifizieren, wenn man über Jahre beobachtet, wie Nachrichtenkanäle zu bestimmten Themen immer nur bestimmte Leute zu Wort kommen lassen – so funktioniert die Meinungsmanipulation in der „freien“ westlichen Welt.

Dieses Verfahren hat so weitgehende und katastrophale Formen angenommen, daß man von einer Informierung der Bürger nicht mehr sprechen kann, auch nicht von einer Demokratie, denn die Medien erzeugen die gewünschten Meinungen und auch Wahlergebnisse.

Das kann die Gleichschaltung einer Medienlandschaft erklären, die wir seit September 2013 in den EU-Staaten im Chor der Verunglimpfungen Rußlands erleben.

**Welcher Journalist und Politiker im Westen hat schon die Klarsicht, alles auch einmal aus der Sicht von Rußland zu sehen ? Sie schieben im Chor Rußland alle Schuld zu, gemäß Medienkratie und Fraktionszwang.**

Zur Aushöhlung der Demokratie bei den Parlamenten durch den Fraktionszwang:

Ein wesentlicher Vorteil der Demokratie besteht darin, daß man eben nicht nur ein paar Leute bestechen muß wie bei einer Diktatur oder Oligarchie, sondern einen ganzen Haufen von Leuten, eben die Hunderte von Parlamentariern. Das hat schon Aristoteles erkannt: „Die Vielen sind weniger bestechlich als die Wenigen.“

Dieser Vorteil der Demokratie geht bei dem Werkzeug Fraktionszwang verloren.

Wird ein Fraktionschef tüchtig geschmiert, kann er mittels Fraktionszwang erreichen, daß die Parlamentarier seiner eigenen Fraktion ihm gegenüber praktisch ihr Stimmrecht verlieren, auch ihr Recht auf freie Gewissensentscheidung im Parlament.

Die Basis für den Fraktionszwang ist meistens die Gier der Parlamentarier, die auf ihr Stimmrecht gegenüber dem Fraktionschef verzichten, um ihre eigenen, z.B. vom Fraktionschef zugespielten hoch dotierten Posten, nicht zu verlieren.

Der Preis für Medienkratie und Fraktionszwang ist der Verlust von Vielfalt der Meinungen und Objektivität bei Sichtweise und Berichterstattung und natürlich beim Abstimmverhalten im Parlament, nicht nur bei den Parlamenten der einzelnen EU-Staaten, sondern auch beim EU-Parlament, und dessen Parlamentarier sind sowieso schon in der Gefahr, Zusammenhalt und Verantwortung vor der jeweiligen Bevölkerung, die sie gewählt hat, zu behalten.

**Eduard Schewardnaze verkündete 1991, daß der Kalte Krieg vorbei sei. Was die meisten Menschen im Westen ersehnt hatten, war nun wahr geworden.**

Nachdem die Panzer des Warschauer Pakts nicht mehr wie zu Zeiten der UdSSR die „slawischen Brudervölker“ an die Seite Rußlands schmiedeten, flohen diese so schnell wie möglich vom „großen Bruder“ weg in die Arme von EU und USA.

Es gibt viele Versionen darüber, was der Westen in den 2 plus 4-Gesprächen 1991 mit dem Schöpfer von Glasnost und Friedfertigkeit, Michail Gorbatschow, vereinbart hat. Man sagt, daß der Westen versprochen hat, die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts, also auch Teile der damaligen UdSSR, nicht in NATO und EU einzubinden. Dem wird aber von denen widersprochen, die angeblich gut informiert sind.

Der EU-Bürger weiß nicht, was damals vereinbart worden ist, aber kann man angesichts dessen, was die slawischen Brudervölker zu Zeiten der UdSSR vom Kreml erdulden mußten, denen übel nehmen, daß sie nach dem Schutz der USA strebten und streben ?

**Hier muß man den Russen die Frage stellen, warum denn ihre Brudervölker von der Umarmung durch Rußland nichts wissen wollen.**

Auch die Nachbarn der Russen, ob Slawen oder nicht, haben ein Anrecht darauf, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen, nicht dominiert von Rußland. Aber genau das ist es, was der Kreml nicht einsieht – man muß sich einmal mit Polen darüber unterhalten, die aus lauter Dankbarkeit für den Schutz durch die USA sich sogar am Irak-Krieg der USA 2003 beteiligten und sogar die Erlaubnis für das Einrichten von geheimen Strafgefangenenlagern auf ihrem Territorium durch die USA gaben.

Nach dem Zerfall der UdSSR ging es wirtschaftlich mit Rußland steil bergab und man sprach im Westen von den USA als der einzig verbliebenen Supermacht. Unter Jelzin verfielen Wirtschaft, Land und Militär.

Kann Rußland als Vielvölkerstaat nur so zusammengehalten und regiert werden, wie die Zaren das getan haben und angeblich Wladimir Putin das auch wieder macht ?

Das kann sein, aber dann müßte Rußland akzeptieren, daß die anderen Völker und Staaten, vor allem seine slawischen Brudervölker, das nicht auch für sich selber gelten lassen.

1979 fiel das Militär der UdSSR in Afghanistan ein. Dieser Krieg soll 80000 Soldaten der UdSSR das Leben gekostet haben. Der Westen unterstützte heimlich afghanische Widerstandskämpfer.

Nach dem Zerfall der UdSSR schickte Rußland Militär nach Tschetschenien.

Interessant ist, daß tschetschenische Terroristen sowohl in Moskau Anschläge mit vielen Todesopfern verübten als auch in den USA !

Als im Frühjahr 2003 die USA unter ihrem Präsidenten George W. Bush jun. ohne Mandat der UNO und unter erlogenen Gründen in den Irak einfielen als Racheakt für den Terrorakt am 11.9.2001 mit der Zerstörung der Twin Tower in Manhattan, sank die Moral der USA in den Keller – und dabei waren das dieselben USA, die unter ihrem Präsidenten John F. Kennedy 1961 und 1962 so großartige Leistungen gezeigt hatten und nicht nur als Bewahrer von Recht, Freiheit und Ordnung galten, sondern auch als Retter der Welt.

George W. Bush jun. führte auch einen Krieg in Afghanistan, in den die europäischen Staaten oft gegen ihren Willen eingebunden wurden.

Durch diese beiden Kriege der USA – der Krieg gegen Saddam Hussein war als völkerrechtswidriger Präventiv-Krieg geführt worden – war die internationale Moral abgesunken. Nun konnte jeder sagen: „Schaut auf die USA, die führen Krieg gegen jedermann, wenn es ihnen paßt“. Die Bombardierungen von Palästinenserstädten mit der Folge von Tausenden von getöteten Palästinensern und Zehntausenden zerstörter Häuser durch Israel mit US-amerikanischen Bomben in mehreren Kriegen gehören genau dahin – und vielleicht auch der gegenwärtige militärische Schlagabtausch zwischen Kiew und Moskau in der Ostukraine, bei dem man besonders darüber rätseln muß, wieso der EU-freundliche Regierungschef der Ukraine mit Regierungssitz in Kiew Militär in die Ostukraine geschickt hat, um die dortige Gegenrevolution militärisch niederzuschlagen. Sind das die neuen innenpolitischen Ordnungsstrategien der EU ?

Als Studenten 1989 in Peking auf dem Tian'anmen-Platz (Platz des himmlischen Friedens !) gegen die Regierung protestierten und mehr Demokratie forderten, setzte die Regierung Panzer gegen sie ein. 5000 Studenten fanden einen gewaltsamen Tod. Genau so viele Menschen sind bis zum 15.2.2015 bei den militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine getötet worden, und das wird von EU, EP, EC und den EU-Staaten gedeckt ?

Der Tian'anmen-Platz liegt plötzlich in der Ostukraine – wo bleibt der Protest in den westlichen Medien gegen den Einsatz von Panzern gegen die Separatisten ?

Der Poker um die Zugehörigkeit der Ukraine zu West oder Ost und um die Zugehörigkeiten von Gebieten der Ukraine weiterhin im Staatsverband der Ukraine kostete bis zum 15.2.2015 5000 Menschen das Leben und es wurden Zehntausende von Häusern zerstört.

Forderungen:

- Sofortiger bedingungsloser Abzug des westukrainischen Militärs aus der Ostukraine und Verhandlungen mit Rußland darüber, wie man die Einflußbereiche friedlich regeln und festlegen kann.
- Sofortige Wiedereinsetzung der G8, also der G7 plus Rußland.
- Sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen Rußland.
- Wiederaufnahme der engen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen und politischen Absprachen mit Rußland.
- Großzügige Hilfe für die Ukraine durch den Westen und Hilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Häuser in der Ostukraine durch EU, USA und Rußland.

Rußland hat das Problem einer späten Entwicklung im zivilisatorischen Bereich, auch wenn es in der Raumfahrt und auf etlichen anderen technischen Gebieten außer den USA allen anderen Staaten überlegen ist. Das hat durchaus Ähnlichkeit mit der nachhinkenden zivilisa-

torischen Entwicklung in Deutschland gegenüber Frankreich in den letzten Jahrhunderten. Das dürfte den Schlüssel liefern für ein Umwerben von Rußland, sich europäischen Normen anzuschließen.

Leider ist es aber so, daß Politiker und Journalisten, berühmte Schriftsteller und Schauspieler des Westens von Rußland eine zu schnelle Entwicklung erzwingen wollen durch eine offensichtliche Hetze wie im Fall der in Rußland nicht tolerierten Homosexualität.

Ebenfalls ist es grundfalsch, daß die USA mit ihrer Flotte im Schwarzen Meer operieren.

Von der heute in der EU vorherrschenden Abneigung gegen Rußland machten die Niederlande eine Ausnahme: Das Königspaar und hohe Regierungsbeamte fuhren zu den Olympischen Spielen in Sotschi.

Offensichtlich gibt es doch einige Politiker in der EU, die erkannt haben, daß eine Ausgrenzung Rußlands falsch ist, darunter der CSU-Politiker Gauweiler.

### **Unbetreitbar ist der Hang der russischen Herrscher zu Gewalt und Grausamkeit**

Aber wie ist das im Westen gewesen ?

Es ist fast nicht bekannt, daß die englischen Peers (Landgroßbesitzer) von 1845 bis 1852 in der Zeit der Vernichtung der Kartoffelernten in Irland durch die Kartoffelfäule von den irischen Pächtern erzwangen, ihren Weizen an die englischen Herren abzuliefern. Der Weizen, den die irischen Pächter ernteten, hätte die Hungersnot verhindert. Von 9 Millionen Iren starben durch die Bosheit und Grausamkeit der Peers 1 Million Iren und 2 Millionen wanderten aus, und die anderen kamen gerade am Hungertod vorbei.

Es ist allbekannt, daß Stalin u.a. an den Ufern des Jenissei zahlreiche Gulags (Arbeits- und Todeslager, aber keine expliziten Vernichtungslager wie die KZ's von Hitler) eingerichtet hatte, in denen Hunderttausende von Menschen einen grausamen Tod starben, aber es wird nicht davon geredet, daß im 2. Burenkrieg 1899-1902 die Engländer genau solche KZ's für Kinder und Frauen der Buren eingerichtet hatten, um im Burenkrieg, den die Engländer mit größter Härte und Grausamkeit führten, den Willen der kämpfenden Buren zu brechen.

Es ist allbekannt, daß die Zaren bei der Unterdrückung der Polen und die UdSSR unter Stalin und seinen Nachfolgern bei der Russifizierung des Baltikums sehr hart vorgehen.

Die Errichtung des Britischen Dominions baute auf der rassistischen Ideologie der natürlichen Überlegenheit der englischen Rasse gegenüber den Eingeborenen von Amerika, Indien, Neuseeland, Australien ... auf – denn bei der Landnahme durch die Engländer waren diese Länder alle bereits bewohnt. Bei dieser Landnahme wurden sehr viele Eingeborene vieler Kontinente getötet bzw. wie auf den Fidschi-Inseln ganz ausgerottet.

Napoleon fiel im Juni 1812 mit 600000 Mann in Rußland ein, Deutschland griff Rußland im Juni 1941 mit 3 Millionen Mann an.

Haben Sie jemals etwas davon gehört, daß sich Frankreich offiziell wegen des Überfalls auf Rußland entschuldigt hat ? Im Fall von Deutschland erübrigt sich diese Frage, und dennoch brachten Appelle von deutscher Seite, und zwar von dem damaligen Kanzler Konrad Adenauer (1876-1967, Kanzler der BRD von 1949-1963) an die Großmut Rußlands im Jahr 1955 die letzten Kriegsgefangenen in die BRD, und Michail Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU und Regierungschef der UdSSR ließ die Wiedervereinigung von BRD und DDR 1989 zu und erfüllte damit die Hoffnungen der DDR-Bürger mit ihren Rufen an den Montagsdemonstrationen „Gorbi, Gorbi !“.

Tatsächlich hat sich kürzlich die australische Regierung offiziell bei den Aborigines entschuldigt wegen ihrer unmenschlichen Behandlung, wegen Deportation, Enteignung, Unterdrückung, Wegnahme der Kinder der Aborigines ...

Dasselbe hätte man auch im Fall von USA und Kanada erwartet, aber die haben sich nicht bei den Indianern entschuldigt. Vielmehr hat die kanadische Regierung bis 1994 indianischen Familien ihre Kinder gewaltsam weggenommen und in Erziehungsheime gesteckt, wo sie aber nicht „erzogen“ wurden, sondern sie wurden gedemütigt, vergewaltigt und vor allem krank durch die schlecht belüfteten Schlafsäle. So starben mit Wissen der kanadischen Regierung in diesen Erziehungsheimen 3000 indianische Kinder.

Warum entschuldigt sich nicht die Regierung der USA bei den Indianern ?

Warum setzt sich nicht endlich die Regierung der USA für eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse der Indianer in ihren Reservaten in den USA ein – und in den Indianerdörfern u.a. im Amazonasgebiet ?

Wann erhalten die Indianer in den Reservaten der USA ihre vollen Bürgerrechte und dürfen endlich jeden von ihnen gewünschten Beruf ausüben ?

Allerdings geschieht in den USA das Gegenteil, denn man will den Indianern auch noch ihre Reservate abnehmen !

Als 1492 die ersten Europäer nach Amerika bzw. zu den vorgelagerten Inseln kamen, lebten in Nordamerika um die 20 Millionen Indianer – und um 100 Millionen Büffel. Heute leben in den USA eine Handvoll Indianer und Büffel. Auch heute sind die paar Hunderttausend überlebenden Indianer nach ihrer Fastausrötung durch die Einwanderer aus Europa in Nordamerika immer noch unterdrückt – und der UNO ist das völlig egal.

Die USA entschuldigen sich vermutlich nicht bei ihnen, weil diese sagen könnten, daß sie ihr Heimatland zurückhaben wollen.

Die Spanier haben bei der Landnahme Mittel- und Südamerikas nicht nur Hunderttausende von Indianern getötet, sondern sie haben auch viele Millionen Indianer in Gold- und Silberbergwerke gesteckt bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen, so daß dabei 8 Millionen Indianer ihr Leben ließen.

Auch heute noch werden in Südamerika Indianer aus Urwaldgebieten vertrieben, Indianerdörfer im Auftrag der örtlichen Regierungen vernichtet.

Genau so wenig, wie heute die Mongolen ihren legendären Führer Dschingis-Khan als Massenmörder und Verbrecher verdammen oder die Georgier Stalin, genau so wenig verurteilt man heute in Spanien und Portugal Pizarro und Cortez.

In den USA gelten Vorwürfe an die US-Amerikaner wegen der Behandlung der Indianer über Jahrhunderte als antiamerikanische Umtriebe, und in der Türkei gelten Vorwürfe wegen des Völkermords an den Armeniern in der Nordosttürkei im Auftrag der Hohen Pforte von 1875 bis 1915 als Beleidigung des Türkentums und standen noch bis vor kurzer Zeit unter Strafe.

Rußland hat aber nach der Stalin-Ära damit begonnen, sich vom Stalin-Kult zu lösen !

Die gewaltigen Anstrengungen, die Spanien, Frankreich, England und USA machen, um die von ihnen begangenen Kapitalverbrechen bis hin zu Völkermorden zu vertuschen, sind genau der Grund dafür, daß sie glauben, sich gegenüber Rußland auf das hohe ethische Roß setzen zu können und als moralisch Überlegene Rußland gegenüber zu treten, und genau das muß die russischen Politiker gewaltig ärgern.

EU und USA sollten Rußland damit einzubinden suchen, indem sie ihre eigenen Kapitalverbrechen endlich zugeben und sagen, daß sie nicht besser sind als Rußland, nur zivilisatorisch etwas weiter.

Mit seinem Besuch in Moskau 1988 hat Franz Joseph Strauß mehr Grips gezeigt als die meisten Politiker heute erkennen lassen bei ihren permanenten Nadelstichen gegen Rußland.

**Jawohl, man soll die Menschenrechte verteidigen – ebenso wie die Tierrechte –, aber man soll nicht laufend Front gegen Rußland machen: Packt euch an die eigene Nase und brecht keinen neuen Weltkrieg vom Zaun !**

Förderliche Maßnahmen:

- die USA ziehen ihre Kriegsschiffe ... aus dem Schwarzen Meer zurück und unterlassen ferner alles, was als militärische Einschüchterung gegenüber Rußland mißverstanden werden könnte.
- Es ist der Austausch von Studenten, Professoren, Polizisten (dort besonders), Beamten ... der EUStaaten mit denen in Rußland zu fördern mit dem Ziel, die Russen zu westlichen zivilisatorischen Standards zu erziehen.
- Die Visumpflicht für Russen sollte aufgehoben werden, damit ein entsprechender Teil der Russen den Westen kennen lernen kann. Zumindest sollte man jährlich ein Kontingent festlegen für visumfreien Besuch von Russen in EUStaaten.
- Man erinnert Rußland an die Unterdrückung der Polen zur Zarenzeit, die Behandlung der Kulaken zur Sowjetzeit, die Säuberungen unter Stalin unter der russischen Intelligentsia 1935 bis 1937 ... und die EUStaaten und USA erinnern an ihre eigenen Kapitalverbrechen und Völkermorde, die in Ozeanien, Amerika, Australien ... reichlich geschehen sind – und in

den Urwäldern Südamerikas gegen die Indianer immer noch geschehen, ohne daß das die UNO stört oder auch EP und EC.

- Es ist zu versuchen, Rußland wahrhaftig an die EU heranzuführen, und dazu gehört vor allem, daß die russische Bevölkerung in den westeuropäischen Kulturkreis eingeschlossen wird, denn Rußland gehört zu Europa und steht seiner Kultur auch nicht zu fern.
- Man appelliert an die Großmut Rußlands, die Ukrainer ihren Weg gehen zu lassen, und die EU erklärt sich zu großer Unterstützung für die Ukraine bereit, die nicht strategisch motiviert ist, sondern der reinen menschlichen Mithilfe – unabhängig davon, wer die Ukraine wie auch immer regiert. Die Krim wird sich Rußland aber vorläufig wieder nehmen – siehe die 650 Jahre zuvor (s.o.).
- Die EU erkennt die russische Fertigkeit bei der Weltraumfahrt an und zusammen mit den USA und Japan beginnt man mit dem Aufbau von Verteidigungssystemen im Weltraum gegen auf die Erde zufliegende Kometen und Asteroiden (siehe hierzu die Schrift „Politik in der Restlaufzeit der Menschheit“ desselben Autors).
- Man erkennt und erklärt die Zwistigkeiten zwischen West und Ost als das Ergebnis dummer Journalisten, Politiker, Schauspieler, Schriftsteller, Vorsitzender von großen Zivilgruppen ..., aber durch vielfältige Wirtschaftsbeziehungen und durch das praktizierte Vorleben beherrschter Zivilisation wird eine Einigung aller europäischer Völker und Staaten erreicht, und darunter sind auch Ukraine und Krim.

### **Verfahren zur Versöhnung Ost-West**

Helmut Kohl und Francois Mitterand haben bei ihrem Besuch auf dem großen Friedhof von Verdun ein Beispiel gegeben und traten Hand in Hand vor das Gräberfeld. Tatsache ist, daß von der alten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich heute kaum etwas übrig geblieben ist – herzlichen Dank an die betreffenden Politiker !

Eine solche Geste wie bei Kohl und Mitterand zu Verdun wäre heute schon längst fällig zwischen den Regierungschefs von Deutschland und Rußland bei Stalingrad.

Es hat nach dem 2. Weltkrieg Jahrzehnte gedauert, bis sich die Beziehungen von Polen und Tschechien zu Deutschland normalisierten.

Es muß nicht wieder Jahrzehnte dauern, bis das auch zwischen Deutschland und Rußland der Fall ist. Auf jeden Fall ist von Deutschland aus auf Rußland zuzugehen, um Stalingrad zum Sinnbild der Versöhnung zu machen.

In einem solchen Umfeld der Versöhnung mit Rußland und der Einbindung von Rußland in die EU wird auch die Bevölkerung der Ukraine zu ihrem Recht kommen, denn nur nach einer wirklich guten Verständigung mit Rußland kann man die Ukraine in die EU einbinden, wobei Rußland zu seinem Recht gekommen ist.

Es ist zu bedenken: Putin will auf jeden Fall verhindern, daß der Zerfall seines Herrschaftsbereiches weiter geht, und hier geht es um den Sitz der Schwarzmeerflotte Rußlands.

Die EU muß versuchen, Putin zu verstehen.

Wir alle müssen alles daran setzen, daß es zu keinem bewaffneten Konflikt zwischen EU und Rußland oder USA und Rußland kommt.

Journalisten, Politiker, Schauspieler, Vorsitzende wichtiger Zivilgruppen ... sind dazu anzuhalten, daß sie nicht die kriegstreiberischen Dumpfbacken spielen – was aber z.Z. geschieht.

### **Wir wollen keinen Dritten Weltkrieg.**

Als John F. Kennedy den eingeschlossenen Berlinern zurief: „Ich bin ein Berliner !“ war der 2. Weltkrieg um eineinhalb Jahrzehnte vorbei. Zu dieser Zeit waren die Erinnerungen an die Geschehnisse im 2. Weltkrieg noch sehr frisch. Als wenige Jahre später die Mauer in Berlin zwischen Ost und West gebaut wurde, kam es nicht zum Krieg, weil sich die USA sagten, daß eine Mauer sehr viel weniger Opfer zur Folge hat als ein Krieg deswegen.

Als die DDR gegründet worden war, versuchte die BRD, menschliche Erleichterungen für die Bürger der DDR durch finanzielle Hilfen zu erreichen, z.B. durch Freikauf von Gefängnisinsassen, die übrigens von der DDR-Führung z.T. erfunden waren.

Solche Hilfeleistungen waren völlig frei von strategischen Überlegungen, und so hat man die Hilfe für die Ukraine auch zu beginnen.

Wir müssen zwangsläufig davon ausgehen, daß Putin nur das nimmt, von dem er glaubt, daß es zu Rußland gehört.



Eine vom Westen geduldete Annexion der Krim durch Rußland erscheint als die Lösung mit den wenigsten Gefahren und Opfern (wie ehemals die Duldung des Mauerbaus durch Erich Honnecker) , auch eine Blockfreiheit der Ukraine, was den Westen nicht daran hindern sollte, die gesamte Ukraine mit Geld und Waren zu unterstützen.

Wenn EU und Rußland sich hinreichend angenähert und gegenseitig verstanden haben und respektieren, wird die Ukraine automatisch ebenfalls zu einem Mitglied der neuen Gemeinschaft.

Der Weg zu Frieden, Selbstbestimmung, Freiheit und Wohlstand in der Ukraine führt nur über Rußland.

Eine Vrsöhnung einzuleiten ist die Aufgabe intelligenter und verantwortungsbewußter Politiker. Den führenden westlichen Politikern hätte 2013 klar sein müssen, daß ihre wieder wachsende idiotische Russenphobie Gegenreaktionen der Russischen Föderation auslösen mußte – aber das wurde offensichtlich in Kauf genommen, samt der Rückkehr in den Kalten Krieg. Es ist erschreckend, mit welcher Leichtfertigkeit und Dummheit der ganze Chor der westlichen Medien aus nichtigsten Gründen über Rußland seit September 2013 hergezogen ist, ohne angemessene Wertung und Dankbarkeit über den endlich erreichten Frieden, und das nur 22 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges 1991.

Erschreckend ist auch, daß das ganze Heer der westlichen Politiker und Journalisten davon überzeugt gewesen ist, daß zuerst die Verdächtigungen und dann die Verunglimpfungen gegenüber Rußland völlig zu Recht erfolgten.

Nach der Majdan-Revolution in Kiew im Herbst 2013 schickte die nun westlich orientierte Regierung der Ukraine 2014 Militär in die Ostukraine, um die dortige russischsprachige Bevölkerung militärisch unter Kontrolle zu bringen.

Offensichtlich hatten die meisten Politiker und Journalisten der EU-Staaten nicht die geringste Ahnung von Geschichte und Bevölkerungszusammensetzung der Ukraine, so daß sie davon überrascht wurden, daß in der Ostukraine besonders im Dombass-Becken eine Gegenrevolution erfolgte. Bis zum 15.2.2015 sind bei den kriegerischen Aktionen in der Ostukraine 5000 Menschen getötet und Tausende von Häusern zerstört worden – wer haftet für diese Schäden und wer baut den Betroffenen bei Donezk ihre Häuser wieder auf ? Bis heute sind dort über 10000 Menschen durch Kriegshandlungen ums Leben gekommen und zahlreiche Gebäude zerstört worden.

Hätten sich die EU-Politiker Mitte 2014 mit Ukraine und Rußland friedlich zusammengesetzt und über eine Neuordnung der Ukraine diskutiert, dann wären Krim und Ostukraine an Rußland gekommen und die übrige Ukraine hätte sich dem Westen zugewandt. Der Westen hätte ebenfalls wie heute große Zahlungen an die Ukraine leisten müssen, um sie lebensfähig zu halten, aber es wären keine Menschen getötet und keine Häuser zerstört worden, und wir hätten weiterhin ein gutes Verhältnis zu Rußland.

Politiker und Journalisten sind daran zu erinnern, daß wir vor viel größeren Herausforderungen stehen als der Jagd nach eitlem Ansehen und verderblicher Macht:

1. Die Verpflichtung von Deutschland, u.a. in Sicht auf die Ereignisse um Stalingrad im Weltkrieg und den von Michail Gorbatschow beendeten Kalten Krieg mit dem Abzug der sowjetischen Armee aus der DDR bis 1991, endlich mit Rußland zu einem dauerhaft guten Verhältnis zu kommen.
2. Das häufige Problem der oft untauglichen und verfilzten Oberschicht und der vielen unersättlichen Gierhälse in ihren Reihen auch in vielen EU-Staaten.
3. Die Notwendigkeit zu einer wirksamen Asteroidenabwehr schon in den nächsten Jahrzehnten und Maßnahmen im Fall des Ausbruchs eines Supervulkans auf der Erde in einer beliebigen Zukunft.
4. Steuerung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre durch geeignete pflanzliche Großanlagen wie Algenmeeresfarmen sehr großer Ausdehnung, die auch als Fischeaquafarmen zur Nahrungsmittelerzeugung dienen.
5. Säuberung und Sauberhaltung von Meeren, Flüssen, Kontinenten ... von dem vielen Zivilisationsmüll der Menschen, der besonders in Form von Plastikmüll, losgerissenen Fischernetzen, Erdölresten ... die Meere verreckt und die dortige Tierwelt tötet.
6. Schutz der Tier- und Pflanzenwelt vor dem Menschen, Schutz vor ihrer Vernichtung durch die Menschheit ...

Im Jahr 2019 ist das Verhältnis Ost-West wieder zerrüttet wie vor 1989.

Oh diese goldene Zeit zunehmenden Einverständnisses zwischen Ost und West von 1991 bis Ende 2013 ! Bis zur Euro-Majdan-Revolution in Kiew in der Ukraine ab September 2013 war das politische Klima zwischen Ost und West recht gut gewesen, zum Ende hin dann oft leider unterbrochen von negativen Kommentaren in der westlichen Presse zur Situation der Homosexuellen in Rußland, und das besonders z.Z. der Olympischen Winterspiele in Sotschi am Schwarzen Meer im Februar 2014.

Ist die Ablehnung von Homosexualität (Homophobie) in Rußland altertümlich ?

In den Staaten Europas und in den USA ist noch vor wenigen Jahrzehnten Homosexualität unter Männern strafrechtlich verfolgt worden (siehe z.B. den § 175 in Deutschland). Man muß sich hier vorstellen, wie noch 1960 Männer in Deutschland strafrechtlich verfolgt und mit Gefängnisstrafe belegt wurden, wenn man ihnen homosexuelle Handlungen nachweisen konnte – und 2014 hat der Westen die staatliche Ausgrenzung von Homosexuellen in der Russischen Föderation als Vorwand genommen, um nicht an den Olympischen Spielen in Sotschi teilzunehmen.

Dann ist zu fragen:

- Warum muß Rußland sich Entwicklungen im Westen so schnell anschließen ?
- Wie war das damit, daß man sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen soll ?

Deutschland hatte mit seinen starken wirtschaftlichen Verflechtungen mit Rußland den richtigen Weg beschritten, den erwünschten weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in Rußland in Richtung westlicher Werte durch Handel zu erreichen: Wandel durch Handel.

Wir leben schließlich auf demselben Kontinent.

Wie friedlich war es noch bis August 2013 beim Umgang zwischen EU und Rußland zugegangen, und dann brachten schon im Januar 2015 sowohl Rußland und als auch NATO ihre Truppen in Stellung und es gibt heftige kriegerische Aktionen in der Ostukraine mit Tausenden von Toten und zerstörten Häusern.

Es gab sogar schon am 19.2.2015 die Forderung nach einem robusten Mandat für EU-Militär in der Ostukraine. In Sicht auf den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Befehl Hitlers auf Rußland und besonders unter Berücksichtigung der Vorfälle bei Stalingrad 1942/1943 dürfen keine deutschen Soldaten mehr gegen Rußland eingesetzt werden, auch dann nicht, wenn EU und USA das fordern. Schon im Jahr 2014 ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2014 von gewichtigen Stimmen in USA und EU dazu gedrängt wurde, sich in heftigen Worten gegen den russischen Regierungschef Wladimir Putin zu stellen.

Deutschland darf sich von EU und USA nicht gegen Rußland aufhetzen lassen.

Das Dumme ist, daß die Repts in den USA so verbohrt sind in ihrem Haß auf den UdSSR-Nachfolger Rußland, daß sie nicht verstehen können, daß sie sich nicht gleichzeitig einen Krieg gegen Rußland und China leisten können. Für die USA und vor allem für die Bürger der USA ist Rußland immer noch der schlimme Feind – aber Stalin ist schon lange tot, und Adolf Hitler, der das alles verschuldet hat, ist noch 8 Jahre früher gestorben.

Deutschland steht nicht mehr unter der Herrschaft von Adolf Hitler, Rußland nicht mehr unter der Herrschaft von Stalin, und China nicht mehr unter der Herrschaft von Mao Tse-tung.

Es war Adolf Hitler, der den Krieg gegen die UdSSR im Juni 1941 begann, 129 Jahre später nach dem Überfall von Napoleon auf Rußland.

Es ist falsch, den Russen immer noch die furchtbaren Verbrechen Stalins vorzuwerfen.

Die Welt hat sich gewandelt. Heute sind die Russen unsere lieben Freunde und die Ukraine-Krise hat möglicherweise der Westen verschuldet.

1898 haben die USA – 8 Jahre nach dem letzten Massaker der US-Army an Indianern (Lakota) bei Wounded Knee mit 300 getöteten Frauen und Kindern – damit begonnen, Hawaii zu annektieren mit folgender Methode: Zahlreiche US-Bürger wanderten nach Hawaii ein und nach angemessener Zeit machte man eine Volksabstimmung über die Bereitschaft der Bürger von Hawaii, den USA beizutreten. Inzwischen waren aber so viele US-Bürger in Hawaii, daß sie mit ihrer Stimme zum Anschluß an die USA den Ausschlag gaben.

Dasselbe hat Rußland unter der Führung von Wladimir Putin ab 2014 mit der Krim gemacht, allerdings mit sehr viel größerer Berechtigung, denn Rußland hat über fast 2 Jahrhunderte Kriege gegen die Türken um den Besitz der Krim geführt und diese auch erobert.

Die Sanktionen des Westens gegen die Russen infolge der Einverleibung der Krim nach 2014 und die Verstärkung dieser Sanktionen durch die USA 2017 sind eskaliert – seltsamerweise werden den Bürgern von ihrer politischen Führung aber immer die Vorteile der Deeskalation besungen. Die typisch menschliche Mentalität der Vergeltungssucht haben schon Gautama Siddharta, der Buddha, um 480 v.Chr. und Jesus Christus, der Heiland, um 500 Jahre später als falsch bezeichnet und dazu aufgerufen, Rachedgedanken zu überwinden und statt dessen Verzeihung zu üben.

Für die Westeuropäer wird es entscheidend wichtig werden, mit den Russen zu einem guten Verhältnis zu kommen, das nicht immer wieder durch irgendwelche Aktionen gestört wird.

Viele Bürger der USA sind durch die Vorgänge im Kalten Krieg von 1947 bis 1990 so traumatisiert, daß sie Rußland permanent als Feindesmacht betrachten.

Von den Westeuropäern – Frankreich und das Deutsche Reich führten jeweils Kriege gegen Rußland, ohne provoziert worden zu sein – muß also die Verständigung mit Rußland ausgehen, und das könnte vielleicht dadurch am besten erfolgen, indem man die Visumpflicht für russische Staatsbürger aufhebt. Der Westen darf sich nicht gegen Rußland abkoppeln, sondern muß im Gegenteil den kulturellen Austausch mit Rußland sehr intensiv fördern.

Frankreich und Deutschland, deren im maskulinistischen Cäsarenwahn gefangene Führer Napoleon Bonaparte und Adolf Hitler Rußland überfallen haben, sollten bei der Versöhnung mit Rußland vorangehen, und Deutschland sollte bei dem ehemaligen Stalingrad damit anfangen.

Nur eine Frage: Haben Spitzenpolitiker von Frankreich und Deutschland schon einmal wegen ihrer Überfälle auf Rußland zu entschuldigen versucht ?

Zum Problem der Majdan-Revolution: Wir haben folgende unterschiedliche Sichtweisen zu den Vorfällen in der Ukraine ab September 2013:

- Was die westlichen Medien melden: Da ist die unterdrückte Bevölkerung in der Westukraine, die sich spontan gegen den amtierenden Regierungschef erhebt, weil der plötzlich einen Vertrag mit der EU ablehnt. Der amtierende Boxweltmeister Vitali Klitschko verleiht diesem Aufstand eine besondere Note, ebenso die widerrechtlich in Haft gehaltene frühere Staatschefin Timoschenko. Die Revolution gelingt, Timoschenko wird befreit und der verhaßte Diktator flieht nach Rußland. Es bildet sich in Kiew eine EUfreundliche Regierung. Das ist wie im Film über eine Revolution.

- Was Rußland und besonders Putin denken: In Kiew stacheln westliche Geheimdienste die Bevölkerung auf und zetteln eine Revolution an, weil der amtierende Regierungschef plötzlich einen schon lange geplanten Vertrag mit der EU nicht mehr schließen will. Die Revolution führt im Westen der Ukraine zum Erfolg, was Putin in den Augen seiner Landsleute sehr schadet. Sobald die Olympischen Spiele vorbei sind, beginnt Putin mit der Gegenrevolution, beginnend bei der Krim, um sein Gesicht vor den Russen zu wahren und nicht in Folge davon eine Revolution im eigenen Land zu erleben. Das ist wie im Film über geheimdienstliche Aktionen im Ausland.

Wie man aus dem Internet erfährt, führt die Geschichte der Ukraine in die Epoche der unsäglichen nationalistisch-militaristischen Strömungen der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts mit den Gegenspielern Adolf Hitler und Stalin zurück.

Hier sollte man sofort die Bremse einlegen, um nicht diese widerlichen Geister wieder zum Leben zu erwecken, aber leider muß man sich doch damit beschäftigen.

Zu Zeiten der UdSSR beherbergte das Staatsgebiet der heutigen Ukraine unterschiedliche Populationen, vor allem die Kartoffelbauern (Kulaken) im Westen und die Kohlenarbeiter im Osten vor allem im Dombass-Becken, das als Industriegebiet von Stalin gefördert wurde, auch durch Zuwanderung von Russen. Zu Zeiten der Einbindung der Ukraine in die UdSSR wurde erst spät festgelegt, was das Staatsgebiet der Ukraine sein sollte (das betrifft besonders die Verfügungen von Nikita S. Chruschtschow zur Krim).

Michail Gorbatschow ermöglichte den Fall der Mauer in Berlin 1989 und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1991. Damit beendete er den Kalten Krieg und bald darauf gab es auch das Regime UdSSR nicht mehr. Von den westlichen Politikern und Journalisten ist ganz entschieden zu verlangen, daß sie die politischen Aktionen des damaligen Regierungschefs der UdSSR und Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, die zum

Ende des Kalten Krieges und zur Auflösung der UdSSR und zum Ende der KPdSU führten, voll würdigen und in ebenbürtigen Aktionen bzw. historischen Analysen belohnen.

Vor allem ist von den westlichen Staaten zu verlangen, daß sie die Auflösung der UdSSR nicht als Schwäche Rußlands betrachten, sondern als sittlich-moralische Stärke Rußlands, die vom Westen durch ebendasselbe belohnt werden muß.

Das Weltreich der UdSSR verging tatsächlich und Rußland mußte vorliebnehmen mit den Staaten der heutigen Russischen Föderation, aber die Russen sollten auch geistige Einkehr halten, denn die Flucht der vielen Staaten des ehemaligen Ostblocks aus der „Gemeinschaft der slawischen Brudervölker“ beweist eindeutig: Polen, CSSR, die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), Georgien, Moldawien, Westukraine ... haben offensichtlich gute Gründe dafür, sich den westlichen Staaten anzuschließen – warum wohl ?

Es wäre für die Russen wirklich gut, wenn sie einmal versuchen würden, sich in die Bürger dieser Staaten zu versetzen. Es ist besonders an die Begleitumstände der langjährigen Zarenherrschaft über Polen (verlässliche Quelle: Die Berichte von Marya Sklodowska-Curie) und die systematische Russifizierung Litauens zu Zeiten der UdSSR zu erinnern.

Die Russen lieben die harte Unterdrückung ihrer Nachbarn und ein imperiales Gehabe – dafür nehmen sie gerne sehr enge wirtschaftliche Lebensbedingungen für sie selber in Kauf.

Anfang April 2014 trennte sich die Krim per „Volksentscheid“ von der Ukraine und Rußland übernahm die Krim in die Russische Föderation. Man muß den historischen und militärischen Hintergrund für die Annektierung der Krim durch Rußland beachten.

Rußland hat im Verlauf von 2 Jahrhunderten um die Krim gekämpft und dann von den Türken erobert. Z.Z. der UdSSR – 1954 – wurde von Chruschtschow die Krim an die Ukraine gegeben. Chruschtschow ist in der Ukraine geboren worden.

Na ja, es heißt: Geschenkt ist geschenkt, und wiederholen ist gestohlen.

Z.Z. der UdSSR war bei Sewastopol auf der Krim die Marine stationiert. Man muß sich nun vorstellen, was für gewaltige Hafenanlagen und Bauten zu Lande für den Marinehafen der Flotte der UdSSR notwendig gewesen sind. Hätte man je erwarten können, daß Rußland alle diese Anlagen auf der Krim einer westlich orientierten Ukraine überlassen hätte ?

Der Protest der westlichen Politiker und Journalisten gegen die Annektierung der Krim unter diesen Umständen ist sehr scheinheilig.

Stalin hatte die Krimtataren (um 500000 Menschen) deportieren lassen und Russen für Bau und Unterhalt der militärischen Anlagen auf die Krim geholt. Mit dem Zerfall der UdSSR fiel die sowjetische Flotte an Rußland, und solange die Krim zur rußlandfreundlichen Ukraine gehörte, beließ man die Krim samt der militärischen Anlagen für die Marine bei der Ukraine.

Die Annektierung der Krim erfolgte unter großem Einsatz russischer Elitetruppen, die keine Nationalitätskennzeichen auf ihrer Kleidung hatten.

Vor der Abtrennung der Krim von der Ukraine und Eingliederung in den direkten russischen Machtbereich hatte der neue starke Mann der Krim gefordert, daß die Russen auf der Krim vor den Ukrainern beschützt werden müßten und daß er dazu Rußland ausdrücklich um Hilfe ersuchte.

Nach erfolgter Abspaltung und Eingliederung der Krim wiederholte derselbe Mann mit fast denselben Worten dieses Hilfeersuchen an Rußland für die Ostukraine, wo sehr viele Russen leben, was der Normalbevölkerung der EU-Staaten völlig unbekannt war.

Die Gegenrevolution in der Ostukraine erfolgte zuerst nach dem Muster auf der Krim, aber nachdem die Regierung in Kiew Militär in die Ostukraine geschickt hatte, um die Revolution niederzuschlagen, erhielten die Separatisten der Ostukraine und ihre Unterstützer aus Rußland schwere Waffen (Panzer, Artillerie, Raketenwerfer ...). Die anfänglichen Erfolge des westukrainischen Militärs wurden durch diese intensive Militärhilfe aus Rußland für die Separatisten beendet und im Februar 2015 machten die Separatisten große Geländegewinne.

Im April 2014 kam im Westen die Sorge auf, daß sich Putin nicht mit der Krim begnügen und weitere Teile der Ukraine annektieren wolle – das wurde durch die Zusammenziehung von 40000 Soldaten an der Westgrenze Rußlands verstärkt.

Manche Leute glaubten im Westen, daß Putin dahin strebe, die russische Föderation auf die ehemaligen Grenzen der UdSSR auszudehnen.

Es sollte auf jeden Fall betont werden, daß vor der Euro-Majdan-Revolution ab September 2013 in Kiew das Verhältnis Ost-West sehr hoffnungsvoll gewesen war. Die Russen nicht nur

in Rußland waren und sind der Meinung, daß die Euro-Majdan-Revolution von westlichen Geheimdiensten angezettelt und gesteuert worden ist. Nach Meinung der Russen gingen die feindlichen Aktionen immer vom Westen aus, und dann zog Putin entsprechend nach.

Die Regierung in Kiew schickte also Militär, um die Ostukraine durch Waffengewalt im Staatsgebiet der Ukraine zu halten, und das anscheinend mit Zustimmung der Regierungen der EU-Staaten, was eigentlich ganz erstaunlich ist, denn da ist einzuwenden:

Nach dem 2. Weltkrieg gehörte es in den westlichen Staaten nicht mehr zum politischen Handeln, abtrünnige Volksgruppen, Departements, Bundesstaaten ... mittels Waffengewalt im Staatsverband zu halten.

Bei den westlichen Staaten galt die Verpflichtung zum Referendum und dessen Achtung:

- Nach dem 2. Weltkrieg wollten die Saarländer wieder zu Deutschland. Es gab eine Abstimmung und weil die Mehrzahl der Saarländer sich gegen einen Verbleib im Staatsgebilde Frankreich entschieden, stimmte Frankreich zu und das Saarland kam zu Deutschland.
- Charles de Gaulle heizte bei seinem Besuch in Quebec, Ostkanada, die Gemüter der Französischstämmigen auf und es kam zur Abstimmung, ob Quebec aus dem Staatsverband Kanada ausscheren sollte. Die Mehrzahl der Einwohner von Quebec war aber gegen die Separation und so verblieb Quebec in Kanada.
- Im Jahr 2014 wollten sich viele Schotten aus dem UK verabschieden und es kam zur Abstimmung. Die Mehrzahl war aber für ein Verbleiben von Schottland im UK, wenn auch knapp. Auch das wurde friedlich akzeptiert.

Gewichtige Frage: Wenn die Ukraine so gerne sich westlichen Standards annähern wollte und noch will, warum schickte Kiew dann Panzer und Truppen in die Ostukraine, um die Abspaltung zu verhindern ?

Nach westlichem Vorbild hätte eine von allen Staaten anerkannte Abstimmung durchgeführt werden müssen – und das Ergebnis wäre bindend gewesen.

Noch wichtigere Frage: Warum haben die westlichen Staaten nicht Kiew daran gehindert, sein Militär in die Ostukraine zu schicken, um das Problem militärisch zu lösen ?

Es hätte eine Abstimmung unter internationaler Kontrolle stattfinden müssen.

Die „Abstimmung“ in der Ostukraine, die tatsächlich stattgefunden hat, konnte von der Weltöffentlichkeit nicht kontrolliert und akzeptiert werden.

Auf jeden Fall ist von einem Staat mit westlicher Orientierung zu verlangen, daß er innenpolitische Differenzen nicht mit Kanonen und Panzern zu lösen sucht, und von den westlichen Staaten ist zu verlangen, daß sie dieses Prinzip befolgen, vor allem von denen, die sich der EU zuwenden wollen.

Forderung: Die westlichen Staaten haben von der Regierung in Kiew zu verlangen, daß das ukrainische Militär sofort abzuziehen ist und die vom Militär bewirkten Schäden im vollen Umfang ersetzt werden (sicher vor allem mit westlicher Hilfe).

Es ist ganz erstaunlich und läßt tief blicken, daß das bisher noch nicht geschehen ist, ja daß man im Gegenteil den Eindruck hat, daß Kiew bei seinen Militäraktionen gegen die Ostukraine vom Westen ermuntert und unterstützt wird.

Vermutlich ist seit Mitte 2013 ein Poker um die Ukraine im Gange, von dem vermutlich die wenigsten Politiker und Journalisten der EU-Staaten eine Ahnung hatten. Mit der Euro-Majdan-Revolution in Kiew begann das Pokerspiel erkennbare Formen anzunehmen, besonders für den Geheimdienstspezialisten Wladimir Putin. Rußland ist in diesen Poker voll eingestiegen, bei dem auch Putin austestet, wie weit er gehen kann, durch seine Erfolge übrigens mit steigendem Ansehen bei den Russen.

Ab Mitte 2014 meldeten die westlichen Medien, daß Rußland erhebliche Mengen an schweren Waffen und Truppen in die Ostukraine zur Unterstützung der Separatisten geschickt habe. Die Ostukraine liegt direkt vor der Haustür Rußlands. Der Transport über die offene Grenze Ukraine-Rußland erforderte nur kurze Wege und konnte schnell erfolgen.

USA und EU entschlossen sich wegen der nachgewiesenen Beteiligung Rußlands am Krieg in der Ostukraine zwischen prorussischen Separatisten und Kiew-treuen Truppen zu Sanktionen gegen Rußland, wozu ein umfassender Lieferstopp gehörte, der natürlich Deutschland besonders traf. Sanktionen gegen die Westukraine, die zuerst ihr Militär in die Ostukraine geschickt hatte, wurden in den Medien überhaupt nicht diskutiert, ja man diskutierte noch

nicht einmal über die rechtmäßige Grundlage für die Entsendung Kiew-treuer Truppen in die Ostukraine – das ist schon eigenartig.

Nicht nur Rußland, sondern auch die EU-Staaten wurden durch die Sanktionen gegen Rußland wirtschaftlich geschädigt, und besonders von ihnen Deutschland.

Internationale Kapitalanleger zogen ihr Geld aus Rußland ab und reiche Russen taten dasselbe, um ihr Geld im Ausland anzulegen. Der Rubel verlor stark an Wert.

Im Herbst 2014 warfen die USA große Mengen an Erdöl auf den Markt (durch Fracking gewonnen) und der Preis für das Barrel Erdöl sank auf weniger als die Hälfte. Im Februar betrug der Preis für ein Barrel Erdöl weniger als 50 US\$.

In der Folge sanken die Staatseinnahmen der Staaten rapide, die vor allem vom Export von Erdöl und Erdgas lebten wie Rußland und Venezuela.

Sanktionen ... ! George W. Bush jun. begann in Folge des islamistischen Terrors am 11.9.2001 den 2. Irakkrieg im Frühjahr 2003, wobei er den Angriff gegen den Irak damit rechtfertigte, daß Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfügen würde.

Im Westen waren bis April 2003 viele Stimmen laut geworden, die gegen den 2. Irak-Krieg gesprochen hatten. George W. Bush jun. machte sich über die zögerlichen westeuropäischen Staaten lustig und beschaffte sich Hilfstruppen bei Staaten, die sich vom russischen Joch nach 1991 hatten befreien können, wie z.B. Polen. Bush bezeichnete die zögerlichen westeuropäischen Staaten als das alte Europa und seine dankbaren Helfer aus Osteuropa als das junge Europa.

Dieser militärische Einfall in den Irak war nicht durch einen UNO-Beschluß abgedeckt und nach Kriegsende fand man ferner keine Massenvernichtungswaffen im Irak. Es stellte sich dann nach dem 2. Irak-Krieg heraus, daß die Geheimdienstberichte über die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak bewußte Fälschungen von US-Geheimdiensten gewesen waren, um einen Kriegsgrund herbeizulügen.

Bis Anfang 2015 schätzt man die Anzahl der irakischen Todesopfer in Folge von Krieg und Nachkriegszeit auf 1 Million und die Anzahl der getöteten US-Soldaten auf fast 10000.

George W. Bush jun. hat einwandfrei ein Kriegsverbrechen begangen, aber er ist deswegen weder in den USA noch von der UNO angeklagt worden. Die EU hat nicht zu Sanktionen gegen die USA wegen ihres Kriegsverbrechens im Irak aufgerufen.

Sanktionen ... ! Israel hat in mehreren Kriegen die Gebiete der Palästinenser mit Bomben belegt, wobei Zehntausende von Wohnungen zerstört und Tausende von Palästinensern getötet wurden. Die Bomben waren von den USA geliefert worden. Die Ideologie der israelischen Regierung: Thora und disproportionale Verteidigung. Die EU hat in keinem Fall zu Sanktionen gegen Israel wegen seiner Kriegsverbrechen in Palästina aufgerufen.

Sanktionen ... ! China hat sofort nach dem Ende der Revolution 1949 unter Mao Tse-tung Tibet besetzt (1950/51) und beging dort zahlreiche Kriegsverbrechen – bis heute.

Als Studenten 1989 in Peking auf dem Tian'anmen-Platz (Platz des himmlischen Friedens !) gegen die Regierung protestierten und mehr Demokratie forderten, setzte die Regierung Panzer gegen sie ein. 5000 Studenten fanden einen gewaltsamen Tod. Bisher unterdrückt die chinesische Regierung alle Berichte darüber. Seit dem Jahr 2000 sucht China immer öfter Streit mit Vietnam, Japan und Taiwan. Das alles hat aber den Westen nicht daran gehindert, die lebhaftesten wirtschaftlichen Beziehungen mit China zu unterhalten und China in nur 30 Jahren zur Produktionsstätte des Westens zu machen. China droht noch heute nicht nur dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter (Dalai Lama), der so klug gewesen ist, Tibet nach seiner Besetzung bis 1951 rechtzeitig zu verlassen, sondern auch westlichen Staaten, die den Dalai Lama zu einem freundlichen Besuch auffordern. Die EU hat nicht zu Sanktionen gegen China wegen seiner Kriegsverbrechen in Tibet aufgerufen.

Die USA unter George W. Bush jun. und Israel unter Netanjahu haben mit den Methoden des 19. und 20. Jahrhunderts Irak bzw. Palästinensergebiete bekämpft.

China unter Deng Xiaoping setzte Militär gegen Studenten mit 5000 Todesopfern ein und China besetzt Tibet bis heute.

Gegen USA, Israel und China gab es keine Sanktionen.

Die gewaltsame Euro-Majdan-Revolution begann in Kiew und Putin hat dann die Krim fast ohne Anwendung von Waffen annektiert, wobei nur wenig Menschen zu Schaden kamen. Die Revolution der prorussischen Separatisten in der Ostukraine wurde erst dann kriegsmäßig, nachdem Kiew sein Militär dorthin geschickt hatte.

Im Poker um die Ukraine hat also Rußland immer nur nachgezogen - gegen Rußland gab es aber Sanktionen, die im Januar 2015 besonders vom amtierenden Präsidenten der Europäischen Kommission vehement vertreten wurden. Messen mit zweierlei Maß ? Das ist kein Kompliment an die westlichen Medien und Politiker ! Man hätte schon ab Mitte 2013 Rußland einbeziehen müssen und Kiew hätte niemals Militär in die Ostukraine schicken dürfen !

Es kann sein, daß die Krim von Chruschtschow an die Ukraine als Wiedergutmachung erfolgte für die Völkermorde im Auftrag Stalins an den Ukrainern 1932/33 und an den Kulaken im Winter 1940/41 mit jeweils etlichen Millionen Hungerstoten. Die Russen sagen: „Das war Stalin gewesen; das waren nicht wir.“ Warum können sie das denn so leicht sagen ? Weil USA, England, Frankreich, Spanien ... die von ihnen begangenen Völkermorde so vertuschen wie die Türkei ihren Völkermord an den Armeniern von 1875 bis 1915. Besonders die Ureinwohner Amerikas, die Indianer, haben am meisten unter diesen Staaten zu leiden gehabt, mit vielen Millionen Zwangsarbeitern in den Minen und auf Feldern und 8 Millionen Toten – aber z.B. Cortez und Pizarro werden heute noch als Nationalhelden gefeiert. Die Ursache davon ist, daß im Mai 1945, nach der Kapitulation Deutschlands, die Alliierten das Konzept verfolgten, sich nicht gegenseitig ihre Kapitalverbrechen und Völkermorde anzulasten:

- In Amerika wurden also die Indianer von USA und Kanada in Nordamerika und von Brasilien, Bolivien usw. in Südamerika weiterhin entrechtet, verfolgt und gedemütigt.
- England führte also mit harter Hand seine Kolonien weiter, auch in Irland im europäischen Raum.
- Frankreich spielte sich also in Indochina und Algerien als naturgegebene Herrschaftsmacht auf.
- Stalin baute seine Gulags besonders am Jennissei, dem Fluß der Tränen, weiter aus. Dort starben Hunderttausende von Russen.

So sieht die sittlich-moralische Bastion aus, von der heraus USA und die westlichen EU-Staaten zu operieren glauben. Staaten und Reiche haben ihre Glanzzeiten – und die Kehrseite gibt es auch. Mika Waltari in „Sinuhe der Ägypter“: „Reiche wechseln, Völker stehen auf und verschwinden wieder, Ruhm und Ehre wechseln schattenhaft ... „ Gerade im 20. Jahrhundert haben wir die Wahrheit dieser Worte erfahren können. Nach dem von Adolf Hitler verursachten 2. Weltkrieg erfuhr Deutschland die Großmut der USA zu Zeiten der Berlin-Krise nach dem 2. Weltkrieg, als die Rosinen-Bomber Berlin versorgten, und es erfuhr auch die Großmut Rußlands, nicht nur als der Eiserne Vorhang fiel. Der Kalte Krieg von 1947 bis 1991 ist vorbei und wir sollten dafür dankbar sein.

Wir sollten auch dankbar dafür sein, daß es während der Kuba-Krise 1962 nicht zum 3. Weltkrieg gekommen ist. John F. Kennedy als vermutlich der hervorragendste Politiker des 20. Jahrhunderts hat 1962 z.Z. der Kuba-Krise „die Welt gerettet“, aber ohne die Einsicht von Nikita S. Chruschtschow wäre auch ihm das nicht möglich gewesen.

Auch Nikita S. Chruschtschow verdient in mehrfacher Hinsicht Lob, u.a. wegen seiner realistischen Einschätzung der Psyche von Mao Tse-tung und seinem Bruch mit China.

Wir sollten endlich aus dem mörderischen Schatten von Stalin und Hitler heraustreten.

Nach dem herbeigelogenen Irak-Krieg sollte jedermann im Westen damit aufhören, alle Aktionen der USA durch die rosarote Brille zu sehen, auch nicht die Einkreisungs- und Bedrohungsphantasien um Rußland, die vermutlich bei der Euro-Majdan-Revolution den ganzen Poker um die Ukraine ausgelöst haben. Jedermann weiß heute, daß sich die USA via 16 Geheimdiensten in die Belange anderer Staaten einmischen, diese nicht nur beeinflussen, sondern sogar gängeln wollen, und wenn das nicht so funktioniert, wie sie wollen, zetteln sie dort politische Unruhen, Aufstände ... an. Das wird gestützt durch die 2014 diskutierte NSA-Affaire, bei der die USA wegen der Abhörung von Politikern auch befreundeter Staaten in ein seltsames Licht gerückt werden, neben Kanada, England, Australien und Neuseeland.

Diese 5 Staaten nennen sich die Five Eyes. Sie wollen angeblich westliche Werte in der Welt verbreiten, aber noch 1994 verbrachte Kanada Indianerkinder in „Erziehungsanstalten“, wo

sie gedemütigt und vergewaltigt wurden – es waren ja nur Indianer, und wer Mensch ist, das bestimmt die kanadische Regierung. Viele dieser Indianerkinder wurden schwer krank und um die 3000 Indianerkinder starben sogar unter der Obhut der Regierung – noch bis 1994 ! Noch heute geht es einem sehr schlecht, wenn man Indianer in Amerika ist.

### **Der Pfad der Tränen oder Trail of Tears der Cherokees**

Die US-Regierung beschloß im Indian Removal Act von 1830 die militärisch erzwungene Umsiedlung der indianischen Stämme Muskogee (Creek), Cherokee, Chickasaw, Choctaw und Seminolen, obwohl gerade diese versucht hatten, sich an die Lebensweise der Kolonisten anzupassen. Besonders die Cherokees gaben ein Musterbeispiel für eine Anpassung an „zivilisierte christliche“ Lebensweise ab.

Das beeindruckte besonders den US-Präsidenten Andrew Jackson gar nicht. Zwischen 1831 und 1839 wurden die o.g. Stämme brutal zu Abtretung, Landtausch, „Verkauf“ ... ihrer angestammten Gebiete in den Südstaaten oder durch Einsatz des Militärs zur Räumung gezwungen. Die Umsiedlung erfolgte in Trecks, von amerikanischen Truppen begleitet.

Auf dem Weg in die neu eingerichteten Indianerreservate starb über ein Viertel der Indianer und der sie begleitenden afroamerikanischen Sklaven durch Krankheiten, Erschöpfung, Kälte und Hunger.

Rund 13.000 internierte Cherokee verbrachten den Sommer in den Lagern. Krankheiten grassierten, und weiße Händler schmuggelten Alkohol in die Forts, der die desolate Situation zusätzlich verschlechterte. Einige Historiker gehen davon aus, dass in dieser Phase der Umsiedlung bereits mehr Cherokee starben als auf dem Weg in die neuen Siedlungsgebiete. Die Bedingungen, unter denen die von den Cherokee auch als „Marsch der tausend Meilen“ bezeichnete Umsiedlung 1838 begann, waren katastrophal. Die Cherokee weigerten sich die Lager und damit ihre Heimat zu verlassen. Sie wurden mit Waffengewalt und Schlägen gezwungen, sich in Bewegung zu setzen. Es litten die Cherokee unter Winterstürmen mit Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt. Neben den Todesfällen durch Erfrieren, aufgrund sehr knapper Rationen verursachter Unterernährung, durch Unfälle und Erschöpfung starben weitere Stammesmitglieder an Krankheiten wie Masern, Cholera, Keuchhusten und Ruhr. Dies betraf besonders die Kinder und die Ältesten des Volkes, für die der bis zu sechsmonatige Fußmarsch in das knapp 2.000 Kilometer entfernte Indianer-Territorium kaum zu bewältigen war.

Um die weitere Akkulturation im Sinne der Weißen zu fördern, wurde den Indianern durch verschiedene staatliche Regelungen untersagt, ihre Kultur zu pflegen. Dazu gehörte das Verbot, ihre Sprachen zu sprechen, und die Kinder wurden in staatliche Schulen gezwungen, um die Kultur der Weißen bereits früh zu assimilieren. Traditionell verankerte Konzepte wie die Weitergabe des indianischen Wissens über die Nutzung von Heilpflanzen, herkömmliche Handwerkskunst, aber auch die matrilineare Struktur vieler Stämme und die mündliche Weitergabe der indianischen Geschichte wurden erschwert, in einigen Fällen auch teilweise oder vollständig unterdrückt.

Bis 1994 hat die kanadische Regierung aus indianischen Familien die Kinder geholt und steckte die in Erziehungsheime, wo viele dieser Kinder krank oder vergewaltigt wurden oder gar starben.

### **Völkermord und Landraub an den Indianern**

Zwischen 1840 und 1880 versuchten viele Indianerstämme, allein oder über Zusammenschluß, gegen die landhungrigen Amerikaner vorzugehen, aber die USA gingen mit größter Brutalität gegen die Indianer vor. Ihre Verträge mit den Indianern achteten sie für nichts.

Die militärische Gewalt der Eroberer war gnadenlos:

- 1864 wurde ein Cheyennelager von J.M. Chivington vernichtet, eingeschlossen Frauen und Kinder. Chivington, ein Prediger: "Aus Nissen werden Läuse." Die Friedensverhandlungen im Oktober 1867 bei Medicine Lodge in Kansas mit 5000 Komantschen, Apatschen, Kiowas, Cheyennes und Arapahoes waren ein Mißerfolg, und der Indianerkrieg ging weiter.

- Im November 1868 vernichtete das 7. Kavallerieregiment unter General George Armstrong Custer das Lager von Häuptling Schwarzkessel (Cheyenne) am Wichita River. Frauen und Kinder wurden immer ebenfalls getötet.



- General Philip Henry Sheridan hatte sich im Sezessionskrieg sehr hervorgetan und wurde Oberkommandierender der Streitkräfte im Krieg gegen die Indianer. Er war als Indianerhasser bekannt.

- Auch General William Tecumseh Sherman, bald Oberbefehlshaber, war unerbittlich. Er kam 1871 nach Fort Sill. Auf der Gegenseite hatte sich Quanah Parker so hervorgetan, daß er im Alter von 26 Jahren (1871) Häuptling der Quahadi und Oberhäuptling aller Komantschen wurde. Am 25.9.1872 wurde das Dorf von Quanah - er war gerade auf der Büffeljagd vom 4. Kavallerieregiment unter Generalmajor Ranald Slidell Mackenzie vernichtet, ein Lager mit 262 Zelten, an der Nordgabel des Red River. Hauptphase und Schluß der Indianerkriege im Südwesten gegen die Komantschen waren 1873/74. Mit allen Mitteln wurden die Büffel von Büffelschlächtern mit weittragenden Mehrladergewehren vernichtet, da sie die Grundlage der Ernährung der freien Indianer waren. Die Schlacht von Adobe Walls - 700 Indianer gegen 28 Büffeljäger mit guten Mehrladergewehren - endete mit riesigen Verlusten der Indianer. Nach mehreren weiteren Kämpfen ging Quanah auf das Angebot von Mackenzie ein, in ein Reservat zu ziehen. Am 2.6.1875 ergaben sich in Fort Sill Quanah, 100 Quahadi sowie 300 Frauen und Kinder.

- 1874 wurden die Goldvorkommen durch General Custer in den Black Hills untersucht mit dem Ergebnis von Verhandlungen 1875 auf dem Lone Tree Council, wo die Oglala die Black Hills an die USA verkaufen sollten. Häuptling Gefleckter Schweif, für diesen Verkauf gar nicht ermächtigt, stimmte zu, aber die freien Indianer lehnten ab. 1876 erging an die freien Oglala das Ultimatum, die Black Hills herauszugeben und in ein Reservat zu ziehen, andernfalls drohte Enteignung durch Krieg. Nicht vergessen: Ein Ultimatum an die rechtmäßigen Ein- oder Bewohner, ihr Land zu räumen!

Hier ist eine Beschreibung des Lebens der Indianer in ihren Reservaten angebracht: Im Winter starben viele Alte und Kinder, weil sie im Wald kein Holz schlagen durften. Wer ertappt wurde, dem drohte Erschießen. Das Essen stank und war katastrophal schlecht. Decken, Kleidung und Zelte waren total zerrottet. Die Indianer wurden mit Verachtung und Hochmut behandelt, schlechtweg gemein. So war es kein Wunder, daß die Indianer nicht in die Reservate wollten und den Tod in Freiheit vorzogen.

Zum Chivington-Massaker: Am 29.11.1864 wurde das Winterlager der beiden Cheyenne-Häuptlinge Kriegshaube und Weiße Antilope durch J.M. Chivington und seine Truppen in der Nacht überfallen und alle Bewohner (um 300 Menschen) getötet. Chivington war Oberst und Methodistenprediger, eine interessante und aufschlußreiche Mischung. Er predigte das "Wort Gottes": "Every Indian is a bad Indian, only a dead Indian is a good Indian."

Ebenfalls wurde das Lager der Cheyenne am Sand Creek überfallen, weit südlich des Platte River. Hier hatte sich Chivington etwas ganz besonders ausgedacht: Den Cheyenne war das Lager von der US-Army zugewiesen worden und die Waffen hatten sie abliefern müssen. Häuptling Schwarzkessel war zu Friedensverhandlungen nach Denver geritten. Der Methodistenprediger und fromme "Christ" Chivington überfiel mit seinen Soldaten auch dieses Dorf (Indianer ohne Waffen und ohne ihren Häuptling).

Der überlebende Rest der Cheyenne flüchtete in das Oglala-Gebiet. Woanders kamen Oglala-Indianer den Cheyenne zu Hilfe, wenn diese von einer Übermacht an Soldaten angegriffen wurden. In der Folge kam es zum Aufstand der Dakota, Cheyenne und Arapahos, wobei der General Connor mit seinen Obersten Walker, Cole und Sawyer in der ersten Zeit etliche Niederlagen einstecken mußte.

Eine Eigenart von Regierung und Verwaltung der USA, das bis heute im Zusammenspiel oder in der selbständigen Arbeit von Geheimdiensten, Behörden und US-Regierung auswirkt, ist das Zurückhalten von wichtigen Informationen vor anderen konkurrierenden Behörden, Beamten, Regierungsmitgliedern:

1862 war ein Aufstand der Dakota wegen verbrecherischer Indianeragenten. Die Generäle Sibley und Sully schlugen ihn mit ihren Truppen nieder. Rote Wolke reiste zu vielen Indianerstämmen und rief sie zum Kampf gegen die Amerikaner auf. Wegen der Bemühungen von Pater de Smet kam 1863 der Frieden von Fort Laramie zustande. Das erklärte Ziel der USA war die bedingungslose Unterwerfung der Indianer, wobei sie ehrliche Unterhändler wie

Pater de Smet genauso betrogen wie die Indianer selber. Das zeigte sich auch sehr schön mitten in der Verhandlung in Fort Laramie, wo auch die später so berühmten Häuptlinge

- Sitting Bull (Sitzender Büffelstier, Tatanka Yotanka) und
- Rain in the Face (Regen ins Gesicht, Ite o Magazu) anwesend waren.

In die Friedenskonferenz platzten 700 Mann der Staatenarmee,

- das 2. US-Kavallerieregiment und

- das 18. US-Infanterieregiment unter Oberst Henry B. Carrington

mit dem Ziel, alle noch freien Indianer in die Reservate zu bringen. Weder hatte Carrington eine Ahnung von den laufenden Friedensverhandlungen in Fort Laramie noch hatten die dortigen Unterhändler, also der Kommandant von Fort Laramie und seine Offiziere, eine Ahnung von dem Anmarsch der US-Regimenter. Natürlich platzten die Friedensverhandlungen, und alle Bemühungen von Pater de Smet (seine Vorstellung vom "Wort Gottes") waren nicht nur vergeblich gewesen, sondern hatten auch den integren Pater de Smet selber in Verruf gebracht - wie auch seine „christliche“ Religion !

Ein weiteres Kennzeichen der Strategie ist die Vertragsbrüchigkeit auf Regierungsebene der USA, weshalb die Indianer sagten: „Die Verträge der Weißen sind auf Wasser geschrieben.“

Noch 1877 verfügte die US-Regierung die Deportation der gefangenen Cheyenne nach Darlington, einem Indianerreservat in Oklahoma. Entgegen allen Versprechungen sahen die Cheyenne bei ihrer Ankunft in Oklahoma die ihnen zugeteilte Sandwüste. Kurz darauf starben viele Indianer an Hunger, Krankheit und sonstigen Mängeln und Entbehrungen. So wurde schon im nächsten Jahr der Ausbruch aus diesem KZ beschlossen, wobei 220 Frauen und Kinder mit 80 Kriegern zu Fuß den Marsch in ihre frühere Heimat begannen, über eine Strecke von 1600 km durch ein ihnen durch und durch feindlich gesonnenes Land. Sie wollten nur schnellstmöglich fort aus Hitze, Staub und Sand der Hölle von Darlington, hinauf zu den grünen Savannen und Waldungen in Nebraska und Wyoming, in das Gebiet ihrer Heimat zwischen den Black Hills und den Rocky Mountains. Ihr Häuptling Stumpfes Messer (Dull Knife) ist wegen seiner Klugheit und Umsicht in die Geschichte eingegangen. Diesen Namen hatte er von den Dakota bekommen. Seine Cheyenne nannten ihn Wo-ne-hir (Morgenstern). Das Wort Cheyenne kommt von dem Wort Sha-yi-yena, was ein Wort aus dem Sprachraum der Dakota ist und "Volk einer anderen Sprache" bedeutet. Sie selber nannten sich Dzi-tsiitsa, was einfach Volk heißt. Sie waren Algonkin und Feinde der Absaroka, Pawnees und Ojibwä. Wie die anderen Indianervölker besaßen auch die Cheyenne ihre speziellen Stammeslegenden. Eine davon war: Einstmals kamen ihre Vorfahren aus einer Region von Eis und Schnee in wärmere und fruchtbarere Gebiete, angeführt vom Großen Geist in Gestalt eines riesigen Hundes. Darum nannten sie sich auch Hundekrieger (dog soldiers). 1865 war ihnen im Harney-Sanborn-Vertrag von der US-Regierung ihr Heimatgebiet anerkannt und garantiert worden. Vor ihrem Ausbruch wandten sich die Häuptlinge der Cheyenne an den Indianeragenten, um eine Erleichterung ihrer Lage zu erreichen. Das waren Stumpfes Messer, Kleiner Wolf, Old Crow, Wild Hog, Wirres Haar und Strong Left Hand. Der Superintendent für Indianerfragen ließ ihnen die übliche Antwort erteilen: Kein Indianer darf das Reservat verlassen. Wer es dennoch verläßt, wird mit Waffengewalt zurückgeholt. Die Meinung von General William Tecumseh Sherman: Die Indianer dezimieren und den Rest nach Dry Tortugas in Florida schicken. General Philip Henry Sheridan, Befehlshaber aller US-Truppen an der Indianergrenze, alarmierte um 13000 Soldaten, um die Cheyenne zur Botmäßigkeit zu zwingen. Die Befehle gingen an die 4 Generäle George Crook, Bradley, Pope und Gibbon. Die Cheyenne flohen nach Norden, wobei sie zu Fuß über 50 km am Tag zurücklegten. Nach anfänglichen Mißerfolgen der anderen Militärs erhielt General Crook die Leitung aller Operationen zum Wiedereinfang der Cheyenne. Unter den 13000 aufgebotenen Soldaten befand sich auch das 7. US-Kavallerieregiment, das wieder neu aufgefüllt worden war (am 25.6.1876 war es von den Dakota vernichtet worden).

Im November 1876 wurde John D. Miles von US-Militärs zur Verantwortung für den Ausbruch der Cheyenne herangezogen, aber der verteidigte sich:

- Man hatte den Cheyenne nicht das gegeben, was ihnen nach dem Vertrag zugestanden hätte.

- Trotz Drängen von Miles hatte man den Indianern keine Arzneimittel gegeben.

- Auch im Winter hatten die Indianer keine Decken erhalten.

- Die Indianer bekamen viel zu wenig zu essen und waren durch Hunger extrem geschwächt und krankheitsanfällig.

- Von den tatsächlich an die Indianerreservationen abgeschickten Waren- und Nahrungsmittelladungen kamen nur wenige bei den Indianern an.

Es herrschte eine ungeheure Korruption bei den verantwortlichen US-Stellen, die für die Indianer zuständig waren. Vieles von diesen Darlegungen von Miles kam in die Zeitungen. Der Haß auf die Indianer war ungeheuer groß.

Das drückte sich auch in der Bezeichnung aus: Indianer = Bock, Indianerin = Kuh, Indianerkind = Ziege. Entsprechung seit 1945: Deutsche = Kraut, Japaner = Japse

Genau in diesem Sinne wurden die Soldaten auch erzogen. Nach 100 Tagen waren die Cheyenne immer noch frei, im Dezember 1877 kam eine Abteilung der Cheyenne während eines Scharmützels in Gefangenschaft auf Fort Robinson. Die Cheyenne (meistens Frauen und Kinder) sollten sofort nach Darlington zurückgeschickt werden. Während eines Blizzards konnten die Cheyenne aus dem Fort fliehen, aber nur weniger erreichten lebend die anderen Cheyenne. Nun erwachte das Gewissen der Presse und die Zeitungen warfen den Militärs ein schändliches Verhalten vor, worauf Sherman kniff. Der Rest der Cheyenne wurde "begnadigt" und durfte in den Black Hills bleiben, wohin sich Häuptling Kleiner Wolf mit etwa 100 Stammesbrüdern hatte flüchten können. Das wurde vom Innenminister Carl Schurz verfügt. 4 Jahre später kam Stumpfes Messer wieder dazu. Stumpfes Messer starb dort 1883, Kleiner Wolf, der den Rest seines Stammes gerettet hatte, 1909. Heute liegt die Reservation der Cheyenne im Norden von Montana nahe der kanadischen Grenze.

Ferner ist die ungeheure Brutalität und Grausamkeit ein Kennzeichen der US-Strategie gegen die Indianer gewesen, gegen die rechtmäßigen Eigentümer Nordamerikas. Das wird besonders bei den letzten Indianerkriegen deutlich, nämlich in den Kriegen gegen die Apache. 1835 wurde die Indianergruppe um San Juan (Mimbreno) in der Nähe von Chihuahua in der Sonora - nahe der unheilvollen Kupferminensiedlung Santa Rita del Cobro - durch Verrat und Kanonenfeuer bis auf wenige ausgelöscht.

Das geschah auf folgende Weise: Im Süden New Mexicos lehnten die Indianer eine "herzliche" Einladung zu einem Fest und Besäufnis selten ab, anders Mangas Coloradas: Er war mit seiner mexikanischen Frau - wie üblich als Mädchen geraubt - nicht zum Fest mitgekommen, in dessen Verlauf auf die betrunkenen Indianer wild geschossen wurde.

### **Verantwortungslose Politiker und Journalisten zur Ordnung rufen**

Man steht vor dem großen Problem, Politiker und vor allem politische Beamte und Journalisten davon zu überzeugen, daß man in einem größeren Rahmen denken muß.

Die Politiker sollten endlich mit den Sandkastenspielen und Streitereien aufhören.

Die Journalisten sollten endlich damit aufhören, die Politiker und Staaten gegeneinander aufzuhetzen, was aber jüngst mit der laufenden Verunglimpfung Rußlands in den westlichen Medien geschehen ist.

Die Journalisten und Politiker sollen sich den großen Problemen zuwenden und deren Lösung einfordern bzw. bewirken, wie Asteroidenabwehr, Bau einer Raumschiffsflotte auf dem Mond, Säuberung vor allem der Meere von Industriemüll, Senkung des Anteils der Treibhausgase in der Atmosphäre, Beendigung der Ausplünderung der Meere mittels Überfischung, Verhinderung der Vernichtung der Tier- und Pflanzenwelt durch die Menschen ...

Insbesondere Deutschland sollte sich in Sicht auf Stalingrad und den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR den militaristischen Sprüchen und Handlungen von NATO- und EU-Oberen widersetzen und ein gutes Verhältnis zu Rußland einfordern. In Sicht auf die Versöhnungsgesten bei Verdun und Warschau ist von Deutschland zu fordern, genau so etwas für Stalingrad zu leisten und im Gedenken an die von Rußland und USA geschenkte Wiedervereinigung von BRD und DDR sich aller Aktionen gegen Rußland zu enthalten.

Die Schlacht um Verdun vom 21.2. bis 19.12.1916 gilt als Symbol für Verbissenheit und Blutopfer im 1. Weltkrieg.

Die Regierungschefs von Frankreich und Deutschland, Francois Mitterrand und Helmut Kohl, trafen im September 1984 vor dem riesigen Gräberfeld von Verdun aufeinander und wählten

folgendes Symbol für den Willen der Verständigung: Sie standen Hand in Hand vor dem Meer aus weißen Kreuzen.

Das war ein gewaltiges Zeichen für eine neue Ära der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Am 1.9.1939 startete Adolf Hitler den militärischen Einfall in Polen. Der Widerstand der Polen im Warschauer Ghetto wurde ein Symbol für ihren Freiheitswillen.

Der deutsche Kanzler Willy Brandt besuchte im Rahmen seiner neuen Ostpolitik, die auf Verständigung ausgelegt war, am 7.12.1970 das Ehrenmal der Helden des Warschauer Ghettos und machte dort seinen Kniefall.

Am 22.6.1941 startete Adolf Hitler den militärischen Einfall in die UdSSR.

Stalin (Jossif Wissanjarowitsch Dschugaschili) und Adolf Hitler hatten 1940 einen Nichtangriffspakt geschlossen, und Stalin hatte seine Westgrenze entmilitarisiert, um Hitler nicht zu reizen. Nach dem zuerst schnellen Vormarsch nach Moskau stockte der deutsche Angriff bei Stalingrad. Stalin befahl, die Stadt auf jeden Fall zu halten und im Gegenangriff der Roten Armee kam es auf beiden Seiten zu ungeheuren Verlusten. Am 31.1.1943 kapitulierte Generalfeldmarschall Paulus (6. Armee).

Die Schlacht um Stalingrad gilt als Symbol für die Schrecken des 2. Weltkriegs.

1991 war die keineswegs selbstverständliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie wurde zwar bewußt geplant, aber sie wurde nicht von allen gewollt. Noch im Jahr 2015 ist Korea geteilt in den kommunistischen Norden und den „freien“ Süden. Was über Nordkorea berichtet wird, erinnert an die Mängelverwaltung in der ehemaligen DDR.

Englands Regierungschefin Margaret Thatcher stand der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten entgegen, George W. Bush sen. als Präsident der USA wollte sie, Michael Gorbatschow als Regierungschef der UdSSR wollte sie, die DDR-Führung mit Erich Honecker war strikt dagegen, ebenso wie in Westdeutschland die um 1980 gegründete Partei „Die Grünen“ und der Schriftsteller Günter Grass.

Der damalige Kanzler Helmut Kohl wollte der Kanzler der Wiedervereinigung werden, und das erreichte er, allerdings nicht umsonst. Es ist sicher so, daß der Kanzler Helmut Kohl sich die Zustimmung von dem Premier Francois Mitterand erkaufen mußte durch Zusagen, und zwar nicht nur zur Einführung des Euro im Jahre 2000 und der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) nebst ihrer Besetzung, besonders ihrer Direktorenposten. Dennoch wäre das alles nicht ausreichend gewesen, wenn nicht Kohl und Mitterand ernsthaft versucht hätten, die Abneigung zwischen Deutschland und Frankreich in ihren Wurzeln zu bekämpfen.

Der Wille zur Idee der französisch-deutschen Freundschaft sollte Modell stehen für den Willen, die Idee einer russisch-deutschen Freundschaft zu begründen. Die deutsche und die russische Regierung sollen ein gutes Symbol wählen für den zukünftigen Willen für eine dauerhafte Verständigung und Zusammenarbeit, und das muß bei Stalingrad geschehen.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurde durch den Kalten Krieg zuerst unmöglich gemacht, aber schon Konrad Adenauer als erster Nachkriegskanzler in Deutschland berief sich in den 1950er Jahren (mitten im Kalten Krieg) bei seiner Bitte um die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR auf die Großmut der Russen – und er hatte Erfolg.

Als die Jugend in der DDR in der Glasnost-Bewegung von Gorbatschow eine Hoffnung sah, riefen die Demonstranten in Dresden schon 1988:

„Gorbi, Gorbi!“

Als infolge der Reformen von Michael Gorbatschow in der UdSSR die letzten russischen Besatzungstruppen aus der DDR angezogen wurden, sangen die russischen Soldaten:

„Deutschland, wir reichen Dir die Hand ...“

Ab 1991 fiel endlich der Eisene Vorhang und es kam zur Vereinigung von BRD und DDR.

Willi Brandt – der SPD zugehörig – wollte damals eine neue verantwortliche Ostpolitik.

Der heutige EC-Präsident – auch der SPD zugehörig – will im Februar 2015 die EU-Staaten auf einen Kurs gegen Rußland einschwören.

Während man die französisch-deutsche Freundschaft als bilateral bezeichnen kann, ist eine russisch-deutsche Freundschaft Weltpolitik und ganz anders anzugehen.

Vorerst ist zu fordern:

- Deutschland hat sich nicht an den aktuellen Wirtschaftssanktionen Rußlands zu beteiligen – oder weiß man nicht hierzulande, was Dankbarkeit bedeutet ?
- Die Regierung Deutschlands hat auf Rußland zuzugehen und im Gedenken an Stalingrad und das Geschenk der Wiedervereinigung von BRD und DDR seine wirklich dauerhafte Hilfe anzubieten.
- Es ist zu versuchen, mit Rußland zu einem dauerhaft guten Verhältnis zu kommen, wo nicht jeder Husten sofort wieder zu einem Kalten Krieg führt.

Nicht nur Deutschland muß auf Rußland zugehen (weil der Überfall auf die UdSSR von deutscher Seite aus erfolgte), sondern auch EU und USA müssen Rußland einzubinden suchen. Ferner ist der Kalte Krieg 1947-90 ebenfalls eine Schuld Deutschlands gewesen, so daß Deutschland sich auch dafür einsetzen muß, daß Rußland und USA Freunde werden.

Im 21. Jahrhundert ist kein Platz mehr für Bedrohungs-, Einkreisungs- und Spaltungsphantasien Kalter Krieger. Hier ist zu bemängeln, daß Rußland heute vom Westen zu sehr ausgegrenzt wird.

Michail Gorbatschow hat darauf hingewiesen, daß für verschiedene Staaten verschiedene Wege zur Demokratie in Frage kommen. Rußland ist ein Vielvölkerstaat mit Traditionen, die noch lange wirksam sein werden. Es wird sicher so sein, daß das große Rußland eine andere Qualität von Führung benötigt als heute die westlichen Staaten. Rußland hat mit dem Nachwuchs ähnliche Probleme wie Deutschland und mit dem erstarkenden Islam ähnliche Probleme wie die Staaten der EU.

Rußland könnte sich den EU-Staaten sehr langsam annähern, allerdings wird es auch das unter dem Vorbehalt tun, daß die Bevölkerung der EU-Staaten ihre Reden über Demokratie sehr viel ernster nehmen und sich nicht an Staatschefs hängen wie Silvio Berlusconi, der sein eigenes Land Italien als Scheißland bezeichnet hat.

Wie kommt der Westen zu einem vernünftigen Verhältnis zu Rußland ? Auch hier darf man nicht durch die rosarote Brille schauen. Es stimmt, daß in Rußland der kleine Bürger viel mehr der Staatswillkür ausgeliefert ist als in den westlichen Staaten. In Rußland gibt es eine Art von Tradition der Besessenheit an der Gewalt gegenüber der eigenen Bevölkerung, wobei der Revolutionär Stalin (der Stählerne) alle Verbrechen der Zaren zuvor übertraf in seinen Säuberungen 1936 bis 1938, wo um die 1,5 Millionen Russen – meistens Angehörige der Intelligentsia – in Arbeitslager (Gulags) gesteckt oder sofort vom NKWD per Genickschuß getötet worden sind. Tatsächlich findet man die russische Grausamkeit in allen sozialen Schichten, beim Militär mit 10000 (Selbst-)Morden pro Jahr unter den Soldaten, bei der Polizei nicht nur gegenüber Obdachlosen, bei kriminellen Banden, bei Staatsorganen, die Demonstrationen mit viel Gewalt und Verhaftungen niederschlagen ...

Bei solchen Verhältnissen ist es denn auch recht wahrscheinlich, daß dort ein Regierungschef benötigt wird, der Rußland nicht in der Weise regiert, wie das z.B. in Frankreich, England oder Deutschland der Fall ist.

Seit etlichen Jahren regiert im Kreml Wladimir Putin, mehr oder weniger direkt.

Michail Gorbatschow, der als ehemaliger Generalsekretär der KPdSU und Regierungschef der UdSSR aus eigener Einsicht heraus die Grundlagen schuf für das Fallen des Eisernen Vorhangs 1989 und das Ende des Kalten Krieges, hat vermutlich „die Welt gerettet“ – der Terminator kann sich an ihm ein Beispiel nehmen – und der im Westen ungeliebte Wladimir Putin hat anscheinend das seit 1989 verfallende Rußland gerettet. Putin ist sicher kein lupenreiner Demokrat, aber er hat die wirtschaftliche Situation Rußlands grundlegend verbessert und sorgt für stabile Verhältnisse in Rußland. Aus den Verdiensten von Wladimir Putin an dem wirtschaftlichen Aufstieg Rußland ist zu schließen, daß er der richtige Mann an der Spitze Rußlands ist. Die Regierungsmethoden von Putin erinnern aber oft an die der Zaren, besonders bei der Niederschlagung von Demonstrationen, aber da ist wieder zu fragen, wer diese Demonstrationen in Wirklichkeit steuert.

Wie kann man Rußland europäisieren ?

In der Anfangszeit der Putin-Regierung meinte Gorbatschow, daß jedes Land seinen eigenen Weg zur Demokratie finden müsse, was vermutlich als Stütze für Putin gedacht war.

Nach dem Kasperle-Theater der Rochade 2011/12 zwischen Medjedjew und Putin (Regierungschef, Staatspräsident) hat Putin die Gunst von Gorbatschow verloren.

Z.Z. von UdSSR und DDR sprach die westliche Presse oftmals verächtlich von der hohen Verschuldung von UdSSR und DDR, und die UdSSR machte auch bei der BRD Schulden. Es hieß in der westlichen Presse, daß UdSSR und DDR sowieso über kurz oder lang bankrott gegangen und zusammengebrochen wären. Gut, halten wir das im Sinn.

Im Jahre 2012 sind Rußland und China ohne Schulden, und die westlichen Staaten wie USA, England, Italien, Frankreich ... schieben riesige Schuldenberge vor sich her.

Wenn man mit einerlei Maß mißt, kommt man bei den Schuldenbergen westlicher Staaten zu Schlußfolgerungen, die man aber in der westlichen Presse nicht finden kann. Westliche Staaten sind nun fast bankrott und Rußland und China sind schuldenfrei.

Wieder Messen mit zweierlei Maß ?

Wenn man Rußland und China die Demokratie schmackhaft machen wollte, müßte man ihnen demokratische Staaten vorführen, die politisch, ethisch, wirtschaftlich ... wirklich gut regiert werden. Glauben Sie, daß Irland, Belgien, Griechenland, Italien, Spanien ... für die herrschenden Schichten in China und Rußland ein Vorbild sein können ?

Ferner ist es so, daß die Politiker und Eliten im Westen, die die Immobilienkrise 2008 und dann die Banken- und Finanzkrise 2010 verschuldet haben, die Demokratie verraten haben.

Es ist immer wieder an die asozialen Eliten im Westen zu erinnern wie z.B. die Investmentbanker, die liebevoll von den Politikern gehätschelt wurden zu Zeiten, wo die Investmentbanker Geld zu scheffeln schienen und den Politikern reiche Pfründe gewährten - bis der Schwindel 2008 aufflog. Die Schurkereien der Investment-Banker sind nach dem von ihnen verursachten Finanz-Desaster im Jahr 2008 gründlich diskutiert worden. Ihre Rücksichtslosigkeit, Geldgier und Habsucht ist ein Beispiel für asoziale Eliten, die ihre Mitmenschen so mißachteten wie Ratten – und dennoch sind sie wegen der Verfilzung der Oberschicht selten angeklagt und nie verurteilt worden.

Paul van Buitenen hat einiges in seinem Buch "Unbestechlich für Europa", 1999, beschrieben - sehr traurig, aber auch sehr menschlich für eine Organisation, die das Wort Humanität laufend im Munde führt. Wir haben z.B. die gewaltigen Probleme um Wohnungsnot, hinreichende billige Wohnungen ..., und die EU-Bürokraten zwingen eine Bank in Deutschland, 33000 Wohnungen zu verkaufen, wodurch sie den Raubtierkapitalisten ausgeliefert werden: Eine Mißachtung der Bürger und Mieter durch die EU-Behörden.

Warum haben sich das die Regierungsstellen in Deutschland überhaupt gefallen lassen ?

Die hätten die EU wegen Verstoß gegen die guten Sitten verklagen müssen !

Es gibt viele Gaunereien und Rechtsbrüche auf EU-, EC- und EP-Ebene.

So setzen z.B. die EU-Verträge von Lissabon fest:

- Es gibt keine Schuldenunion.

- Staaten, die mehr als 3% BIP Schulden aufnehmen, müssen Strafe zahlen.

- Alle Asylanten haben ihre Asylanträge in den Staaten zu stellen, in denen sie europäischen Boden betreten haben.

Aber EU, EP und EC halten sich nicht an diese Verträge – wir haben schon längst die Schuldenunion in der EU verwirklicht. Migranten werden von den südlichen EU-Staaten in die nördlichen verschoben – ohne echte Kritik aus Brüssel. Die 3% BIP-Grenze wird nicht eingehalten – ohne Ahndung durch die EU.

Bei einer solchen Folge von EU-Vertragsbrüchen hat Deutschland das Recht, sich ebenfalls dort um die EU-Verträge nicht zu kümmern, wo das passend erscheint.

Die seit September 2013 immer schlechteren Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Rußland wurden zum allergrößten Teil vom Westen verschuldet, und zwar durch

- die Aktionen auf dem Majdan in Kiew, die erfolgten, als die Ukraine sich Rußland zugewandt hatte,
- die Hetze gegen Rußland in den westlichen Medien wegen der restriktiven Haltung Putins zu Homosexuellen und
- die Entsendung von Militär durch die EUfreundliche Regierung in Kiew gegen die Ostukraine, um die dortige Gegenrevolution mit Panzern, Kanonen, Artillerie ... niederzuschlagen.

Deutschland trägt heute die finanzielle Hauptlast der Sanktionen gegen Rußland, aber es ist anzustreben, wieder zu guten und engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Rußland und Deutschland mit beiderseitigem Gewinn zu kommen.

Forderung: Deutschland beteiligt sich nicht weiter an den Sanktionen gegen Rußland und sieht zu, daß in Sicht auf Verdun, Warschau und Stalingrad endlich ein dauerhaft gutes Verhältnis mit Rußland erreicht wird, wo sicher ist, daß auch nicht wegen des Kriegsgeschreis aus anderen Staaten wieder der Kalte Krieg ausbricht.

Zur Schulden-Union, die gemäß den EU-Verträgen von Lissabon nicht sein darf:

Die Krise der EU im Jahre 2012 ist eine Folge schlampiger bis krimineller Leichtlebigkeit führender Politiker und vieler Banker in EU-Staaten über Jahrzehnte hin gewesen – die Bankrotteure zog man nicht zur Rechenschaft, denn in der Oberschicht gilt wegen der Verfilzung: Eine Hand wäscht die andere.

Wer will aber schon in einer Staatengemeinschaft für Staaten zahlen, deren Politiker zu unfähig und zu gierig gewesen sind, um vernünftige Wirtschaftspolitik zu betreiben ?

Wer will für souveräne Staaten die Schulden übernehmen, wenn deren Souverän. das Volk, jederzeit in einem Referendum beschließen kann, diese Schulden nie zurückzahlen ?

- Schulden machen heißt für einen Staat, einen Teil seiner Souveränität aufzugeben !
- Staaten geben aber auch einen Teil ihrer Souveränität auf, wenn sie mit großen Geldbeträgen andere Staaten unterstützen müssen !

Vor diesem Hintergrund schlampiger bis krimineller Staatsführung in etlichen EU-Staaten sollten sich die Politiker des Westens an die eigene Nase greifen und sich um den Dreck vor ihrer eigenen Haustür kümmern.

In der EU sollte man sich darauf besinnen, daß bisher die Angriffe von Frankreich und Deutschland auf Rußland erfolgten und nicht umgekehrt, allerdings wurden die Nachbarstaaten und -völker Rußlands oftmals von den Zaren und dann von Stalin in grausamster Weise unterjocht (besonders Polen).

Die EU sollte sich um eine immer bessere Verständigung um ein Rußland bemühen, das durchaus auf seine eigene Größe und Selbständigkeit pochen mag.

Ein Anschluß Rußlands an die EU erscheint allerdings vorläufig als nicht möglich, denn Rußland ist selber ein Vielvölkerstaat und ein Gebilde wie die USA, wobei allerdings die Zentralmacht übermächtig ist gegenüber den einzelnen Teilbereichen – in Frankreich wären das die Departements.

Putins Problem ist nicht ein Zusammenschluß mit der EU, sondern der Zusammenhalt des Vielvölkerstaats Rußland.

#### **14 Selbstbedienungsladen Institution ? AWO-Unregelmäßigkeiten ?**

Korruption und Vetternwirtschaft gehen oft zusammen, sind aber dem Wesen nach ganz verschiedene Vorgänge. Mit Korruption ist in echter Straftatbestand erfüllt, denn man gibt z.B. einem Journalisten, Politiker, Beamten ... irgendeinen wertvollen, geldwerten Vorteil, damit der Bestochene die ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt, und zwar zum Vorteil des Bestechenden. Vetternwirtschaft dagegen ist vielleicht nur in extremen Fällen strafbar, wenn sie in Korruption übergeht. Wenn der Chef einer Firma seinem Sohn einen Manager-Posten gibt, ist das zwar „Vetternwirtschaft“, aber eher normal. Man kann das Vererben großer Vermögen an die Kinder als Vetternwirtschaft einstufen, aber das Vererben gehört zum normalen Leben, ob bürgerlich oder nicht.

Es ist sogar so, daß das Wirtschaftsleben oder die politische Karriere nur dann „geschmiert“ verläuft, wenn der Spitzenpolitiker oder der Gründer einer erfolgreichen Firma Spitzenposten mit Vertrauensleuten oder Verwandten besetzt.

Wie ist das nun mit öffentlich-rechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften ... ?

#### **Affäre bei der AWO Kaum Transparenz bei Wohlfahrtsverbänden,**

Von Volker Siefert, hr, 21.11.2019

*Zurzeit sorgen Betrugsermittlungen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für Diskussionen. Recherchen des hr zeigen, dass es zu wenig Transparenz bei Wohlfahrtsorganisationen gibt.*

Außergewöhnlich hohe Gehaltszahlungen und ein Dienstwagen für die Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) sorgen derzeit für reichlich Gesprächsstoff in der Mainmetropole. Zübeyde Feldmann bekam von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ein deutlich höheres Gehalt als Mitarbeiter in vergleichbaren Positionen. Die Bezahlung ist deshalb brisant, weil Feldmann selbst bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister 2012 eine Stabsstelle bei der AWO hatte, über die inzwischen offen als "Versorgungsposten" diskutiert wird. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Verantwortliche des Frankfurter AWO-Kreisverbandes wegen Betrugs und Untreue. Es geht um den Verdacht, dass Gelder, die die Stadt Frankfurt für zwei Flüchtlingsheime bezahlt hat, in andere Kanäle geflossen sind.

Kita der Arbeiterwohlfahrt

### **Ehefrau des Frankfurter OB erhält höheres Gehalt als üblich**

Die Arbeiterwohlfahrt gab der Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Feldmann als Kita-Leiterin ein deutlich höheres Gehalt als üblich und einen Dienstwagen. | hr

In Mecklenburg-Vorpommern versucht ein Untersuchungsausschuss seit 2017, dem Finanzgebaren der Sozialverbände auf den Grund zu gehen. Auslöser war ein Bericht des Landesrechnungshofs 2016, der Hinweise auf ein krasses Miss-Management und einen fragwürdigen Umgang mit Fördergeld enthält. Überraschend für die Öffentlichkeit war es zu erfahren, dass der Ex-AWO-Landesvorsitzende vor dem Ausschuss sinngemäß angab, von Finanzkontrolle keine Ahnung zu haben.

Die Fälle aus Hessen und Mecklenburg-Vorpommern werfen ein Schlaglicht auf ein enges Verhältnis von Wohlfahrtsverbänden zur Politik. Sie finanzieren sich ganz überwiegend aus öffentlichen Mitteln, hängen also von politischen Entscheidungsträgern ab. Wie vertragen sich Nähe und Kontrolle vor diesem Hintergrund?

### **Milliardenumsätze ohne Finanzkontrolle ?**

Mit 1,7 Millionen Beschäftigten in 105.000 Einrichtungen machen die großen Wohlfahrtsverbände Milliardenumsätze im sozialen Bereich. Mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung über Krankenhäuser bis hin zu Pflegeheimen, begleiten sie Menschen durch ihr ganzes Leben. Aus Sicht von Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin, ist zwar in den vergangenen Jahren einiges zur Verbesserung der Transparenz im Wohlfahrtsbereich geschehen. Es gebe eine Tendenz hin zur Professionalisierung und weg von reinen Versorgungsposten in den Führungsgremien der Verbände.

Aber es fehle noch an einer wünschenswerten Offenheit, wenn es um ganz einfache Kennzahlen geht: "Wer in einer offenen Gesellschaft sagt, er täte etwas Gutes für die Allgemeinheit, der muss der Allgemeinheit auch sagen, was er da tut, woher das Geld dafür kommt", so Strachwitz. Es reiche nicht, nur den Finanzbehörden gegenüber Zahlen, Daten und Fakten offen zu legen. Auch die Bürger müssten sich in offen zugänglichen Geschäftsberichten ein Bild von dem Finanzgebaren der Wohlfahrtsverbände machen können. Die jüngsten Vorfälle bei der AWO zeigten, dass dort wohl noch Nachholbedarf bestehe.

Mecklenburg-Vorpommern

### **Ex-AWO-Chef empört Ausschuss des Landtags**

Horrende Gehälter und undurchsichtige Geldströme - das sind die Vorwürfe gegen die AWO. Der ehemalige AWO-Landeschef Ulf Skodda sorgte vor dem Untersuchungsausschuss für Empörung.

AWO hat „Governance-Kodex“ verabschiedet.

Der AWO Bundesverband sieht sich auf einem guten Weg. Man habe Lehren aus den Missständen gezogen. "Keines der Vorkommnisse in Mecklenburg-Vorpommern, die im Jahr 2016 bekannt wurden, wäre nach Inkrafttreten dieses AWO-Governance-Kodex noch zulässig. Er wirkt und hat dazu beigetragen, Verfehlungen einzelner Verantwortlicher zu beenden", heißt es auf hr-Anfrage. Im Mittelpunkt stehe die Verbesserung der Transparenz, die Trennung von Aufsicht und Führung, die Effektivität der Kontrolle, die Verhinderung von Interessenkonflikten und überhöhter Zahlungen von Geschäftsführergehältern.

In dieselbe Richtung zielt eine Initiative, die die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International 2010 startete und der sich seitdem mehr als 1.200 Organisationen angeschlos-



sen haben. Darin verpflichteten sich die Akteure zur freiwilligen Veröffentlichung von zehn Transparenzinformationen, welche Auskunft über die grundlegende Struktur, Entscheidungsträger, Tätigkeit und Finanzen geben. Auch die Caritas und die Diakonie als Wohlfahrtsverbände der großen Kirchen gaben sich 2010 Regeln, mit denen potentielle Spender oder Unterstützer schnell einfach Basisdaten erfassen können.

Transparenzstandards von Caritas und Diakonie

Doch ein flächendeckender Überblick, welche Wohlfahrtsorganisation von welcher staatlichen Stelle Zuwendungen bekommt, fehlt bislang. Es zeigt sich, dass auf der Ebene politischer Entscheidungsträger entsprechende Forderungen nach mehr Transparenz immer nur dann greifen, wenn Wohlfahrtsorganisationen durch Finanzskandale in die Schlagzeilen geraten sind.

So verabschiedete der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vergangene Woche ein entsprechendes Gesetz. Im Kern geht es um eine Transparenz- und eine Zuwendungsdatenbank. Diese sollen "Im Bereich der sozialen Arbeit in verständlicher, übersichtlicher und öffentlich leicht zugänglicher Form über die Ziele, Werte und Motive, über Unternehmensstrukturen und die Arbeitsweisen der Träger sozialer Arbeit informieren", hieß es in der Vorlage der Regierung aus SPD und CDU in Schwerin.

Mecklenburg-Vorpommern

### **Neues Wohlfahrtsgesetz: Drese stellt Entwurf vor**

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Nordosten sollen mehr Geld erhalten und ihre Ausgaben genauer offenlegen. | ndr

Als bislang einziges Bundesland hatte Berlin bislang eine Transparenz- und Zuwendungsdatenbank als Reaktion auf den "**Treberhilfe-Skandal**" vor rund zehn Jahren. Damals kam heraus, dass der Leiter einer gemeinnützigen Obdachlosenhilfe-Einrichtung sich neben einiger anderer Bereicherungen **auch einen Maserati als Dienstwagen gegönnt hatte**.

Doch seitdem konnte sich, außer Mecklenburg-Vorpommern, kein anderes Bundesland zu solchen Datenbanken durchringen. Auf Anfrage heißt es etwa beim hessischen Sozialministerium, man "eruiere", ob durch den Aufbau einer Transparenzdatenbank mehr Klarheit hinsichtlich Zuwendungen an Wohlfahrtsverbände erreicht werden könne. Hessen war federführend in einer "Arbeitsgruppe Transparenz", in der außerdem die Sozialministerien von Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern waren.

Nachdem die AG vier Jahre lang über das Thema nachgedacht hatte, baten vergangenes Jahr die Sozialministerien der Länder das zuständige Bundesfamilienministerium, mögliche Bundesgesetze, die mehr Transparenz im Wohlfahrtsektor im Weg stehen, auszuräumen. Das Ministerium von Franziska Giffey (SPD) erklärte auf *hr*-Anfrage, es sehe keinen über die bestehenden Regelungen "hinausgehenden Handlungsbedarf".

Betrug! Untreue! Ermittlung gegen Chefs! Das dicke Ende vom AWO-Skandal mit Hannelore und Jürgen Richter

Von Sönke Schulenburg 17.12.2019

Frankfurt – **Die Vorwürfe – ungeheuerlich. Über Jahre sollen sich Verantwortliche der Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Frankfurt und Wiesbaden die Taschen voll gemacht haben. Die Rede ist von Jahresgehältern zwischen 250 000 und 350 000 Euro, von verdeckten Zahlungen, schlampigen Kontrollen, Vetternwirtschaft.**

Die Staatsanwaltschaft ermittelt, hält sich (noch) bedeckt. Der Bundesverband der Awo hat ein Ermittlerteam nach Hessen entsandt, um Licht ins Dunkle zu bringen und noch mehr Schaden von der Awo (333 000 Mitglieder, 212 000 Mitarbeiter) abzuwenden. „**Wir sind erschüttert. Die Zustände in Frankfurt sind unerträglich**“, sagt **Vorstandschef Wolfgang Stadler (65), der zwei Tage die Unterlagen wälzte. Obwohl den Kontrollleuren noch brisantes Material vorenthalten wird.**

Für Wilhelm Schmidt (75), Präsidiumsvorsitzender der Awo, haben die Kontrollen „in ihrer Gesamtheit versagt.“ Das laut Schmidt „überhöhte Gehalt für die OB-Ehefrau“ – wohl nur die Spitze des Eisbergs.

Nach Gehalts-Skandal Frankfurter Awo-Geschäftsführer tritt zurück

Nach der Affäre um zu hohe Gehälter bei der Awo Frankfurt nimmt der langjährige Geschäftsführer Jürgen Richter seinen Hut

**Nach Fremdgeh-Dementi** Fünf böse Gerüchte über Frankfurts OB Feldmann

Selten wurde hinter vorgehaltener Hand so viel über ein Stadtoberhaupt getuschelt. Das sind die fiesesten Gerüchte – und das ist dran.

**Dreist: die „Dienstwagen-Pauschale“.** Jürgen Richter, der kürzlich beleidigt nach 27 Jahren seinen Rücktritt als Frankfurter Awo-Chef erklärte, soll für die Nutzung seiner privaten Jaguar-Limousine bis zu 4500 Euro monatlich kassiert haben.

Seine Frau Hannelore, die als Ex-Awo-Chefin von Wiesbaden ebenfalls massiv in der Kritik steht, dementiert das gegenüber BILD. „*Unsinn! Davon ist mir nichts bekannt. Ich selbst gehe zu Fuß, hatte gar keinen Dienstwagen.*“

Neben den Richters, deren Sohn Gereon als Geschäftsführer der Wiesbadener Awo auch zurückgetreten ist, soll ein ganzer Klüngel von den Praktiken profitiert haben.

**Die Awo-Sonderermittler nennen im Moment aber weder Zahlen noch Namen. Aus gutem Grund: Die Beschuldigten werden anwaltlich beraten**

**Überhöhte Gehälter Das lange Wegsehen: Warum Frankfurt die AWO erst jetzt kontrolliert**

Von Volker Siefert, 30.11.19

*Bislang konnte die Arbeiterwohlfahrt die Gehälter ihrer Führungskräfte nach Gutdünken festlegen. Nun kommt die Kehrtwende: Die Stadt Frankfurt will mitreden und kündigt Kontrollen an.*

Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) und Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) wollen nun prüfen lassen, ob es zu Überbezahlungen kommt. Es geht um 18 Kita-Leiterinnen der AWO sowie um andere soziale Einrichtungen, die aus dem Stadtsäckel finanziert werden.

Auslöser sind die vor knapp zwei Wochen durch hr-Recherchen bekannt gewordenen Vorwürfe, dass die Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) bei der AWO bevorzugt wird. Als Berufsanfängerin bekam sie die höchste Gehaltsstufe und einen Dienstwagen.

Sozialdezernat will Zuschüsse einbehalten

Weber hat "aus Anlass der öffentlichen Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt" beim Stadtschulamt "eine Prüfung der Mittelverwendung im Kita-Bereich, insbesondere hinsichtlich der Eingruppierung und Bezahlung von Kita-Leitungen" in Auftrag gegeben. Das bestätigte sie dem hr auf Anfrage. Zuerst hatte die FAZ darüber berichtet. Damit wird auch die Eingruppierung der Ehefrau von Oberbürgermeister Feldmann erstmals offiziell überprüft.

**Kita der Arbeiterwohlfahrt** Ehefrau des Frankfurter OB erhält höheres Gehalt als üblich

Auch das Sozialdezernat schlägt nach Bekanntwerden der Vorwürfe plötzlich einen rauerer Ton gegenüber dem Wohlfahrtsverband an. Die Sprecherin von Daniela Birkenfeld erklärte auf hr-Anfrage, "einen Teil der Zuschüsse an den AWO Kreisverband einzubehalten".

Seit 2000 kontrolliert die Stadt Gehälter nicht mehr

Konkret gehe es um die sogenannte Verwaltungspauschale, aus der die Gehälter der AWO-Funktionäre bezahlt werden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf einen Beschluss der Stadtverordneten aus dem Jahr 2000.

Damals hatte eine Mehrheit der Abgeordneten auf SPD-Initiative beschlossen, dass die Stadt Gehälter leitender Mitarbeiter pauschal an die Wohlfahrtsverbände ausbezahlt. Sie kontrolliert seitdem nicht mehr, ob diese Gehälter angemessen sind. Es liegt in der Verantwortung der Funktionäre, ihre und die Gehälter ihrer leitenden Angestellten selbst zu bestimmen.

Grenzen kann lediglich das Finanzamt bei seinen Überprüfungen setzen. Sollten die Beamten Gehälter als zu hoch und somit nicht mehr mit der Gemeinnützigkeit vereinbar betrachten, können sie diese aberkennen. "Diese Verwaltungspauschale behalten wir jetzt ein; wir zweifeln daran, dass die städtischen Mittel den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit entsprechend verwendet werden und wollen Einblick in die Unterlagen der AWO", so die Birkenfeld-Sprecherin.

**Knapp über 30 und schon 100.000 Euro** Wie SPD-Jungpolitiker bei der AWO Spitzengehälter erhalten

Sozialdezernat wusste von Unregelmäßigkeiten

Im Zusammenhang mit hr-Recherchen über ungewöhnlich gute Konditionen, mit denen der AWO Kreisverband seinen Pressesprecher ausstattet - knapp 8000 Euro brutto im Monat plus Dienstwagen - hatte SPD-Bildungsdezernentin Weber noch vor wenigen Tagen erklärt: "Wir sind nicht die Aufsichtsbehörde der AWO Frankfurt und ihrer Geschäftsstelle".

Auch Sozialdezernentin Birkenfeld (CDU) ließ gegenüber der AWO in der Vergangenheit Milde walten. Bereits Mitte 2017 lagen ihr Hinweise auf möglichen Abrechnungsbetrug im Zusammenhang mit zwei AWO-Flüchtlingsheimen vor. Ein Whistleblower hatte belastende Informationen in einem anonymen Brief an ihre Behörde geschickt.

Die Überprüfung ergab Unregelmäßigkeiten bei Abrechnungen und andere Verdachtsmomente gegen AWO-Verantwortliche. Die damals nicht öffentlich gemachten Vorgänge führten nicht zu einer Überprüfung. Stattdessen entschied sich Birkenfeld für eine geräuschlose Aufhebung des Vertrags mit der AWO über die Flüchtlingsheime.

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft

Auch von der Erstattung einer Strafanzeige sah die CDU-Politikerin seinerzeit ab. "Es bestand Einigkeit davon abzusehen, weil zu dem Zeitpunkt hinreichende Anhaltspunkte für strafbares Verhalten fehlten, was mehr voraussetzen würde als eine "Schlechterfüllung von Verträgen", erklärt ihre Sprecherin auf hr-Anfrage.

Wichtig sei bei dieser Entscheidung auch gewesen, dass der Erhalt der Unterbringungsplätze in den beiden Flüchtlingsunterkünften zwingend erforderlich war und nicht gefährdet werden sollte. Aufgrund von Berichten der "Frankfurter Neue Presse" (FNP) über möglichen Betrug bei den Abrechnungen der Flüchtlingsheime und einer anonymen Anzeige ermittelt die Staatsanwaltschaft inzwischen gegen Verantwortliche der AWO.

### **Fast 20 Jahre Wegschauern**

Geringe Kontrolle bei der Verwendung öffentlicher Mittel durch gemeinnützige Verbände sind durch die Skandale bei der AWO in Hessen und Mecklenburg-Vorpommern Gegenstand einer aufkommenden Transparenzdebatte geworden.

Der Experte für Gemeinnützigkeitswirtschaft, Rupert von Strachwitz, bezweifelt, dass das in Frankfurt seit fast 20 Jahren geübte Wegschauern bei der Bezahlung leitender Mitarbeiter gemeinnütziger Träger den rechtlichen Erfordernissen entspricht.

Bezogen auf die Aussagen von Bildungsdezernentin Weber, sie sei nicht Kontrollbehörde der AWO, meint der Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft: "Die Stadtverwaltung ist aufgrund der Bundes- und Landeshaushaltsordnung verpflichtet, zu prüfen, ob Mitarbeiter gemeinnütziger Träger bessergestellt werden als die der Stadt".

Zuständig für die Einhaltung des "Besserstellungsverbots" seien die Prüfinstanzen der Stadt und der hessische Landesrechnungshof.

*Sendung: hr-iNFO, 30.11.2019, 12.00 Uhr*

### **AWO-Prüfer zur Frankfurter Abzockeraffäre "Vollkommen aus dem Ruder gelaufen"**

Von Matthias Bartsch, Frankfurt, 30.11.19

*Hohe Gehälter, protzige Dienstwagen: Nach Vorwürfen untersucht der Awo-Bundesverband die Vorgänge in Frankfurt, in die auch Oberbürgermeister Feldmann und seine Frau verwickelt sein sollen. Die Prüfer zeigen sich entsetzt.*

Nach wenigen Sätzen ist bereits klar, dass die Bundesspitze der Arbeiterwohlfahrt (Awo) nun mit dem Schlimmsten rechnen muss: "Wir sind erschüttert über das, was wir bisher an Material vorgelegt bekommen haben", sagt Wilhelm Schmidt, Präsident des gerade 100 Jahre alt gewordenen traditionsreichen Wohlfahrtsverbands.

Mit einem halben Dutzend Prüfern und an der Seite von Awo-Bundesgeschäftsführer Wolfgang Stadler ist Schmidt am Montag nach Frankfurt am Main gekommen, um den zahlreichen schweren Vorwürfen nachzugehen, die sich in den vergangenen Tagen und Wochen immer mehr verdichtet haben: Eine Clique von sich selbst kontrollierenden Funktionären hat sich offensichtlich auf Kosten des Verbands und des Steuerzahlers über viele Jahre hinweg

gewaltige Summen auf die eigenen Konten geschaufelt und sich ungezählte Privilegien gönnt.

Die Arbeiterwohlfahrt als Selbstbedienungsladen

Wilhelm Schmidt ist Präsident der Arbeiterwohlfahrt. Peter Feldmann (SPD) ist Frankfurts OB und früherer AWO-Funktionär, seine Ehefrau ist Zübeyde Feldmann.

Nach zwei Tagen Untersuchung zog Schmidt am Dienstagnachmittag eine erste Zwischenbilanz: Man sei zwar noch am Anfang der Prüfungen, sagte er, aber schon jetzt sei erkennbar: Was in Frankfurt passiert sei, "das schadet der Arbeiterwohlfahrt in ganz Deutschland."

Der Frankfurter Verband hatte vor einigen Wochen zeitweise Schlagzeilen gemacht, weil er die Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann ungewöhnlich privilegierte. Die Leiterin einer Awo-Kita bekam nicht nur ein außergewöhnlich hohes Gehalt von dem Verband, sondern auch einen Dienstwagen, den sie in ihrer Elternzeit nach Belieben nutzen konnte. Die Frankfurter Awo sagte dazu, das Gehalt sei angemessen, der Dienstwagen gerechtfertigt.

Auch Feldmann selbst hatte, bevor er Oberbürgermeister wurde, für die Awo in Frankfurt gearbeitet. Ein gut bezahlter Posten wurde extra für ihn eingerichtet und nach seiner Wahl zum Rathauschef nicht wieder besetzt. Feldmann räumte ein, Einrichtungen des Verbands für zahlreiche politische Termine genutzt zu haben.

Doch angesichts der Vorwürfe, mit denen sich die Awo-Spitze nun auseinandersetzt, wirkt die Affäre um Feldmann fast schon wie eine Randnotiz. Awo-Funktionäre haben sich nicht nur protzige Dienst-SUV mit bis zu 435 PS genehmigt, sondern neben ihren hohen sechsstelligen Gehältern auch noch zusätzliche üppige Honorare, Prämien und steuerfreie Pauschalen kassiert. Selbst der Verzicht auf einen Dienstwagen soll, diesen Vorwurf nannte Schmidt am Dienstag, Geschäftsführern mit Summen von angeblich bis zu 5000 Euro pro Monat vergütet worden sein.

Gehaltskosten von über 340.000 Euro

Dabei half wohl ein System gegenseitiger Begünstigung und Aushebelung aller Kontrollmechanismen, in das auch der Awo-Kreisverband Wiesbaden verstrickt war. So fungierte der Frankfurter Awo-Geschäftsführer Jürgen Richter gleichzeitig als Aufsicht führendes Vorstandsmitglied im Kreisverband Wiesbaden. In Wiesbaden führte seine Ehefrau Hannelore Richter bis vor wenigen Wochen die Geschäfte. Zudem war Hannelore Richter gegen Honorar von zeitweise mehr als 140.000 Euro im Jahr als "Sonderbeauftragte" im Kreisverband ihres Ehemanns in Frankfurt eingesetzt und soll auch noch mehrere andere Ämter gehabt haben. Der Verband bestreitet den Betrag nicht, sagt aber, er sei mit Richters Bezügen in Wiesbaden verrechnet worden.

Nach der internen Auflistung eines Wirtschaftsprüfers verursachte Hannelore Richter allein im Kreisverband Wiesbaden jährliche Gehaltskosten von über 340.000 Euro. Die Prüfer hätten in diese Zahl auch Kosten hineingerechnet, die Hannelore Richter gar nicht ausgezahlt würden, verteidigte sich die Awo.

Geschäftsführer Richter, der in Frankfurt ähnliche Ausgaben verursacht haben soll, hatte sein Amt vergangene Woche niedergelegt - und betont, das sei "kein Schuldanerkenntnis". Auch der Vorsitzende des Wiesbadener Kreisverbands trat nach Bekanntwerden der Vorwürfe zurück. Ebenso die Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Uli Nissen, die ehrenamtliche Revisorin der Frankfurter Awo war. Sie erklärte, keinen wirklichen Überblick über die finanziellen Vorgänge bei dem Sozialverband gehabt zu haben.

"Unerträglich"

Konkrete Zahlen zu tatsächlich ausgezahlten Gehältern und Honoraren können die Prüfer nach zwei Tagen noch nicht nennen, sagte Awo-Präsident Schmidt. Die Frankfurter Awo-Funktionäre hätten den Prüfern nur im Beisein von Rechtsanwälten Auskunft gegeben und zudem noch nicht alle Akten vorgelegt. Einige Unterlagen zu Zahlungen an Funktionäre und Berater seien zudem anonymisiert worden, unter Berufung auf den Datenschutz.

Aber schon die erste Durchsicht zeige, dass die bei der Awo vorgeschriebenen Standards von Führung und Kontrolle in Frankfurt und Wiesbaden nicht eingehalten worden seien, sagte Bundesgeschäftsführer Stadler. Die Gehälter in den hessischen Kreisverbänden seien "vollkommen aus dem Ruder gelaufen", die Zustände dort seien insgesamt "unerträglich" und müssten schnellstmöglich beendet werden.

Die Awo-Bundesspitze kündigte an, die Verantwortlichen für den Schaden in Regress nehmen zu wollen, sollten tatsächlich Gelder des Verbands oder des Steuerzahlers veruntreut worden sein. Die Weiterleitung von Bundeszuschüssen für die soziale Arbeit der beiden hessischen Kreisverbände hat die Bundes-Awo bereits einfrieren lassen. Es könne sein, dass die Gelder an den Bund zurückgezahlt werden müssten, so Schmidt. Auch die Staatsanwaltschaften in Frankfurt und Wiesbaden ermitteln wegen des Verdachts auf Untreue und Betrug Peter Feldmann äußert sich zu AWO-Skandal

Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hat sein Schweigen gebrochen und sich erstmals zu den Vorwürfen des ungewöhnlich hohen Gehalts seiner Frau als Kita-Leiterin geäußert. Unterdessen werden neue Vorwürfe laut.

Eine Woche lang hat Peter Feldmann zu den Vorwürfen, seine damalige Lebensgefährtin und jetzige Ehefrau Zübeyde Feldmann habe als Leiterin einer Kita ein ungewöhnlich hohes Gehalt bezogen, geschwiegen. Nun hat er sich gegenüber der Bild-Zeitung erstmals zu den Vorwürfen geäußert: Er betonte, seine Frau habe den Job nicht aus Gefälligkeit bekommen, sondern weil sie sich in einem Auswahlverfahren gegen andere durchgesetzt habe. Er habe keinerlei Einfluss auf die Vertragsgestaltung und Bezahlung genommen. Zübeyde Feldmann habe den Job mit mehr als zehn Jahren Berufserfahrung in diesem Bereich bekommen. Auf die Frage, was bei der AWO jetzt passieren müsse, entgegnete Feldmann gegenüber der Bild: „Ich vertraue auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Fehler müssen benannt und ausgeräumt werden.“

Im Laufe des Tages wird sich Peter Feldmann Pressegesprächen und den Fragen der Medienvertreterinnen und -vertretern stellen.

### **War Zübeyde Feldmann nur drei Monate lang Kita-Leiterin?**

Derweil kommen weitere Details über das Beschäftigungsverhältnis von Zübeyde Feldmann ans Licht: In einem ZDF-Beitrag für die Sendung „Forum am Freitag“, in dem die deutsch-türkische Kita „Dostluk“ im Mai 2016 vorgestellt wurde, kommt Feldmanns Nachfolgerin Monika Reinold zu Wort. Demnach leitet sie die Kita seit Januar 2016. Zübeyde Feldmann übernahm im Oktober 2015 die Leitung – demnach wäre sie nur drei Monate lang Leiterin der Einrichtung gewesen. Die Frankfurter Neue Presse berichtete, dass Zübeyde Feldmann einen Dienstwagen im Juli 2016 erhielt. Die AWO hatte den Dienstwagen damit begründet, dass er notwendig sei, damit Zübeyde Feldmann Abendtermine wahrnehmen könne.

### **Spitzengehälter für SPD-Jungpolitikerinnen und –politiker**

Und auch bei anderen Beschäftigungsverhältnissen gibt es Ungereimtheiten: Nach Recherchen der Hessenschau sollen mindestens zwei SPD-Jungpolitikerinnen und -politiker in der Verwaltung des gemeinnützigen Kreisverbands ein ungewöhnlich hohes Gehalt beziehen. Dabei handelt es sich zum einen um den Vorsitzenden der SPDqueer im Bezirk Hessen-Süd, der in seiner Tätigkeit als Pressesprecher ein Jahresgehalt von 100 000 Euro beziehen soll. Im September 2018 soll er 7825 Euro brutto verdient haben – weitaus mehr, als Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Positionen. Anwalt und Wirtschaftsprüfer Albrecht Assig äußerte gegenüber der Hessenschau, dass er angesichts dieses Spitzengehalts den Anfangsverdacht auf Untreue und Betrug bei den Verantwortlichen der AWO naheliegender halte. Somit könnte für die Staatsanwaltschaft Anlass bestehen, strafrechtliche Ermittlungen aufzunehmen.

Zum anderen geht es um den steilen Karriereaufstieg der SPD-Stadtverordneten Myrella Dorn. Die 30-Jährige soll noch bis Sommer dieses Jahres als studentische Hilfskraft der AWO geführt worden sein, darauf folgte ein steiler Karrieresprung: Sie soll Leiterin der Abteilung Jugend bei der AWO Frankfurt mit 26 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zehn Honorarkräften geworden sein. Laut Informationen der Hessenschau hat sie Ende 2018 einen Dienstwagen zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Gehälter der AWO werden zu einem großen Teil aus städtischen Geldern finanziert. Dabei gilt grundsätzlich das Besserstellungsverbot: Die umfangreich vom Staat geförderten Einrichtungen dürfen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr zukommen lassen, als im öffentlichen Dienst gewährt wird.

## 15 Das Kreuz mit den EC-Präsidenten

- Jacques Santer stürzte über Édith Cresson
- Romano Prodi
- Jean-Claude Juncker
- Ursula von der Leyen

**Jacques Santer** (1937) war von 1984 Premierminister (und auch Finanzminister bis 1989) in Luxemburg bis 1995. In diesem Jahr wurde er zum EC-Präsidenten gewählt. In Luxemburg und auch international hatte er einen sehr guten Ruf.

**Édith Cresson** (geb. 1934) wurde 1991 erste französische Premierministerin, und zwar für elf Monate. Von 1995 bis 1999 war sie EC-Mitglied (Wissenschaft, Forschung und Entwicklung). Ihre Verwicklung in Korruption führte 1999 zum Rücktritt der gesamten Kommission Jacques Santer. Jacques Santer wurden danach noch etliche hohe Ämter übertragen.

Siehe Paul van Beuteneu „Unbestechlich für Europa“, 1999: Édith wird u.a. Diebstahl von Laptop und Begünstigung im Amt als EC-Mitglied vorgeworfen.

### **Romano Prodi**

Siehe Paul van Beuteneu „Unbestechlich für Europa“, 1999, Vertuschung von Straftaten bei EU-Behörden im Amt als EC-Präsident

### **Jean-Claude Juncker**

Lux-Leaks-Affaire mit Vorwurf gegen Juncker wegen „unmoralischer“ Begünstigung von Geldwäsche im Amt als Premier und Finanzminister in Luxemburg, und zwar noch vor seiner Wahl zum EC-Präsidenten 2017

### **Informanten drohen bis zu zehn Jahren Haft**

„Luxleaks“ bringen Juncker in Bedrängnis

Perrin hatte 2012 erstmals darüber berichtet, ohne dass dies allzu viel Staub aufgewirbelt hatte. Als das Internationale Consortium Investigativer Journalisten (ICIJ) im November 2014 die Dokumente veröffentlichte, war das Echo hingegen gewaltig.

2017: Der gerade ins Amt des EU-Kommissionspräsidenten berufene Jean-Claude Juncker – als einstiger Finanz- und Premierminister Luxemburgs sachkundiger als die meisten anderen Politiker in diesen Fragen – geriet ins Zentrum der Kritik: „Das Steuerrecht wurde immer eingehalten und mir ist keine illegale Praxis bekannt“, sagte er und fügte hinzu: „Es ist keine luxemburgische Besonderheit.“

In der Tat: Luxemburg, wo alleine in einem unscheinbaren Bürohaus in der Rue Guillaume Kroll Nummer 5 nicht weniger als 1600 Firmen ihren offiziellen Sitz haben, befand sich in Gesellschaft anderer EU-Staaten, vor allem der Niederlande, Großbritanniens und Irlands. Auch sie waren beim Wettlauf um besonders günstige Steuerkonditionen immer vorne dabei. Und auch der Franzose Deltour selbst sagt, was er enthüllt habe, sei „nichts Illegales, nur etwas Unmoralisches“ gewesen.

### **Fragen und Antworten zu den Panama Papers**

214.488 Offshore-Firmen, 11,5 Millionen Akten und Daten mit einer Masse von 2,6 Terabyte: Die sogenannten Panama Papers haben dubiose Finanzgeschäfte unfassbaren Ausmaßes offengelegt. Aktive und frühere Staatschefs, Prominente, Spitzensportler und Kriminelle sollen Banken, Anwaltskanzleien und Briefkastenfirmen genutzt haben, um ihr Vermögen in der Ferne zu verstecken.

### **Offshore-Bankkonten und Finanzgeschäfte in anderen Ländern können dazu genutzt werden, Regulierungsaufsichten und Steuerverpflichtungen zu umgehen.**

Unternehmen und Privatpersonen gebrauchen Strohfirmer, die zunächst mit keinen bedeutenden Vermögenswerten oder Tätigkeiten verbunden sind, häufig zum Verschleiern des Besitzes der beteiligten Mittel.

### **Panama, die karibischen Kaimaninseln und die Bermudas zählen zu mehr als einem Dutzend kleinen Steueroasen, die darauf spezialisiert sind, die Geschäfte und Investitionen von nicht ansässigen Unternehmen zu regeln.**

Firmen oder Konzerne können sich nach Angaben der Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche (FATF) in Offshore-Standorten niederlassen, um dort ganz legitim Geschäftsfinanzen sowie Fusionen und Übernahmen abzuwickeln oder Steuerplanungen vorzunehmen.

Strohfirmen und vergleichbare Körperschaften können von Terroristen und anderen Kriminellen missbraucht werden, um die Herkunft von Geld und Besitz zu verschleiern. Nach Angaben des ICIJ enthalten die Akten von Mossack Fonseca Informationen von 214.488 Offshore-Einheiten, die in Verbindung mit 14.153 Kunden in 200 Ländern und Regionen stehen.

**Die Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche und andere Regulierungsbehörden veröffentlichen Gutachten, in denen sie Schwachstellen des Kampfes gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung durch bestimmte Länder und Regionen aufdecken.** Weil Anwälten und Bankern in manchen Fällen nicht bewusst ist, dass sie es mit verbotenen Transaktionen zu tun haben, werden Finanz- und Rechtsprofis darin geschult, mögliche Verstöße zu erkennen. Die EU hat ihre Bemühungen hochgefahren, Steuerhinterziehung von multinationalen Konzernen zu verhindern.

Das vielerorts gesetzlich geschützte Bankgeheimnis sorgt häufig dafür, dass Offshore-Geschäfte im Unklaren bleiben. Die Enthüllung anderer durchgesickerter Dokumente durch das ICIJ und anderer Organisationen brachten Ende 2014 allerdings Steuer-Deals an die Öffentlichkeit, die Luxemburg multinationalen Unternehmen und ultrareichen Einzelpersonen angeboten hat. In den 1980er Jahren war es die von einem pakistanischen Geldgeber gegründete und international tätige Bank of Credit and Commerce International, die in weitreichende Geldwäsche und eine Reihe anderer illegaler Finanzgeschäfte verwickelt war.

**Die „Luxleaks“-Enthüllungen bewirkten Einiges. Ein Misstrauensvotum gegen Juncker im Europaparlament scheiterte, aber die von ihm geführte EU-Kommission begann, mit Hilfe des Wettbewerbs- und Beihilferechts gegen „aggressive Steuervermeidung“ vorzugehen.**

Europäische Union (EU)

Steuerdaten von Unternehmen sollen zwischen den EU-Staaten ausgetauscht werden. Und angesichts des noch größeren Datenlecks der „Panama Papiere“ will die Brüsseler Behörde die Daten der ganz Großen sogar öffentlich machen. Steuervermeidung ist nicht länger ein Kavaliersdelikt.

Sechs Verhandlungstage seien bis zum 4.5.2017 für den Prozess vorgesehen, sagt der Sprecher der luxemburgischen Justiz, Henri Eippers. Zunächst kommt die Beweisaufnahme, erst später werden die Angeklagten befragt. Das Urteil wird dann einige Wochen oder Monate später gesprochen.

## **Von der Leyen – Vorwürfe gegen sie wegen Vetternwirtschaft und Aktenvernichtung**

### **„Jetzt langt es!“ - CSU-Politiker laufen Sturm gegen den Hinterzimmer-Deal mit von der Leyen**

Große Empörung in der CSU: Das Aus für EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber sorgt für großen Unmut.

Brüssel/München - Manfred Weber, der Spitzenkandidat der EVP, wird nicht EU-Kommissionspräsident. Er gab am Dienstag seine Ambitionen auf.

Die EU-Regierungschefs einigten sich zuvor auf Ursula von der Leyen. Doch bei vielen seiner CSU-Parteifreunden ist der Unmut über den Hinterzimmer-Deal groß, zumal Weber als Spitzenkandidat mit der EVP stärkste Kraft wurde.

Wegen von der Leyen: „Warum sollte man überhaupt nochmals zur Europawahl gehen?“

Der Bezirksvorsitzende der Jungen Union Oberbayern, Daniel Artmann, findet klare Worte auf seiner Facebook-Seite: „Mit großem Bedauern und Entsetzen habe ich die Entwicklungen, oder vielmehr das Geschachere, um das Amt des Kommissionspräsidenten verfolgt. Die heutige Nominierung von Verteidigungsministerin von der Leyen ist nun der Höhepunkt eines mehrtägigen Trauerspiels.“ Die Bundeskanzlerin und der Europäische Rat hätten „der Demokratie einen Bärendienst erwiesen“ und würden mit ihrem Handeln die Politikverdrossenheit verstärken.

Der Rosenheimer geht noch weiter: „Warum sollte man in fünf Jahren überhaupt nochmals zur Europawahl gehen? Damit unter Druck stehende Minister am Ende mit Posten versorgt werden? Sicher nicht! Als Junge Union Oberbayern hoffen wir, dass das Europäische Parlament dem maßlosen Treiben ein Ende setzt.“

Landtagsabgeordneter Vogel zu von der Leyen: „Jetzt langt es!“

Noch deutlichere Worte findet der CSU-Landtagsabgeordnete Steffen Vogel. Voller Hohn schreibt er ebenfalls auf Facebook: „Jetzt langt es! Verteidigungs-USchi hat so einen tollen Job als Ministerin gemacht, dass sie jetzt Kommissionschefin wird!“ Und weiter kommentiert Vogel: „So werden deutsche Interessen verraten und verkauft.... ich bin schockiert, fassungslos und traurig.“

Manfred Weber wird nicht EU-Kommissionspräsident. Viele CSU-Parteifreunde sind empört. Ein „Betrug am Wähler“, sei der Deal, twittert der CSU-Landtagsabgeordnete Thomas Huber und richtet seinen Tweet direkt an die Kanzlerin.

Wird von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin? Die Abstimmung im Europaparlament am Dienstag (16. Juli 2019) wird entscheiden. Um 18.00 Uhr geht es los. Alle Neuigkeiten und Entwicklungen finden Sie in unserem News-Ticker.

Söder über den Hinterzimmer-Deal: „Niederlage für Europa“

Der CSU-Parteivorsitzende Markus Söder trägt den EU-Kompromiss zwar mit, doch auch er spricht von einer „Niederlage für Europa“. Der Ministerpräsident bedauert, dass Manfred Weber nicht Kommissionspräsident wird: "Manfred Weber wäre der legitime Kommissionspräsident gewesen, das wäre auch der demokratischste Weg gewesen. Es ist bitter, dass die Demokratie verloren und das Hinterzimmer gewonnen hat.“

Ähnlich gemäßigt-kritisch äußert sich die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Heute war kein guter Tag für die Demokratie in Europa.“ Deutliche Kritik übte der EU-Abgeordnete Daniel Caspary in der Talkrunde „Hart aber fair“ - und will trotzdem für von der Leyen abstimmen.

Auch von der SPD kam viel Kritik am Vorgehen CDU in Brüssel. Die Bügelte Annegret Kramp-Karrenbauer jedoch bereits weg: "Von Seiten der Sozialisten in Europa, aber insbesondere von Seiten der SPD in Deutschland, hat ein solches Signal zu jeder Zeit gefehlt", kritisierte sie. "Die SPD macht damit deutlich, dass es ihr am Ende um das eigene parteipolitische Interesse geht." Webers Vorgehen hingegen verdiene ihre "Hochachtung".

mag

*Der EU-Postenpoker scheint beendet: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll als erste Frau an die Spitze der mächtigen EU-Kommission rücken. Fest steht mittlerweile der Parlamentspräsident in Brüssel. Ex-SPD-Chef Martin Schulz hat unterdessen eine Wutrede bei „Maybrit Illner“ gehalten - zugunsten Manfred Webers.*

*Ursula von der Leyen. Auf diese Idee musste man erst einmal kommen, findet Merkur-Kommentator Mike Schier.\* Am Dienstag wird im Europaparlament über Ursula von der Leyens Kandidatur als EU-Kommissionspräsidentin entschieden - über alle Entwicklungen halten wir Sie in unserem News-Ticker auf dem Laufenden. Manfred Weber selbst hat sich in einem Interview mit dem Münchner Merkur\* zur Sache geäußert. Ursula von der Leyen kehrt der Bundespolitik den Rücken. Kanzlerin Angela Merkel stellt das vor neue Probleme - die Auswahl einer Nachfolgerin wird nicht einfach. Merkels Sommerpressekonferenzen sind Tradition. Auch dieses Jahr wird sie sich kurz vor ihrem Urlaub den Fragen der Hauptstadtjournalisten stellen.*

*\*Merkur.de ist Teil des bundesweiten Ippen-Digital-Redaktionsnetzwerks.*

## **Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wird die Affäre rund um den exzessiven Einsatz von Unternehmensberatern nicht los.**

Jetzt gerät die CDU-Politikerin sogar ins Visier der Justiz. Nach SPIEGEL-Informationen prüft die Staatsanwaltschaft Berlin, ob der dauerhafte Einsatz von Unternehmensberatern im Wehressort den Tatbestand der vorsätzlich verursachten Scheinselbstständigkeit erfüllt.

Justizsprecher Martin Steltner sagte, die Staatsanwaltschaft prüfe, ob es einen Anfangsverdacht gebe. Die Ermittlungen der Justiz wurden durch eine Anzeige gegen die Ministerin vom 30. September ausgelöst, die offenbar von einem Insider aus dem Umfeld ihres Hauses stammt.

Als scheinselbstständig bezeichnet man Personen, die zwar als selbstständige Unternehmer auftreten, aber nur einen Auftraggeber haben. Wird dies festgestellt, muss der Auftraggeber die entsprechenden Sozialleistungen für den Arbeitnehmer nachzahlen. Wird ein Vorsatz nachgewiesen, kann der Arbeitgeber juristisch belangt werden.



Einen solchen Vorsatz unterstellt die Anzeige gegen von der Leyen. Demnach "wurden über einen längeren Zeitraum Berater eingesetzt, die dort wie Mitarbeiter beschäftigt" gewesen seien.

Diesen Vorwurf hatte der Bundesrechnungshof in einem vertraulichen Bericht erhoben. Die Prüfer gingen sogar noch weiter und stellten fest, dass das Ministerium in vielen Bereichen, allen voran bei der IT-Modernisierung, von Beratern geradezu abhängig sei. Zudem bemängelten die Prüfer in einem weiteren Bericht, dass Beratungsaufträge fast immer freihändig ohne Ausschreibung vergeben und nicht auf Wirtschaftlichkeit geprüft wurden.

Auftreten wie offizielle Beamte

Im Ministerium wird der in der Anzeige erhobene Verdacht ernst genommen. So meldete das Ressort nach SPIEGEL-Informationen bereits sechs externe Unternehmensberater an die Rentenversicherung, die im Ministerium monatelang an einem IT-Projekt arbeiteten. Die sogenannte Clearingstelle prüft nun, ob die Berater während ihrer Jobs im Ministerium schein-selbstständig waren.

Als Beleg ist der Anzeige eine interne Anweisung vom 10. September beigelegt. In dem Schreiben wird angeordnet, dass externe Berater ab sofort nicht mehr "als ministerielle Instanz" auftreten dürften, dienstpostenähnliche Beschäftigungsverhältnisse umgehend abgeschafft und allen Externen ihre Ministeriums-Mailadressen und der Zugriff auf das geschützte Intranet-System entzogen werden müssen.

Aus Sicht von Insidern legt das Schreiben nahe, dass sich im Ministerium in der Tat eine Art Berater-Armee gebildet hat, die fest installiert war und oft recht offiziell auftrat. Der Hinweis in dem Schreiben, man solle ab sofort auf "korrekte Bezeichnung auf Türschildern sowie in Briefköpfen" achten, legt nahe, dass die Berater nicht nur temporär im Haus waren, sondern sich dort eingerichtet hatten.

Für die Ministerin wird die Affäre um die Berater mit der Anzeige noch unangenehmer. Seit der SPIEGEL über die Vorwürfe des Rechnungshofs berichtet hatte, setzte von der Leyen umgehend mehrere Ermittlungsteams ein, um alle Beraterverträge zu prüfen, die man seit Amtsantritt abgeschlossen hatte. Dabei geht es jährlich um rund 70 Millionen Euro, so Insider. Heute muss sich die Ministerin im Haushaltsausschuss dazu erklären.

Katrin Suder

Mögliches Fehlverhalten soll untersucht werden

Im Gegensatz zu anderen Affären kann von der Leyen die Causa nicht mehr auf ihre Vorgänger schieben. Sie selbst war es, die gleich zu Amtsantritt die McKinsey-Partnerin Katrin Suder als Staatssekretärin holte. Mit scharfem Geist und viel "Change Management"-Erfahrung sollte Suder das Haus modernisieren. Da es schnell gehen sollte, wurden immer neue Berater für Projekte engagiert.

Schon jetzt ist klar, dass es bei der Auftragsvergabe nicht ausschließlich mit rechten Dingen zugeht. Bereits eingestanden hat das Ministerium, dass Berateraufträge im Umfang von acht Millionen Euro für ein IT-Projekt rechtswidrig über einen Rahmenvertrag des Bunds abgerufen wurden. Von der Leyen kündigte daraufhin an, man wolle "Hinweisen auf grobes persönliches Fehlverhalten von Einzelnen im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen" nachgehen.

Wurden Aufträge an Freunde vergeben?

Im Ministerium kursieren bereits ziemlich konkrete Gerüchte über eine Art Buddy-System unter Auftraggebern im Haus und den externen Beratern. Häufig wird der Name eines Drei-Sterne-Generals genannt, der persönlich eng mit einem Berater befreundet ist. Der frühere Bundeswehr-Mann wiederum zog in den vergangenen Jahren immer wieder größere Aufträge aus dem Ministerium für seine Firma an Land.

Auch die frühere Staatssekretärin Suder kennt den Unternehmensberater ganz gut, er war früher ebenfalls bei McKinsey. Als Suder ins Ministerium wechselte, hörte er bei McKinsey auf, war aber fortan im gleichen Portfolio für einen anderen Beratungsriesen tätig. Glaubt man bösen Zungen, geschah dies nur, weil McKinsey nach Suders Wechsel zu von der Leyen bei Ministeriums-Aufträgen keine Chance mehr hatte.

Von der Leyens Widersacher haben derzeit nur noch wenig Hemmungen, die Ministerin mit Verdächtigungen auch direkt anzugehen. So kursiert in den diversen WhatsApp-Gruppen der

Beamten im Bendler-Block seit Tagen ein Personenprofil eines Sohns der Ministerin. Er arbeitet seit 2015 im Silicon-Valley-Büro von McKinsey

### **Von der Leyen will Lebenslauf nicht manipuliert haben**

Die Verteidigungsministerin hat Dokumente veröffentlicht, die belegen sollen, dass sie in Stanford studiert hat. Die Hochschule zweifelt das an und will ermitteln.

11. Oktober 2015,

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat den Vorwurf zurückgewiesen, falsche Angaben in ihrem Lebenslauf gemacht zu haben. In diesem heißt es, dass sie die Universität Stanford besucht hat. Diese Angaben seien korrekt, teilte die Ministerin nun in einem Schreiben mit.

Die Welt am Sonntag hatte berichtet, dass die Universität Stanford gegen von der Leyen ermittelt, weil sie den Namen der Hochschule missbraucht haben soll. In ihrem Lebenslauf listet sie unter anderem auf, 1993 Gasthörerin der Universität gewesen zu sein und 1995 eine Marktanalyse für die Stanford Health Services Hospital Administration durchgeführt zu haben.

Eine Sprecherin der Universität Stanford sagte, dass für derartige Tätigkeiten keine Leistungsnachweise ausgestellt würden. Auch gebe es keinen offiziellen Nachweis darüber, dass von der Leyen an der Universität eingeschrieben gewesen sei. Zertifikate für ein besuchtes Seminar oder eine eingereichte Arbeit würden ebenfalls nicht vorliegen.

Ihrer Mitteilung fügte von der Leyen eine schriftliche Bestätigung bei, wonach sie in der Krankenhausverwaltung von Stanford tätig gewesen sei. Die damals stellvertretende Krankenhausdirektorin Kathy Van Camp bestätigt in einem Empfehlungsschreiben aus dem Jahr 1997, dass von der Leyen sechs Monate lang an einer Marktanalyse und einer Machbarkeitsstudie mitgearbeitet habe.

Diese Nachweise reichen nach den Richtlinien der Universität allerdings nicht aus, um den Namen der Hochschule im akademischen Lebenslauf zu führen. "Sie war in keinem offiziellen Programm involviert, bei dem man ein Zertifikat oder einen akademischen Grad erhält", sagte die Hochschulsprecherin.

Die Internetplattform VroniPlag wirft der Verteidigungsministerin vor, bei ihrer medizinischen Doktorarbeit aus dem Jahr 1991 Grundregeln wissenschaftlichen Arbeitens missachtet und an einigen Stellen Passagen anderer Autoren übernommen zu haben, ohne diese kenntlich zu machen. Man habe auf 27 von 62 Seiten Plagiatsfundstellen dokumentiert, heißt es auf VroniPlag. Das entspreche einem Anteil von 43,5 Prozent aller Seiten. Drei Seiten enthielten bis zu 75 Prozent Fremdübernahmen und fünf Seiten mehr als 75 Prozent Plagiatstext. Die Universität prüft die Vorwürfe.

### **Ursula von der Leyen: "Für die EU-Kommission nicht geeignet"**

Korruptions- und Betrugsvorwürfe sowie ein Italiener, der Italien überwachen soll: An den Nominierungen Ursula von der Leyens für die EU-Kommission gibt es viel Kritik.

10. September 2019, 18:49 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, KNA, AFP, dpa, kg 151 Kommentare  
Die Personalvorschläge der designierten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ihre Behörde stoßen bei EU-Parlamentariern auf gemischte Reaktionen.

Während etwa der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, Daniel Caspary, hinsichtlich der Ressortverteilung von einer "beeindruckenden Diskretion" spricht, zeigte sich die Co-Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion kritisch. "Die Vorschläge für die neue EU-Kommission wirken wie ein Film, dessen Darsteller wir kennen, aber dessen Handlung unklar bleibt", sagte Ska Keller. "Progressive Ansätze im großen Stil sucht man vergeblich", sagte der Co-Fraktionsvorsitzende der Linken, Martin Schirdewan.

Am Dienstagmittag hatte von der Leyen ihre Kandidaten für die Ressorts der künftig von ihr geführten EU-Kommission vorgestellt – einer Behörde mit mehr als 32.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insgesamt zählt die Kommission 27 Mitglieder. Davon werden 13 Frauen und 14 Männer sein.

Als ihre Stellvertreter wählte die frühere Bundesverteidigungsministerin Frans Timmermans und Margrethe Vestager. Beide sind erfahrene Kommissare, die von der Leyen bei der Wahl zur neuen Kommissionsspitze unterlegen waren. Beide sollen sich – zusammen mit dem

dritten Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis – um die drei Schlüsselressorts Klimaschutz, Digitalisierung und Wirtschaft kümmern.

Die deutlichste Kritik gab es an der Personalie Paolo Gentiloni. Der frühere italienische Ministerpräsident soll die Nachfolge von Pierre Moscovici antreten und als Kommissar für Wirtschaft und Überwachung der EU-Finanzregeln zuständig sein. Eine eher unglückliche Wahl, findet der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. "Dass nun ein Italiener den Problemstaat Italien überwachen soll, ist alles andere als eine ideale Konstellation." Gentiloni müsse klarstellen, dass er die europäischen Fiskalregeln ernst nehme.

Dazu bekommt Gentiloni noch ausreichend Gelegenheit. So wie alle anderen Kommissionskandidaten auch muss er sich in den Ausschüssen des Europaparlaments den Fragen der Abgeordneten stellen. Die Sozialdemokraten und Grünen im Europaparlament kündigten eine eingehende Prüfung der Bewerberinnen und Bewerber an.

„Für die EU-Kommission nicht geeignet“

Der Grünen-Europaparlamentarier Sven Giegold hält etwa die Nominierungen aus Ungarn und Rumänien für höchst fraglich. Diese Personalvorschläge hätte von der Leyen ablehnen sollen, findet der Finanzexperte. Wer nämlich wie der ehemalige Justizminister László Trócsányi in Ungarn rechtsstaatliche Prinzipien ausgehebelt habe, sei für die EU-Kommission nicht geeignet, so Giegold. In der Kritik stehen dabei auch die rumänische Bewerberin Rovana Plumb – gegen sie gibt es Korruptionsvorwürfe – und der polnische Kandidat Janusz Wojciechowski. Gegen ihn ermittelt die EU-Antibetrugsbehörde Olaf wegen fragwürdiger Spesenabrechnungen.

Das gilt auch für Sylvie Goulard. Die Französin, die die künftige Kommissionschefin als Kommissarin für Industriepolitik, Binnenmarkt und Verteidigungsindustrie auserkoren hat, soll einen früheren Assistenten auf Kosten des Europaparlaments zum Schein beschäftigt haben – und wurde deshalb nun von der französischen Polizei vernommen. Die Affäre ist schon länger bekannt, im Juni 2017 war Goulard deshalb nach nur einem Monat vom Amt der Verteidigungsministerin unter Präsident Emmanuel Macron zurückgetreten.

## **Gelöschte Akten bringen Mitarbeiter im Ministerium in Bedrängnis**

Veröffentlicht am 21.08.2019

In der Berateraffäre wurden die Untersuchungen im Verteidigungsministerium ausgeweitet: Im Zusammenhang mit dem Löschen von Akten wird gegen zwei weitere Mitarbeiter disziplinarisch ermittelt. Ex-Ministerin von der Leyen wird dazu wohl noch befragt werden.

Das Schreiben an die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist kurz, doch die wenigen Zeilen lassen aufhorchen: Laut Papier, datiert auf den 20. August und gestempelt mit dem Zusatz „Nur für den Dienstgebrauch“, haben Beamte im Bundesministerium für Verteidigung hinter den Kulissen die Aufklärung weiterer Verdachtsfälle in der Berateraffäre vorangetrieben.

Demnach sind nunmehr „förmliche disziplinarische Ermittlungen“ gegen zwei weitere Angehörige des Ministeriums aufgenommen worden. Hintergrund sind laut dem Papier „mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Leistungen“ für zwei zentrale IT-Projekte der Bundeswehr. Zuvor waren bereits disziplinarische Ermittlungen gegen jenen Mitarbeiter bekannt geworden, der in diesem Zusammenhang Akten gelöscht hatte.

Ein Untersuchungsausschuss im Bundestag prüft seit Jahresbeginn genau diese Vorhaben: „CITquadrat“ und „PLM“. Für sie waren in großem Umfang externe Beratungs- sowie Unterstützungsleistungen durch das Ministerium eingekauft worden. Hierbei war es – so ist es inzwischen erwiesen – zu großflächigen Unregelmäßigkeiten, intransparenten Vorgängen und möglichen Interessenkonflikten ranghoher Beamter gekommen.

Die Berater-Affäre belastete die letzten Amtsmonate der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), sie ist inzwischen als Präsidentin der Europäischen Kommission nach Brüssel gewechselt. Vor dem Untersuchungsausschuss in Berlin wird sie aber wohl dennoch in den nächsten Monaten aussagen müssen.

Die ausgeweiteten Ermittlungen im Verteidigungsministerium sind die Konsequenz einer aufgefliegenen Geheimaktion aus dem vergangenen Frühjahr. Dabei hatte ein Mitarbeiter größere Aktenbestände gelöscht. Sie hatten laut WELT-Recherchen unmittelbar mit beteiligten Personen und Firmen in der Berateraffäre zu tun.

Im Verteidigungsministerium selbst spricht man heute von „untersuchungsgegenständlichen Daten“. Der Vorfall ereignete sich demnach in jener Abteilung, die maßgeblich für die in Rede stehenden IT-Großprojekte der Bundeswehr verantwortlich ist.

Wenn Zwinkersmileys einen eklatanten Widerspruch aufdecken

Öffentlich sowie vor dem Untersuchungsausschuss hatten Vertreter des Ministeriums bisher strikt behauptet, intern keine Anzeichen für vorsätzlich falsches Handeln oder gar Betrug entdeckt zu haben. Die Frage ist, ob es bei dieser Darstellung tatsächlich bleiben kann, auch wegen der nun ausgeweiteten Ermittlungen im Ministerium selbst. Abgeordnete empören sich seit Monaten parteiübergreifend über einen mangelnden Aufklärungswillen im Verteidigungsministerium.

Der jetzt wieder umso zentraler scheinende gelöschte Datenbestand würde ausgedruckt rund 30 Aktenordner füllen. Die Daten konnten inzwischen wiederhergestellt und gesichert werden. Seither dreht sich viel um die Frage der Motivation hinter der Aktion des Mitarbeiters: Warum sollten diese Akten schnell verschwinden?

### **Fragwürdige Abrechnungen bei IT-Leistungen**

Diese Frage führte im Ministerium zu weiteren Untersuchungen, wobei nun schließlich festgestellt wurde, dass die Abwicklung von Leistungen in Zusammenhang mit jenen IT-Projekten in zweifelhafter Weise geschah.

Wie genau diese Leistungen für die Bundeswehr womöglich bewusst falsch abgerechnet worden sind und in welchem Verhältnis die beteiligten Personen zueinander stehen – es wird jetzt weiter zu ermitteln sein. Bisher steht insbesondere die Beraterfirma Accenture im Fokus, doch auch andere Firmen der Branche tauchen in Zusammenhang mit dem Komplex auf.

Der Vorfall zeigt: Die Berateraffäre wird Parlamentarier und Ministeriale weiter beschäftigen, auch in der Amtszeit der neuen Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Und das bereits nach der Rückkehr von ihrer Antrittsreise aus dem Irak

### **Wurden von der Leyens Handydaten gelöscht?**

20.12.2019

Von der Leyen war im Juli 2019 von Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) als Verteidigungsministerin abgelöst worden, weil sie als EC-Chefin zur EU nach Brüssel wechseln sollte. Als Verteidigungsministerin hatte Frau von der Leyen Aufträge an externe Beratungsfirmen vergeben, mit denen sich seit Monaten ein Untersuchungsausschuss des Bundestags befasst. **Der Bundestag beantragt, das Handy als Beweismittel einzustufen.**

Durch das Einsetzen des Untersuchungsausschusses gilt eigentlich die Vorgabe, wonach keine Akten, die eventuell relevant für die Untersuchungen seien könnten, vernichtet werden dürfen.

Der Untersuchungsausschuß prüft Vorwürfe wegen

- unkorrekte Auftragsvergabe und
- Vetternwirtschaft.

Die Ergebnisse der Untersuchung sollten 2020 noch vor Beginn der Sommerpause vorgelegt werden, aber nun kam die Meldung, daß genau diese Daten aus der Mobilfunkkommunikation auf dem Handy der damaligen Verteidigungsministerin und jetzigen EC-Chefin von der Leyen gelöscht worden sind. Der Vize-Regierungsbeauftragte für die Aufklärung der Affäre, Markus Paulick, um den 19.12.2019, in einer vertraulichen Sitzung des Untersuchungsausschusses: **Das Handy sei vom Hersteller im August 2019 „sicherheitsgelöscht“ worden mit der Folge, daß die Daten damit mutmaßlich unwiederbringlich verloren seien.**

Im Raum steht nun der Vorwurf der unerlaubten Aktenvernichtung.

Der FDP-Abgeordnete Alexander Müller sprach von einer „ärgerlichen Hinhalte-Taktik“ der Regierung:

- Das Ministerium bestätigt, daß nach dem Handy gesucht wird.
- Das Ministerium teilt mit, es sei gefunden worden, aber noch PIN-gesperrt.
- Die Regierung teilt mit, daß die Daten bereits im August 2019 gelöscht worden sind.

Der Untersuchungsausschuss geht dem Vorwurf nach, dass im Verteidigungsministerium millionenschwere Verträge unter Umgehung des Vergaberechts vergeben worden sein.

Auch der Vorwurf der Vetternwirtschaft steht im Raum.

Unklar ist bisher, ob das Gremium die heutige EU-Kommissionschefin von der Leyen als Zeugin vorladen wird.

FDP-Chef Lindner hatte die Herausgabe der Handydaten verlangt: "Dienstliche SMS oder andere elektronische Nachrichten sind keine Privatangelegenheit, auch nicht die der Ministerin oder ihrer Staatssekretärin. Das fällt unter unsere Beweisbeschlüsse."

### **Nach der Löschung der Handy-Daten herrscht in den Reihen der Opposition Fassunglosigkeit.**

Es steht der Vorwurf der unerlaubten Aktenvernichtung im Raum. „Hier wurden Beweismittel vernichtet. Das ist unglaublich“, sagte der sicherheitspolitische Sprecher der Grünen, Tobias Lindner, der "Welt". Er fordert personelle Konsequenzen im Verteidigungsministerium.

Lindner war es auch dem Bericht der "Welt" zufolge, der die Herausgabe der Handydaten verlangt hatte: "Dienstliche SMS oder andere elektronische Nachrichten sind keine Privatangelegenheit, auch nicht die der Ministerin oder ihrer Staatssekretärin. Das fällt unter unsere Beweisbeschlüsse."

"Wir fühlen uns verarscht", sagte der FDP-Abgeordnete Alexander Müller der Zeitung. Er sprach davon, dass das Ministerium den Ausschuss immer wieder hingehalten habe, Zunächst habe es geheißen, dass man nach dem Handy suche, dann sei angeblich die Pin gesperrt gewesen. Und nun sei es plötzlich "platt gemacht" worden. Auch von Seiten der Abgeordneten der Linken und von der AfD gab es massive Kritik am Vorgehen.

Durch das Einsetzen des Untersuchungsausschusses gilt eigentlich die Vorgabe, wonach keine Akten, die eventuell relevant für die Untersuchungen seien könnten, vernichtet werden dürfen. Wie es nun dennoch zur Löschung der Daten kam, ist noch unklar.

Von der Leyen war im Juli von Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) als Verteidigungsministerin abgelöst worden, weil sie als Kommissionschefin zur EU nach Brüssel wechseln sollte. Unter ihrer Führung hatte das Ministerium zuvor Aufträge an externe Beratungsfirmen vergeben, mit denen sich seit Monaten ein Untersuchungsausschusses des Bundestags befasst. Es geht dabei um Vorwürfe von unkorrekter Auftragsvergabe bis hin zu Vetternwirtschaft. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen im kommenden Jahr noch vor Beginn der Sommerpause vorgelegt werden.

## **16 USA: Mittelstand in Not**

Mitte 2015 soll es in Deutschland bis zu 450000 Wohnsitz- und Obdachlose gegeben haben, und Ende 2019 infolge der Einladungs politik der Kanzlerin 2015 bis zu 1 Million. Offizielle Statistiken gibt es dazu nicht, wohl aber Pauschalurteile der Regierung der BRD über diese Menschen: „Die Ursache für Wohnsitz- und Obdachlosigkeit sind psychosoziale Gründe der Betroffenen.“ Mit anderen Worten: Diese Leute sind an ihrer schlimmen Lage durch eigenes Fehlverhalten selber schuld.

Im nachfolgenden Report wird über Wohnsitz- und Obdachlose im meistens sonnigen und warmen Kalifornien in den USA berichtet, mit Schwerpunkt Los Angeles, und es wird auch festgestellt, daß es in Los Angeles viel mehr Wohnsitz- und Obdachlose gibt als in deutschen Städten, aber es muß hier betont werden:

Wenn man in Kalifornien keine Wohnung hat, kann man zur Not an der Meeresstrand ziehen oder in einem Zelt in Los Angeles wohnen, denn das wird großzügig von den Behörden geduldet, aber das funktioniert nicht in den östlichen Bundesstaaten in den USA und auch nicht in Deutschland wegen der kalten Wintertemperaturen, und in Deutschland auch nicht wegen einer anderen Einstellung der Behörden.

Im Fall Deutschland kommt hinzu, daß

- die Kommunen Finanzmittel vom Bund, die für den Bau von Wohnungen gedacht waren, anderweitig verwendeten, und dazu noch im Besitz der Kommunen befindliche Wohnungen in großen Mengen an Privatleute verkauft wurden,
- die Kanzlerin Dr. Angela Merkel durch ihre Einladungs politik die bereits 2015 bestehende Wohnungsnot noch einmal erheblich verschärfte, und

- die Ressourcen in Deutschland an bebaubarem Boden sehr viel geringer sind als in den USA – und selbst dort gibt es Wohnungsnot.

**Forderung:**

**Das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung muß als grundlegendes Menschenrecht in das Grundgesetz aufgenommen werden. Das vor allem deswegen, weil durch die Aktionen der Regierungschefs in Deutschland die Bürger zu Hunderttausenden ihre Wohnung verlieren, durch Kriege oder unkontrollierte Zuwanderung.**

Von Simone Gaul und Ileana Grabitz, 28.11.2019

*Nach Vorlagen der Soziologin Jutta Allmendinger: "Amerika ist ein Höllenvorbild".*

*In den USA rutschen wegen hoher Mieten auch immer mehr Berufstätige in die Wohnungslosigkeit. Die Soziologin Jutta Allmendinger fürchtet ähnliche Zustände in Deutschland.*

Mieten steigen, Haushalte müssen immer mehr von ihrem Einkommen für Wohnungen aufwenden, selbst Angehörige der Mittelschicht sind inzwischen teils von Wohnungslosigkeit bedroht. Die Soziologin Jutta Allmendinger forscht in Deutschland und in den USA zu Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, im kommenden Jahr soll ihr Buch zum Thema Wohnungsarmut erscheinen – ein Konzept, das die Armutforschung bisher nicht beachtet hat. Allmendinger sagt, Politik und Sozialforschung müssten das Thema dringend priorisieren, denn unsere Gesellschaft drohe, daran zu zerbrechen. Am Ende stehe unsere gesamte Demokratie auf dem Spiel. Dieses Interview ist Teil unseres Schwerpunkts "Mieten am Limit".

ZEIT ONLINE: Frau Allmendinger, Sie beschäftigen sich zurzeit intensiv mit Wohnungslosigkeit. Wie kam das?

Jutta Allmendinger: Es ist etwa ein Jahr her, dass ich als Fellow für vier Monate nach Los Angeles zog, um dort am Thomas-Mann-Haus zu forschen. Eines Morgens fuhr ich an den Strand und sah dort Obdachlose. Das Bild kennt man ja, etwas aber war anders: Ich beobachtete, dass einige sich ein Jackett anzogen, sich einen Spiegel vor Gesicht hielten und sich kämmt. Ich war perplex und fragte sie, was sie da taten. Sie antworteten: Wir machen uns fertig für die Arbeit. Ich dachte spontan an Kurse für Arbeitslose. Aber nein: Es waren ausgebildete Lehrer! Sie verdienten nur so wenig, dass sie sich von ihrem Gehalt keine Wohnung in der Nähe ihrer Arbeitsstelle leisten konnten. Deshalb schliefen sie in ihren Autos oder in Zelten.

© WZB/David Ausserhofer

*Jutta Allmendinger*

*Nach Stationen am Max-Planck-Institut in Berlin und an der Harvard University (USA) war Jutta Allmendinger zunächst Professorin für Soziologie in München. Nach einer Etappe als Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg wechselte sie 2007 als Präsidentin an das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.*

**Allmendinger ist zudem Mitglied im Herausgeberrat der ZEIT.**

Es folgt ein Interview mit ZEIT ONLINE:

Allmendinger: Ich war erschrocken über mich selbst, über die Pyramide meiner Vorurteile. Ich hatte diese gut ausgebildeten Menschen als Outlaws betrachtet. Das hat mir einen regelrechten Schock verpasst. Und ich habe mich entschieden, über diese erwerbstätigen Obdachlosen zu forschen. Seither habe ich viel gelernt über Obdachlosigkeit in L.A., aber auch in Deutschland.

ZEIT ONLINE: Was ist in Los Angeles anders als zum Beispiel in Berlin?

Allmendinger: In L.A. sind diese Menschen sichtbarer. Sie leben oft in regelrechten Zeltstädten innerhalb der Großstädte. Hier bei uns gibt es so etwas ja kaum. In den USA setzen die Städte weniger auf Notunterkünfte, die Obdachlosen werden dort aber auch nicht so entschlossen aus den Innenstädten verbannt. In Midtown L.A. beispielsweise findet man die Zelte direkt neben dem Theater District oder der Philharmonie. Ich dachte, dass diese Sichtbarkeit Nähe und Identifikation schafft, die Hilfsbereitschaft erhöht. Aber auch diese Annahme erwies sich als völlig falsch. Viele Leute sind dort zwar sehr dafür, dass mehr für Obdachlose getan wird – aber nur, damit sie aus ihrem Umfeld verschwinden.

Anders als die meisten Städte in Deutschland ist L.A. aber immerhin bereits seit Langem bemüht, die Obdachlosen zu zählen. Da schwirren in einer Nacht schon mal 2.000 Freiwillige aus und versuchen, eine Zahl so genau wie möglich zu erheben. In Deutschland haben wir grobe Schätzungen zur Obdachlosigkeit, aber nur wenige Zählungen. Dabei brauchen wir diese Daten dringend.

Vorurteile über Obdachlose hinterfragen

*ZEIT ONLINE: Warum gibt es sie nicht?*

Allmendinger: Das Problem hat uns zu lange überhaupt nicht interessiert. Ich komme selbst aus der Armutsforschung und muss das selbstkritisch so sagen. Die verbreitete Ansicht war: Die trinken halt, die sind krank und wollen nicht arbeiten. Diesen Menschen fehlt jede Motivation, warum sollten wir uns um die kümmern? Sie können ja ins Krankenhaus gehen, zur Bahnhofsmision oder in die Notunterkünfte. Aber wenn sie lieber auf der Straße leben – why should we care? Mein Erlebnis am Strand in L.A. ist das beste Beispiel, dass man diese Vorannahmen hinterfragen muss. Aber selbst wenn all das zutreffen würde – ein Grund, das Thema Wohnen nicht systematisch an die Armutsforschung anzubinden, ist es sicherlich nicht. Im Gegenteil.

*ZEIT ONLINE: Sozialverbände warnen seit Jahren vor steigender Obdachlosigkeit, gerade angesichts der hohen Mieten. Auch immer mehr Familien seien von Wohnungslosigkeit bedroht und eben auch Berufstätige. Wer sind diese neuen Wohnungslosen?*

Allmendinger: Grundsätzlich sollte man zwischen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit unterscheiden. Sprechen wir von Menschen, die ohne Dach über dem Kopf auf der Straße leben oder von jenen, die bei Freunden auf der Couch unterkommen? Wir wissen über beide Gruppen relativ wenig, es sind unterschiedliche Personen betroffen: junge Menschen, die aus ihrem Elternhaus ausziehen, aber kein Einkommen haben, das eine Wohnung trägt; Personen, die nach einer Trennung den Haushalt verlassen; Menschen, die aufgrund von Mietschulden ihre Wohnung räumen mussten; und natürlich sind auch Menschen darunter, die ihre Arbeit verloren haben und mehr konsumieren, als sie sich leisten können – die sich irgendwann vielleicht fast aufgeben, weil sie keine Perspektive mehr sehen.

*ZEIT ONLINE: Und wenn wir speziell auf die Berufstätigen blicken?*

Allmendinger: In Deutschland sind das geschätzt knapp zehn Prozent der Wohnungslosen. Viel wissen wir nicht über diese Menschen. In den USA sind besonders oft Menschen betroffen, die wegen eines Jobs umziehen. Nur: Wer bei McDonalds oder Starbucks anfängt, bekommt zu wenig Geld, um sich eine Wohnung leisten zu können. Das geht nur mit Zweit- oder Drittjob. Diese Situation ist inzwischen auch bei uns keine Seltenheit mehr. **Die Menschen verdienen einfach nicht genug, um sich die teuren Mieten leisten zu können.**

## Literaturempfehlung

Lisa Randall „Verborgene Dimensionen – eine Reise durch den extradimensionalen Raum“  
2006

George Church „Regenesis“ 1912,

Nick Bostrom „Superintelligence“ 2014

Die Bücher von Werner Heisenberg, Manfred Eigen, Steven Weinberg, Alan Guth, Kip Thorne, Andrei Linde, Stephen W. Hawking, John Craig Venter ...

Bücher von Computerdruck & Verlag:

"Modernisierung von Religionen"

"Heiliger Krieg - Religionen und ihr Mißbrauch"

„Das Standardwerk über die Ewigkeit“

„Im Kyberzoikum“

„Die neue Bibel“

„Zivilisationsmechanik“

„Von Zeitalter zu Zeitalter – Wege zur Unsterblichkeit“

„Kritische Fragmente – Technikfeindlichkeit und Deutschenfeindlichkeit der 1968er“

Die Bezeichnung „Die Industrielle Revolution 4.0“ für alle Arten von Entwicklungen und Diensten auf dem Gebiet der Intelligenten Technologie (IT) bis hin zu IT-Produkten der Künstlichen Intelligenz (KI) oder Artificial Intelligence (AI) mit dem vorläufigen Höhepunkt eines KI-Produkts mit Bewußtsein, als Singularität bezeichnet, ist fest vergeben.

Die Bezeichnung „Die Industrielle Revolution 5.0“ gilt nun für alle Arten von Entwicklungen und Diensten auf dem Gebiet der Synthetischen Biologie mit GP-write, HGP-write, DNA-Engineering, CRISPR/Cas9-Technologien, Genomics, Genome Engineering, Human Enhancement, Bioengineering, Human Brain Upgrading bis hin zur Herstellung von Designer Babies in einer Biotechplazenta.

„HGP-write – Neukonstruktion des Menschen – Konstruktion von Androiden“

Dieses Buch wird fortlaufend überarbeitet. Es erscheint 2020 oder später und die überarbeiteten Versionen werden von Zeit zu Zeit ins Netz gestellt.

„Fortschritte in Synthetischer Biologie“, eine kleine Sammlung von Artikeln zur entstehenden Synthetischen Biologie

„Die Industrielle Revolution 5.0 – Fortschritte in Synthetischer Biologie“

„Die Industrielle Revolution 5.0 II – Fortschritte in Synthetischer Biologie“

Dieses Buch enthält vor allem Berichte von der Publikationsplattform der HMS „News GCLab“ und aus den Harvard Medical News.